

Stenographischer Bericht

29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 24. September 2002

Inhalt:

Personelles:

Geburtstagswünsche:

1. Fragestunde:

Anfrage Nr. 265 des Abgeordneten Bacher an Landesrat Dörflinger, betreffend Kindergartentarife LKH Leoben.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 266 des Abgeordneten Mag. Drexler an Landesrat Dörflinger, betreffend Umstrukturierungsprojekte im Spitalsbereich.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Mag. Drexler.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Köberl.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 267 des Abgeordneten Hamedl an Landesrat Dörflinger, betreffend Drogentherapiestation Kainbach.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Hamedl.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 268 des Abgeordneten Hammerl an Landesrat Dörflinger, betreffend LKH Rottenmann.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Hammerl.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 269 des Abgeordneten Kreisl an Landesrat Dörflinger, betreffend LKH Leoben.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 259 des Abgeordneten Lafer an Landesrat Dörflinger, betreffend den Bericht der Patientenombudsfrau 2001.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Lafer.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 270 des Abgeordneten Rieser an Landesrat Dörflinger, betreffend Spitalsverbund Judenburg-Knittelfeld.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Rieser.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Dietrich.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 271 der Abgeordneten Wicher an Landesrat Dörflinger, betreffend Selbstbehalt bei Krankentransporten.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Zusatzfrage: Abg. Wicher.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dörflinger.

Anfrage Nr. 273 der Abgeordneten Gross an Landesrat Dr. Flecker, betreffend Deckungsgrad bei Kindergärten und Kinderkrippen der EU-Mitgliedsstaaten.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Zusatzfrage: Abg. Gross.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Anfrage Nr. 274 der Abgeordneten Halper an Landesrat Dr. Flecker, betreffend Schuldnerberatung Steiermark GmbH.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Zusatzfrage: Abg. Halper.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Anfrage Nr. 275 der Abgeordneten Mag. Lackner an Landesrat Dr. Flecker, betreffend Umgang mit den Auflagen für Ausgänge außerhalb des Geländes von Kindergärten.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Anfrage Nr. 260 des Abgeordneten List an Landesrat Dr. Flecker, betreffend Landesaltenpflegeheime.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Zusatzfrage: Abg. List.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Zusatzfrage: Abg. Wicher.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Zusatzfrage: Abg. Wicher.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Anfrage Nr. 276 der Abgeordneten Dr. Reinprecht an Landesrat Dr. Flecker, betreffend Gewalt in der Familie.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Anfrage Nr. 261 des Abgeordneten Ferstl an Landesrat Dr. Hirschmann, betreffend Dumpingpreise im Hotel Intercontinental Loipersdorf.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Hirschmann.

Zusatzfrage: Abg. Ferstl.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Hirschmann.

Anfrage Nr. 262 der Abgeordneten Graf an Landeshauptmann Klasnic, betreffend die finanzielle Situation des Steirischen Roten Kreuzes.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Anfrage Nr. 256 des Abgeordneten Hagenauer an Landeshauptmann Klasnic, betreffend KINDerLEBEN und Abfangjäger.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Zusatzfrage: Abg. Hagenauer.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Anfrage Nr. 257 der Abgeordneten Lechner-Sonnek an Landeshauptmann Klasnic, betreffend Finanzierung der mobilen Dienste.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Zusatzfrage: Abg. Lechner-Sonnek.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Zusatzfrage: Abg. Gross.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Anfrage Nr. 258 der Abgeordneten Mag. Zitz an Landeshauptmann Klasnic, betreffend unrechtmäßige Beschäftigung von Zivildienern bei der Feuerwehr.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Zusatzfrage: Abg. Mag. Zitz.

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Anfrage Nr. 263 des Abgeordneten Wiedner an Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, betreffend Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

2. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen:

3. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.-Zahl 1009/1, betreffend Novellierung des Raumordnungsgesetzes zu den Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 490/1, Beilage Nr. 61 und Einl.-Zahl 913/1, Beilage Nr. 123 sowie zu den Anträgen, Einl.-Zahl 31/1, Einl.-Zahl 57/1 und Einl.-Zahl 58/1.

Berichterstatter: Abg. Wiedner.

Redner: Abg. Wiedner, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Wiedner, Abg. Hagenauer, Abg. Schleich, Abg. Kasic, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 819/1, der Abgeordneten Kröpfel und Kollegger, betreffend Förderung des Landes zum Ankauf neuer Fahrzeuge der GKE (Graz-Köflacher Eisenbahn GmbH).

Berichterstatter: Abg. Kröpfel.

Redner: Abg. Kröpfel.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 874/1, der Abgeordneten Kollegger und Kröpfl, betreffend Umfahrung Piber.
Berichterstatter: Abg. Kollegger.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 954/1, betreffend den Bericht der Patientenombudsfrau über das Geschäftsjahr 2001.
Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.
Redner: Abg. Mag. Erlitz, Abg. Schleich, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Bacher, Abg. Dietrich, Landesrat Dörflinger, Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 555/1, der Abgeordneten Wicher und Hammerl, betreffend Gesundheits-Armbanduhr für alte, kranke und behinderte Menschen.
Berichterstatter: Abg. Köberl.
Redner: Abg. Wicher.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 554/2, zum Beschluss Nr. 389 des Steiermärkischen Landtages vom 20. November 2001 zum Antrag der Abgeordneten Purr, Dr. Forenbacher und Bacher, betreffend spezielle Verrechnungsbefugnis der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Graz mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse.
Berichterstatter: Abg. Kreisl.
Redner: Abg. Dr. Forenbacher.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 932/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Aufrechterhaltung des Gentechnik-Moratoriums.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Dietrich, Abg. Kaufmann, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 677/2, zum Beschluss Nr. 442 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Dr. Bleckmann, betreffend Paragraph 29 ASVG und folgende – Novellierung Zuerkennung der Ausgleichszulage von Amts wegen.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 669/2, zum Beschluss Nr. 441 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Dietrich und Lafer, betreffend Bonus bei Sozialversicherungen.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 676/1, der Abgeordneten Graf und Dr. Bleckmann, betreffend Betreuungseinrichtung für Volksschüler.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Graf, Abg. Kröpfl.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 616/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Prattes, betreffend Erhaltung der steirischen Wanderwege und Erstellung eines Steirischen Wanderwegekonzeptes.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Redner: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 946/1, betreffend Wirtschaftsbericht 2001.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Mag. Koller, Abg. Gennaro, Abg. Bittmann, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Wiedner, Abg. Hagenauer, Abg. Schrittwieser, Abg. Mag. Drexler, Abg. List, Abg. Gennaro, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Lafer, Abg. Hammerl, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Landeshauptmann Klasnic, Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.
Beschlussfassung.

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 413/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross und Prattes, betreffend die garantierte Umsetzung aller mit „PFIFF“ versprochenen Projekte.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 546/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Vorfinanzierung des zweiröhriigen Ausbaus des Gleinalmtunnels durch das Land Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Stöhrmann, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 938/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.
Berichterstatterin: Abg. Wicher.
Rednerinnen: Abg. Wicher, Abg. Gross.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 638/2, zum Beschluss Nr. 314 des Steiermärkischen Landtages vom 23. Oktober 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich, Schleich und Wiedner, betreffend Senkung der Kehrgebühren.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Graf, Abg. Dirnberger, Abg. Schleich.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 945/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 682/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber und Kaufmann, betreffend eine einheitliche Abwicklung von Biomasseförderungen.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 136/1, der Abgeordneten Halper, Kaufmann, Margarethe Gruber und Dr. Reinprecht, betreffend die Setzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen im Sinne des Kyoto-Protokolls.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 845/1, betreffend Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinde Leoben und den Abfallwirtschaftsverband Leoben (Reihe Steiermark 2002/3).
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 20 bis 22: Abg. Kaufmann, Abg. Riebenbauer, Abg. Hagenauer, Abg. Gödl, Abg. Kaufmann, Landesrat Schützenhöfer.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 953/1, betreffend die Tätigkeitsberichte 2000 bis 2001 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Gangl.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 723/1, der Abgeordneten Graf, Dietrich und Dr. Bleckmann, betreffend Europäischer Computerführerschein für alle Schüler der Pflichtschulen.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 25.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 664/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Dr. Bleckmann, Wiedner, List, Graf und Ferstl, betreffend Deutschunterricht für ausländische Schulkinder.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 24 und 25: Abg. Mag. Lackner, Abg. Graf, Abg. Mag. Zitz, Abg. Böhrner.
Beschlussfassung.

26. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 753/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Mag. Erlitz, betreffend Basisfinanzierung der steirischen Feuerwehren.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 28.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 541/1, der Abgeordneten Wiedner, Ferstl und List, betreffend Finanzierung der steirischen Feuerwehren.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 28.
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 208/1, der Abgeordneten Ferstl und Wiedner, betreffend Kosten der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 26 bis 28: Abg. Ferstl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Schrittwieser, Landeshauptmann Klasnic, Abg. Schrittwieser, Landeshauptmann Klasnic.
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 937/1, der Abgeordneten Rieser, Margarethe Gruber und Hamedl, betreffend Unfallversicherung für Rettungshubschrauberbesatzung.
Berichterstatter: Abg. Rieser.
Redner: Abg. Rieser (2050), Landesrat Dörflinger, Abg. Rieser, Landesrat Dörflinger, Abg. Rieser).
Beschlussfassung.
30. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 810/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben.
Berichterstatterin: Abg. Graf).
Rednerinnen: Abg. Graf, Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 721/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Rednerin: Abg. Graf.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 757/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Anerkennung der steirischen SlowenInnen.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Lafer, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Mag. Drexler, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt. Damit eröffne ich gemäß Paragraph 13 Absatz 1 L-VG 1960 die ordentliche Tagung 2002/2003.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Straden unter der Leitung von Herrn Obmann Rupert Fleischhacker. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus!

Wir haben heute zwei Geburtstagskinder unter uns.

Herr Landesrat Erich Pörtl vollendete am 3. September 2003 sein 60. Lebensjahr. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Am 23. September 2002 vollendete Herr Landtagsabgeordneter Heinz Grabner sein 60. Lebensjahr. Wir gratulieren auch ihm hiezu im Nachhinein auf das Herzlichste. (Allgemeiner Beifall.)

Mit der heutigen Sitzung wurde die Herbsttagung 2002 in der XIV. Gesetzgebungsperiode eröffnet.

Gemäß Paragraph 69 Absatz 6 GeoLT beginnt diese mit einer Fragestunde.

Der Aufruf der eingebrachten Anfragen erfolgt in alphabetischer Reihenfolge der befragten Regierungsmitglieder.

Ich weise darauf hin, dass für die Zusatzfragen im rückwärtigen Bereich der Landstube zwei zusätzliche Mikrofone zur Verfügung stehen. Weiters weise ich darauf hin, dass gemäß Paragraph 69 Absatz 2 GeoLT die Beantwortung der Fragen durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen hat, wie es die Anfrage zulässt und dass gemäß Paragraph 69 Absatz 4 GeoLT kurze mündliche Zusatzfragen nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten dürfen und mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen müssen.

Anfrage Nr. 265 des Herrn Landtagsabgeordneten Johann Bacher an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Kindergartentarife LKH Leoben.

Ich ersuche Herrn Landtagsabgeordneten Bacher, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Bacher (10.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Entsprechend einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage, betreffend Kindergartentarife am Landeskrankenhaus Leoben, wurde die Reduzierung der Öffnungszeiten bereits im Juni 2002 beschlossen. Über das Ausmaß der Erhöhung des Kindergartentarifes wird hingegen derzeit noch verhandelt, wobei die nächste Verhandlung mit Vertretern der KAGES am 11. Oktober 2002 stattfinden wird. Anlässlich dieser Verhandlung gilt es zu berücksichtigen, dass eine Erhöhung des Tarifes für betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben eingeschränkten Öffnungszeiten eine große familiäre und finanzielle Belastung darstellen würde.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Anfrage:

Mit welchen Maßnahmen wirst du dich für betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Landeskrankenhaus Leoben einsetzen, damit es zu keiner Erhöhung des Kindergartentarifes kommt? Ich bitte um die Beantwortung der Frage.

Präsident: Herr Landesrat Dörflinger, bitte die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dörflinger: Herr Präsident, Hohes Haus!

Bevor ich die Frage beantworte, erlauben Sie mir zu sagen, es ist schon ein Qualitätszeichen, auch für das steirische Gesundheitswesen, wenn man den Landesrat Pörtl und den Abgeordneten Grabner anschaut, dass man mit 60 Jahren noch so gut beinander sein kann. Das ist auch dank des Gesundheitswesens in der Steiermark möglich. Der Erich konsumiert es ja ziemlich regelmäßig. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie haben Glück, Sie brauchen kein Spital!“) Na ja, lieber Herbert, er braucht leider des Öfteren ein Spital, wenn er in den Ferien arbeitet, und das funktioniert sehr gut.

Meine Damen und Herren, die Anfrage des Abgeordneten Bacher beantworte ich zweiteilig.

Erstens: Ich glaube, dass in den von dir formulierten Begründungen durchaus sehr viel Wahres ist und dass eine Erhöhung von Kindergartentarifen, egal wo sie stattfindet, für die Betroffenen immer ein wirkliches Problem darstellt. Was den Kindergarten im LKH Leoben betrifft, gibt es zwei konkrete Rahmenbedingungen, die von uns unbeeinflussbar sind beziehungsweise die eine Erhöhung wahrscheinlich doch unumgänglich machen. Der Kindergarten in Leoben wird, wie du weißt, von einem privaten Anbieter betrieben und derzeit von der KAGES mit Zuschüssen in der Höhe von 25.429 Euro bedacht. Diese Zuschüsse werden auf über 30.000 Euro angehoben.

Auf Grund der Budgetsituation auf Bundesebene, die du kennst, ist es zu einer massiven Kürzung der Mittel der Arbeitsmarktförderung gekommen, worauf für den Betreiber des Kindergartens zusätzliche Kosten entstanden sind, die dieser in irgendeiner Form tragen muss.

Ich sage auch dazu, dass auf Grund der Budgetsituation im Gesundheitswesen insgesamt eine höhere Zahlung als die ohnehin in Aussicht gestellte aus meiner Sicht nicht finanzierbar ist, weil, wie du selber weißt, wir mit den Mitteln sehr knapp sind.

Insgesamt kann ich nur sagen, dass wir bestrebt sind in den Verhandlungen, die Erhöhung mit dem privaten Betreiber so gering wie möglich zu halten.

Ein wesentlicher Punkt für mich ist, dass es zu Subjektförderungen kommen kann, die einer finanziellen Mehrbelastung vor allem von finanziell und sozial nicht so gut gestellten Personen da entgegenwirken kann. (10.14 Uhr.)

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Anfrage 266 des Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christopher Drexler an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Umstrukturierungsprojekte im Spitalsbereich.

Herr Abgeordneter, ich ersuche, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Mag. Drexler (10.15 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Die demographische Entwicklung in der Steiermark, die von einem kollektiven Alterungsprozess geprägt ist – und ich bitte das nicht als neuerlichen Anklang an die Geburtstagswünsche vom Eingang der Sitzung zu sehen –, fordert massive Umstrukturierungsmaßnahmen vor allem im Spitals- und Pflegebereich. So muss in Hinkunft bei der Planung von neuen Spitalsprojekten berücksichtigt werden, dass der Bedarf an zusätzlichen Betten in geriatrischen Abteilungen zunimmt, während der Bedarf an Akutbetten abnimmt.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Anfrage:

Welche Umstrukturierungsprojekte wirst du noch in dieser Legislaturperiode umsetzen?

Präsident: Herr Landesrat Dörflinger, bitte die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dörflinger: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich beantworte die Anfrage wie folgt:

Ich freue mich, dass viele Mitglieder der älteren Generation im Zuschauerraum sind und bei diesem Thema auch original mithören können, worum es geht.

Die Frage der Altersstruktur und auch des immer höher werdenden Durchschnittsalters der Bevölkerung ist eine der wesentlichen Bereiche, die wir im Gesundheitswesen überhaupt zu behandeln haben. Es steigt etwa das Durchschnittsalter bei Frauen und Männern pro zehn Jahre um zwei bis drei Jahre. Das heißt schon, dass insgesamt das hier eine sehr positive Sache ist.

Ich glaube, dass wir nicht immer über ein Problem reden sollten, wenn Leute älter werden. Freuen wir uns darüber, dass wir ein Sozialsystem haben, eine Gesellschaft haben, in dem Leute, die ihr Leben lang schwer gearbeitet haben, jetzt auch die Möglichkeit haben, relativ gesund und in einem relativen Wohlstand älter zu werden. Ich glaube, dabei sollte es auch bleiben.

Was die Spitalspolitik selber betrifft, haben wir in vielen Fällen darauf reagiert und tun dies auch. Und das geht insgesamt Hand in Hand mit der Planung des Bundes, dem Krankenanstaltenplan des Bundes, der nach den jetzigen Planungen vorsieht, dass wir in Österreich 3000 Akutgeriatriebetten insgesamt zu schaffen haben.

Für die Steiermark sind 300 Akutgeriatriebetten vorgesehen. Ich sage dazu, diese Betten können nicht additiv sein. Das heißt, wir können nicht zu den Bestandsbetten, die wir jetzt haben, zusätzlich 300 Geriatriebetten dazumachen, sondern müssen bestehende Akutbetten, vor allem im Bereich der Internen Abteilungen, in Geriatriebetten umwandeln, was in einem hohen Maße bereits passiert. Wir werden insgesamt in der Steiermark in den nächsten Jahren bei einem Vollausbau auf 300 Akutgeriatriebetten kommen. Das wird sichergestellt. Die erste Phase dieser Umstrukturierung oder eine der ersten Phasen der Umstrukturierung wird am 19. Oktober im Krankenhaus Hörgas abgeschlossen sein. Wir werden dort 48 Akutgeriatriebetten eröffnen.

Ein kleiner Zwischeneinschub von mir: In den nächsten Anfragen werde ich auch die Frage bekommen, warum es etwa in Judenburg-Knittelfeld zu wenig Betten gibt und wieso wir dort und da was anderes nicht machen. Das Ganze ist ein unheimlich schwieriger Prozess, der die Verwaltung der Krankenanstalten, aber auch das Management dort vor eine sehr hohe Aufgabe stellt.

Als Weiteres gibt es Bestrebungen, eine Palliativeinheit in Rottenmann mit vier Betten geplanterweise demnächst umzusetzen. In Graz werden wir die derzeit vier Palliativbetten auf zehn Betten im ehemaligen HNO-Gebäude aufstocken. Und das alles – sage ich dazu und ich bitte das auch zu berücksichtigen – innerhalb einer Situation, wo wir in den letzten 15 Jahren 1500 Betten abgebaut haben. Die steirischen Krankenanstalten haben vor 15 Jahren um 1500 Betten mehr gehabt, allein das Universitätsklinikum Graz hat etwa 1000 Betten weniger. Das zeigt schon, wie groß hier der Umstrukturierungsprozess insgesamt ist.

Einen Punkt, den ich vor allem hier noch anführen möchte und wo ich Sie auch bitte, das bei den kommenden Budgetberatungen zu berücksichtigen: Zu glauben, dass Geriatriebetten billiger sind als Akutbetten, das ist ein großer Irrglaube. In Wirklichkeit, wenn man diese Geriatriebetten, diese Pflegebetten ordnungsgemäß führt, wenn man die Leute, die in diesen Betten liegen, ordnungsgemäß betreut und ordentlich betreut, müssen Sie davon ausgehen, dass wir trotz dieser Umstrukturierung nicht zu geringeren Kosten kommen, sondern dass hier die Betreuung über Physiotherapie, Ergotherapie und, und, und durchaus sehr viel Geld kostet, was auch dann finanziert werden muss.

Insgesamt werden wir in den nächsten drei bis vier Jahren die Vorgabe dieser 300 Betten umsetzen.

Präsident: Danke, Herr Landesrat.

Gibt es eine Zusatzfrage? Jawohl, eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Drexler, bitte.

Abg. Mag. Drexler: Ich bedanke mich einmal für die ausführliche Beantwortung, auch für das Andeuten einer zeitlichen Dimension. Ich darf daran aber die Frage schließen, ob dieser Vollausbau der geriatrischen Betten aller Voraussicht noch vor deinem angekündigten Ausscheiden aus der Landesregierung zu erwarten ist, um dem Ganzen eine zusätzliche zeitliche Dimension zu verleihen. Nachdem jetzt viel vorgetragen wurde, wie du persönlich hinter diesem Anliegen stehst, ist das, glaube ich, eine entsprechende Information wert.

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dörflinger: Ich beantworte die Frage wie folgt:

Ich habe das ganz konkret gesagt. Mein Ausscheiden aus der Landesregierung werde ich mit zwei Leuten direkt besprechen. Die Erste ist meine Frau, die, glaube ich, ein Recht darauf hat. Und der Zweite ist mein Parteivorsitzender und Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves, dem ich freundschaftlich verbunden bin. Ich kann die Garantie abgeben, dass unabhängig davon, wer Referent ist, dieses Konzept umgesetzt wird.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Herr Abgeordneter Köberl, bitte.

Abg. Köberl: Geschätzter Herr Landesrat!

Du hast jetzt einiges über die zukunftsweisenden Umstrukturierungen im Spitalsbereich ausgeführt. Es hat eine Präsentation gegeben, und zwar zum Architektenwettbewerb am 3. September in Bad Aussee mit dem Neubau des LKH, eines Pflegeheimes und der Errichtung einer Modellklinik für Psychosomatik. Ich darf folgende Zusatzfrage stellen. Welche konkreten Umsetzungsschritte, vor allem im Zusammenwirken mit den Sozialversicherungsträgern, dem Klinikbetreiber und der KAGES haben Sie für die Realisierung der psychosomatischen Modellklinik seither gesetzt?

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dörflinger: Es bedarf einer gewissen Großzügigkeit, um das als Zusatzfrage zu bewerten, wenn man bei der Frage der Akutbetten über den Stand der psychosomatischen Klinik in Bad Aussee Auskunft geben soll. Nachdem ich aber in dieser Frage sehr firm bin, habe ich kein Problem damit. Allerdings, wenn das eine Zusatzfrage ist, dann gibt es künftig keine Zusatzfrage mehr, die nicht erlaubt ist. Aber ich nehme das auch so zur Kenntnis.

Was die psychosomatische Klinik in Bad Aussee betrifft sind wir, was den Krankenanstaltenplan betrifft, im Zeitrahmen. Wir haben es erledigt. Im österreichischen Krankenanstaltenplan ist die psychosomatische Klinik vermerkt. Wir haben auch in der Gesamtbettenanzahl die psychosomatische Klinik vorbereitet. Wir haben in einer sehr schwierigen Situation und unter sehr schwierigen Voraussetzungen die Gesamtplanungen des LKH Bad Aussee in der Modulbauweise so abgestimmt, dass unabhängig von der Realisierung dieser Klinik der Neubau des Krankenhauses in Bad Aussee unverzüglich in Angriff genommen werden kann. Und ich sage dazu und das ist der Konnex in dieser Frage, dass gerade die räumliche Konzeption mit dem zukünftigen Haus der Volkshilfe in Bad Aussee und dem Krankenhaus dort ein Zukunftsprojekt darstellt, weil wir dort eine sehr enge Kooperation zwischen einem Pflegeheim und den Krankenhäusern zustande bringen, im Übrigen ein Projekt, das sich in Mariazell sehr gut bewährt hat und wo wir hier auch eine Weiterführung im Auge haben. Die Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger sind so weit fortgeschritten, dass mittlerweile der Bundessanitätsrat eine positive Stellungnahme abgegeben hat, dass es drei Bewerber gibt, einen niederösterreichischen, einen kärntnerischen und einen steirischen, nämlich Bad Aussee, dass wir die Zusicherung haben, dass Bad Aussee in diesem Bereich drinnen sein wird. Wir haben intern mit der Frau Landeshauptmann und Herrn Landeshauptmannstellvertreter vereinbart, dass ich das Verhandlungskomitee auf Bundesebene, was die Realisierung des Projektes betrifft, anführen werde. Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Wochen zumindest klare Entscheidungen seitens des Bundes kriegen werden, wiewohl – und diesen Ausdruck erlauben Sie mir in Klammer – die jetzige politische Situation, die gewissen Unsicherheiten, die es auch auf Bundesebene geben wird, vielleicht dem Entscheidungsprozess nicht sehr dienlich sind. Aber wir sind auf jeden Fall im Plan. Wir müssen jetzt seitens des Betreibers Dr. Rother noch einige Unterlagen vorbereiten und diese dann vorlegen. Wenn der Bund zu den Versprechen steht, die man bisher gemacht hat, gehe ich davon aus, dass eine Realisierung dort möglich sein wird. (10.26 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat, für die Beantwortung der Zusatzfrage. Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor. Bevor ich zur nächsten Anfrage komme, darf ich sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Sesseln handelt es sich bitte um eine provisorische Lösung bis zum Eintreffen der richtigen. Ich bitte, das nachzusehen, es wird noch einige Zeit dauern.

Damit komme ich zur Anfrage Nr. 267 des Herrn Abgeordneten Eduard Hamedl an Herrn Landesrat Dörflinger, betreffend Drogentherapiestation Kainbach. Herr Abgeordneter Hamedl, ich ersuche um Verlesen der Anfrage.

Abg. Hamedl (10.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus!

Laut Statistik des Innenministeriums weist die Steiermark von 1998 bis 2000 einen Anstieg der Suchtgiftkriminalität um 55 Prozent aus, im Jahr 2001 musste ein neuerlicher Anstieg von 22,6 Prozent verzeichnet werden. Da derzeit in der Steiermark nicht ausreichend Drogentherapien angeboten werden, müssen 90 Prozent der langzeittherapierten Steirer vom Grünen Kreis in Niederösterreich aufgenommen werden. Um dieses ungenügende Angebot an entsprechenden Therapien in der Steiermark und vor allem in Graz zu entschärfen, wurde als eine von vielen Maßnahmen die Errichtung der Drogentherapiestation Kainbach beschlossen. Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Anfrage:

Bis wann ist mit der Aufnahme der Tätigkeit der Drogentherapiestation zu rechnen?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dörflinger: Ich bin sehr dankbar für diese Anfrage. Ich bin vor allem auch dankbar darüber, dass der Sicherheitssprecher der steirischen ÖVP mittlerweile im Landtag auch sagt, dass es offensichtlich bei der Bekämpfung der Suchtkriminalität in Graz, in der Steiermark gewisse Versäumnisse in der Vergangenheit gegeben hat, weil es zu einem so massiven Anstieg gekommen ist. Aber man hat jetzt reagiert. Ich sage spät, aber lieber spät als gar nicht. Aber es ist durchaus eine sehr faire Form, das auch hier im Landtag so darzustellen. Zur Frage selbst kann ich einen Erfolgsbericht darstellen, wir werden, was die Drogentherapiestation betrifft, in folgender Weise vorgehen oder ich kann Ihnen Folgendes mitteilen:

Vor dem Sommer wurde zwischen dem Land und dem Konvent der Barmherzigen Brüder ein Kooperationsvertrag für die Finanzierung, Errichtung und den Betrieb der Drogentherapiestation ausverhandelt. Diese Vereinbarung wurde in der Regierungssitzung am 1. Juli 2002 beschlossen. Im Kooperationsvertrag ist festgehalten, dass der Konvent der Barmherzigen Brüder auf einem von der Ordensprovinz zur Verfügung gestellten Grundstück auf einem Areal des Johannes-von-Gott-Pflegezentrums eine Therapiestation mit 28 Betten errichten wird, wovon zehn Betten klare Entzugsbetten sind und zweimal neun Betten für die Entwöhnung in der von Experten ausgearbeiteten Form zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung und der Betrieb werden vom Land selbst gestellt, es ist auch eine vertragliche Vereinbarung in der Form bereits vorgenommen worden. Im Einvernehmen mit der Landesfinanzabteilung werden die Errichtungskosten über Darlehen finanziert, wobei der Konvent als Kreditnehmer auftritt. Das ist eine Frage, die gerade Maastricht-mäßig sehr wesentlich war, das Land die Haftung übernimmt und die Darlehenstilgung auch vom Land übernommen wird. Ebenso ist ein allfälliger Betriebsabgang vom Land zu decken, sofern die Betriebskosten die Einnahmen nicht decken. Das Projektmanagement für das gesamte Bauvorhaben übernimmt die Fachabteilung 20A des Landes, was auch einen wesentlichen Punkt zur Kosteneinhaltung zur sparsamen Verwendung der Mittel darstellt. Dazu gibt es eine Zusatzvereinbarung. Die Planungsarbeiten sind abgeschlossen. Am 10. Oktober findet eine abschließende Baubesprechung statt. Die Grundsteinlegung ist für den 8. März anberaumt, die Bauzeit wird etwas mehr als ein Jahr betragen. Die Drogenstation Kainbach kann daher laut Planung im Frühsommer 2004 in Betrieb genommen werden, da bereits während der Bauzeit die Personalrekrutierung und Teamentwicklung erfolgen wird.

Einen Punkt, auf den ich den Hohen Landtag schon aufmerksam machen möchte, ist, ich würde vielleicht ein kleines Komitee einmal bitten, sich jene Vorschriften anzuschauen, die für die Errichtung von solchen Einrichtungen in unserem eigenen Bereich gemacht werden. Bei allem Verständnis, dass wir alles perfekt und gut machen, aber wenn man für Therapiestationen Lüftungsanlagen braucht, die mehr als 500.000 Euro kosten, nur für normale Therapieeinrichtungen, stellt sich in vielen Bereichen schon die Frage, ob wir uns hier nicht selbst immer Hürden stellen, die wir dann direkt überspringen können.

Auf eine mögliche Zusatzfrage, ob ich die Grundsteinlegung noch vornehmen werde oder nicht, antworte ich gleich wie bei der vorigen Frage.

Präsident: Danke für die Beantwortung. Gibt es eine Zusatzfrage? Herr Abgeordneter Hamedl, bitte.

Abg. Hamedl: Sehr geehrter Herr Landesrat, ich danke für die ausführliche Beantwortung. Du hast den Ablauf, wie er kommen soll, sehr gut dargestellt. Trotzdem eine Zusatzfrage. Kannst du dich, nachdem Landeshauptmannstellvertreter Voves sagt, dass du sicher ausscheiden wirst, überhaupt noch mit der Umsetzung dieses wichtigen Projektes befassen?

Präsident: Bitte, Herr Landesrat Dörflinger.

Landesrat Dörflinger: Nachdem ich mittlerweile schon gemerkt habe, dass ich offensichtlich fast seherische Qualitäten besitze und deine Zusatzfrage schon geahnt habe, habe ich sie an sich beantwortet. Nur eines sage ich gleich dazu: Bei jeder Eröffnungsfeier wird jedem Politiker gedankt, dass er das gebaut und gezahlt hat. Ich habe nicht vor, mit einem Bagger in Kainbach herumzufahren. Ich habe auch nicht vor, dort die Maurerarbeiten oder sonst irgendwas selber vorzunehmen. Wenn einer von euch sich einbringen will, soll er das tun. Ich garantiere, dass bei Abschluss der Verträge das ordentlich gebaut wird, unabhängig davon, wer den Grundstein legt und wer eröffnet. Ich sage dazu, die besten Projekte, die wir gemacht haben, sind erst Monate nach ihrer Eröffnung offiziell eröffnet worden und haben sensationell funktioniert. (Landesrat Dr. Flecker: „Mach dir nichts draus, es fällt ihnen nichts Besseres ein!“)

Nein, ich bin ja dankbar für die Fragen. Ich beantworte sie auch immer wieder. (10.32 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat.

Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor.

Ich komme zur Anfrage 268 des Herrn Landtagsabgeordneten Gregor Hammerl an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend LKH Rottenmann.

Herr Abgeordneter Hammerl, ich ersuche, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Hammerl (10.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landtagspräsident, meine geschätzten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landesrat!

Der Landesrechnungshof hat die Gebarung, die Organisation und die Auslastung des Landeskrankenhauses Rottenmann einer Prüfung unterzogen. Bei der Überprüfung der Bestimmungen für die Kostenstellenbeschreibung musste der Landesrechnungshof feststellen, dass diese vom Landeskrankenhaus Rottenmann nicht eingehalten wurden. Kritisiert wurde zudem, dass für die erweiterten Behandlungsplätze der Dialysestation weder ein Errichtungsbescheid noch ein Bewilligungsbescheid vorliegt. Vor allem der Brand- und Katastrophenschutz im Landeskrankenhaus Rottenmann wurde vom Landesrechnungshof massiv bemängelt.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Anfrage:

Welche Maßnahmen hast du ergriffen, um die vom Landesrechnungshof in seinem Bericht, betreffend das Landeskrankenhaus Rottenmann, angeführten Mängel, insbesondere in Bezug auf den Brand- und Katastrophenschutz, zu beheben?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um die Anfragebeantwortung.

Landesrat Dörflinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Frage beantworte ich wie folgt:

Es ist dies ein gutes Beispiel dafür, wie es zu einer guten Kooperation zwischen Rechnungshof und KAGES in vielen Bereichen gekommen ist. Die vom Rechnungshof bemängelten, zu Recht bemängelten Punkte sind in allen Punkten behoben. Es gibt mittlerweile eine ganz konkrete Kostenstellenbeschreibung im LKH Rottenmann. Es gibt mittlerweile ganz konkret vorliegende Katastrophenschutz-, Brandschutzpläne. Und auch alle anderen Bereiche sind, was den Errichtungsbescheid et cetera betrifft, soweit mir die KAGES berichtet, behoben.

Eine etwaige Zusatzfrage, ob ich bei der nächsten Brandschutzübung noch anwesend sein werde, beantworte ich wie bei den folgenden Fragen.

Präsident: Danke für die Beantwortung.

Bitte Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Hammerl.

Abg. Hammerl: Zusatzfrage zur Anfragebeantwortung: Anlässlich der Anstaltsprüfung hat der Landesrechnungshof noch einmal festgestellt, dass lediglich zwei Fremdfirmenofferte vorliegen.

Meine Frage ist, ob eine Änderung eingetreten ist. Es geht ja doch in einem großen Krankenhaus um den Hygienebereich.

Präsident: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dörflinger: Ich bin sehr dankbar, dass du mir die Möglichkeit gibst, gerade hier auch eine Grundsatfrage in der Finanzierung des Gesundheitswesens einzubringen. Ich bin mit Fremdvergaben in vielen Bereichen nicht wahnsinnig glücklich, wiewohl ich es in vielen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Wäscherei, es durchaus für sinnvoll empfinde, dass öffentliche Einrichtungen, nämlich eine Krankenhauswäscherei, mit privaten Einrichtungen konkurriert und wir in vielen Fällen merken – und das wird den Landtag oder die Regierung in der nächsten Zeit beschäftigen –, dass zum Teil sich dann herausstellt, dass die Privaten nicht billiger sind, wie das etwa den Bereich der sterilen Wäsche für den OP-Bereich betrifft.

Was die konkrete Frage der Reinigung im LKH Rottenmann betrifft, kann ich dir im Moment diese Auskunft nicht geben. Ich habe die Unterlagen durchgeschaut, es steht nichts drinnen. Ich reiche es dir aber konkret nach.

Insgesamt sage ich aber, dass hier durchaus ein gewisses Konkurrenzverhältnis zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen nicht schlecht ist. Das Hochjubeln, dass privat nur gut und nur billig ist, kann ich aber auf Grund der Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht teilen. (10.36 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat, danke für die Beantwortung.

Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen somit zur Anfrage 269 des Herrn Landtagsabgeordneten Friedrich Kreisl an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend LKH Leoben.

Herr Abgeordneter, ich ersuche, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Kreisl (10.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Auf Grund des Platzmangels und der damit verbundenen unmenschlichen Bedingungen im Landeskrankenhaus Leoben ist ein sofortiger Baubeginn für den OP-Bereich unumgänglich. Darüber hinaus wird von Ihrer Seite bereits seit Jahren der Bau des ebenfalls dringend erforderlichen Strahlentherapie-zentrums, der psychiatrischen Abteilung und einer palliativmedizinischen Abteilung in Leoben versprochen, damit die Patienten nicht mehr nach Bruck beziehungsweise Graz transportiert werden müssen.

Ich stelle daher, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Anfrage:

Wann ist mit dem Baubeginn des zentralen OP-Saal-Traktes und der Errichtung eines Strahlentherapie-zentrums, einer psychiatrischen Abteilung und einer palliativmedizinischen Abteilung am Landeskrankenhaus Leoben zu rechnen?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dörflinger: Meine Damen und Herren!

Nicht nur rhetorisch, sondern wirklich ehrlich gemeint, ich bin für diese Frage dankbar, weil sie ein bisschen die Problematik darstellt, in der wir uns bewegen.

Zusatzfragen, ob ich das dann einbringe oder ein anderer, beantworte ich gleich vorweg. Es ist Wurst, wer das macht, in der Sache wird es gleich bleiben.

Alle von dir angeführten Projekte haben aus unserer Sicht – und ich spreche da auch im Namen der Fraktion – höchste Priorität. Wir haben die Planungen und die Vorbereitungen so weit abgeschlossen, dass die ÖVP-Fraktion schon in kürzester Zeit die Möglichkeit haben wird, bei den entsprechenden Finanzierungsbereichen, die wir in die Regierung und in den Landtag einbringen werden, die Frage von dir eindeutig zu beantworten, dass wir sofort bauen können. Das heißt, dass wir innerhalb der nächsten Monate hier die entsprechenden Entscheidungen treffen werden. Vorbereitet sind alle Bereiche, sie sind alle in Wirklichkeit so weit, dass sie nach einer entsprechenden Überprüfung, die noch vorgenommen wird, auch baureif gemacht werden können. Ob wir die Finanzierung zustande bringen, war bis heute eine Frage. Auf Grund deiner Anfrage gehe ich davon aus, dass die ÖVP einer Finanzierung hier zustimmen wird. (10.39 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat.

Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Anfrage 259 des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Lafer an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend den Bericht der Patientenombudsfrau 2001.

Herr Abgeordneter Lafer, ich ersuche um Vorlesung der Anfrage.

Abg. Lafer (10.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Bericht der Patientenombudsfrau ist unter anderem die Entwicklung der Schlichtungsanträge für die steirischen Krankenanstalten ausgeführt. Daraus ist zu entnehmen, dass im März 2001 die Begleitung der Antragsteller zu den Schlichtungsstellen eingestellt werden musste. Grund dafür war, dass die physischen und psychischen Belastungen der Arbeit in der Patientenvertretung zu groß geworden waren, da ein Dienstposten der unmittelbaren Patientenberatung fachlich nicht qualifiziert nachbesetzt wurde.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, nachstehende Anfrage:

Wie können Sie als zuständiges Regierungsmitglied es verantworten, dass durch eine falsche Personalentscheidung wichtige Aufgaben in der Patientenanwaltschaft nicht mehr wahrgenommen werden können?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dörflinger: Ich freue mich, dass die Zuständigkeit für Personalfragen bei mir liegt und beantworte die Frage wie folgt:

Die Besetzung des angesprochenen Dienstpostens erfolgt in Abstimmung mit dem Personalreferenten der Steiermärkischen Landesregierung und der Patientenombudsfrau. Seit Anfang dieses Jahres arbeitet dort eine Diplomkrankenschwester mit diversen Zusatzausbildungen und die Arbeit kann in vollem Umfang, inklusive der Begleitung von Patienten zu Verhandlungen bei der Schlichtungsstelle, erledigt werden.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Herr Abgeordneter Lafer, bitte.

Abg. Lafer: Herr Landesrat, die Zusatzfrage bezieht sich zwar noch immer auf das, was Sie geantwortet haben.

Können Sie ausschließen, dass durch die fehlende Begleitung der Antragsteller zu den Schlichtungsstellen deren Interessen nicht in ausreichendem Maß gewahrt wurden?

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dörflinger: Ich würde sehr verwegen sein, wenn ich ausschließen kann, dass durch die fehlende Begleitung irgendetwas nicht erfolgt ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur antworten, dass wir wahrscheinlich bei allen Entscheidungen, die wir auch heute hier im Landtag zu treffen haben, was nämlich die Begleitung auch bei den zukünftigen, zusätzlichen Projekten, wie etwa der verschuldensunabhängigen Patientenentschädigung, sein wird, von den Leuten, die zurzeit bei der Patientenombudsfrau beschäftigt sind, wahrscheinlich nicht in vollem Umfang gewährleistet werden kann, weil wir hier zusätzliche Leute brauchen werden.

Wir haben das heute hier auch schon sehr lange diskutiert und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, dieses Thema wirklich ernst zu nehmen. Vor allem Leute, die sich selbst nicht wehren können, die von ihrer Ausbildung her, von ihrer Herkunft nicht in der Lage sind, sich einen Anwalt zu leisten und zu bezahlen, sind auf die Hilfe der Schlichtungsstelle angewiesen. Ich glaube, dass wir hier alle gemeinsam die Verpflichtung haben, die Patientenombudsfrau mit dem nötigen Personal auszustatten, unabhängig davon, ob der eine Dienstposten optimal oder suboptimal besetzt wurde. Wir haben uns bemüht, im Rahmen der Möglichkeiten – und ich sage nicht im Konflikt mit dem Personalreferenten – zu sagen, das muss sein, sondern gemeinsam mit ihm eine Lösung zu finden. Und ich bin froh, dass wir sagen können, dass wir seit 1. Jänner hier eine Möglichkeit haben, die auch von der Patientenombudsfrau akzeptiert und als positiv angesehen wird. (10.42 Uhr.)

Präsident: Danke für die Beantwortung. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 270 des Herrn Abgeordneten Peter Rieser an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Spitalsverbund Judenburg-Knittelfeld.

Herr Abgeordneter Rieser, ich ersuchte die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Rieser (10.43 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag!

Im Zuge der Verwirklichung des Krankenhausverbundes Judenburg-Knittelfeld ist seit 1. Juli 2002 die Auflösung der Medizinischen Abteilung am LKH Judenburg und der Chirurgie am LKH Knittelfeld erfolgt. Am LKH Knittelfeld wird seither die Medizinische Abteilung für den Großraum Judenburg und Knittelfeld geführt. Diese Abteilung ist aber auf Grund der geringen Bettenkapazität derart überlastet, dass bis zu 15 Patienten am Gang untergebracht werden müssen. Am LKH Judenburg sind hingegen ganze Zimmer frei.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Anfrage:

Warum hast du nicht schon bei der Umsetzung des Spitalsverbundes Judenburg-Knittelfeld die dazu unbedingt erforderliche Voraussetzung für ausreichende Bettenkapazität geschaffen?

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dörflinger: Es klingt schon ein bisschen stereotyp, auch für diese Frage bin ich wirklich dankbar, weil sie mir die Möglichkeit gibt, das Grundproblem zu schildern. Lieber Peter Rieser, ihr könnt nicht auf der einen Seite Budgetpolitik machen und sagen, das ist alles viel zu teuer, das kostet alles zu viel, dort muss weniger sein, da muss weniger sein und überall dort, wo weniger ist, sagt ihr, ein Wahnsinn, viel zu wenig. Da müssen wir uns, glaube ich, auf eine einfache Linie begeben.

Der zweite Punkt ist, lassen wir bitte die Kühe im Stall, ist zwar Erich Pörtl's Kompetenz, aber trotzdem, lassen wir die Kühe im Stall. Wenn du sagst, dass ständig 15 Betten am Gang stehen, müsste die Auslastung des Krankenhauses in Judenburg und Knittelfeld bei 115 Prozent liegen. Die Auslastung liegt aktuell bei 84 Prozent, 84 Prozent! Das heißt, dass von 100 Betten 84 besetzt und 16 frei sind. Und eine Bitte habe ich an Sie alle, unabhängig von der Fraktion, wenn Sie den Gesundheitsreferenten der Regierung dazu auffordern, für alle Eventualitäten, die kommen, immer genügend Betten vorzuhalten, dann wird das Budget, das wir jetzt haben, nicht nur nicht ausreichen, dann werden wir irrsinnig viel dazu hineingeben müssen. Es ist eben das Problem, lieber Peter Rieser, dass wir im Gesundheitswesen den Anfall der Patienten nicht planen können. Die Leute sind so undiszipliniert, dass sie nicht dann krank werden, wenn ein Bett frei ist, sondern sie werden krank und dann muss man sie versorgen und die Vorhaltezah bei den Betten, die wir haben, ist vom Rechnungshof geprüft, die Vorhaltezah ist von der Bundesstrukturkommission vom Bundeskrankenanstaltenplan geprüft. Wir haben in vielen Bereichen ähnliche Probleme, dass es bei gewissen Wetterzeiten, Herbst über Weihnachten, im Frühjahr, wenn der Föhn kommt, wenn es besonders heiß ist lange Zeit hindurch oder, oder, oder gerade auf internen Stationen, das Problem haben, dass sehr viele Leute kommen. Wir haben – wie es niemand verborgen geblieben ist – das gleiche

Problem an der Kinderklinik, dass wir dort auch zum Teil im Dezember, Jänner, Feber doppelt so viele Betten brauchen würden als wir haben, aber dann im März, April, Mai, Juni doch eine erhebliche Anzahl von Betten leer steht. Das heißt, wir müssen dort flexibel sein.

Wir haben auch mit der Krankenanstaltenleitung von oben gesprochen. In Wirklichkeit wäre bei einer durchschnittlichen Auslastung von 84 Prozent eine Erhöhung der Bettenanzahl weder sinnvoll, noch können wir es uns in Wirklichkeit leisten. Das heißt, wir müssen schauen, dass wir dort sehr flexibel reagieren. Es kommt auch eines noch dazu und das ist auch ein bisschen eine Erfolgsstory der steirischen Spitäler, dass wir die Verweildauer massiv reduziert haben und dass durch diese massive Verweildauerreduzierung die Spielräume, nämlich Leute ein bisschen früher heimzuschicken, auch geringer geworden sind. Wenn man früher durchschnittlich zehn oder elf Tage gehabt hat, war es möglich, in einer Notsituation jemandem zu sagen, wir schicken dich schon am achten Tag nach Hause. Wenn wir da jetzt heruntergehen und am siebenten oder am sechsten Tag entlassen, haben wir das Problem, dass wir dort keinen Spielraum mehr haben. Ich glaube, die Leute vor Ort sind gefordert, hier eine gewisse Organisation, Verbesserung noch vorzunehmen, was schwer genug ist, aber im Prinzip ist laut allen Berechnungen und laut allen Fachauskünften die Anzahl der Betten in diesem Bereich in Ordnung.

Ein ganz ehrliches Wort auch noch, lieber Peter. Ich bin in diesem Hause gebeutelt worden, dass es nur so geraucht hat, als wir das Krankenhaus Weiz gebaut haben. Man hat gesagt, ein Wahnsinn, was soll ein Spital in der Größenordnung, dort wird keiner hingehen, weil Hartberg ist daneben und Graz ist daneben. Irgendwelche Experten haben mit Zirkeln auf irgendwelchen Blättern Ringe gezeichnet und haben gesagt, wir brauchen dort gar kein Krankenhaus, es ist alles ein Blödsinn. Ich darf Ihnen und euch berichten, das Krankenhaus Weiz ist mittlerweile ein Paradespital. Dort sind wir wirklich auf 100 Prozent Auslastung in manchen Bereichen und dort haben wir eine unheimlich positive Resonanz. Also alles so genau vorzuplanen, dass ich heute weiß, was in drei Jahren ist, das schaffe ich nicht, ich sage aber dazu, dass für alle Planungen, alle Notwendigkeiten, die hier waren, ein Optimum an Vorsorge getroffen wurde, wenn es zu gewissen Zeiten zu Überbelegungen kommt, müssen wir schauen, dass wir das besser „handeln“ können, aber das ein für alle Mal auszuschließen, wird nicht möglich sein.

Präsident: Zusatzfrage bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Rieser: Ich danke dir, Herr Landesrat, für die teilweise Beantwortung meiner Frage. Du hast natürlich die Auslastung von beiden Häusern genommen. Nur, der betroffene Bürger hat dafür kein Verständnis, wenn er in Knittelfeld in der Medizinischen Abteilung am Gang behandelt werden muss. Und ich frage dich, welche Maßnahmen wirst du treffen?

Präsident: Bitte, Herr Landesrat, um die Beantwortung.

Landesrat Dörflinger: Es tut mir Leid, wenn ich einen immunen Abgeordneten korrigieren muss. Die 84,13 Prozent Auslastung sind nicht vom Spitalsverbund Judenburg-Knittelfeld, sondern von der Internen Abteilung in Knittelfeld. 84,13 Prozent im Juli und im August. Es waren, ganz konkret kann ich dir das sagen, 84 Prozent im Juli und 84,97 Prozent im August. Ich werde aber deine Anfrage noch einmal zum Anlass nehmen, um mit der Anstaltsleitung oben zu reden und mir einen genauen Bericht kommen zu lassen, wann so etwas wirklich anfällt. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, gewisse Puffer vorzusehen. Nur, ich sage dazu, auch wenn es populistisch wäre und vor einer Nationalratswahl vielleicht durchaus spannend wäre zu sagen, dass man zusätzlich Betten in Knittelfeld installiert, würde ich nicht empfehlen, wäre auch nicht sinnvoll. Da kann man vielleicht zwei Monate, bis zur Wahl, eine gute Geschichte haben, realistisch gesehen wäre es aber nicht sinnvoll, das zu tun.

Präsident: Danke, Herr Landesrat, für die Beantwortung. Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Frau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Dietrich: Herr Landesrat, könnte es sein, dass das Verhältnis der Klassezimmer oder der Betten in den Klassezimmern zu jenen in der Allgemeinklasse vielleicht nicht ganz stimmt? Ich könnte mir nur vorstellen, dass in den Klassezimmern Betten frei sind und auf der anderen Seite die Menschen am Gang liegen müssen. Vielleicht sollte man auch das einmal überprüfen.

Landesrat Dörflinger: Das Verhältnis zwischen Klassezimmern und Allgemeinklasse ist nicht irgend etwas, was ein Krankenhaus für sich festlegt, sondern da gibt es eine genaue Regel, wie viele Klassezimmer pro Abteilung insgesamt vorgehalten werden können. Wenn es aber so sein sollte und das sage ich da auch dazu, dass in einem Klassezimmer Betten frei sind und auf der anderen Seite Leute am Gang liegen, wird es, glaube ich, eine Möglichkeit geben müssen, dass in Notfällen dann eben Leute, die sich keine Zusatzversicherung leisten können, auch die Möglichkeit haben, so lange, bis ein anderes Bett frei wird, diese Zimmer zu nützen. Dafür hätte ich wahrscheinlich kein Verständnis und das wäre sicherlich auch nicht im Sinne des Erfinders. (10.51 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat.

Eine weitere Zusatzfrage gibt es nicht.

Wir kommen damit zur Anfrage 271 der Frau Abgeordneten Anne Marie Wicher an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Selbstbehalt bei Krankentransporten.

Frau Abgeordnete, ich ersuche dich, vom Rednerpult aus die Anfrage zu stellen.

Abg. Wicher (10.52 Uhr): Danke, Herr Präsident. Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, Hohes Haus!

Am 4. Juli 2002 wurde die Steiermärkische Landesregierung auf Initiative der Volkspartei mit Landtagsbeschluss aufgefordert, mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse in Verhandlungen zu treten, um, analog der Ambulanzgebühr, eine betragsmäßige Begrenzung des Selbstbehaltes für Krankentransporte für schwerst Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer in der Höhe von 73 Euro pro Jahr zu erreichen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, die Anfrage:

Konnten Sie in diesbezüglichen Verhandlungen mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse eine betragsmäßige Begrenzung des Selbstbehaltes für Krankentransporte für schwerst Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer in der Höhe von 73 Euro pro Jahr, das ist also die Deckelung der Ambulanzgebühr, erreichen?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dörflinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte die Anfragebeantwortung mit einer Frage beantworten – wir haben bei Durchsicht der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bei mir keinen Zuständigkeitsbereich für das Rettungswesen gefunden –, ob die Zuständigkeit dieser Anfrage wirklich an mich richtig ist?

Präsident: Frau Abgeordnete, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. Wicher: Ich habe nur insofern eine Anmerkung. Dieser Antrag war ja in Ihrem Ressort, also er war im Gesundheits-Ausschuss. Es war ja dann eine Stellungnahme der Landesregierung beziehungsweise die Landesregierung wurde aufgefordert, an die Gebietskrankenkasse heranzutreten. Da war für mich eigentlich selbstverständlich, dass diese Sache bei Ihnen ressortiert.

Präsident: Herr Landesrat, bitte dazu.

Landesrat Dörflinger: Nachdem ich nicht in der Lage bin das zu klären, würde ich vielleicht dich, Herr Präsident, bitten oder den Hofrat Anderwald. Es gibt ja sozusagen eine Geschäftsverteilung der Landesregierung.

Meine Mitarbeiter schreiben mir in die Anfragebeantwortung hinein – was ich inhaltlich sage, bleibt eh mir überlassen –, die Zuständigkeit läge nicht bei mir. Stimmt das, Herr Dr. Anderwald? (Landtagsdirektor Dr. Anderwald: „Wir werden das prüfen!“) Okay!

Also ich kann das Ganze dann nur politisch beantworten. Ich würde aber schon bitten, dass man die Zuständigkeit, wer für diese Bereiche zuständig ist, dann wirklich klärt, weil in anderen Bereichen sind die Zuständigkeitsfragen auch sehr wichtig.

Aus meiner Sicht ist es durchaus eine vernünftige Forderung, die wir auch entsprechend bei den Gremien der Steirischen Gebietskrankenkasse unterstützt haben. Die Steirische Gebietskrankenkasse hat uns mitgeteilt, dass das autonome Entscheidungen der jeweiligen Länderkassen sind, die Steirische Gebietskrankenkasse auf Grund der finanziellen Situation, in der sie sich befindet, verpflichtet ist, vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger verpflichtet wurde, von der Bundesregierung verpflichtet wurde, den Abgang deutlich zu reduzieren. Nachdem die Einnahmgestaltung der Steirischen Gebietskrankenkasse nicht der Gebietskrankenkasse überlassen ist, können sie das nur im Ausgabenbereich machen. Deswegen ist diese Maßnahme ergriffen worden.

Politisch würde ich es für sinnvoll halten, die Gebietskrankenkassen mit so viel Geld auszustatten, dass sie solche Maßnahmen nicht treffen müssen. (10.56 Uhr.)

Präsident: Danke!

Anfrage Nr. 273 der Frau Landtagsabgeordneten Barbara Gross an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker, betreffend Deckungsgrad bei Kindergärten und Kinderkrippen der EU-Mitgliedsstaaten.

Ich ersuche Frau Landtagsabgeordnete Gross, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Gross (10.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Landesrat!

Der EU-Rat hat in seiner heurigen Sitzung im Frühjahr festgelegt, dass die Mitgliedsstaaten bis zum Ende dieses Jahrzehnts bei Kindergärten einen Deckungsgrad von 90 Prozent und bei Kinderkrippen einen solchen von 30 Prozent erreichen sollen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, die Frage:
Welche Chancen hat die Steiermark, dieses Ziel zu erreichen?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung.

Landesrat Dr. Flecker: Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

Dieser Beschluss stammt aus dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 15. und 16. März 2002 in Barcelona.

Ich habe mir das Zahlenmaterial der Statistik Austria für das Kindergartenjahr 2001/2002 angeschaut und kann für die Steiermark folgende Zahlen bekannt gegeben.

Wir haben in der Steiermark 802 Kindergärten mit 1390 Gruppen, 29.328 betreuten Kindern und 3433 Beschäftigten. Wir haben 60 Kinderkrippen mit 75 Gruppen, 681 Kindern und 142 Beschäftigten. Wir haben 59 Horte mit 145 Gruppen, 2408 Kindern und 238 Beschäftigten. Und wir haben 573 Tagesmütter mit 1988 betreuten Kindern.

Bei den Kindergärten verfügt die Steiermark in den Städten und größeren Gemeinden und deren direkten Umgebung bereits jetzt über einen sehr guten Deckungsgrad – das Platzangebot liegt bei über 90 Prozent. De facto haben wir daher bei Kindergärten das EU-Ziel erreicht. Allerdings ist es so, dass in entlegeneren Regionen und kleineren Gemeinden die EU-Zahl wesentlich schwerer zu erzielen ist. Dort wird, sofern es geografisch sinnvoll ist, eine engere Kooperation von Gemeinden erforderlich sein, um den Kindern ausreichend Betreuungsplätze anzubieten. In wenigen Gemeinden kann es möglich sein, dass die geringe Kinderzahl eine Betreuung durch Tagesmütter ratsam erscheinen lässt.

Weniger leicht ist das Ziel bei den Kinderkrippen zu erreichen, also bei jenen bis zum dritten Lebensjahr. Hier sind bei der Errichtung, aber auch bei der laufenden Finanzierung erhebliche Probleme zu bewältigen.

Die Bestimmungen des Steiermärkischen Kinderbetreuungs- und des Kinderbetreuungsförderungsgesetzes verlangen in den Krippen einen stärkeren Personaleinsatz bei etwa gleichen Personalbeiträgen des Landes. Hier sind weiter gehende Kooperationen mit Gemeinden, Trägern, Betrieben und Eltern unerlässlich beziehungsweise müsste das Land die Personalförderungsbeiträge erhöhen.

Ebenso angesprochen sollte sich die Wirtschaft fühlen – wir haben eine sehr traurige Bilanz, was Betriebskindergärten anlangt, wir haben leider nur zwei in der gesamten Steiermark, der eine Betriebskindergarten wird bei der KAGES in Leoben geführt und der zweite beim Landesbedienstetenunterstützungsverein in Graz –, wie überhaupt die Wirtschaft beziehungsweise die Politik einiges im Bereich familienfreundlichere Arbeitszeiten beitragen könnte, damit Beruf und Familie vereinbar wären.

Für die Errichtung von noch fehlenden Krippen ist die im Budget für 2003 vorgesehene Verdoppelung des Kindergarten-Baufonds eine Hilfe. Ich habe jedenfalls für meinen Bereich vor, diese zusätzlichen Gelder vorwiegend in den Bau von Räumlichkeiten für zusätzliche Kinderkrippen beziehungsweise flexiblere Betreuungseinrichtungen zu investieren.

Präsident: Danke für die Beantwortung.

Gibt es eine Zusatzfrage? Frau Abgeordnete Gross, bitte.

Abg. Gross: Sehr geehrter Herr Landesrat!

Danke für die Beantwortung. In diesem Zusammenhang sind aber für mich nicht nur die Zahlen von Interesse, sondern es interessiert uns vor allem die Qualität, die in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen sind. Was hast du als zuständiges Mitglied in der Landesregierung in diese Richtung unternommen bitte?

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker: Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass auch die pädagogische Qualität und Leistung hinterfragt wird, weil allzu oft die Kinderbetreuungseinrichtungen nur als Aufbewahrungsstätte betrachtet werden. Wir tun da sehr viel, auch im Einklang mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz. Wir haben eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für Kindergartenpädagoginnen und Kinderbetreuerinnen, zuletzt eine große Tagung und viele Seminare, veranstaltet durch die mir unterstehende Abteilung, die dafür zuständig ist. Die andere Seite ist, dass wir permanent versuchen müssen, die pädagogischen Ziele zu definieren und die Erreichung der Ziele auch durch die Fachbetreuerinnen im Kindergartenreferat zu überprüfen einerseits und andererseits durch Beratung beizustehen. Ich habe jedenfalls zur Erreichung gewisser Qualitäten die Fachabteilung 6B beauftragt, im Erlassweg einen altersaufbauenden Zielkatalog für die Einrichtungen auszuarbeiten, so dass wir dann gewisse pädagogische Ziele, abgestimmt auf das Alter, erreichen könnten und auch dadurch den pädagogischen Wert dieser Einrichtungen hervorheben sollten. Wir werden auch dafür sorgen, dass, um diese Arbeit konsequent durchführen zu können, die Kindergartenpädagoginnen auch die nötige Vorbereitungszeit für die Arbeit in den Kindergruppen zur Verfügung gestellt bekommen. Danke! (11.04 Uhr.)

Präsident: Danke für die Beantwortung, Herr Landesrat. Gibt es eine weitere Zusatzfrage dazu? Das ist nicht Fall.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 274 der Frau Abgeordneten Michaela Halper an Landesrat Dr. Kurt Flecker, betreffend Schuldnerberatung Steiermark GmbH.

Frau Abgeordnete, ich ersuche um die Anfrage.

Abg. Halper (11.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Landesregierungsmitglieder, Hohes Haus!

Mit 1. Jänner 2002 übernahm die Schuldnerberatung Steiermark GmbH. den Betrieb von „Rettet das Kind“.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Landesrat Flecker, die Anfrage, inwieweit hat sich die Reorganisation positiv auf die Beratung der Klienten/Klientinnen zum Beispiel durch die Reduktion der Wartezeiten ausgewirkt?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um die Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dr. Flecker: Ich darf deine Frage wie folgt beantworten:

Im Zuge der Neuorganisation der Schuldnerberatung hat es bis jetzt schon wesentliche Veränderungen gegeben. Erstens, wir haben keine Wartezeiten mehr. Ein wesentliches Ziel der Schuldnerberatung neu war es, die Wartezeiten für Erstkontakte auf ein Minimum zu reduzieren. Im Vorjahr mussten überschuldete Steirer, die sich das erste Mal an die Schuldnerberatung gewendet haben, durchschnittlich vier Wochen auf ein Erstgespräch warten, in manchen Bezirken sogar acht Wochen und mehr. Jetzt ist gewährleistet, dass alle Kunden, die nicht innerhalb einer Woche einen Termin erhalten, innerhalb von zwei Arbeitstagen vom Berater zurückgerufen werden. Das bedeutet für die Betroffenen, dass sie innerhalb von zwei Tagen ihre Probleme mit einem Fachmann besprechen können, dass sie erste Schritte zur Vorbereitung unter Anleitung setzen können, ganz einfach, dass sie sich mit all ihren Problemen angenommen fühlen können. Wie wichtig diese Verbesserung ist, weiß man, wenn man die Überwindung kennt, die es für viele Betroffene bedeutet, den entscheidenden Schritt zu setzen und zum Telefon zu greifen oder zur Schuldnerberatung hinzugehen.

Zweitens, die Steigerung der Erstkontakte um 59 Prozent. Dadurch, dass sich die Schuldnerberatung um alle Betroffenen, die sich an sie wenden, umgehend kümmert, hat die Schuldnerberatung wesentlich mehr Kunden im Zuge dieser Erstkontakte zu betreuen. So hat die Schuldnerberatung Steiermark GmbH. heuer in der Phase der flächendeckenden Einführung dieses Systems 224 Kunden pro Monat betreut. Im Vorjahr gab es durchschnittlich 142 Erstkontakte pro Monat. Das heißt, wir haben eine Steigerung der Kapazität um 59 Prozent. Diese zusätzlich betreuten Schuldner sind die, die im Vorjahr die langen Wartezeiten nicht in Kauf nehmen wollten, die sich mit einer Auskunft begnügen mussten und die nach langen Wartezeiten einfach nicht zum Erstgespräch erschienen sind.

Die Reduktion der Wartezeiten auf null und die Betreuung der zusätzlichen Erstkontakte wurde ausschließlich durch organisatorische Maßnahmen erreicht.

Drittens haben wir verstärkte psychosoziale Orientierung, die durch enge Zusammenarbeit mit der Caritas sichergestellt ist und die für die entsprechende Betreuung in speziellen Fällen sorgt.

Ebenso wurde die telefonische Erreichbarkeit mehr als verdoppelt. Im Zuge der Übernahme der Schuldnerberatung wurde die telefonische Erreichbarkeit von 26 auf 42 Stunden pro Woche, also um 60 Prozent, erhöht. Durch die jetzt mögliche Vernetzung ist sichergestellt, dass praktisch während dieser ganzen Zeit überall in der Steiermark ein Berater erreichbar ist, der Kunden fachliche Auskünfte erteilen kann oder mit Gläubigern oder Gerichten fallbezogenen Abklärungen durchführen kann. Für die Vertretung der Schuldner im Privatkonkurs bedeutet die jetzige Arbeitsweise, dass die übrigen Beteiligten an diesem Verfahren jederzeit Fachkräfte in der Schuldnerberatung, die mit dem Einzelfall vertraut sind, erreichen können. Die Vorbereitung und Abwicklung der betreuten Privatkonkurse kann dadurch wesentlich professioneller abgewickelt werden.

Und letztlich maximale Flächendeckung. Alle erreichten und geplanten Verbesserungen wurden bei Aufrechterhaltung der in Österreich einmalig hohen Flächendeckung durchgeführt. Schuldnerberatung wird an 14 Standorten und Sprechtagen in der Steiermark angeboten. In einzelnen Bezirken, zum Beispiel in Leibnitz, wurde die Präsenz sogar verdoppelt.

All die getroffenen Maßnahmen zeigen, wie sehr die Schuldnerberatung in der Steiermark durch eine neue Lösung an Kundennähe und Qualität zugenommen hat.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Halper: Die Finanzierung der Schuldnerberatung erfolgt durch das Land und durch das AMS. Sie haben angekündigt, zum Beispiel die Banken in die Mitfinanzierung einzubeziehen. Was ist eigentlich bis jetzt dabei passiert?

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker: Die Schuldnerberatung Steiermark bekommt eine Basissubvention des Landes von 8 Millionen Schilling, wird im nächsten Jahr durch die 10-prozentige Senkung der Subventionen der Ermessensausgaben um 800.000 weniger bekommen. Ich habe heuer im April mit den Banken Kontakt aufgenommen mit dem Ersuchen, ob die Banken in der Lage sind, aus ihrem Bereich Beiträge welcher Größenordnung auch immer an die Schuldnerberatung zu leisten. Ich habe am 27. Juni dann vom Sprecher der Banken, vom Herrn Generaldirektor Doppelhofer von Raiffeisen, die Antwort bekommen, dass die Banken sich nicht in der Lage sehen, auch nur einen Euro für die Schuldnerberatung auszugeben. Ich werde diese Antwort nicht sofort so hinnehmen wollen, weil ich glaube, dass uns genug Statistiken und Erfahrungswerte vorliegen, die darauf schließen lassen, dass einerseits die Banken durch die Schuldnerberatung, durch die Konsolidierung des Schuldners Vorteile ziehen und zum anderen durchaus Schlüsse zulässig sind, dass durch sehr offensive Akquisition, aber auch durch vielleicht nicht ausreichende Bonitätsprüfungen bei Schuldnern oder Bürgen Menschen in die Situation kommen, die Schuldnerberatung in Anspruch zu nehmen.

Ich werde diese Statistik und diese Argumente und Untersuchungen noch einmal den Banken zur Verfügung stellen. Ich glaube, dass wir diesen öffentlichen Diskurs durchaus noch eine Zeit lang führen können. (11.12 Uhr.)

Präsident: Gibt es zu dieser Anfrage eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 69 Absatz 7 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages darf die Fragestunde 60 Minuten nicht überschreiten. Können in dieser Zeit die vorliegenden Anfragen nicht beantwortet werden, kann der Landtag beschließen, die Fragestunde um weitere 60 Minuten zu verlängern.

Die Fragestunde hat um 10.10 Uhr begonnen. Jetzt ist es auf meiner Uhr 10.13 Uhr.

Ich schlage vor, die heutige Fragestunde, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, zu verlängern. Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Anfrage Nr. 275 der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Ursula Lackner an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker, betreffend Umgang mit den Auflagen für Ausgänge außerhalb des Geländes von Kindergärten.

Ich ersuche Frau Landtagsabgeordnete Mag. Lackner, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Mag. Lackner (11.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Immer wieder kommt von Betreibern der Kindergärten die Frage, wie sie mit den strengen Auflagen für Ausgänge außerhalb des Kindergartengeländes umgehen sollen. Die meisten Einrichtungen verfügen offenbar nicht über die vom Gesetz her für solche Ausgänge vorgesehene Personalzahl.

Deswegen stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, die Anfrage:

Kann das Land eine Regelung herbeiführen, die den Kindern die Möglichkeit gibt, auch außerhalb der Kindergarteneinrichtung Erfahrungen spielerisch zu machen?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dr. Flecker: Tatsächlich ist die Fachabteilung 6B als Aufsichtsbehörde, nicht zuletzt auf Grund eines Antrages in diesem Hohen Haus, mit diesen Fragen konfrontiert, wie die aus mehreren Gründen durchaus sinnvollen Ausgänge aus Kinderbetreuungseinrichtungen mit dem Steiermärkischen Kinderbetreuungsgesetz in Einklang zu bringen sind. Das bedeutet in der täglichen Praxis, dass für eine ausreichende Beaufsichtigung auch dann gesorgt werden muss, wenn das nach kurzer Zeit vertraute Terrain der Einrichtung für kleine Ausflüge in die Umgebung verlassen wird.

Zunächst ist also zu beachten, dass in den Kinderbetreuungseinrichtungen für die kleinen Besucherinnen und Besucher ein Höchstmaß an Schutz seine volle Berechtigung hat. Dies kann nicht nur eine leere Floskel sein, sondern ist im schlimmsten Fall mit der persönlichen Verantwortung verbunden.

Andererseits kann es die Umgebung einer bewilligten Einrichtung durchaus ermöglichen, dass solche Ausgänge weitgehend gefahrlos absolviert werden können.

Für diese Möglichkeit habe ich die Fachabteilung 6B beauftragt, eine Novellierung des Steiermärkischen Kinderbetreuungsgesetzes vorzusehen. Ein solcher Vorschlag liegt vor und hat folgende Änderungen im Auge:

Es genügen auch zwei Aufsichtspersonen pro Gruppe, wenn es sich um regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen im Nahbereich der Kindergartenliegenschaft handelt und keine Gefährdung der Kinder, insbesondere durch örtliche Verkehrsverhältnisse, zu erwarten ist.

Außerdem ist ja bereits nach dem geltenden Gesetz die Möglichkeit gegeben, zusätzliches Aufsichtspersonal aus der Elternschaft heranzuziehen. Diese Aufsichtspersonen haben eigenberechtigt und volljährig zu sein.

Diese Novellierung und einige kleine Verbesserungen werden demnächst in das Anhörungsverfahren gelangen. Ich hoffe sehr, dass wir damit relativ unbürokratisch dieses Problem erledigen können. (11.17 Uhr.)

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zur Anfrage 260 des Herrn Landtagsabgeordneten Kurt List an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker, betreffend Landesaltenpflegeheime.

Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. List (11.17 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Landesregierungsmitglieder, werte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Die Steiermärkische Landesregierung hat durch Verordnung die Pflegegebührentarife der Landesaltenpflegeheime ab 1. Juli 2002 stark angehoben. Beispielsweise wurden die Heimkosten für Personen der Pflegestufe 6 für 30 Tage von 2066,70 Euro um 319,50 Euro auf 2386,20 Euro erhöht.

Durch diese gravierende Kostensteigerung kommen einige Heimbewohner und deren Angehörige in finanzielle Schwierigkeiten.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, nachstehende Anfrage:

Gibt es Bewohner in Landesaltenpflegeheimen, die auf Grund der Anhebung der Tagsätze ihr Heim verlassen haben?

Präsident: Danke!

Herr Landesrat, bitte um Beantwortung.

Landesrat Dr. Flecker: Du erlaubst mir, dass ich etwas näher auf die Problematik eingehe, weil sonst könnte ich sagen, wir betreiben keine Motiveforschung, warum und wo der eigentliche Grund liegt, wenn jemand aus einem Heim austritt.

Die Frage ist grundsätzlich wie folgt zu beantworten:

Mit Beschluss vom 17. Juni 2002 hat die Landesregierung durch Verordnung eine Neufestsetzung der Obergrenzen nach Paragraph 13 des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes mit Wirkung vom 1. Juli 2002 vorgenommen. Die letzte Anhebung stammte aus dem Jahr 1998 und es haben sämtliche Betreiber darauf gedrängt, dass es zu einer Valorisierung kommt.

Nun wurden die Pflegeheim-Beträge für die Heimkategorien folgendermaßen fixiert:

In der Kategorie 1 bislang 40,26 Euro, in Zukunft 44,30 Euro. In der Kategorie 2 bislang 38,73 Euro, zukünftig 41,25 Euro, also jetzt 41,25 Euro. In der Kategorie 3 37,14 Euro, hinkünftig und jetzt geltend 38,14 Euro. Das sind sozusagen die Vollpensionspreise, wenn man so will. Da kommen dann noch die Pflegegebühren, die berechnet werden nach der Pflegestufe, hinzu.

Allerdings erfuhren, wie schon gesagt, die Hinzurechnungsbeträge für die Pflege und Betreuung je nach Pflegegeldstufe eine deutlichere Veränderung. Ihre Einstufung orientiert sich bekanntlich an den Pflegegeldhöhen, die durch den Bund festgesetzt werden und die einen bestimmten Pflegeaufwand, je nach Schwere der Behinderung, wenn man so will, erforderlich machen.

Wir hatten bisher die Situation so, dass in den Pflegestufen 4 und 5, außerhalb dieser Vollpensionspreise, die Kunden mehr zahlen mussten als sie Pflegegeld erhalten hatten, während in den Pflegestufen 6 und 7 die Kunden weniger zahlen mussten als sie Pflegegeld erhalten hatten. Und es obliegt nicht unserer Betrachtungsweise, ob die Pflegegeldhöhe dem tatsächlichen Aufwand entspricht, sondern da gibt es eine Bundesfestsetzung, an die ich mich halten will.

Es ist auch nicht Sinn und Zweck, dass, wenn du einen Heimbewohner hast, der in der Pflegestufe 6 oder 7 und vollbetreut in einem Heim ist, aber nur in etwa die Hälfte des Pflegegeldes abliefert, die andere Hälfte wahrscheinlich irgendwo anders hinfließt und nicht in die Pflege investiert wird, wenn jemand voll betreut wird.

Das haben wir daher adaptiert und haben das jeweilige Pflegegeld eins zu eins in die Vollbetreuung als notwendig zu überweisen gegeben. Das ist die derzeitige Situation. Nachdem ich weiß, wo du deine Umgebung findest, kann ich dir sagen, es ist ein Fall bekannt, dass in letzter Zeit jemand aus einem Altenpflegeheim weggegangen ist, das war im Bezirk Radkersburg, Landesaltenpflegeheim in Radkersburg. Aber wie gesagt, Motivenforschung zu betreiben ist sehr schwer.

Präsident: Danke für die Beantwortung, Herr Landesrat. Herr Abgeordneter, eine Zusatzfrage.

Abg. List: Herr Landesrat, danke für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Dieser gegenständliche Fall ist auch mir bekannt. Ich habe heute diesbezüglich noch ein Telefonat mit diesem Führungsfunktionär der Sozialdemokraten geführt. Deswegen brauche ich nicht näher auf diesen Fall eingehen. Er hat seine Schwiegermutter aus dem Landesaltenpflegeheim Bad Radkersburg herausgenommen und damit die Konsequenzen gezogen. Für mich jetzt eine grundsätzliche Zusatzfrage. Ist aus deiner Sicht, Herr Landesrat, die rückwirkende Erhöhung der Pflegegebühren beispielsweise in der Stufe 6, jetzt in Schillingen ausgedrückt um 4400, das sind annähernd 16 Prozent, innerhalb von drei Jahren sozialdemokratisch sozial verträglich? Ich bitte um eine ehrliche Antwort. (Abg. Gross: „Das ist eine Frechheit!“)

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker: Ich freue mich über deine ehrliche Frage, aber ich freue mich weniger, dass du offenbar unterstellst, dass ich keine ehrlichen Antworten gebe. (Abg. List: „Nein, keine Unterstellung!“) Aber ich werde dich eines Besseren belehren.

Ich bin ganz begeistert, dass du sogar die Parteizugehörigkeit von Menschen weißt, die aus irgend welchen Landesaltenpflegeheimen weggehen. Also so weit hat unsere Information noch nicht gereicht, aber offenbar seid ihr im Bezirk Radkersburg in diesem Bereich relativ gut informiert. Danke für die Information!

Ich darf zur Frage selbst Folgendes sagen: Bisher bekommt – und ich bitte, das jetzt wirklich zu inhallieren – der Gepflegte, der in einem Heim ist oder nicht in einem Heim ist, adäquat zu seiner Behinderung, zu seinem Pflegebedarf vom Träger der Versicherung ein Pflegegeld in der Höhe der Pflegestufe 6, Pflegestufe 7 oder darunter. Damit wird unterstellt, dass mit diesem Pflegegeld der Aufwand der Pflege finanziert werden kann. Wenn nun ein Bezieher eines Pflegegeldes in eine Vollbetreuung kommt, in eine stationäre Einrichtung, wie ein Pflegeheim, wo er die volle pflegerische Betreuung hat, dann ist es legitim, dass dieses Pflegegeld, das dafür da ist, diesem Heim zur Betreuung zur Verfügung gestellt wird. Und wenn das eben in der Höhe der Pflegestufe 6 ist, dann eben in der Höhe der Pflegestufe 6! Früher war es so, dass bei 4 und 5 man gesagt hat, die müssen mehr zahlen und das ist jetzt weniger. Das musst du auch dazusagen. Der Hintergrund war aber der, dass die Heime am meisten Pfleglinge in der Pflegestufe 4 und 5 hatten und damit dort am meisten Einnahmen hatten. Also das Ganze hat überhaupt nichts mit einer sozialen Abstufung zu tun, es sei denn, du meinst, dass eine widmungswidrige Verwendung des Pflegegeldes, nämlich für irgendwelche Angehörige, weil sie nicht für die Vollpflege ans Heim zahlen müssen, im Sinne irgendeiner Partei sei, im Sinne meiner Partei ganz sicher nicht, das glaube mir.

Präsident: Danke für die Beantwortung. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Ja, die Frau Abgeordnete Wicher, bitte.

Abg. Wicher: Sehr geehrter Herr Landesrat!

Sie haben jetzt ausgeführt, dass zum Beispiel in der Pflegestufe 6 oder 7 dieses zur Verfügung gestellte Geld eins zu eins in die Pflege einfließt beziehungsweise dem Heimbetreiber zugute kommt. Meine Frage, ich denke, Sie haben nicht vergessen, dass 10 Prozent des Pflegegeldes dem Betreuten zur Verfügung stehen müssen. Also ich glaube nicht, dass wir uns über die Gesetze des Bundespflegegesetzes hinwegsetzen können. Also 10 Prozent des Pflegegeldes haben dem Pflegegeldbezieher zu verbleiben.

Präsident: Herr Landesrat dazu, bitte.

Landesrat Dr. Flecker: Das, was ich gesagt habe, inkludiert natürlich diesen 10-prozentigen Einbehalt. Aber das waren ja früher mehr als 10 Prozent, diese Differenz.

Präsident: Frau Abgeordnete zur Ergänzung, bitte.

Abg. Wicher: Nur etwas, Herr Landesrat, wenn von den Beträgen, die aus der Pflegestufe 6 oder 7 resultieren, etwas übrig bleiben würde, wäre es vielleicht möglich, dass sich ein in einer Einrichtung Betreuter vielleicht eine zusätzliche Pflege, sprich eine Heilbehandlung, eine Maniküre, eine Pediküre oder was immer auch, leisten könnte. Also das Geld geht ja nicht verloren, das wäre einfach eine Erhöhung der Lebensqualität eines Behinderten oder alten Menschen.

Präsident: Herr Landesrat, wolltest du dazu etwas sagen?

Landesrat Dr. Flecker: Es entspricht zwar nicht der Geschäftsordnung, aber ich nehme die Frage gerne auf, weil ich meine, dass das genau den Punkt trifft.

Wir haben ja nicht das Problem, dass irgendein Heim jetzt das ganze Geld sozusagen in eine sture Standardpflege investieren muss, sondern die können ja ab der Gruppe 6 – da wird man ohnedies nicht mehr viel mobilisieren können – in verschiedene Sachen qualitativ an Mehrwert hineinstecken. Das macht durchaus Sinn, aber das Sinnvollste, Frau Abgeordnete, wäre, wenn – und ich kann das nicht beurteilen – die Einstufungen und die dafür bezahlten Gelder seitens des Bundes hinsichtlich des Aufwandes logisch nachvollziehbar wären. Wenn es offenbar so ist, dass ich mit einem Menschen, der in der Pflegestufe 6 oder 7 ist, etwas weniger Arbeit habe, weil er meistens nicht mehr mobil ist, weil ich ihn nur mehr umlegen muss und so weiter, dann muss ich auch auf das Rücksicht nehmen bei der Einstufung beziehungsweise beim Pflegegeldersatz. Das ist die andere Seite. Aber solange uns sozusagen noch etwas übrig bleiben könnte, würde ich durchaus für diese Qualitätsverbesserung eintreten, das ist jedem unbenommen. (11.30 Uhr.)

Präsident: Zusatzfrage gibt es dazu keine mehr.

Wir kommen damit zur Anfrage Nr. 276 der Frau Abgeordneten Dr. Ilse Reinprecht an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker, betreffend Gewalt in der Familie.

Abg. Dr. Reinprecht (11.30 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich stelle an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker die Anfrage, betreffend Gewalt in der Familie.

Gewalt in der Familie ist leider nicht mehr die Ausnahme, sondern kommt immer häufiger vor. Vor allem Kinder und Frauen sind davon betroffen. Bei deinem Amtsantritt hast du dieses Thema als einen deiner vorrangigsten Arbeitsschwerpunkte genannt.

Ich stelle daher an dich, lieber Kurt Flecker, die Anfrage, welche Maßnahmen wurden seither durch das Sozialressort gesetzt?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung.

Landesrat Dr. Flecker: Deine Anfrage beantworte ich sehr gerne.

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist stets Ausdruck eines ungleichen Machtverhältnisses. Die Gewalt kann auf psychischer, physischer oder sexueller Ebene, aber auch im ökonomischen oder sozialen Bereich ausgeübt werden. Besonders in Zeiten von Trennung und Scheidung steigen die Gewalttaten massiv an. Das Risiko von Gewaltanwendung ist zu diesen Zeitpunkten fünfmal höher. Betroffene Frauen und Kinder benötigen gerade in diesen Phasen intensive Hilfe und vor allem Schutz.

Gewalt darf nicht als Privatsache angesehen werden. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die bestmöglichen Hilfsmaßnahmen und Schutzinstrumente zur Verfügung zu stellen. Opferschutz, Unterstützung der Opfer geht sicher vor eine Ideologie, die glaubt, durch hohe Strafen und Abschreckung der Täter dieses Problem lösen zu können.

Tatsache ist, dass in Österreich zumindest jede zehnte Frau in einer Partnerschaft misshandelt wird. Laut einer Empfehlung des EU-Parlaments sollte pro 10.000 Einwohnerinnen ein Wohnplatz in einem Frauenhaus zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutet, dass in der Steiermark wenigstens 120 Plätze angeboten werden sollten. Faktum ist aber, dass die Steiermark derzeit über ein einziges Frauenhaus mit einer Kapazität von 45 Plätzen für Frauen und deren Kinder verfügt. Von Jänner bis 1. September 2002 war das Grazer Frauenhaus zu 106 Prozent, also über Vollauslastung, ausgelastet. Das heißt auch, dass 50 Frauen und 63 Kinder vorübergehend abgewiesen und auf andere Art und Weise betreut werden mussten.

Ein Frauenhaus in der Obersteiermark wird bereits seit vielen Jahren vor allem von obersteirischen Frauen gefordert. Soziallandesrätin Anna Rieder hat bereits 1999 die Erstellung eines diesbezüglichen Konzepts in Auftrag gegeben. Dieses Vorhaben wurde jedoch auf Grund mangelnder Finanzierungsbereitschaft einiger Sozialhilfverbände auf Eis gelegt.

Nach sorgfältigen Vorarbeiten ist es nun gelungen, einen geeigneten Standort sowie einen erfahrenen Trägerverein für ein Frauenhaus in der Obersteiermark zu finden. Der ausgewählte Standort ist in Kapfenberg, das Grundstück beträgt zirka 3000 Quadratmeter, die Wohnnutzfläche 1600 Quadratmeter. Die Einrichtung bietet für zehn bis 15 Frauen und 14 bis 20 Kinder Platz. Die Trägerschaft soll vom Verein „Grazer Fraueninitiative“ übernommen werden, die auch das Frauenhaus in Graz leitet. Mit einer Eröffnung kann bei problemlosem Baufortschritt mit Herbst bis Ende 2003 gerechnet werden.

Nach einem Beobachtungszeitraum von zwei Jahren soll festgelegt werden, ob und wie viele Krisenwohnungen noch zusätzlich in der Steiermark errichtet werden sollen, wobei diese Krisenwohnungen zusätzlich noch Betreuung wie in einem Frauenhaus haben sollten.

Die Gewalt in Familien ist steigend, viele Ehen werden geschieden und vor allem Kinder und Jugendliche haben in Problemsituationen keine Ansprechpartner. Schulängste, überhöhte Anforderungen am Arbeitsplatz, wenig Lehrstellen für Jugendliche – all das sind Faktoren für die emotionale Verarmung vieler Kinder und Jugendlicher.

Die Aufgabe von Kinderschutzzentren besteht einerseits darin, Gewaltentwicklungen in Familien vorzubeugen, damit es erst gar nicht zur Anwendung von Gewalt kommt, andererseits werden Hilfen angeboten, wenn Kinder bereits Gewalt erfahren haben. Insbesondere bei sexuellem Missbrauch leisten die Kinderschutzzentren seit vielen Jahren hervorragende Arbeit.

Zu meinem Amtsantritt gab es in der Steiermark vier Kinderschutzzentren – Graz, Knittelfeld, Weiz und Deutschlandsberg. Mit Jänner dieses Jahres konnte in Kapfenberg ein zusätzliches Kinderschutzzentrum eröffnet werden. Für den Bezirk Liezen wird derzeit ein Konzept fertig gestellt und Mitte nächsten Jahres soll das Kinderschutzzentrum in Liezen in Betrieb gehen.

Die Einrichtung des „Sorgentelefon“ für Kinder, Jugendliche und Eltern ist ein niederschwelliges, anonymes und für die Anruferinnen kostenloses Angebot, welches seit Jahren sehr gut angenommen wird. Auf Grund der steigenden Inanspruchnahme dieser Hotline, nicht zuletzt aber auch auf Grund eines Landtagsbeschlusses wurden im letzten Jahr die Öffnungszeiten ausgedehnt und eine zusätzliche E-Mail-Beratung eingeführt.

Seit April 2001 wird das Angebot des Sorgentelefon durch das Projekt „Hilferuf“ erweitert. Ziel dieses Projektes ist es, Kinder mit Gewalterfahrungen gezielt anzusprechen und zu motivieren, sich schnelle und professionelle Unterstützung und Hilfe zu holen. Zielgruppe sind Schüler der dritten und vierten Klassen Volksschule sowie der ersten und zweiten Klasse Hauptschule oder Gymnasium. Konkret beinhaltet das Projekt eine Erweiterung des telefonischen Beratungsangebotes, die Gestaltung und Verteilung einer kindergerechten Informationsbroschüre zur Hilfe bei Gewalterfahrungen und die praktische Arbeit mit Schulklassen zum Thema Gewalt.

In den nächsten Wochen werde ich dem Steiermärkischen Landtag ein „Gewaltschutzgesetz“ zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Dieses soll die Verpflichtung zur Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Plätzen in Frauenhäusern, von Krisenwohnungen sowie Kinderschutzzentren zum Inhalt haben. Es soll weiters das Recht auf Opferschutz festgeschrieben und vorbeugende Maßnahmen gegen das Entstehen von Gewalt enthalten. (11.38 Uhr.)

Präsident Purr: Danke, Herr Landesrat.

Gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Anfrage Nr. 261 des Herrn Landtagsabgeordneten Georg Ferstl an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, betreffend Dumpingpreise im Hotel Intercontinental Loipersdorf.

Ich ersuche Herrn Landtagsabgeordneten Ferstl, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Ferstl (11.39 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Herren der Regierung, liebe Damen und Herren im Hohen Haus!

Ich darf an Sie, Herr Landesrat Dr. Hirschmann, betreffend Dumpingpreise im Hotel Intercontinental in Loipersdorf, folgende Anfrage stellen:

In den letzten Jahren ist es – mit großer Unterstützung durch Steuergelder – gelungen, die Oststeiermark zu einer der führenden Regionen im Bereich Erholung und Wellness auszubauen. Mit Landesmitteln wurden Thermen errichtet und Investitionen im Bereich von Hotels gefördert – so auch die Errichtung des Hotelprojekts „Intercontinental Loipersdorf“. Hier wurden von Landesseite Subventionen in der Höhe von mehr als 800.000 Euro gewährt.

In letzter Zeit werden nun Klagen laut, dass gerade das Hotel Intercontinental Loipersdorf durch Dumpingpreise den anderen Beherbergungsbetrieben massiv Konkurrenz macht. Ein Beispiel: In einem Angebot aus dem Juni dieses Jahres konnte man im Hotel Intercontinental Loipersdorf um 255 Euro für zwei Personen zweimal im Doppelzimmer übernachten inklusive reichhaltigem Frühstücksbuffet und Abendbuffet sowie zweimal Thermeneintritt inklusive Schaffelbadbenutzung. Dieses Angebot galt bis 31. August 2002. Das ist ein täglicher Aufwand von 870 Schilling pro Person.

Dies ist ein Preis, mit dem andere Beherbergungsbetriebe in dieser Kategorie unmöglich kostendeckend kalkulieren können. Derartige Wettbewerbsverzerrungen schaden der ganzen Region und ruinieren kleinere Beherbergungsbetriebe.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, nachstehende Anfrage:

Wie beurteilen Sie derartige Dumpingpreise von Hotels, deren Errichtung mit Steuergeldern unterstützt wurde?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dr. Hirschmann: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren!

Erstens, Herr Abgeordneter, das Land Steiermark – das ist eine Selbstverständlichkeit, ich unterstreiche es nur –, wie du weißt, beeinflusst Hotelpreise nirgends.

Das Zweite: Dieses Hotel wurde – das ist richtig – von meinem Vorgänger in dieser Funktion, vom damaligen Landesrat Ressel, mit sehr großen Bemühungen dort hingebacht.

Ich halte das für ganz richtig, weil die Steiermark in ihrer Tourismuspolitik in allen Landesteilen einige Beherbergungsbetriebe als echte Leitbetriebe braucht und ich sehe persönlich diesen Betrieb durchaus als solchen, denn wir haben bei der gesamten guten Situation des steirischen Tourismus immer wieder die Probleme – das gilt für die Dachstein-Tauern-Region, das gilt für die Thermenregion, erst recht natürlich für alle anderen Regionen der Steiermark –, dass wir für bestimmte Anfragen einfach die notwendigen qualitätsvollen Kapazitäten nicht haben. Deswegen halte ich die Ansiedelung dieses Projektes dort für sehr, sehr wichtig.

Das Dritte – und jetzt, um auf deine Frage zu kommen, Herr Abgeordneter – das ist richtig, dass man natürlich bei jedem dieser Betriebe auch eine sehr intensive Anlaufphase hat mit großen Anlaufverlusten und deswegen ganz offensichtlich auch hier zu solchen preispolitischen Maßnahmen gegriffen wird. Ich bin mir aber persönlich sicher, dass das nicht von Dauer sein kann und nicht von Dauer sein wird. Aber eine Zeit lang muss man damit leben, dass das natürlich die Situation der anderen vor Ort befindlichen Beherbergungsbetriebe mit beeinflusst, das ist mir klar. Das kann ich aber erstens nicht ändern und zum Zweiten möchte ich schon wirklich

bitte auch in aller Deutlichkeit dazusagen, alle diese dort angesiedelten Betriebe – und das sind ja nicht nur die dort, sondern erfreulicherweise hunderte Betriebe in den benachbarten Ortschaften – leben von diesem Engagement des Landes. Sonst gäbe es die Herren Stoiser und Co., um einen Namen zu nennen, dort gar nicht, wenn das Land nicht dort dieses Investment getätigt und vorangetrieben hätte. Da muss man auch beide Seiten mit klarem Blick sehen. Noch einmal, ich verstehe das, dass das für diese Zeit eine gewisse Problematik darstellt, aber man muss zum Ausgleich sagen, die haben ja auch sehr, sehr profitiert von diesem öffentlichen Investment.

Und letzter und fünfter Punkt von mir aus zu diesem Thema. Wir haben uns aber gerade aus diesem Gesichtspunkt auch – es war nicht der einzige –, aber auch aus diesem Beteiligungsverhältnis des Landes zurückgezogen. Loipersdorf ist ja, wie du weißt, Herr Abgeordneter, mittlerweile nicht mehr im Einflussbereich des Landes. Wir haben das ja auch mit Beschluss der Regierung an die Gemeinden dort übertragen und ich bin mir sicher, dass das in Zukunft dort vor Ort um einiges leichter sein wird im täglichen Management.

Letzte Bemerkung zu diesem Hotel. Da gibt es einige weitere Probleme, die natürlich zu einer schwierigen Situation des Hauses geführt haben, die sind aber auf einem guten Weg der Lösung, zum Beispiel mit der Errichtung des Konferenzzentrums, das ja in diesen Tagen seine Pforten geöffnet hat. Ich glaube, dass, wenn einige Schritte vom Eigentümer, vom Betreiber in den nächsten, ich würde einmal sagen, ein, zwei Jahren gesetzt werden, wird das zum Wohle aller dort Ansässigen sein, denn wie gesagt, man muss immer sehen, dass solche Leitbetriebe vorübergehend wie gesagt einiges an Problemen schaffen für die Mitbewerber, à la long, wenn das funktioniert – und ich bin überzeugt davon, dass das funktionieren wird – für alle Mitbewerber auch zusätzliche Chancen bringt.

Präsident: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage? Herr Abgeordneter Ferstl, bitte.

Abg. Ferstl: Ich danke sehr für die ausführliche Beantwortung, Herr Landesrat, und ich bitte auch noch zu bedenken, wenn wir in Zukunft drei bis fünf Thermen dazubekommen und das der Anfang eines Wettbewerbes bei vielen Betrieben sein wird, so schaut es dann nicht besonders gut in der Wirtschaftlichkeit aus. Also ich danke vielmals für die Beantwortung und bitte aber, dass man diese Betriebe, wenn sie subventioniert und unterstützt werden, diese Dumpingangeboten verhindern möge.

Präsident: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Hirschmann: Das war keine Frage, sondern eine Bitte, der wir selbstverständlich dort, wo wir einen Einfluss haben, sehr gerne nachkommen werden. (11.46 Uhr.)

Präsident: Danke. Eine weitere Zusatzfrage gibt es zu dieser Anfrage nicht.

Wir kommen damit zur Anfrage Nr. 262 der Frau Abgeordneten Verena Graf an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend die finanzielle Situation des Steirischen Roten Kreuzes.

Frau Abgeordnete Graf, bitte die Anfrage vom Rednerpult aus zu stellen.

Abg. Graf (11.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Frau Landeshauptfrau, werte Abgeordnete!

Vergangene Woche gab es einen Gipfel, bei dem die Situation des Steirischen Roten Kreuzes finanziell beleuchtet wurde. Es wurde hier eine zusätzliche Million Euro für das Rote Kreuz in Aussicht gestellt. Laut dem Rotkreuz-Präsidenten ist damit die flächendeckende Notarztversorgung vorerst gesichert. Trotz alledem müssten trotz interner Sparmaßnahmen noch weitere 4 Millionen Euro aufgetrieben werden, um sozusagen überleben zu können. Vom Steiermärkischen Landtag wurde im Herbst 2001 bereits eine Novellierung beschlossen, wo wir den Rettungsbeitrag von 1,89 Euro auf 3,12 Euro angehoben haben.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, folgende Anfrage:

Wie dramatisch ist die finanzielle Situation des Steirischen Roten Kreuzes tatsächlich, dass jetzt bereits knapp ein Jahr nach der Erhöhung des Rettungsbeitrages das Rote Kreuz wiederum eine zusätzliche Million Euro aus dem Landesbudget benötigt?

Präsident: Bevor ich die Frau Landeshauptmann um Beantwortung bitte, ersuche ich die Damen und Herren um etwas mehr Ruhe und mehr Aufmerksamkeit! Frau Landeshauptmann, bitte um Beantwortung.

Landeshauptmann Klasnic: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Finanzielle Situation des Steirischen Roten Kreuzes. Anlässlich des von mir einberufenen Rettungsgipfels mit Vertretern des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark – es waren auch Vertreter des Bundesverbandes anwesend –, der Gebietskrankenkasse als Verhandlungspartner der Sozialversicherungen, der Katastrophenschutzabteilung habe ich als Gemeinde- und Katastrophenschutzreferentin gemeinsam mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves als Gemeindeferent dazu eingeladen. Der Gipfel fand am 18. September statt.

Das Rote Kreuz gab einen Abgang für das Jahr 2001 von rund 6 Millionen Euro, sprich 85 Millionen Schilling bekannt. Das Rote Kreuz hat das Land und die zuständigen Kostenträger um Hilfe ersucht. Ich habe die Vertreter des Roten Kreuzes darauf hingewiesen, dass erst im Vorjahr der Landtag nach langen Verhandlungen mit Rotem Kreuz und den Gemeinden das Rettungsdienstgesetz novelliert hat, wobei der Rettungsbeitrag stufenweise angehoben und bis zum Jahre 2005 mehr als verdoppelt wird. Daher wurde festgehalten, dass erst nach Vorlage eines von mir geforderten Strukturreformkonzeptes, welches bis Jahresende von einer externen Beratungsfirma erstellt werden soll und zur Hälfte vom Land finanziert wird, der Bedarf nach einer neuerlichen Anhebung des Rettungsbeitrages abgeschätzt werden kann. Ich ersuche die Landtagsfraktionen und die Gemeinden, nach Vorliegen der Ergebnisse dieser Studie bei Bedarf die Verhandlungen mit dem Roten Kreuz über eine neuerliche Änderung des Rettungsdienstgesetzes wieder aufzunehmen.

Für die Abdeckung des Abganges beim bodengebundenen Notarztrettungsdienst, wo die Steiermark derzeit in 23 Stützpunkten flächendeckend die Versorgung anbietet, ist das Land wegen des gesetzlichen Auftrages zuständig. Der Abgang wird hier vom Roten Kreuz mit rund 700.000 Euro (10 Millionen Schilling) beziffert. Zurzeit prüft der Landesrechnungshof diesen Notarztrettungsdienst. Bei Bestätigung dieses Abganges durch den Landesrechnungshof wird das Land in Wahrnehmung seiner Verantwortung den Abgang tragen. Das sind die 10 Millionen Schilling, von denen Sie gesprochen haben.

Ich habe aber auch beim Rettungsgipfel ganz klar die Verantwortung der Sozialversicherungsträger angesprochen, die nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) für die Abgeltung der Kosten für den Krankentransportdienst des Roten Kreuzes zuständig sind. Jene Kosten, die den Hauptteil des Abganges des Roten Kreuzes ausmachen. Es wurde vereinbart, dass sofort Gespräche mit dem Roten Kreuz und der steirischen Gebietskrankenkasse aufgenommen beziehungsweise fortgesetzt werden, weil die Vertreter waren ja anwesend, um zumindest diese Tarife ein wenig auf das Niveau des Bundesländerdurchschnittes anzuheben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich aber bei den vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Roten Kreuzes bedanken, die hervorragende Arbeit leisten und jeden Tag für uns im Einsatz stehen. (Beifall bei der ÖVP. – 11.51 Uhr.)

Präsident: Danke, Frau Landeshauptmann, für die Anfragebeantwortung.

Gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Anfrage Nr. 256 des Herrn Landtagsabgeordneten Peter Hagenauer an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend KINDerLEBEN und Abfangjäger.

Ich ersuche Herrn Landtagsabgeordneten Hagenauer, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Hagenauer (11.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau!

Erstens: Sie haben die Initiative KINDerLEBEN gegründet, ins Leben gerufen und die Landesregierung hat diese Initiative genehmigt.

Zweitens: Im Zuge der Hochwasserkatastrophe hat der Rüstungskonzern EADS, der den Eurofighter herstellt, angekündigt, dass er seine laufende Werbekampagne stoppen will und in Zukunft zugunsten all jener Organisationen – wie es ausdrücklich heißt – und Einrichtungen, die jetzt konkret Schutz und Hilfe bieten, inserieren will.

Drittens: Bemerkenswert in dem Zusammenhang ist, dass die Initiative, Ihre Initiative, von EADS in einem Inserat beworben wurde – nach unseren Recherchen hat dieses Inserat zirka eine Million Schilling gekostet – und auf der anderen Seite diese Initiative KINDerLEBEN nicht dem von EADS genannten Ziel, nämlich Hilfsorganisationen, Einrichtungen, die jetzt konkret Schutz und Hilfe bieten, dient, sondern, wie in den Zielen der Initiative KINDerLEBEN ja auch hier im Hause immer wieder betont wurde, auf Grund der Bevölkerungsprognose der Steiermark 2050 und so weiter die Ziele gelegen sind. KINDerLEBEN ist also keine Hilfsorganisation.

Viertens: Sie persönlich haben bis heute eine exponiert positive Haltung zum Eurofighter eingenommen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, folgende Frage:

Warum haben Sie vor dem Hintergrund Ihrer besonders deutlichen Befürwortung des Eurofighterkaufs es nicht abgelehnt, dass der Rüstungskonzern EADS die Landesregierung unter Ihrer Führung bewirbt? Bitte um Beantwortung der Frage.

Präsident: Frau Landeshauptmann, bitte um die Beantwortung.

Landeshauptmann Klasnic: Herr Präsident!

Herr Abgeordneter, die Anfrage möchte ich wie folgend beantworten:

Richtig ist, dass sich die Firma EADS auf Grund der schlimmsten Naturkatastrophe, die Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg heimgesucht hat, dazu entschlossen hat, bereits gebuchte und bezahlte Inserate für gemeinnützige Organisationen und Initiativen zur Verfügung zu stellen.

Den vom Hochwasser betroffenen Bundesländern in ganz Österreich wurde in dieser Form die Möglichkeit geboten, Spendenaufrufe zugunsten der durch die Hochwasser geschädigten Personen zu platzieren. Dies wurde auch von allen betroffenen Bundesländern angenommen. Auch die Steiermark war betroffen.

In verschiedenen Inseraten wurden Spendenaufrufe wiedergegeben.

In dem von Ihnen angesprochenen Inserat „KINDERLEBEN“ wurde auf die Hochwassersituation in Österreich und in den benachbarten Ländern, insbesondere im Hinblick auf die betroffenen Kinder, hingewiesen.

Einleitend heißt es in diesem Inserat: „Uns hat die Hochwassersituation in Österreich und in den benachbarten Ländern sehr mitgenommen. Zusammenhalt zu zeigen und zu leben ist nun oberstes Gebot – vor allem auch für unsere Kleinsten in der Gesellschaft.“

Sie haben Recht, dass es kein Spendenkonto von KINDERLEBEN gibt. Aus diesem Grunde gab es auch im Text „Helfen Sie Kindern“ einerseits den Hinweis auf die Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen mit dem Postscheckkonto und auf der anderen Seite auf das Caritas-Postscheckkonto. So wurde dieser Spendenaufruf abgeschlossen.

Ich glaube, dass in solchen Tagen und Stunden alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um vielen tausenden Not leidenden Menschen in Österreich, die durch diese Katastrophe ihr Hab und Gut, oft ihre Existenz verloren haben, mit Geldspenden zumindest die materielle Not zu lindern. Den seelischen Schmerz, die eigenen vier Wände mit den zahlreichen privaten Gegenständen für immer verloren zu haben und aufgeben zu müssen, kann einem ohnehin niemand nehmen. Aber die finanzielle Not zu beheben ist Aufgabe und ein Akt der Solidarität.

Jede Form des Angebotes zur Hilfe war daher willkommen und anzunehmen. Der großartige Erfolg dieser Spendenaktion spricht für die außerordentliche Hilfsbereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher. Und wenn wir wissen, dass es zum Beispiel auch im Stadtpark das Konzert für Österreich gegeben hat, hat man gemerkt, dass es keine Grenzen gab. Es haben sich alle zur Verfügung gestellt. Und vor allem die Steirer haben wieder gezeigt, was Spenden heißt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Danke für die Beantwortung.

Gibt es eine Zusatzfrage? Herr Abgeordneter Hagenauer, bitte.

Abg. Hagenauer: Frau Landeshauptfrau, ist Ihnen entgangen, dass die österreichischen Medien bei Gott sich wirklich angestrengt haben und gratis Spendenaufrufe jederzeit und ohne Beschränkung veröffentlicht haben?

Und deshalb frage ich Sie noch einmal, wie beurteilen Sie diese Optik, dass man eine Million Schilling für einen Spendenaufruf, den man jederzeit umsonst haben hätte können, wie Sie selbst ganz genau wissen, dass man eine Million Schilling inseriert für eine Organisation, die, wie Sie selbst sagen, zwar die Ihre ist, aber nicht einmal ein Spendenkonto führt?

Und zum Abschluss: Ich habe gedacht, dass Sie beim Stadtpark enden werden, weil von dort weg ist es zum Magnolienbaum nicht mehr weit. (Beifall bei den Grünen.)

Präsident: Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic: Herr Kollege Hagenauer, ich gebe Ihnen gerne eine Antwort.

Den Weg vom Stadtpark oder auch vom Stadtparkbrunnen oder vom Passamt zum Magnolienbaum kenne ich sehr gut, weil ich manchmal dort in der Früh zu Fuß gehe. Aber zum Unterschied dazu muss ich sagen, dass ich mit niemandem eine Preisverhandlung geführt habe und ich nicht weiß, ob die Firma bei den Medien diese Inserate bezahlen musste oder nicht. Aber es wird stimmen, wenn Sie mir aus Ihrer Erkundung sagen, dass es einen bestimmten Betrag ausgemacht hat. Aber in diesen Tagen und Stunden wurde jede Hilfe angenommen. (Beifall bei der ÖVP. – 11.59 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage dazu gibt es nicht.

Anfrage Nr. 257 der Frau Landtagsabgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Finanzierung der mobilen Dienste.

Ich ersuche Frau Landtagsabgeordnete Lechner-Sonnek, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Lechner-Sonnek (11.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um die Finanzierung der Mobilien Dienste.

Zur Erinnerung, schon im letzten Jahr oder für das laufende Jahr waren zu geringe Mittel für Hauskrankenpflege und Mobile Dienste veranschlagt. Damals waren im Voranschlag 225 Millionen Schilling veranschlagt. In diesem Ansatz sind auch die extramurale Beratung und Betreuung psychisch Kranker enthalten.

Wir haben dieselbe Situation bei der letzten Budgeterstellung gehabt, wo nicht nur die zusätzlich benötigten Mittel nicht budgetiert wurden, von denen man schon wusste, sondern auch die Mittel nicht weiter budgetiert wurden, die im Jahr 2002 zur Verfügung gestellt worden sind. Es fehlen daher im Landesvoranschlag 2003 4,1 Millionen Euro.

Frau Landeshauptfrau, Sie selbst haben im Finanz-Ausschuss – angesprochen auf dieses Defizit – in der Zukunft eingeräumt, dass es hier noch Verhandlungen geben wird müssen.

Ich möchte Sie daher fragen:

Wie und wann werden die fehlenden Mittel von 4,100.000 Euro im Bereich der Hauskrankenpflege und der Mobilen Dienste aufgebracht?

Präsident: Frau Landeshauptmann, bitte um die Beantwortung.

Landeshauptmann Klasnic: Frau Klubobfrau, betreffend die Finanzierung der Mobilen Dienste folgende Antwort:

Die Finanzierung der Mobilen Dienste für die Fachbereiche Hauskrankenpflege, Alten-, Heim- und Pflegehilfe sowie der Bereich der extramuralen Psychiatrie erfolgte in den letzten Jahren aus Mitteln des KRAZAF, SKAFF und nunmehr auch aus Landesmitteln.

Bereits 2001 wurden in einem Nachtragsbudget 30 Millionen Schilling, sprich 2,18 Millionen Euro für die extramurale Psychiatrie beschlossen. Diese Summe wird auch heuer wieder bereitgestellt werden müssen. Damit sind für das Jahr 2002 laut vorgelegter Maßnahmenkonzepte der Trägerorganisationen Mittel für die Aufrechterhaltung der Mobilen Dienste und der extramuralen Psychiatrie vorhanden.

Im Landesvoranschlag 2003 waren die Ausgaben für diese Dienste im Vergleich zu 2002 auf Grund der budgetären Vorgaben zu kürzen, was daran lag, dass diese Aufwendungen Ermessens-, und keine Pflichtausgaben im Sinne der Richtlinien des Landesvoranschlages darstellen. Ich betone noch einmal Ermessens-, und keine Pflichtausgaben!

Um die Kürzung der Mittel hintanzuhalten hat der Landtag über Initiative unserer Fraktion in seiner Sitzung am 2. Juli 2002 beschlossen, dass die Landesregierung an die Landeskommision des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds herantreten und beantragen soll, dass die für 2003 und 2004 fehlenden Mittel – wie bis zum Jahr 2001 – aus den Mitteln für strukturverbessernde Maßnahmen des SKAFF bereitgestellt werden. Diese Regierungsvorlage wird in Kürze in der Landesregierung behandelt. Über die Entscheidung des SKAFF wird dem Landtag umgehend berichtet werden.

Darüber hinaus habe ich auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 2. Juli 2002 im Rahmen meiner Zuständigkeit den Auftrag gegeben, eine Regierungsvorlage zur Schaffung der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausübung und Förderung der Hauskrankenpflege und der begleitenden Mobilen Dienste vorzubereiten und dem Landtag zuzuleiten.

Die demographische Entwicklung in der Steiermark führt dazu, dass der Hauskrankenpflege eine immer größere Bedeutung zukommt. Daher ist es ein Ziel, die Abwicklung und Finanzierung der Mobilen Dienste auf ein gesichertes Fundament zu stellen, das über viele Jahre Zukunft hat. In diesem Zusammenhang ist auch die Studie „Marktanalyse der Mobilen Dienste in der Steiermark“ zu nennen, die in Auftrag gegeben wurde.

Ich gehe davon aus, dass die getroffenen Maßnahmen in dieser Angelegenheit dazu führen werden, dass 2003 und darüber hinaus Mittel, die ausreichen, für die Aufrechterhaltung der Mobilen Dienste und der extramuralen Psychiatrie zur Verfügung stehen werden. Ich ersuche aber schon heute den Landtag mitzuhelfen, durch entsprechende Beschlüsse dieses Ziel zu erreichen.

Präsident: Danke für die Beantwortung, Frau Landeshauptmann. Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek: Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau!

Eines der wichtigen Stichworte bei der Beantwortung war der Terminus, der Begriff der Sicherheit.

Ich möchte Sie fragen, was werden Sie tun, wenn sich herausstellt, dass es nicht möglich ist, dass die noch fehlenden Mittel für 2003 und 2004 aus SKAFF-Mitteln aufgebracht werden? Können Sie garantieren, dass Sie und Ihre Fraktion sich dafür einsetzen werden beziehungsweise die Situation schaffen werden, dass die Mobilen Dienste im gebotenen Ausmaß, und zwar in dem, wie sie gebraucht werden, durchgeführt werden können? Können Sie das sicherstellen?

Präsident: Bitte, Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic: Eine Form der Sicherstellung ist, dass wir die Studie Marktanalyse der Mobilen Dienste sehr ernst nehmen. Ich bin überzeugt, dass wir auch zu einem Weg kommen, dass man sagt, wir haben flächendeckend ein sehr gutes Versorgungsprinzip. Das heißt aber noch nicht, dass das am Ende ist, sondern dass man noch immer etwas ausbauen kann oder vielleicht das eine oder andere verändern soll.

Zum Zweiten müssen wir uns bemühen, Pflichtausgaben festzuschreiben, dann schaut es im Budget anders aus. Dann sind die Verhandlungen mit dem Herrn Finanzreferenten etwas leichter, aber ich bin überzeugt, zu einem guten Ergebnis zu kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Danke für die Beantwortung. Zusatzfrage, Frau Abgeordnete Gross, bitte.

Abg. Gross: Frau Landeshauptmann, ich habe bereits im Ausschuss gefragt, wann diese Studie, die laut Ihrer Regierungsvorlage mit September bereits fertig gestellt hätte werden sollen, wirklich eintrifft und ich möchte noch einmal wiederholen, dass ich ersuche, dass diese Studie dann auch allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Landeshauptmann Klasnic: Ich darf gleich sicherstellen, dass die Verfasser der Studie sich vor allem mit jenen Menschen, die Hauptverantwortung in diesen Organisationen tragen, zusammensetzen, um mit ihnen das Ergebnis zu beraten und weitere Maßnahmen zu treffen und das wird selbstverständlich noch heuer passieren. (Beifall bei der ÖVP. – 12.06 Uhr.)

Präsident: Danke, Frau Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor.

Wir kommen zur Anfrage Nr. 258 der Frau Abgeordneten Mag. Edith Zitz an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic betreffend unrechtmäßige Beschäftigung von Zivildienern bei der Feuerwehr.

Frau Abgeordnete Zitz, bitte.

Abg. Mag. Zitz (12.06 Uhr): Es ist vor kurzem bekannt geworden, dass im Bezirksfeuerwehrkommando Graz-Umgebung Zivildienster zu Telefondiensten am Notruftelefon allein verantwortlich eingesetzt werden. Das heißt, diese Zivildienner – wenn Sie sich das persönlich vorstellen würden, wenn es bei Ihnen in der Wohnung brennt – eigenverantwortlich einen Feuerwehreinsatz koordinieren und mit traumatisierten Personen umgehen, das ist eine Situation, auf die für uns überraschenderweise der Landesfeuerwehrkommandant Franz Hauptmann so reagiert hat – ist ganz klar ein Bruch mit dem Zivildienstgesetz –, „ich gebe zu, dass das vielleicht nicht ganz gesetzeskonform ist, aber wie viele Dinge passieren jeden Tag, die nicht ganz gesetzeskonform sind.“

Nachdem es vom Landesfeuerwehrkommandanten leider nur diese Positionierung gegeben hat und sich das Katastrophenschutzreferat gegen diesen Zustand offenbar nicht zur Wehr setzt, stellen wir an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, folgende Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie bis wann als Katastrophenschutzreferentin setzen, um die gesetzeskonforme Beschäftigung von Zivildienern bei der Feuerwehr zu gewährleisten?

Präsident: Bitte um Beantwortung, Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic: Ich darf die Anfrage der Kollegin Zitz wie folgt beantworten:

Der Landesfeuerwehrverband Steiermark ist Rechtsträger der gemäß Paragraph 4 des Zivildienstgesetzes (ZDG) bescheidmäßig anerkannten Zivildiensteinrichtung „Landesfeuerwehrkommando Steiermark“ samt den einbezogenen Einsatzstellen, bei denen es sich um die 16 Bezirksflorianstationen handelt. Eine dieser Einrichtungen ist die Florianstation Graz-Umgebung in der Marktgemeinde Raaba.

Die Zivildiensteinrichtung „Landesfeuerwehrkommando Steiermark“ samt den Einsatzstellen verfügt über insgesamt 150 Zivildienstplätze. Dem Landesfeuerwehrverband Steiermark wurde in den vergangenen Jahren durchschnittlich ein Kontingent von zirka 120 Zivildiennern pro Kalenderjahr zugewiesen. Die Aufteilung der Zivildienner auf die einzelnen Einsatzstellen erfolgt autonom durch den Rechtsträger „Landesfeuerwehrverband Steiermark“. Im Rahmen der Aufgabenbereiche der Zivildiensteinrichtung „Landesfeuerwehrkommando Steiermark“ samt Einsatzstellen können Zivildienstleistende zu folgenden Tätigkeiten herangezogen werden: „Hilfsdienste im Verwaltungsbereich, im Versorgungsbereich, im Pflege- und Wartungsdienst, im Rahmen des Katastrophendienstes, Kraftfahrdienste und allgemeine Hilfsdienste“ (laut Bescheid der Kommission gemäß Paragraph 54 a ZDG).

Es ist richtig, dass mehrere Zivildienstleistende der Einsatzstelle „Bezirksflorianstation Graz-Umgebung“ am 12. September 2002, das heißt vor gut eineinhalb Wochen, dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 7B, Katastrophenschutz und Landesverteidigung, eine Beschwerde zur Kenntnisnahme übermittelt haben. Auch der Zivildienststrat beim Bundesministerium und die Zivildienstverwaltungs-GesmbH. scheinen im Verteiler als Adressaten auf. An erster Stelle ist aber der Landesfeuerwehrverband Steiermark angeführt.

Die Abteilung des Landes hat sofort reagiert und mit Schreiben vom 13. September, das heißt am nächsten Tag, den Landesfeuerwehrverband Steiermark aufgefordert, die ordentliche Beschwerde im Sinne des Zivildienstgesetzes längstens innerhalb von sechs Wochen ab dortigem Einlangen zu erledigen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Erledigung folgende Punkte zu umfassen hat.

Erstens die Feststellung, ob das Beschwerdevorbringen mit dem erhobenen Sachverhalt übereinstimmt, zweitens erforderlichenfalls die Würdigung der geltend gemachten Beschwerdegründe und drittens allfällige Maßnahmen auf Grund des Beschwerdevorbringens.

Die für das Beschwerdeverfahren zuständigen Organe sind hier zunächst der Landesfeuerwehrverband Steiermark und im Falle der Weiterleitung der ordentlichen Beschwerde das Bundesministerium für Inneres, vertreten durch die Zivildienstverwaltungs-GesmbH.

Zur Weiterleitung an das Bundesministerium für Inneres käme es dann, falls die Beschwerdeführer mit der Erledigung ihrer Beschwerde seitens des Landesfeuerwehrverbandes Steiermark nicht zufrieden sein sollten.

Im Gegenstand handelt es sich demnach um ein schwebendes Beschwerdeverfahren, in das ich weder als Landeshauptmann in der Vollziehung des Zivildienstgesetzes, noch als Katastrophenschutzreferentin im Bereich der Landesverwaltung eingreifen kann. Die Klärung der Beschwerde und die Beurteilung des Sachverhaltes hat in der im Zivildienstgesetz vorgesehenen Art und Weise zu erfolgen. Ob Zivildienstler für Tätigkeiten eingesetzt wurden, die nicht dem Zivildienstgesetz entsprechen, kann ich daher aus meinem Wissenstand aus heutiger Sicht noch nicht sagen. Ich gehe aber nach den bisherigen Erfahrungswerten davon aus, dass der Landesfeuerwehrverband Zivildienstler gesetzeskonform einsetzt.

Es hat sehr viele Meldungen ob dieser Anzeige gegeben von Zivildienstleistern, die eine andere Stellungnahme abgegeben haben, aber wie gesagt, es ist ein schwebendes Verfahren.

Präsident: Danke für die Beantwortung.

Zusatzfrage von der Frau Abgeordneten Zitz.

Abg. Mag. Zitz: Frau Landeshauptfrau, ich nehme Ihre Ausführungen so wahr, dass Sie nicht bereit sind, als Katastrophenschutzreferentin von sich aus da aktiv zu werden, sondern andere Stellen in erster Linie involviert sind.

Jetzt möchte ich eine andere Frage stellen: Es ist bekannt, dass die Zivildienstler, die sich dagegen zur Wehr gesetzt haben, dass sie da völlig überfordert sehr komplizierte Einsätze koordinieren haben müssen, dass diese Zivildienstler Repressalien erfahren haben, konkret versetzt beziehungsweise auch persönlich unter Druck gesetzt worden sind.

Sehen Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit in der Landesregierung die Möglichkeit, da klare Verhältnisse zugunsten der Zivildienstler zu schaffen?

Präsident: Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic: Frau Kollegin Zitz, ich gebe Ihnen selbstverständlich Recht. Wenn Sie mir heute mitteilen, dass es Versetzungen beziehungsweise ein Unter-Druck-Setzen gegeben hat, dann ist mir das nicht bekannt. Ich weise aber den ersten Satz zurück, wenn Sie sagen, dass ich nicht bereit bin zu handeln, weil ich habe es mit einem Gesetzauftrag zu tun und ich habe betont, dass es ein schwebendes Verfahren ist – sechs Wochen. Wir haben heute, glaube ich, ich weiß es nicht genau, welches Datum, aber den 24. Das Ganze ist vor zwölf Tagen passiert. Es sind alle Maßnahmen, die möglich sind, binnen 24 Stunden gesetzt worden in der Erkundung, in der Einladung, der Beschwerde stattzugeben beziehungsweise alle Beschwerdegründe zu nennen. Und diese sechs Wochen, wenn sie genutzt werden, sind möglich, die stehen laut dem Gesetz beiden Seiten zu. Und solange dieses Verfahren nicht abgeschlossen ist, gilt für beide Seiten, dass sie Recht haben. Das Ergebnis dann werden wir ganz sicher noch einmal diskutieren.

Aber auch mir liegen die Zivildienstler am Herzen, weil ich glaube, dass wir sehr viele haben, die großartige Arbeit leisten, ob beim Landesfeuerwehrverband, ob beim Roten Kreuz, ob bei der Caritas, ob in den Spitälern, und sie sollen nicht das Gefühl haben, dass sie unter Druck sind.

Aber ich habe mich schon ein bisschen gewundert, nachdem ich doch schon das siebente Jahr Katastrophenschutzreferent bin, dass ich noch nie eine Beschwerde in diesem Sinne erhalten habe, aber ich möchte sie sehr ernst nehmen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.14 Uhr.)

Präsident: Danke!

Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor.

Anfrage Nr. 263 des Herrn Landtagsabgeordneten Karl Wiedner an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, betreffend Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm.

Ich ersuche Herrn Landtagsabgeordneten Wiedner, die Anfrage vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Wiedner (12.15 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, sehr verehrte Herren auf der Landesregierungsbank!

Anfrage betreffend Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm.

Die Begründung ist Ihnen bekannt. Aus Zeitgründen möchte ich darauf verzichten.

Ich stelle daher an den Herrn Landesrat die nachstehende Anfrage:

Welche Unternehmen und Institutionen wurden heuer im Rahmen des steirischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms gefördert und wie hoch war die Summe der Subventionen?

Präsident: Herr Landesrat, bitte um die Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: Herr Präsident!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, deine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Es ist richtig, meine Damen und Herren, dass der weltweite Konjunkturinbruch auch für die Steiermark beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen mit sich gebracht hat und mit sich bringt.

Konjunktüreintrübe dieser Art sind nichts Außergewöhnliches, Konjunkturhochs und -tiefs wechseln sich ab und führen zu unterschiedlichen Nachfrage- und somit Auslastungssituationen. Natürlich sind damit auch arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Fluktuationen verbunden. Entscheidend ist die Frage, wie derartige internationale Konjunkturschwankungen, wie diese Konjunkturschwankungen sich auf nationale und auf regionale Volkswirtschaften auswirken und dann auch die Arbeitsmärkte beeinflussen. Dafür sind aber strukturpolitische Rahmenbedingungen hauptverantwortlich.

Der sich im Vorjahr abzeichnende Konjunkturabschwung nach einer extremen konjunkturellen Hochphase in den Jahren 1999 und 2000 hat gerade auch in der Steiermark gezeigt, dass wir eine sehr belastbare und gesunde Struktur haben. Dies nicht zuletzt deshalb, da – und das sei auch von heftigsten Kritikern und kritischsten Analysten, die in der Szene ja vorhanden sind, bereits festgehalten worden – die Steiermark konjunkturresistenter geworden ist. Eine Tageszeitung hat kürzlich so getitelt: „Steiermark punktet selbst im Tief.“

Die letztverfügbaren Arbeitsmarktdaten per August 2002 weisen für die Steiermark diese schon auch von dir in der Anfrage genannten 28.419 vorgemerkten Arbeitslosen aus. Das ist eine Arbeitslosenquote von 6 Prozent. Damit liegt die Steiermark an vierter Stelle im Mittelfeld von Österreich im Bundesländerranking. Dieser unbefriedigende Wert ist zwar schlechter als in den letzten Jahren, aber es sind noch immer um 2000 Arbeitslose weniger als in den Vergleichsmonaten 1996 und 1997. Nur als Vergleich, österreichweit, im selben Vergleichszeitraum, gibt es um 5000 Arbeitslose mehr. Bei uns also um 2000 weniger, gesamt-österreichisch um 5000 mehr.

Auf der anderen Seite hat sich im selben Zeitraum die Beschäftigung erfreulicherweise gerade in der Steiermark positiv entwickelt. Auch wiederum 1997 und 2000 verglichen, plus 16.000 zusätzliche Jobs in der Steiermark.

Was tut man nun – das ist, meine ich, auch die Intention der Fragestellung – von Landesseite? Was wird seit Jahren mit großem Nachdruck getan und auch mit Unterstützung der Sozialpartner und des Hohen Hauses hier strukturpolitisch unternommen?

Wir setzen auf einen modernen Wirtschaftsstandort mit höchst qualifizierten Beschäftigten, der sich insbesondere im Innovations- und Technologiebereich auch international positioniert und orientiert.

Meine Damen und Herren, regionale Wirtschaftspolitik – wie auch in der Steiermark – kann heute nur mehr mittel- bis langfristige Impulse setzen. Alles andere verpufft eher, sind bestenfalls kurzfristig wirksame Maßnahmen, auch weil die Volkswirtschaften heute ja viel offener sind als früher. Die Steiermark verfolgt damit eine langfristige Strategie und sieht man beispielsweise die Daten zur Forschung und Entwicklung – hier ist auch der Kollege Schöggel immer wieder angesprochen – einem typischen Bereich, in dem die öffentliche Hand in den entwickelten Ländern wie Österreich tätig sein sollte, so bekommen wir eine sehr erfreuliche Bestätigung.

Diese zukunftsweisende Politik hat nämlich auch dazu geführt, dass beispielsweise jedes dritte High-Tech-Produkt „Made in Austria“ aus der Steiermark kommt. Ein Umstand, der sich übrigens, nach den letzten Recherchen meiner Experten, in der gestern aufgetauchten eher dubiosen Empirica-Studie nicht ablesen lässt, weil es gar nicht gemessen wurde, weil es gar nicht geprüft wurde.

Der Standort Steiermark hat beispielsweise, eben gemessen am österreichischen Durchschnittsniveau, überdurchschnittliche Werte bei der Forschungsquote, bei der Ingenieursdichte, beim Anteil der Kompetenzzentren – ein Drittel aller Kompetenzzentren österreichweit sind in der Steiermark –, an den FFF-Projekten oder auch an den Beschäftigten im Technologiesektor.

Gerade die Steirische Wirtschaftsförderung hat jetzt wiederum mit dem steirischen Technologiepreis und Innovationspreis „fast forward award 2002“ am letzten Freitag herausgezeigt und herausgestellt, dass wir mit insgesamt 213 eingereichten Projekten mehr Projekte ausweisen als alle restlichen österreichischen Bundesländer.

Meine Damen und Herren und lieber Karl Wiedner, auf die konkrete Frage, welche Unternehmungen und Institutionen im Rahmen des Steirischen Wirtschafts- und Beschäftigungsprogrammes heuer gefördert wurden, durfte ich dir bereits diese Liste übergeben. Sie steht auch sonst jedem Interessierten zur Einsicht frei. Wir haben bis Stand September 2002 im Rahmen dieses Programmes, das wir zum Teil auch gemeinsam mit dem AMS abwickeln, 140 Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte und 628 personenbezogene Förderungen, davon 373 Bildungsschecks für Lehrlinge und Lehrabsolventen mit 120.000 Euro und 255 Wissensbausteine für Frauen mit 93.000 Euro. Das Gesamtfördervolumen inklusive der ESF-Mittel aus Brüssel beträgt 9,5 Millionen Euro. In Summe werden im Rahmen dieser Programme mit Stand September 2002 zirka 12.000 Steirerinnen und Steirer erfasst.

Und das ist auch eine wichtige Frage, die dich immer wieder interessiert: Bei den Beschäftigungsprojekten wird eine Vermittlungsquote von durchschnittlich 50 Prozent erreicht, damit auch eine Vermittlung vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt vollzogen. Bei den Qualifizierungsprojekten, zum Beispiel auch bei den Stiftungen, wird eine Vermittlungsquote, das heißt eine Wiedereingliederung in das Beschäftigungssystem des ersten Arbeitsmarktes von durchschnittlich 70 Prozent erreicht. Sie werden diese Daten im Übrigen auch dem Arbeitsförderungsbericht 2001 und 2002, der Ende des ersten Quartals 2003 im Hohen Haus hier sein wird, im Detail auch vorliegen haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.20 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat. Gibt es dazu noch eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Hohes Haus, die Fragestunde hat um 10.10 Uhr begonnen, wurde um 11.13 Uhr um 60 Minuten verlängert. Derzeit ist es 12.20 Uhr, womit die Fragestunde beendet ist.

Gemäß Paragraph 69 der Geschäftsordnung sind alle in dieser Zeit nicht erledigten Anfragen schriftlich innerhalb von zwei Wochen zu beantworten.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggl hat die Anfrage Nr. 233 des Herrn Landtagsabgeordneten Erwin Dirnberger, betreffend Realisierung des Projektes „Krottendorf-Gaisfeld“ im Zuge der B 70 Packer Straße schriftlich beantwortet.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzungen aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 15 Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Heute liegt ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.-Zahl 1009/1, Beilage Nr. 135, betreffend Novellierung des Raumordnungsgesetzes zu den Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 490/1, Beilage Nr. 61 und Einl.-Zahl 913/1, Beilage Nr. 123 sowie zu den Anträgen, Einl.-Zahl 31/1, Einl.-Zahl 57/1 und Einl.-Zahl 58/1 auf, der als Punkt drei auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Gemäß Paragraph 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder dieser einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden sollte.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich dieses Selbstständigen Antrages unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

3. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.-Zahl 1009/1, betreffend Novellierung des Raumordnungsgesetzes zu den Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 490/1, Beilage Nr. 61 und Einl.-Zahl 913/1, Beilage Nr. 123 sowie zu den Anträgen, Einl.-Zahl 31/1, Einl.-Zahl 57/1 und Einl.-Zahl 58/1.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (12.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Tagesordnungspunkt 3, Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, betreffend Novellierung des Raumordnungsgesetzes zu den Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 490/1, Beilage Nr. 61 und Einl.-Zahl 913/1, Beilage Nr. 123 sowie den Einl.-Zahlen 31/1, 57/1 und 58/1.

Der am 6. Februar 2001 vom Ausschuss für Infrastruktur eingesetzte Unterausschuss hat am 23. Mai 2001, 10. Juli 2001, 3. Oktober 2001 und 14. November 2001 sowie am 23. Jänner 2002, 6. März 2002, 8. Mai 2002, 29. Mai 2002 und 24. Juni 2002 beraten und dabei nachstehende Änderungen des Raumordnungsgesetzes im Bereich der Regelungen über die Errichtung von Einkaufszentren sowie über die Maßnahmen der aktiven Bodenpolitik beschlossen.

Der Inhalt der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 913/1, wurde mit Beschluss Nr. 617 bereits am 11. Juni 2002 im Landtag beschlossen und ist daher erledigt.

Der nunmehr vorliegende Ausschussantrag wurde noch in der Ausschusssitzung am 10. September 2002 durch zwei Abänderungsanträge in folgenden Punkten adaptiert. Es handelt sich hierbei um die Paragraphen 23, 23 a, 26 b sowie 29.

In der Ausschusssitzung am 10. September 2002 – bitte mehr Aufmerksamkeit, es geht hier um eine wichtige Materie – wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Schleich, Dipl.-Ing. Grabner und Stöhrmann gestellt.

Der Minderheitsbericht liegt Ihnen vor. Es geht hier um Abänderung der vorliegenden Regierungsvorlage und ich darf bereits zum Antrag kommen und bitte um Annahme des Ausschussantrages. (12.28 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Herr Abgeordneter, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Sie sind bereits am Wort, Herr Abgeordneter Wiedner. Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wöhry.

Abg. Wiedner (12.28 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich bin der Meinung, dass neben den Sozialgesetzen die Gesetzesmaterie Raumordnung eine der wichtigsten ist, die wir in diesem Hause zu behandeln haben. Das zeigt auch schon mein kurzer Bericht und die Ausführungen, wie oft in dieser Materie Unterausschusssitzungen stattgefunden haben, die am 23. Mai vorigen Jahres begonnen haben und jetzt, eineinhalb Jahre später, haben wir es geschafft, den ersten Schritt, den ersten

Novellierungsschritt zu setzen. Die Ausschussverhandlungen waren teilweise über vier und fünf Stunden angesetzt und ich darf an dieser Stelle allen daran Beteiligten dafür danken. Es ist keine Materie, die weiß Gott wie aufregt, die weiß Gott wie spektakulär ist und mit der man sich politische Lorbeeren verdienen kann. Es ist eine sachlich und fachlich schwierige Materie, die aber gewaltige und gravierende Auswirkungen hat. Auswirkungen auf jeden, der Grund besitzt, der Grund kauft oder Grund verkauft. Es wurden in diesem Bereich Änderungen vorgenommen, die bereits – ich habe heute nachgeschaut – neun Jahre lang diskutiert wurden. Die gesamte letzte Gesetzgebungsperiode wurde über das Raumplanungsgesetz gesprochen, es kam zu keiner Novellierung, es kam zu keiner Änderung. Wir haben es jetzt Gott sei Dank geschafft, in einer eineinhalb Jahre lang dauernden Diskussion, den ersten Schritt zu setzen. Einen ersten Schritt, der natürlich und das muss ich hier auch ganz deutlich sagen, ein Kompromiss ist. Es wird bei so einer Gesetzesmaterie natürlich nicht möglich sein, dass jeder, der mit dabei ist, mitverhandelt, jede Fraktion genau ihren Part und ihre Vorstellungen umsetzen kann, völlig klar, aber es ist ein Kompromiss unter dem Strich herausgekommen, dem sehr viele in diesem Hause zustimmen können. Ich weiß, es wird einige geben, die nicht zustimmen, aber im Großen und Ganzen sind wir auf einem guten Weg.

Ich darf gleich am Anfang, damit ich es nicht vergesse, bevor ich auf einige Bereiche des Fachlichen komme, ein herzliches Danke aussprechen an jene, die mit dabei waren, die mitverhandelt haben. Ich bedanke mich bei den befassten Beamten Dipl.-Ing. Opl für die Einkaufszentrenregelung, Dr. Krug für die Baulandmobilität, Hofrat Schöllner, Hofrat Mlaker, Dr. Trippl, der uns in sehr vielen Bereichen geholfen hat, Dr. Fischer vom Büro Landeshauptmannstellvertreter Schögl. Ich bedanke mich bei allen Klubsekretären von Dr. Nerath von der SPÖ angefangen, der sich sehr eingebracht hat, bis zur ÖVP-Frau Mag. Slanina und bedanke mich natürlich auch recht herzlich bei allen Mandatären, die mit dabei waren. Bei den Hauptverhandlern von der SPÖ, von Franz Schleich angefangen, dem Kollegen Hagenauer, der sich wirklich sachlich und fachlich bestens eingebracht hat, ich bedanke mich bei der ÖVP, beim Kollegen Wöhry, beim Kollegen Kasic, der manches Mal ein bisschen schwierig in den Verhandlungen war, aber natürlich seine Interessen bestens vertreten und hier mitgearbeitet hat. Wir haben, wie gesagt, in eineinhalb Jahren etwas geschafft, was andere bereits sieben Jahre lang diskutiert haben.

Es geht in dieser ganzen Regelung um zwei Hauptbereiche. Im ersten Schritt geht es speziell um die Einkaufszentrenregelung und in zweiter Linie geht es um die Baulandmobilität. Ein alter Wunsch, dem jetzt Rechnung getragen wurde.

Wenn ich kurz in das Fachliche einsteigen darf, es sind die Raumordnungsgrundsätze geändert worden, reduziert auf drei Grundsätze, die in der Raumordnung einzuhalten sind. Darüber gibt es auch keine Möglichkeit der Diskussion und es gibt des Weiteren Ziele, die abzuwägen sind, wo wir einen breiten Katalog haben, was alles berücksichtigt werden sollte, um eine Flächenwidmung durchzuführen. Wir haben uns dann auf die Kerngebiete im Zuge der Einkaufszentren konzentriert, die Kerngebiete neu definiert und auch dargelegt, was in den Kerngebieten möglich ist. Ich brauche das, glaube ich, nicht extra auszuführen, das ist allen, die dabei waren, klar. Klar ist auch die Neuschaffung der Gebietskategorie Gewerbegebiet. Einer der Gründe, dass die Einkaufszentrenregelung neu gemacht wurde, ist natürlich die Stärkung der Ortskerne. Wir waren alle unglücklich mit der Lösung, dass immer wieder draußen auf der grünen Wiese ohne jeglichen Anschluss an Ortskerne oder Ortsgebiete Märkte entstanden sind, die in weiterer Folge für die Kerne ein Minus und eine Ausdünnung bedeuten haben. Diesen Schritt zurück haben wir jetzt damit gewagt, dass wir die Kategorie Gewerbegebiete eingeführt haben. Eine lange Diskussion, wo es auch darum ging, es anders zu benennen, es Mischgebiet zu nennen. Wir haben heute einen Abänderungsantrag der SPÖ hier, der in diese Richtung geht, auf die Kategorie Mischgebiete, die sicherlich auch vieles für sich hat.

Letztendlich haben wir uns auf den Terminus „Gewerbegebiet“ geeinigt mit der Auflage, dass in Zukunft nur mehr in diesen Gewerbegebieten die Handelsbetriebe entstehen dürfen, und zwar jene Handelsbetriebe bis zur Schwelle 800 Quadratmeter Verkaufsfläche. Alles, was darüber hinausgeht, ist Einkaufszentrum. Diese Gewerbegebiete haben die Auflage, dass sie an ein Wohngebiet anschließen müssen. Also das, was früher passiert ist, dass man irgendwo draußen am Autobahnknoten oder irgendwo auf der grünen Wiese, ohne jeglichen Anschluss an ein Wohngebiet, einen Markt errichtet hat, wird jetzt durch die Kategorie „Gewerbegebiete“ eingeschränkt beziehungsweise überhaupt unmöglich gemacht.

Es wurde in weiterer Folge geändert die Kategorie „Industriegebiete“. Wir hatten früher Industriegebiete 1, 2 und 3. Im Industriegebiet 1, dort war genau dasjenige, was ich früher ausgeführt habe, das war diese Umgehungsmöglichkeit des Marktes, egal welcher Firma, die früher im Industriegebiet möglich war. Jetzt, im Industriegebiet 1 und 2 der neuen Art, ist ein Handelsbetrieb nicht mehr zulässig.

Es ist im Endeffekt das Industriegebiet 2 zum Industriegebiet 1 geworden und das Dreier zum Zweier, wobei im Einser neu drinnen ist, dass auch Möglichkeiten für Schulungseinrichtungen gegeben sind, das heißt, auch Fachhochschulen und dergleichen können sich im Industriegebiet 1 ansiedeln.

Es gibt aber einige wenige Ausnahmen, und zwar den Verkauf von Waren und deren Einzelteile, die in der betreffenden Betriebsstätte erzeugt oder zur Fertigstellung verwendet werden und den Verkauf von Waren, die überwiegend an diesem Betriebsstandort konsumiert werden. Detto geht es um den Handel mit Fahrzeugen, Maschinen und Baustoffen sowie Gärtnereien, Messen und Märkte und Auslieferungslager von Verkaufsläden. Diese Möglichkeiten sind auch weiterhin im Industriegebiet gegeben, jedoch gibt es im Industriegebiet 1, wie schon gesagt und noch einmal bestärkt, nicht mehr die Möglichkeit von Handelsbetrieben. Diese werden in Zukunft in Gewerbegebieten sein oder sonst im Kerngebiet oder in Wohngebieten.

Die zweite große Änderung waren eben die Einkaufszentren. Es gibt auch hier eine Reduzierung. Genau wie es früher I-Gebiete von 1 bis 3 gegeben hat, hat es früher auch Einkaufszentren von 1 bis 3 gegeben. Es gibt kein Einkaufszentrum der Kategorie 3 mehr, sondern nur mehr 1 und 2.

Dazu wird es natürlich notwendig sein und ein Antrag in diese Richtung ist ja bereits eingebracht, die Verordnung insofern zu ändern, als es andere Größenordnungen geben kann bei den Einkaufszentren, weil ansonsten würde man den klassischen Dreier momentan nicht mehr möglich machen, wobei es diesen klassischen Dreier eigentlich ja nicht mehr gibt, diesen Möbelmarkt, der große Ausstellungsflächen gebraucht hat, um seine sperrigen Güter dort unterzubringen. Es ist alles schon ein sehr gemischtes Geschäft geworden, weil die kleinen Blumenvasen und Einrichtungsgegenstände schon einen höheren Verkaufsanteil haben als die großen Ausstellungsflächen für die Möbel.

Nicht als Einkaufszentren gelten auch in Zukunft die Dienstleistungseinrichtungen, wo eine Abgabe von Waren in untergeordnetem Ausmaß stattfindet, Handelsbetriebe für Fahrzeuge, Maschinen, Baustoffe, Gärtnereien, Auslieferungslager und Verkaufsläden, Messen und Märkte.

Was leider nicht in diese Vorlage hineingekommen ist – wie wir uns gewünscht hätten, aber wie gesagt, es ist alles in dem Fall ein Kompromiss –, sind Handelsbetriebe in mehrgeschoßigen Gebäuden, die überwiegend anderen Nutzungen, insbesondere Wohnungen, dienen. Also das ist eigentlich der klassische Nahversorger, unten im Parterre die Geschäfte und oben ein, zwei, drei Geschoße an Wohnungen. Das wollte man eher nicht haben, um diverse Umgehungsmöglichkeiten zu verhindern. Ich glaube, man hätte es auch anders verhindern können. Denn das ist meiner Meinung nach der klassische Nahversorger eigentlich, der unten im Parterre sein Geschäft aufmacht und oben werden die Wohnungen bezogen. Warum man hier die Probleme machte, dass das unbedingt als Einkaufszentrum zu gelten hat, ist mir nicht ganz klar, aber man kann nicht immer alles ganz klar sehen.

Eine ganz wichtige Sache, die dazugekommen ist zur ganzen Einkaufszentrumsregelung, ist die Möglichkeit für die Erlassung einer Verordnung, einer Einzelstandortverordnung für Einkaufszentren durch die Landesregierung. Darüber gab es auch eine heiße Diskussion. Ich weiß auch, dass die SPÖ mit diesem Punkt nicht einverstanden ist und daher eine etwas andere Lösung, zumindest andere Mehrheitsverhältnisse bei der Zustimmung, beansprucht.

Das ist aber wirklich die Ausnahmeregelung – das haben wir wirklich lange genug durchdiskutiert – dafür, speziell in kleineren Orten, dass man auch dort dynamischen Unternehmern die Möglichkeit eines Einkaufszentrums gibt, der sonst auf Grund der zentral örtlichen Einstufung keine Möglichkeit hätte, dort ein Einkaufszentrum in dieser Größenordnung zu errichten.

Das wird sicherlich eine Vorgangsweise sein, die eher vorsichtig eingesetzt wird und die ganz klare Vorgaben hat. Es gibt einige ganz klare Punkte, die einzuhalten sind, bevor so etwas verordnet wird und es sind auch sehr viele Institutionen dabei zu hören – von den regionalen Planungsbeiräten angefangen, die Wirtschaftskammer, die Kammer für Arbeiter und Angestellte, der Gemeinde- und Städtebund und die Standortgemeinde.

Also ich hoffe, dass das ein Punkt ist, der vielen hilft und der nicht – was man auch im Hintergrund immer hörte – zu Willkürakten geeignet ist.

Die Verordnung habe ich schon kurz erwähnt. Die Verordnung ist dann noch zu adaptieren in diesem Bereich. Da werden Größenordnungen hineinkommen, die auch machbar und sinnvoll sind.

Der zweite große Punkt dieser Novelle sind die Maßnahmen der aktiven Bodenpolitik, sicherlich eine ganz schwierige und heikle Angelegenheit. Und wir haben ja, glaube ich, bis vor drei Minuten noch darüber diskutiert. Aber es sind wichtige Maßnahmen, um den Gemeinden zu helfen, zu Bauland zu kommen und Bauland rückzuwidmen, auf das nicht zugreifbar ist.

Wir erleben das, alle Mitglieder, die im Raumordnungsbeirat drinnen sind, nahezu allmonatlich, dass die Gemeinden – Franz Majcen lächelt schon als Insider – das Problem haben, irrsinnig hohe Kapazitäten an Bauland zu haben und immer das Argument bringen, ja, ich habe aber darauf keinen Zugriff, weil der Besitzer verkauft nicht, er will keine Bauflächen frei geben. Aber dadurch mindert er die Chancen der Gemeinde, weitere Entwicklungen zu tätigen. Dem wurde jetzt insofern Rechnung getragen, als es hier Baulandmobilitätsmaßnahmen geben soll, wo die Gemeinde eingreifen muss und nicht, wie es bis dato war, kann, sondern muss.

Es wurden Gott sei Dank – das waren auch lange Verhandlungen – viele Maßnahmen getroffen, das Ganze ein bisschen abzuschwächen, so dass der betroffene Grundeigentümer, nachdem – jetzt auch wieder sehr fachspezifisch – er eine Planungsperiode lang in der Baulandwidmung war, gefragt wird, bevor er endgültig rauskommt, ob er das auch wirklich will. Und erst dann kommt die Leistung der Investitionsabgabe von einem Euro pro Quadratmeter und Jahr.

Lange Diskussionen gab es über den Zeitpunkt, wie lange sollte man in diesem Fall auch zurückgreifen? Wir haben uns auf zwei Planungsperioden geeinigt. Und wir haben uns darauf auch geeinigt, dass jede Änderung in Abstimmung mit dem örtlichen Entwicklungskonzept stattfinden hat. Jeder weiß das, es gibt nur dann eine Flächenwidmungsplanänderung, wenn vorher das örtliche Entwicklungskonzept beschlossen und in Rechtskraft ist.

Jetzt gab es natürlich Wünsche – speziell im Zuge der Rückwidmung –, dass hier das örtliche Entwicklungskonzept nicht unbedingt beachtet werden soll. Dem, bitte, kann ich nicht beitreten. Wir werden dann auch zu diesem Antrag kommen.

Es wurden in diesem Bereich auch die Vorbehaltsflächen bedacht. Als letzter Punkt dieser ganzen Novelle wurden auch die Übergangsfristen neu geregelt und das Inkrafttreten des Gesetzes mit 31. Dezember 2003 beschlossen, wenn es heute beschlossen wird.

Ich darf kurz zu dem Abänderungsantrag noch etwas sagen. Ein Punkt oder ein Wunsch von uns war, die Verständigungspflicht der Betroffenen, also wenn jemand von einer Abänderung betroffen ist, dass er verständigt wird, das ja bis dato nicht im Gesetz festgehalten wird, was zwar in den meisten Gemeinden in der Zwischenzeit Usus geworden ist. Wir haben uns inzwischen auch darauf verstanden, dass wir hier im ersten Schritt nur darauf zugehen, dass wir jene verständigen, die Eigentümer sind und noch nicht die Nachbarn, weil das im städtischen Bereich ein sehr schwieriges Unterfangen ist, aber vielleicht wird man im Zuge der nächsten Verhandlungen dazu kommen, dass wir auch hier eine weite Verständigung machen. (Präsident: „Bitte Redezeit einhalten!“)

Herr Präsident, ich habe leider ein Problem, ich habe da schon seit längerer Zeit null stehen, ich kann mich daher nicht nach der Redezeit richten.

Dem Abänderungsantrag der SPÖ werden wir so nicht zustimmen, wobei aber nicht gesagt ist, dass wir nicht in vielen Punkten in Zukunft weiter darüber diskutieren werden. Detto darf ich beim Abänderungsantrag, der heute von der ÖVP zu Tagesordnungspunkt 3 eingebracht wurde, der drei Punkte beinhaltet, Paragrafe 26 b, 26 b noch einmal und 29 (4) um eine getrennte Abstimmung ersuchen, Herr Präsident.

Ansonsten darf ich aus Zeitmangel nun zum Schluss kommen. Ich bedanke mich noch einmal bei allen, die daran mitgearbeitet haben. Es wird ja kein Ausschuss sein, der damit geschlossen ist, sondern wir haben noch viele weitere Tätigkeiten zu erledigen, weitere Novellierungen und ich hoffe, dass wir auch in Zukunft fachlich, sachlich so gut zusammenarbeiten können wie bisher. (Beifall bei der FPÖ. – 12.47 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wöhry. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort. Nächste Wortmeldung Abgeordneter Hagenauer, in Vorbereitung bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (12.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie!

Mein Vorredner hat schon sehr ausführlich den Inhalt dieser Novelle dargelegt. Ich möchte mich auch seinen Ausführungen anschließen, dass wir in der Raumordnung im Unterausschuss sehr, sehr konsequent und auch sehr kompetent verhandelt haben und dass wir in diesem Unterausschuss zu einem, so meine ich, bis jetzt guten Ergebnis gekommen sind. Wir sind in diesem Unterausschuss mit bestimmten Schlagworten angetreten, die wir immer wieder hören, einerseits von jenen, die bei uns vorsprechen und andererseits von jenen, die bestimmte Wünsche haben.

Wesentlich ist, dass der Versuch unternommen hätte werden sollen, im Zuge der neuen Raumordnung, des neuen Raumordnungsgesetzes einige Grundsätze zu erfüllen. Zum einen wäre das eine Kompetenzzflechtung, zum Zweiten eine Verfahrensvereinfachung, zum Dritten eine Kostensenkung, zum Vierten – und das ist auch häufig gewünscht worden – eine Aufwertung der Gemeinden und des Weiteren war einer der Grundsätze, mit denen wir uns in die Verhandlungen begeben haben, die Ortszentren zu stärken. Wer im Raumordnungsbeirat tätig ist, weiß, welche Schwächen das zurzeit geltende Raumordnungsgesetz hat und nicht zuletzt auf Grund dieser praktischen Erfahrung ist einfach unbedingt notwendig, bestimmte Adaptierungen zu treffen. Ich weiß auch, dass in der letzten Legislaturperiode bereits ausreichend verhandelt worden ist und dass leider trotz zahlreicher Verhandlungen es zu keinem Ergebnis in dieser so komplexen Materie gekommen ist. Wir haben uns jetzt geeinigt, drei wesentliche Teile in diesem Gesetz zu novellieren. Zum einen die Grundsätze und Ziele, zum Zweiten die Einkaufszentrenregelung und zum Dritten die Maßnahmen zur aktiven Bodenpolitik.

Mein Vorredner – und ich habe es schon gesagt – hat sehr ausführlich die einzelnen Bereiche dargelegt. Ich möchte trotzdem einige Ergänzungen zu den Ausführungen des Abgeordneten Wiedner machen. Wenn es darum geht, die Einkaufszentrenregelung neu zu definieren, so ist es einerseits notwendig, die wirtschaftliche Flexibilität zu erhalten, andererseits notwendig, die Ortskerne zu stärken und zum Dritten ist es auch notwendig, Nutzungen zu entflechten, die sich in der praktischen Erfahrung widersprochen haben. Das waren einige Punkte, die für uns als Grundlagen der Verhandlungen gegolten haben. Es sind einige wesentliche Punkte erreicht worden. Es ist schon erwähnt worden, die Erhöhung auf 800 und 1200 Quadratmeter Verkaufsfläche und ebenso – und das halte ich für den wesentlichsten Bereich in dieser Materie – ist es gelungen, durch Einzelstandort-Verordnung der Landesregierung Regionen, die bisher nicht in den Genuss derartiger Zentren gekommen sind, die Errichtung derselben zu ermöglichen. Wir haben bisher eine sehr starre Regelung im Raumordnungsgesetz gehabt und ich glaube, dass es durch diese Einzelstandort-Verordnung der Landesregierung durchaus zu einer Flexibilisierung kommt und zu maßgeschneiderten Einheiten in den Regionen.

Eine besondere Bedeutung hat traditionsgemäß in der ÖVP das Privateigentum. Und deshalb waren für uns die Maßnahmen zur aktiven Bodenpolitik auch einer der Kernpunkte der jetzt im Raum stehenden Änderungen. Wir sind als ÖVP davon ausgegangen, dass es uns gelingen muss, nachhaltige Raumordnung zu machen unter Berücksichtigung und mit großem Respekt vor dem Privateigentum. Jetzt weiß ich schon, dass das gewissermaßen ein Spagat ist, den man in manchem Bereich nicht schafft, trotzdem war es aus unserer Sicht wichtig, dass wir den Grundeigentümern gezeigt haben, dass ihr Privateigentum noch etwas wert ist und dass ihr Privateigentum auch vor dem uneingeschränkten Zugriff der öffentlichen Hand geschützt wird. Wir haben die Situation in Gemeinden, dass wir zu viel Bauland ausgewiesen haben und dass wir auf Grund dieses Überhanges bei

Neuweisungen größte Probleme haben. Es war notwendig Maßnahmen zu formulieren, die es möglich machen, der öffentlichen Hand für dringend notwendige Bauten auch die entsprechenden Grundstücke erwerben zu können. Es ist wichtig, dass wir auch spekulativen Käufen in diesem Zusammenhang einen Riegel vorgeschoben haben und es ist auch gelungen, dass wir – und das war von Anfang an nicht so klar – das Privateigentum einem entsprechenden Schutz unterstellt haben. War es anfänglich gedacht, dass die öffentliche Hand nahezu uneingeschränkter Zugriff auf Grundstücke hat, wo Bebauung stattfinden soll, so ist es jetzt zumindest so, dass die betroffenen Grundeigentümer sehr wohl mitreden und auch auf den einzelnen Kreuzungen der Entscheidung, in welche Richtung geht die Reise, geht sie in Richtung Bauland, Freiland oder andere Kategorien, auch mitsprechen können und auch Antragsteller sein können.

Für uns ist natürlich die vorhandene Vorlage ausverhandelt, über die haben wir diskutiert und sie ist von allen akzeptiert worden. Es gibt dennoch einige Punkte, die ich seitens der ÖVP einbringen möchte. Zum einen und das ist insgesamt bei der Einkaufszentrenregelung nicht ganz so gut gelungen, glaube ich, dass wir die Ortskerne noch mehr stärken müssten in der jetzigen Vorlage und deshalb hat die steirische Volkspartei, namentlich Dirnberger, Kasic, Majcen und Wöhry, einen Entschließungsantrag eingebracht, dessen Inhalt es ist – ich formuliere jetzt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei Erlassung der Verordnung, mit der das Entwicklungsprogramm zur Versorgungsinfrastruktur neu erlassen wird, dafür Sorge zu tragen, dass diese Verordnung einer Stärkung der Nahversorgung im innerstädtischen Bereich Rechnung trägt und demzufolge für den ersten Bezirk der Stadt Graz und die Zentren der Bezirkshauptstädte größere Flächenbegrenzungen vorsieht.

Ich glaube, das ist der Tribut, den wir den Zentren zollen müssen und jedem, dem es ernst ist mit der Aussage, er will die Ortskerne stärken, den bitte ich, dass er auch diesem Antrag zustimmt.

Zum Zweiten haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht im Hinblick auf die Baulandmobilisierung beziehungsweise auf die Maßnahmen der aktiven Bodenpolitik. Da geht es uns einfach darum, dass wir bei der Festlegung über die zukünftige Nutzung beziehungsweise Ausweisung eines Grundstückes und die Rücknahme desselben aus dem Bauland das nicht in Abhängigkeit vom örtlichen Entwicklungskonzept sehen möchten, sondern wir diese Rückwidmung ohne Berücksichtigung desselben wollen. Warum?

Es ist im Prinzip klar, dass das örtliche Entwicklungskonzept natürlich die Basis jeder raumordnerischen Handlung in der Gemeinde ist. Es ist natürlich klar, wenn ich dieses örtliche Entwicklungskonzept dafür benutze, um Rückwidmung unter Umständen nicht mehr möglich zu machen, dass – ich unterstelle das niemandem, aber es wird durchaus so sein – Missbräuche dieser Bestimmung möglich sind.

Deshalb wäre unser Vorschlag, den Paragraphen 26 b Absatz 4 zu ändern, dass das örtliche Entwicklungskonzept nicht die Bedingung für die Herausnahme ist. Er würde demnach lauten:

Erfolgte eine Festlegung gemäß Absatz 2 litera c und wurde innerhalb der Bebauungsfrist der Rohbau eines bewilligten Gebäudes nicht fertig gestellt, so ist der Grundeigentümer vor Vorschreibung der Investitionsabgabe anlässlich der Revision schriftlich zu befragen, ob die betroffenen Grundstücke weiterhin als Bauland ausgewiesen bleiben sollen. Sollen danach die Grundstücke nicht als Bauland ausgewiesen bleiben, hat die Gemeinde diese entschädigungslos ins Freiland rückzuwidmen und nicht in Abhängigkeit vom örtlichen Entwicklungskonzept. Im Falle der weiterhin bestehenden Baulandausweisung besitzt der Grundeigentümer die Möglichkeit, mittels schriftlichem Antrag von der Gemeinde zu verlangen, dass die Grundstücke eingelöst werden, wobei die Bestimmungen des Paragraphen 26 c Absatz 3 bis 5 sinngemäß anzuwenden sind. Werden die Grundstücke ins Freiland rückgewidmet oder wird ein Einlösungsantrag gestellt, so ist der Grundeigentümer nicht zur Leistung der Investitionsabgabe heranzuziehen.

Ein weiterer Punkt ist natürlich der – und der drückt sich in Paragraph 26 b Absatz 5 aus – Zeitraum, in dem rückwirkend die Investitionsabgabe verrechnet werden könnte oder sollte. Wir sind einfach strikt dagegen, dass wir hier einen unbegrenzten Zeitraum in das Gesetz schreiben. Wir sind der Meinung, dass rückwirkend für zwei Planungsperioden ein ausreichender Zeitraum ist und dass also diese Bestimmung das Ziel, das wir damit verfolgen, auch durchaus erreichen wird.

Der Paragraph 26 b Absatz 5 lautet daher wie folgt:

Grundstücke, die nach Absatz 4 entschädigungslos ins Freiland rückgewidmet wurden, können auf Anregung des Grundeigentümers wieder als Bauland ausgewiesen werden. Für diese Grundstücke gilt, dass die Investitionsabgabe rückwirkend für den Zeitraum zwischen Rückwidmung und Neuweisung, maximal jedoch rückwirkend für zwei Planungsperioden sowie ab dem Zeitpunkt der Neuweisung bis zur Fertigstellung des Rohbaues eines bewilligten Gebäudes, wertgesichert nach dem Verbraucherindex, vorzuschreiben ist.

Und die letzte Abänderung betrifft den Paragraphen 29 Absatz 4 a. Da ist das vom Kollegen Wiedner bereits angesprochen worden, dass es aus bürokratischen Gründen nicht unbedingt notwendig und auch in manchen Bereichen fast unzumutbar ist, dass man auch die Anrainer von dieser Nutzungsänderung verständigt. So würden wir vorschlagen, dass man also ausschließlich die betroffenen Grundeigentümer von dieser Nutzungsänderung verständigt.

Der Paragraph 29 Absatz 4 a lautet daher wie folgt:

Die betroffenen grundbücherlichen Grundeigentümer sind von der Auflage schriftlich zu verständigen. Als betroffene grundbücherliche Grundeigentümer gelten die Eigentümer jener Grundstücke, die von der Neu- oder Umwidmung erfasst sind.

Das wären unsere Anträge. Ich bitte den Abänderungsantrag punktuell getrennt abzustimmen, so dass wir zumindest in Teilbereichen Mehrheiten bekommen.

Es gibt auch einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei. Dazu möchte ich nur sagen, es sind hier zahlreiche Punkte aufgelistet, die wir selbstverständlich in den weiteren Verhandlungen berücksichtigen werden. Wesentlich erscheint mir, dass wir, all jene, die jetzt die Raumordnung verhandeln, unverzüglich wieder zur Arbeit gehen und die neuen Themenkomplexe festlegen, die wir als nächste in diesem Unterausschuss behandeln.

Persönlich und namens der ÖVP-Fraktion möchte ich mich auch bei allen Beteiligten bedanken, die im Hintergrund für uns gewirkt haben und die eigentlich immer die notwendigen Unterlagen beziehungsweise Vorlagen bereitgestellt haben, wann immer wir sie gebraucht haben.

In diesem Sinne bitte ich um Annahme der Anträge. (Beifall bei der ÖVP. – 13.01 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Hagenauer das Wort erteile, hat sich für einen knappen Nachsatz Herr Abgeordneter Wiedner aus Gründen der Höflichkeit gemeldet.

Herr Abgeordneter Wiedner, in dieser gebotenen Kürze, unter dieser Bedingung.

Abg. Wiedner (13.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auf den, der einem am nächsten steht, vergisst man natürlich als erstes. Der Mag. Jörg Smolnik war einer meiner wichtigsten Mitarbeiter dabei. Bei dem habe ich vergessen mich zu bedanken. Also alles Gute und danke schön für die Mitarbeit. (13.01 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Hagenauer, Sie sind am Wort.

Abg. Hagenauer (13.01 Uhr): Der Herr Kollege Majcen hofft auf einen substanziellen Beitrag. Lieber Kollege, dein Wunsch ist mir natürlich Befehl, wie immer.

Raumordnung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich da in Graz das Haus verlasse und mich in der Region umtue, verbinde ich womit zuerst, vor allem wenn ich mir die Verkehrssituation jetzt etwa nach Schulbeginn anschau? Mit Chaos.

Jetzt gibt es natürlich in der schwarzen Reichshälfte und mit ihren noch oder nicht mehr blauen Verbündeten die großen Spezialisten, nicht zuletzt aus der Steiermark. Die Frau Landeshauptfrau als stellvertretende Klubobfrau und der Herr Lopatka als Klubchef haben ja nicht zufällig in letzter Zeit öfter in München Station gemacht, um dann rechtzeitig im Wahlkampf mit dem rot-grünen Chaos argumentieren zu können. Die Geschichte ist ihnen jetzt abgestochen worden in der Zwischenzeit. Das macht nichts, so ist es im Leben. Trotzdem würde ich Ihnen raten, und das wird auch einer der nächsten Schritte sein, die wir zu unternehmen haben, nämlich jenen Teil der Gesamtnovellierung des Raumordnungsgesetzes auch noch über die Bühne zu bringen, wie wir ihn uns ja eigentlich vorgenommen hatten vor geraumer Zeit.

Man kann über den Edmund Stoiber denken, wie man will, aber auch ich muss ihm eines zugute halten, ein so ein Chaos wie da in der Steiermark hat er in Sachen Raumordnung und Verkehrspolitik jedenfalls in Bayern nie produziert.

Also, wenn Sie schon hinausfahren, dann tun Sie sich da einmal bitte um und schauen Sie sich an, was man alles so machen kann, wenn man will.

Wenn wir gerade bei dem Kapitel sind: Das Interesse an der Materie ist meiner Überzeugung nach nicht dementsprechend, wie sie es eigentlich verdient hätte – keine Frage. Und da sollten wir uns alle zusammen an der Nase nehmen und alle zusammen fragen, wenn in so einer wesentlichen Grundlage, die in einem derartigen Ausmaß das Land beeinflusst, das öffentliche Interesse und auch jenes in dem Moment, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sich derartig in Schranken hält, dann stimmt hier irgendetwas nicht. Und da ist sicherlich die politische Kultur in diesem Punkt verbesserungsfähig – keine Frage.

Damit komme ich zurück auf die Bedeutung der Raumordnung.

Der Begriff der Verantwortung für die nächsten Generationen ist ja in den letzten Monaten und Jahren bei Gott genug strapaziert worden, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit.

Und dann schauen wir uns einmal an, was in Sachen Raumordnung hier in der Steiermark tatsächlich geleistet wird, weil wenn es eine Materie gibt, die dafür zuständig ist, dann ist es eben genau die Raumordnung, seien es jetzt die Infrastrukturkosten, wo dann alle klagen, dass sie von den Betriebskosten erschlagen werden, weil das Kanalnetz zu teuer kommt oder die Wasserleitung oder die Straßenerhaltung, sei es die Straßenerrichtung selbst, wo man schon die 150. Umfahrung der Umfahrung hat bauen müssen, weil wir alle Umfahrungen schon zugebaut haben. Was ist denn das? Das ist Versagen der Raumordnung und das ist genau das, wo also nicht zuletzt die ÖVP und auch die Freiheitlichen jetzt in der letzten Zeit den Mund so voll genommen haben, dass sie Verantwortung zu tragen hätten für die nächsten Generationen.

Die Standorterhaltungskosten, wie Herr Landesrat Paierl das formulieren würde, haben ein Ausmaß erreicht, das tatsächlich den Standort Steiermark in der Lage ist zu gefährden. Die Bevölkerung und die öffentliche Hand müssen eine viel zu große Summe bereits in diese Standorterhaltung investieren. Der nächste Punkt – und darum ist es inzwischen auch schon wieder ruhig geworden –, wenn Sie sich das Hochwasser anschauen, wer

zahlt denn dann das alles? Jetzt gibt es dann Rüstungskonzerne, die um eine Million Schilling inserieren, man möge spenden für die Hochwasseropfer und ähnliche schwindlige Aktionen. Aber wer zahlt denn schlussendlich dann die Kosten für die Hochwasseropfer? Wer zahlt das alles? Das muss wieder die Allgemeinheit errichten, das sind die Kosten einer nicht funktionierenden Raumordnung. Dasselbe gilt natürlich für den Verkehrsbereich, ich habe ihn schon angezogen. Wir haben 1994 – das heißt nicht wir, ich dürfte eigentlich nicht in der Wir-Form reden – der damalige Landesrat Schmid hat im Jahre 1994 erklärt, nach der Landtagswahl 1995 wird er jetzt die Totalrevision des Raumordnungsgesetzes machen. Jetzt haben wir 2002 und ein Teil davon ist uns gelungen. So viel muss ich an der Stelle – ich tue es ohnedies nicht das erste Mal – festhalten zur Problemlösungskapazität heimischer Regierer.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, wenn mir die Anmerkung gestattet ist, zeichnet sich auch nicht gerade aus als engagierter Raumordnungspolitiker im Lande. Ich kann es nachvollziehen, ich kann ihn verstehen, er hat andere Sorgen, nur bitte schön, wir haben Regierungsmitglieder und unsere Regierungsmitglieder werden für Regierungsarbeit bezahlt und nicht für innerparteiliche Überlebenskunststücke.

Der nächste Punkt, inhaltlich ist in dieser Novelle – es ist schon angezogen worden – die Einkaufszentrenregelung behandelt worden. Die kommt zu spät, ich sage es an der Stelle, wir stimmen da mit, aber die Sache ist gelaufen. Ich muss das leider feststellen, das ist etwas für das Publikum, welcher Art immer. Diejenigen, die glauben, dass hier etwas geschieht, die dürfen das glauben, aber eigentlich genügt mir da ein Blick auf die Bautätigkeit und auf die Kräne in Seiersberg, um zu sagen, das war es dann auch. Es ist eben so im Leben, wenn man etwas tut, hat das Folgen. Ich kann mich nicht heute hinstellen und kann sagen, das ist alles keine Realität und wir machen jetzt ein schönes Gesetz. In dem Gesetz müsste drinnen stehen, dass man die Gebäude alle wieder abreißt. Dann könnte man das Problem lösen. Das ist nicht passiert.

Positiv, die Bodenmobilität, keine Frage, das ist ein großer Schritt, der hier getan wurde, der war auch notwendig. Wenn ich denke, was die Steiermark einmal unter Schaller und Klausner für Raumordnungspolitiker gehabt hat und wenn ich denke, dass wir in der Zwischenzeit von der einstigen Vormachtspitzenstellung in Raumordnungspolitik zum Nachzügler geworden sind, aber immerhin, jetzt haben wir das. Jetzt hat man diese Möglichkeiten spät, aber doch.

Was einzelne Abänderungsanträge anbelangt, möchte ich nur auf einen einzigen Aspekt eingehen, nämlich die Verständigungspflicht, die soll für die unmittelbaren Anrainer aufgehoben werden. Das ist nicht einzusehen in Zeiten wie diesen. Wenn man die ganzen EDV-gestützten Systeme nun einmal hat, dann fragen wir uns, wozu hat man die, man soll sich einsetzen und es kann ja nicht der Sinn eines jahrzehntelangen Fortschritts in Sachen Kommunikationstechnologie und anderem sein, dass man zum Schluss immer weniger Leute verständigt, dass man immer weniger kommuniziert. Das kann es nicht gewesen sein. Die anderen Abänderungsanträge, die heute eingebracht wurden im Hinblick auf die Aufweichung die Bodenmobilität betreffend, werden wir ebenfalls nicht unterstützen.

Das wäre es auch schon von meiner Seite. Wie gesagt, wir würden uns wünschen, wenn noch in dieser Periode es gelänge, die ausstehenden Maßnahmen, die wir uns vorgenommen hatten beziehungsweise die von Regierungsseite angekündigt wurden, etwa die Neuordnung der Ortsplanung betreffend, die Erstellung des örtlichen Entwicklungskonzeptes insbesondere in Angriff zu nehmen. Der jetzige Zustand ist nicht befriedigend. Man wird sehen, ob das zu schaffen ist. Ich habe meine Zweifel, was die Unterstützung durch den regierenden Landesrat anbelangt, aber vielleicht gelingt es. Zum Teil ist hier und heute der Beweis erbracht, dass man Dinge nicht wegen eines Landesrates macht, sondern trotz eines Landesrates. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 13.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich darf dir das Wort erteilen.

Abg. Schleich (13.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Kapitel Raumordnung, wie Sie vernehmen konnten, ist für jeden der Fraktionen doch ein Punkt, mit dem man sich intensiv in den letzten zehn Jahren beschäftigt hat. Ich darf für meine Fraktion in Anspruch nehmen, dass wir uns ganz besonders dieser Sache angenommen haben, was man natürlich, wenn man zurückschaut, in den zahlreichen Anträgen und in Eingaben von uns auch feststellen kann. Ich möchte beim Kollegen Wiedner, der heute hier begonnen hat, auch anfangen und ihm Recht geben, dass ich das als ersten Schritt sehe und mich auch bei allen bedanken für die konstruktive Zusammenarbeit, wenn wir hier auch nicht dieses Wunschergebnis heute präsentieren können, das wir gerne gehabt hätten. Ich darf mich aber auch – und das vorweg – bei allen Beamten auf das Allerherzlichste bedanken. Ich möchte das ganz besonders hier an dieser Stelle tun, denn man konnte sehr oft feststellen, dass Beamte sehr wohl unserer Linie gefolgt sind und natürlich vieles gerne umgesetzt hätten, das auch sehr wichtig wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja nicht unentscheidend, wie mein Vorredner Peter Hagenauer gerade gesagt hat, dass die Raumordnung der entscheidendste Faktor in einem Land ist und in Wirklichkeit unmittelbar und mittelbar auch mit der Wirtschaft zu tun hat. Und als einer, der über zehn Jahre in diesem Haus in der Raumordnung – ich möchte es für mich in Anspruch nehmen – fast gekämpft hat, hier etwas weiterzubringen, um eben draußen die nötige Infrastruktur auch nützen zu können, denn da ist die Raumordnung natürlich maßgebend.

Und wenn man, so wie ich, über ein Jahrzehnt in der Vermessung zu tun gehabt hat und als Vermessungstechniker tagtäglich unterwegs war und an den Flächenwidmungsplänen, wie sie damals, 1970, entstanden sind, mitgearbeitet und das mitgelebt hat, dann weiß man, wie wichtig das ist und leider viel zu spät gekommen ist – ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, so wie viele Spezialgebiete, mit denen wir uns beschäftigt haben, natürlich auch viel zu spät gekommen sind.

Da sind wir bei einem wichtigen Punkt und das ist für mich die Bodenpolitik. Die Bodenpolitik war immer das Ziel, so festzulegen, dass wir in Wirklichkeit jenes Geld, das die Gemeinden, das Land und natürlich Österreich investiert haben, das heißt an der Infrastruktur auch dort zu den Grundstücken, natürlich in einer seriösen, rechtlich fundierten Lage, zugreifen zu können, wenn man die Grundstücke braucht. Denn ich glaube, es nutzt nichts, wenn die Bahnverbindung, die Straßen, das Wasser, der Kanal, das Gas und alles dort liegt und genau jene Grundstücke kann man nicht in Anspruch nehmen.

Und hier, seien Sie mir nicht böse, an die rechte Reichshälfte, ganz besonders an die ÖVP, sie könnte sich ein Beispiel nehmen an anderen Bundesländern, wo sie an der Macht ist und dies vollzogen hat. Und weil wir heute noch zu einem Tagesordnungspunkt kommen – Wirtschaft und Wirtschaftsbericht –, dann schauen Sie sich an, wo diese Länder sind. Diese Länder haben dort eine Reihenfolge, die ganz woanders ist wie die Steiermark, weil es entscheidend ist, wie viel Geld muss ich für Infrastruktur ausgeben oder wo habe ich die Möglichkeit zuzugreifen und dort zu bauen, wo ich einfach günstiger, dem Bürger näher und die Lebensqualität erhöhe und nicht heruntersetze und die Menschen zwingen, sich ins Auto zu setzen, um einkaufen zu gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir in der Bodenpolitik auch erreicht haben, dass es einen Euro pro Quadratmeter gibt, dies auf zwei Auflagen, und wenn man dann natürlich wieder die Anträge, gerade der ÖVP, anschaut, wie man Angst davor hat etwas entscheiden zu müssen, so spricht das natürlich nicht unbedingt für weite Voraussicht. Wir wollen auch niemandem etwas wegnehmen. Es ist mir genauso ein Anliegen wie euch, jeden Grundbesitzer zu schätzen, ihn zu würdigen, aber trotzdem das Gesamte im Auge zu haben. Und das Gesamte heißt die Gemeinde, unser Land und auch die Wirtschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Und da sind wir auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich bei der Einkaufszentrumsverordnung. Verordnung ja, keine Frage, ich glaube, das ist ein entscheidender Faktor, denn vieles ist dort passiert, über das wir heute nicht glücklich sind, aber die Einzelstandortverordnung der Regierung in die Hand zu geben, ohne Zweidrittelmehrheit und bei der Gemeinde die Auflage zu haben, alles, was mit dem Flächenwidmungsplan zu tun hat, einer Zweidrittelmehrheit zu unterstellen, ist nicht das Gleiche. Ich glaube, hier wäre besonders klug, auch auf eine Zweidrittelmehrheit in der Regierung zu gehen, dann wäre viel Misstrauen von vornherein weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, entscheidend für mich und für uns Sozialdemokraten in der Raumordnung ist natürlich auch, dass man die Praxis in ein Gesetz einfließen lässt, denn mit der Praxis haben später unsere Bürgermeister und Gemeindevertreter, und das sind wiederum wir alle in diesem Hause, zu tun. Deshalb von uns auch ein wichtiger Punkt, nicht das Gewerbegebiet zu installieren, die eins und die zwei neu zu erfinden, sondern in Wirklichkeit das, was wir gebraucht hätten – und da waren viele unserer Meinung, es ist leider am Schluss nichts geworden – das Mischgebiet einzuführen. Warum das Mischgebiet? Lassen Sie mich das mit ein paar Sätzen definieren.

Das Mischgebiet ist jenes Gebiet, das wir in der Praxis in Zukunft brauchen werden, denn wir haben bestehende Gewerbeparks, wir haben bestehende Einrichtungen, die heute schon ein Mischgebiet sind und die in gewissen Bereichen vielleicht in der Kommissionierung, in der gewerblich-behördlichen Festlegung gewisse Dinge damals in ihrer weisen Voraussicht nicht so genau festgelegt haben, weil der Betrieb gewachsen ist. Und jetzt auf einmal kommen Änderungen. Dann möchte ich jene sehen, wie sie das durchführen. Hier werden wir auf Punkte kommen, und ich bin heute überzeugt, dass ich in diesem Haus wahrscheinlich noch mit Kollegen dies noch ändern oder einer Novellierung zuführen werde, weil die Praxis wird jene Art nicht vertragen, die wir jetzt eingeschlagen haben. Deshalb noch einmal unser Appell, sich das wirklich zu überlegen und unserem Minderheitsbericht dann in jenen Punkten wenigstens zuzustimmen, wo Sie heute eigentlich schon feststellen können, dass das in eine andere Richtung gehen wird, denn Mischgebiet gibt es in vielen Gemeinden, wenn nicht fast in jeder, denn wir haben fast in jeder Gemeinde ein Industriegebiet. Und damit kommt die große Veränderung. Was mache ich? Mache ich ein Kerngebiet? Wie ist der Ort von der Konstruktion her aufgebaut? Mache ich ein neues I-Gebiet oder wäre da nicht besser gewesen, um das Gewerbegebiet nicht einführen zu müssen, mit diesem Mischgebiet bei bestehenden Industriegebieten – ich möchte das ausdrücklich betonen – hier den Schlüssel zu finden, um einfach, konsequenter der Wirtschaft zu helfen?

Und an dieser Stelle möchte ich dem Vertreter im ÖVP-Klub und Abgeordneten, der hier auch mit verhandelt hat, aus der Wirtschaftskammer schon sagen, deine Freunde werden sich nicht bedanken können bei dir. Die werden dich fragen, woher du deine Praxis hast. Aber die dürfte weit entfernt sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Liebe Freunde, diesen Punkt musste ich auch derart ausführen, weil hier hat man gesehen, dass es besonders schwierig war, eine vernünftige Lösung zu finden.

Dann gibt es einen Punkt – und es geht immer um das liebe Geld –, was kostet uns diese Änderung des Gesetzes in der Durchführung der Flächenwidmungspläne? Und es geht um 543 Gemeinden.

Der eine hat vielleicht gerade seine Neuauflage des Flächenwidmungsplanes und wartet noch vier Jahre, bis die nächste kommt. Der andere ist schon ein Jahr davor – da wird es kein Problem sein. Aber wir alle wissen, dass das mit Kosten verbunden ist. Und ich sage, ein Jahr oder eineinhalb Jahre sind zu wenig. Hier müsste man – und das haben wir auch in unserem Minderheitsbericht vorgegeben – den bestehenden Flächenwidmungsplan ein-

beziehen und mit Revision das mit abändern. Denn jede Gemeinde, die es vorher braucht und nicht anders kann, muss es sowieso in einer großen Änderung vollziehen. Aber wir hätten den Vorteil, hier keine Änderung vollziehen zu müssen, dort, wo es nicht ansteht. Denn so, da es ja nicht nur im Industriegebiet, sondern auch im Gewerbegebiet natürlich sich verändert, werden hier Kosten kommen, die wir unseren Gemeinden und unseren Bürgerinnen und Bürgern in Wirklichkeit ersparen hätten können.

Auch ein sehr heikler Punkt ist die Intensivtierhaltung. Man darf sie nicht übersehen. Es gibt wahrscheinlich verschiedene Lösungen dafür. Unsere Lösung wäre gewesen, sie ins Industriegebiet zu geben, denn wer an solchen Standorten unmittelbar wohnt, der weiß, was das heißt. Eine Region hat sich dann entschieden für diese Intensivtierhaltung, aber wer zum Wohnen, glaube ich, verurteilt ist, wird dort wegziehen. Es gibt so ein Musterbeispiel, wo man sagt, es war kein anderer Platz – in Sankt Peter. Ich habe mir das selber angeschaut. Also, wohnen möchte ich dort in der Nähe nicht. Ich verstehe dort vor allem den örtlichen Bürgermeister nicht, dass er da selbst noch mitgemacht hat. Aber es gibt eben Dinge, die sind nicht zu verstehen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren und Kollege Wiedner, selbstverständlich glauben wir daran, dass heute schon bei diesem Minderheitsbericht die weise Voraussicht gilt, wo wird man etwas ändern, denn es werden ja hoffentlich die Kollegen dort nicht dagegen stimmen, wo sie dann bereit sind, Änderungen mit uns gemeinsam vorzunehmen.

Dafür hoffen wir natürlich, dass wir dort gewinnen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war eine sehr intensive Auseinandersetzung, aber man muss sagen, auch eine konstruktive Arbeit, wie ich es anfangs schon genannt habe. Natürlich wäre es schön gewesen, viele dieser Punkte schon einzuarbeiten, was nicht möglich war. Aber diese Einladung, die geht ja wirklich jetzt an alle Fraktionen. Aber es gibt noch einen Punkt, der natürlich gebietsbezogen besonders auch in Frage steht, das ist für mich das Auffüllungsgebiet. Das Auffüllungsgebiet ist auch ein wichtiger Punkt, den wir auch gerne verhandelt hätten. Sie wissen, gerade in der Südoststeiermark haben die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Kinder oder die Eltern kein Verständnis, wenn dort zwei, drei Häuser stehen, vom Kanal, Wasser, vielleicht bis zum Gas alles aufgeschlossen ist und man hat keine Möglichkeit, dort ein Haus zu bauen. Ich glaube, hier muss es auch entscheidend sein, dass im örtlichen Entwicklungskonzept beziehungsweise die regionalen Strukturen dazu die Aussage geben können, um hier natürlich auch bauen zu können. Wir haben jetzt so einen ähnlichen Fall – wenn man sich das anschaut – im Förderungsbereich bei den Häuslbauern, wo du selbst, wenn du ein Gasnetz hast, inzwischen keine Förderung bekommst. Aber ich glaube, das wird ein Punkt sein, den man ändern muss. Immer sind Verordnungen nicht sehr geschickt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden natürlich der schriftlichen Verständigung der Grundeigentümer zustimmen, obwohl ich sagen muss, es ist natürlich ein Wahnsinnsaufwand, selbst heute in der technischen Zeit, aber ich glaube, die Verständigung ist auch entscheidend, damit die Bürgerinnen und Bürger es nicht nur auf der Amtstafel ablesen können.

So darf ich damit enden, dass wir leider keine Mischgebiete gemacht haben. Das ist der Punkt, wo ich glaube, dass wir hier wahrscheinlich nicht den gleichen Namen finden werden können, weil er von uns kommt.

Aber die Gewerbegebiete werden uns zeigen, dass es nicht die wahre Lösung ist. Denn Sie wissen, man braucht nicht Künstler zu sein, um ein Wohngebiet zu machen, um anschließend ein Gewerbegebiet und auch wieder gewisse Zentren schaffen zu können. Das ist die Sache der Natur. Aber auf das Bestehende aufzusetzen, das wäre die Sache gewesen, die viele verstanden hätten. Ich darf mich nochmals bei allen bedanken für diesen Bereich, der uns gemeinsam gelungen ist, ganz besonders zum Schluss noch einmal bei unserem Klub, ganz besonders bei Walter, bei all meinen Kollegen, ganz besonders bei dir, lieber Heinz Grabner. Du bist einer der alten Hasen, wenn ich so sagen darf – nicht nur an deinem Geburtstag –, der mir hier sehr geholfen hat. Ich glaube, wir haben uns sehr bemüht und so ist uns allen der erste Schritt, wie es auch der Kollege Wiedner genannt hat, gelungen. Ich hoffe, die weiteren folgen und Sie werden bei unserem Minderheitsantrag in großer Anzahl mitstimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Kasic (13.28 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Raumordnung ist wohl eines jener Gesetze, mit dem der Steiermärkische Landtag, mit dem wir als Abgeordnete auf die Qualität des Wirtschaftsstandortes Steiermark einen wesentlichen Einfluss nehmen können. Was helfen uns etwa beschleunigte Betriebsanlagenverfahren, die in maximal drei Monaten erledigt sind und die Zeitkiller in der Raumordnung verborgen sind und ein ansiedlungswilliger Unternehmer für ein Flächenwidmungsplanänderungsverfahren etwa ein Jahr oder noch mehr braucht? Oder wenn kleine mittelständische Wirtschaftsunternehmen ihr Geschäft nicht über 600 Quadratmeter erweitern können und ohnmächtig zuschauen müssen, wie aus reinen Konkurrenzgründen unter Bürgermeistern im Nachbarort Einkaufszentren wie Schwammerln aus dem Boden wachsen? Die jetzt vorliegende Novelle ist seit Jahren überfällig und ich freue mich, dass es endlich gelungen ist einen, wie ich glaube, akzeptablen Kompromiss zu finden.

Wenn du, lieber Abgeordneter Schleich, von Kompetenz und sonstigem gesprochen hast, so darf ich dich daran erinnern, manche in diesem Raum werden das auch noch ganz genau wissen, dass ich gemeinsam – und da habe ich einen Zeugen, den Abgeordneten Hagenauer – seit dem Jahr 1986, über zehn Jahre hindurch, auf diese falsche Entwicklung bei den Einkaufszentren hingewiesen habe, wo viele, die Sie damals bis 1996 hier im Hohen Haus tätig waren, immer wieder Briefe von der Aktionsgemeinschaft gegen geplante Einkaufszentren erhalten haben, wo wir auf die Missentwicklung hingewiesen haben, wo etwa der Herr Abgeordnete Hagenauer

unten in Seiersberg mit auf der Straße gestanden ist, wo es keine Unterstützung von einigen von Ihnen aus der roten Reichshälfte gegeben hat und wo Sie sich jetzt das Mäntelchen umhängen und heute der Abgeordnete Schleich gemeint hat, ja, wir wissen, dass da einiges falsch gelaufen ist, aber jetzt ist Gott sei Dank die Einsicht da und die Weisheit.

Was bedeutet diese Novelle, meine Damen und Herren? Erstens einmal ein klares politisches Bekenntnis zur Stärkung der Orts- und Stadtzentren in diesem Land. Wir glauben, dass in den vergangenen Jahren eine Fehlentwicklung stattgefunden hat, dass Gemeinden an den Straßenknoten, an den Straßenkreuzungen Gewerbe- und Industriegebiete ausgewiesen haben, die letztendlich viele Infrastrukturmaßnahmen erfordert haben, aber die Nahversorgung in vielen Orten dieses Landes zerstört haben. Wir haben über 50 Orte in diesem Land, in denen es keine Nahversorgung mehr gibt. Das wollen wir nicht und dieser Entwicklung ist Einhalt zu gebieten.

Was ist der zweite wichtige Punkt, meine Damen und Herren, in diesem klaren politischen Bekenntnis? Wir wollen einfach mehr Flexibilität für die Wirtschaft. Wir wollen sozusagen ermöglichen, dass auf der einen Seite eine geordnete wirtschaftliche Entwicklung möglich ist sowohl im Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes, aber auch im Bereich des Handels. Ob das das neue Gewerbegebiet ist, ob das das nun klar festgeschriebene Verbot von Handelsbetrieben im Industriegebiet ist oder ob das die Ausweitung der Verkaufsfläche von 600 auf 800 Quadratmeter ist. Chancen also für die steirische heimische Wirtschaft bei gleichzeitiger Sicherung der Nahversorgung.

Und, meine Damen und Herren, mit dieser Novelle schaffen wir auch mehr Rechtssicherheit. Sie alle wissen, dass in den vergangenen Jahren, vor allem was diese EZ-3-Regelung betroffen hat, hier Fehlentwicklungen stattgefunden haben, keine Rechtssicherheit mehr gegeben ist und in dieser Novelle über Parteigrenzen hinweg eine Einigkeit erzielt wurde.

Anders als bei einem Industriegebiet nämlich sind die mittelständischen regionalen Handelsbetriebe und Dienstleister von der Orts- und Siedlungsstruktur abhängig, die wir als Gemeindevertreter und als Verantwortliche im Land gestalten. Die Unternehmer müssen wissen, wo es Kaufkraft und Kundenströme gibt, wo sie sich ansiedeln und ihr Geschäft erfolgreich betreiben können. Mit dieser Novelle handelt es sich aber nicht, wie manche von Ihnen angedeutet haben, um einen Eingriff in die Erwerbsfreiheit, sondern wir wollen einfach den Unternehmern eine Rechtssicherheit geben und einen Wildwuchs dieser Einkaufszentren endlich hintanhalten.

Aber noch etwas, meine Damen und Herren. Heute ist sehr oft und sehr viel von Nachhaltigkeit die Rede. Wir haben in der Steiermark neue Einrichtungen geschaffen, wie etwa die ökologische Landentwicklung, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. In vielen Fällen geht es dabei um die Vermeidung von Zersiedelung, die Schaffung regionaler Kreisläufe und um die Stärkung der Nahversorgung. Mir scheint es aber, dass wir in den vergangenen Jahren vergessen haben, dass die notwendigen Instrumente, um nämlich diese Ziele zu erreichen, seit mehr als 25 Jahren im Raumordnungsgesetz stehen. Durch die neue Formulierung der Raumordnungsgrundsätze soll das wieder stärker ins Bewusstsein gerückt werden.

Ein kleines Wort noch zur Bodenmobilität. Lieber Abgeordneter Schleich, das, was ihr gerne gehabt hättet, wäre ja fast eine Enteignung gewesen. Wir von der ÖVP sagen, Eigentum muss Eigentum bleiben. Wir bekennen uns zum Eigentum und werden es nicht zulassen, dass über Grundbesitz und Eigentum anderer irgendwer entscheidet. Wir werden also versuchen, dass wir hier alles daransetzen, dass das eindeutig Eigentum bleibt. Wenn du so mit einem Seitenhieb gemeint hast, dass die Wirtschaft das nicht anerkennt, dann würde ich dir einmal raten, wirklich mit den Unternehmern in diesem Land zu reden, damit du weißt, was sie wollen. Du scheinst nämlich in deinen Wortmeldungen, was die Wirtschaft betrifft, weit daneben zu liegen.

Lassen Sie mich aber noch ein Letztes sagen. Für die Steiermark und für die Wirtschaft in diesem Land und auch für die Industriebetriebe stellt die hohe Lebensqualität der Steiermark einen besonderen Wert dar. Wenn die Rahmenbedingungen überall gleich sind, gehen die Betriebe dort hin, wo die Lebensqualität am höchsten ist. Da kann die Steiermark, meine Damen und Herren, punkten. Darum ist es wichtig, dass wir die Regelungen, so wie sie in der Novelle stehen, beschließen, damit wir diese Lebensqualität für die Menschen in diesem Land und damit auch für die Wirtschaft erhalten. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 13.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes erteile ich das Wort Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schöggl.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl (13.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hoher Landtag!

Ich glaube, dass heute wichtige Schritte zum Thema „Raumordnung“ gesetzt werden und wenn der Herr Abgeordnete Hagenauer mangelnde Aktivitäten einmahnt, dann würde ich doch anmerken wollen, wie er reagiert hätte, wenn ich in die Autonomie des Landtages eingreifen hätte wollen. Dann hätte er wahrscheinlich mein Demokratieverständnis eingemahnt. Und auch wenn ihm manche Pläne an bestimmten Orten nicht gefallen, muss ich doch sagen, ich bekenne mich dazu, dass wir lieber aufbauen als abreißen, Herr Kollege Hagenauer, und ich hoffe, dass es noch viele Möglichkeiten in diesem Land gibt, den Wirtschaftsstandort zu entwickeln und natürlich an geeigneten Standorten möglichst viele Objekte aufzubauen, weil das ist unser Weg, und nicht das Niederreißen, auch wenn dem einen oder anderen das besser gefallen würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Raumordnung ist eine der wichtigsten Materien, die in diesem Gremium, in diesem gesetzgebenden Gremium, zu behandeln sind, geht es doch darum, einerseits den Wirtschaftsstandort einer entsprechenden Entwicklung zuführen zu können, andererseits natürlich die Gestaltung der Infrastruktur vorausschauend mitzuplanen, drittens – ein wichtiger Faktor, gerade unter dem Eindruck der

Ereignisse – im Hochwasserbereich das Sicherheitsbedürfnis einzuplanen und mit zu berücksichtigen. Letztlich prägt die Raumordnung langfristig das Gesicht dieses Landes – unseres Landes, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daher haben wir eine große Verantwortung und wir werden sie auch wahrnehmen.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen, die konstruktiv an diesem Gesetz mitgewirkt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind wichtige Schritte vollzogen worden. Inhaltlich wurde schon alles gesagt über die Neudefinition der Baulandkategorien, über die Regelung der Einkaufszentren. Raumordnungsgrundsätze wurden entsprechend entwickelt.

Es werden weitere Schritte folgen müssen. Es ist die gesamte Materie ein Prozess. Ich weise nur darauf hin, dass sich diese gesetzliche Regelung in der Praxis bewähren wird und muss. Das wird sich in einer Art Evolution zeigen.

Ich weise aber auch darauf hin, dass eine der wesentlichen Intentionen auch darin zu suchen ist, dass gemeinsam, die Gemeindegrenzen übergreifend, Möglichkeiten geschaffen werden sollen und Motivation geschaffen werden soll, gemeinsam größere Projekte umzusetzen. Ich denke hier an Wirtschaftsparks, an entsprechende Einkaufszentren, die auch in Zukunft zu entwickeln sein werden. Aber wichtig ist es, dass die einzelnen Gemeinden, die hier im Wettbewerb stehen, akzeptieren, dass diese Einrichtungen nur in einer Gemeinde anzusiedeln sind.

Mein Ziel ist es, interkommunale Zusammenarbeit zu fördern. Und wir haben eine Broschüre erarbeitet, die an alle Bürgermeister demnächst hinausgehen wird, an alle Gemeindevertreter hinausgehen wird, wo wir Wege aufzeigen, um zu einem Vertragswerk innerhalb verschiedener Gemeinden zu kommen, das uns helfen wird, auch den interkommunalen Finanzausgleich voranzutreiben; nur dann wird es zu einer Zusammenarbeit kommen, wenn alle natürlich auf der Gewinnerseite zu finden sind und alle diejenigen, die auch Interesse an der Entwicklung von wirtschaftsnahen Einrichtungen haben, auch zur Gewinnerseite zu zählen sind, durch eine gerechte Aufteilung von Steuern und Abgaben, durch eine gerechte Beteiligung an entsprechenden Zusatzeinnahmen.

Das ist ein besonders großes Ziel von uns. Die nächsten Schritte werden zeigen, wie wir in der Lage sind, diese Herausforderungen zu meistern.

Aber ich sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit und ganz bewusst, was Raumplanung nicht sein kann. Raumplanung kann nicht sein ein Instrument des Verhinderns einer wirtschaftspolitischen Entwicklung. Ich bekenne mich zu einer ganz klaren liberalen Entwicklung unserer Wirtschaft und daher muss es dann auch möglich sein, entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen und zur Verfügung zu haben. Ich bedanke mich dafür, dass gerade die Damen und Herren des Landtages auch dieser Entwicklung ganz bewusst Rechnung tragen wollen.

Raumplanung ist ein schwieriges und im Grunde genommen ungeliebtes Thema. Die Grundeigentümer wollen sie nicht, da sie am liebsten doch überall ihr Bauland in Anspruch nehmen wollen. Die Gemeinden freuen sich nicht darüber, weil sie in ihrem Autonomiebereich unabhängig sein wollen und sich von niemandem dreinreden lassen wollen. Aber das Land und die Menschen in diesem Land brauchen die Raumplanung zur Erhaltung des Lebensraums und der Natur und auch zu einer Verhinderung der Kostenexplosion im Infrastrukturbereich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Raumplanung ist wichtig, es werden wichtige Schritte gesetzt, weitere werden folgen.

Ich bedanke mich bei allen, die konstruktiv mitgearbeitet haben. Ich bedanke mich bei den Beamten des Hauses, bei allen Abgeordneten, beim Vorsitzenden des Ausschusses, der also diesen Ausschuss sehr umsichtig geführt hat und bei Ihnen allen, die diesem wichtigen Gesetz heute die Zustimmung geben werden. Danke schön! Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.41 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP, betreffend Änderung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes hinsichtlich Paragraph 26 b Absatz 4, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP, betreffend Änderung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes hinsichtlich Paragraph 26 b Absatz 5, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP, betreffend Änderung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes hinsichtlich Paragraph 29 Absatz 4 a, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der SPÖ, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ohne Paragraf 23 Absatz 5 litera d, Absatz 5 litera e, Paragraf 23 a Absatz 6 litera c, Absatz 7, Paragraf 26 b Absatz 1 litera c, Absätze 4 und 5 sowie Artikel II Absatz 2 und ohne den soeben durch Abänderungsantrag der ÖVP angenommenen Paragraf 29 Absatz 4 a zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters hinsichtlich Paragraf 23 Absatz 5 litera d, Absatz 5 litera e, Paragraf 23 a Absatz 6 litera c, Absatz 7, Paragraf 26 b Absatz 1 litera c, Absätze 4 und 5 sowie Artikel II Absatz 2 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Verordnung über das Entwicklungsprogramm zur Versorgungs-Infrastruktur zum Steiermärkischen Raumordnungsgesetz, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 819/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend Förderung des Landes zum Ankauf neuer Fahrzeuge der GKE (Graz-Köflacher Eisenbahn GmbH.).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Kröpfl (13.45 Uhr): Danke, Frau Präsident. Ich berichte über den Antrag des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 819/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend Förderung des Landes zum Ankauf neuer Fahrzeuge der GKE.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 819/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend Förderung des Landes gibt es eine Stellungnahme der Landesregierung. In dieser Stellungnahme wird ausgeführt, dass man einsieht, dass solche neuen Garnituren notwendig sind, dass aber – und das wird im letzten Satz beschrieben – aus der Sicht des öffentlichen Verkehrs daher eine Förderung von neuen zeitgemäßen und attraktiven GKE-Eisenbahnfahrzeugen grundsätzlich zu begrüßen und möglich ist, wenn im Budget des Landes entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 819/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend Förderung des Landes zum Ankauf neuer Fahrzeuge der GKE, wird zur Kenntnis genommen. (13.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke. Bitte, der Herr Abgeordnete meldet sich zu Wort.

Abg. Kröpfl (13.47 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, verehrte Damen und Herren!

Wie Sie dem Bericht entnommen haben, wird also von Seiten der Landesregierung eingesehen, dass es unbedingt notwendig wäre, der GKE bei der Anschaffung dieser neuen Garnituren behilflich zu sein, weil man natürlich auch einsieht und das ist ja jedem bekannt, dass für die Annahme des öffentlichen Verkehrs die Attraktivität eines Fahrzeuges entscheidend ist. Weiters entscheidend ist die Infrastruktur im öffentlichen Bereich und dass gerade wir in unserem Gebiet in der Weststeiermark im Bezirk Voitsberg und im Bezirk Deutschlandsberg praktisch von dieser GKE leben und unsere Pendler diese Einrichtung dringend brauchen. Wenn man bedenkt, dass aus jedem Bezirk mehr als 15.000 Pendler täglich den Bezirk verlassen müssen, dann wird wohl jeder einsehen, dass es notwendig ist, die GKE in diesem Bereich dementsprechend zu fördern.

Die Fahrzeuge der GKE sind leider schon sehr, sehr veraltet, mehr als 20 Jahre alt und wir aus unserer Region sagen natürlich, wenn es möglich ist, dass das Land für die ÖBB eine 50-prozentige Förderung bei der Anschaffung leistet, dann sollte das auch für die GKE möglich sein.

Daher stellen wir von unserer Fraktion einen Entschließungsantrag betreffend Förderung des Landes zum Ankauf neuer Fahrzeuge der GKE zum Tagesordnungspunkt vier der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger.

Wie ich jetzt schon begründet habe, wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Anschaffung von neuen zeitgemäßen und attraktiven Fahrzeugen der GKE mit einem 50-prozentigen Zuschuss des Landes zu fördern – analog der Förderung der Anschaffungen der ÖBB – und die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Ich glaube nämlich, bei gutem Willen aller hier im Hause vertretenen Parteien müsste es möglich sein, dass diese Anschaffung dementsprechend unterstützt wird und ich hoffe auf die Unterstützung dieses Antrages aller Fraktionen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.49 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Förderung des Landes zum Ankauf neuer Fahrzeuge der GKE, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 874/1, der Abgeordneten Kollegger und Kröpfl, betreffend Umfahrung Piber.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (13.51 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 874/1, der Abgeordneten Kollegger und Kröpfl, betreffend Umfahrung Piber.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 28. Mai 2002 und 10. September 2002 über oben genannten Antrag die Beratung durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 874/1, der Abgeordneten Kollegger und Kröpfl, betreffend Umfahrung Piber, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird Folgendes berichtet:

Die Landesstraße Nr. 345 hat als Verbindungsstraße im Bereich Köflach-Bärnbach in erster Linie örtlichen Erschließungscharakter. Der durchschnittliche tägliche Verkehr ist laut Stand Mai 2002 auf 3000 Fahrzeuge mit einem Schwerverkehrsanteil von 4 Prozent – gegenüber 3800 mit 6 Prozent vom Juni 1999 – gesunken.

Im gegenständlichen Bereich führt die Landesstraße entlang beziehungsweise durch die Grundstücke des Bundesgestütes Piber. Aus Sicht der Landesstraßenverwaltung befindet sich die Landesstraße in einem guten Zustand und sind deren Anlageverhältnisse auch für die Zukunft – nach der Landesausstellung 2003 – als ausreichend zu bezeichnen.

Um dem zu erwartenden Besucherstrom gerecht zu werden, ist im Bereich des Gestütes Piber die Errichtung eines Parkplatzes vorgesehen. Durch eine Verlegung der Landesstraße ergeben sich hier somit bessere Zu- und Abfahrtsmöglichkeiten und wäre die Straße vom übrigen Verkehr entlastet.

Hierfür wurde zur Unterstützung der Landesausstellung auf freiwilliger Basis ein Straßendetailprojekt seitens der Fachabteilung 18A ausgearbeitet. Das gegenständliche Straßendetailprojekt sieht eine Verlegung der Landesstraße über eine Länge von zirka 400 Meter vor. Inzwischen wurde das gegenständliche Straßendetailprojekt am 10. Juni 2002 mit GZ. FA 18A 71/345 1/01-5 als Projekt, jedoch mit offener Finanzierung, genehmigt.

Seitens der Landesstraßenverwaltung wird darauf hingewiesen, dass für diese Baumaßnahme ohne die Landesausstellung keine Notwendigkeit gegeben wäre und hierfür auch kein nennenswerter nachträglicher Nutzen abzuleiten ist. Diese Maßnahme dient ausschließlich der Landesausstellung. Somit wären Kosten für diese Maßnahme in der Höhe von ungefähr 400.000 Euro vom für die Ausrichtung der Landesausstellung zuständigen Ressort oder Dritten zu tragen.

Als zusätzliche Unterstützung hat die Baubezirksleitung Graz-Umgebung das Provisorium für den Teil B – 8700 Quadratmeter – des geplanten Parkplatzes zugesagt, welches nach der Landesausstellung wieder entfernt werden soll. Für diesen Teil B des Parkplatzes sind 35.000 Euro von Seiten der Fachabteilung 18C vorgesehen. Für den Teil A – 6700 Quadratmeter –, welcher dauerhaft befestigt und auch beleuchtet werden soll, um ihn auch längerfristig benützen zu können, werden wiederum Dritte zur Finanzierung herangezogen werden müssen. Der Teil A kommt laut Kostenschätzung der Stadtgemeinde Köflach auf rund 276.000 Euro.

Abschließend muss daher darauf hingewiesen werden, dass weitere Finanzierungen aus dem Verkehrsressort nicht möglich sind, da die zusätzlichen Baumaßnahmen aus verkehrstechnischer Sicht ausschließlich für die Landesausstellung notwendig sind. Somit wären 400.000 Euro für die Verlegung der Landesstraße und von zirka 276.000 Euro für den Teil A des Parkplatzes von anderer Seite zu übernehmen.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 874/1, der Abgeordneten Kollegger und Kröpfl, betreffend Umfahrung Piber, wird zur Kenntnis genommen. (13.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 954/1, betreffend den Bericht der Patientenombudsfrau über das Geschäftsjahr 2001.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (13.54 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Zur Regierungsvorlage 954/1, betreffend Bericht der Patientenombudsfrau über das Geschäftsjahr 2001, ist festzuhalten, dass seit längerer Zeit ein ausführlicher und umfassender Tätigkeitsbericht der Patientenombudsvertretung vorliegt.

Er beinhaltet Patientenrechte und Patientenvertretung, die Entwicklung der Patientenrechte auf internationaler Ebene, die Patientenvertretungsschlichtungsstellen, zahlenmäßige Entwicklung der Geschäftsfälle, sektorale Patientenvertretung, Vorträge und Öffentlichkeitsarbeit der Patientenvertretung im Jahr 2001 und entsprechende Fallbeispiele aus der Gesamtsumme der Geschäftsfälle.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesen Berichten beschäftigt und empfiehlt in einstimmiger Form dem Land, diesen vorliegenden Bericht so anzunehmen. Ich bitte um Diskussion und Abstimmung. (13.56 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Abgeordneter Erlitz, du hast auch um das Wort ersucht. Ich darf es dir erteilen.

Abg. Mag. Erlitz (13.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der vorliegende Bericht ist wirklich eine Bestätigung einer vielfältigen, aber auch, wie ich meine, einer effizienten und erfolgreichen Tätigkeit, einer erfolgreichen Arbeit unserer Patientenombudsfrau, von Frau Mag. Skledar und natürlich auch ihres Teams, wie schwierig es ist, komplexe medizinische Sachverhalte den betreffenden Patienten zu erklären beziehungsweise auch ihre Situation zu erläutern. Schwierig deshalb nicht zuletzt, weil heute eben oft in der Medizin medizinische Spitzenleistungen sehr vereinfacht und die Grenzen und die Risiken solcher sehr verharmlost dargestellt werden. Es ist oft sehr schwierig, diese komplexen Sachverhalte den Patienten mitzuteilen. Wie schwierig es ist, verdeutlicht eigentlich folgendes Beispiel in diesem vorliegenden Bericht.

Für einen Patienten oder für eine Patientin ist es oft nicht oder nur schwer nachvollziehbar, dass man einerseits zum Beispiel komplizierteste und kunstvollste Transplantationen, Organtransplantationen, Extremitätentransplantationen durchführt, aber andererseits bei einer harmlosen Blinddarmoperation eine durchaus folgenschwere Infektion durch einen Hautkeim auftreten kann, eine Infektion, die einfach nicht vermeidbar war und bei der auch kein Verschulden des Arztes letztendlich abgeleitet werden kann.

Ich meine, es bedarf schon eines sehr sensiblen Zuganges zu dieser Arbeit als Patientenvertretung, um einerseits dem Patienten ein guter und glaubwürdiger Anwalt zu sein, dem man sich vertrauensvoll zuwenden kann, aber andererseits auch eine entsprechende Vertrauensbasis zwischen Patienten und Arzt oder zwischen Patientin und Spital aufrechtzuerhalten.

Die Patientenvertretung will ja auch nicht quasi als Feindbild aus der Sicht der Ärzte oder aus der Sicht des Spitals betrachtet werden, sondern als Partner, damit ein medizinisches Segment kooperiert, bestens zusammenarbeitet, um so, wie schon erwähnt, das Vertrauen in die Medizin zu stärken und zu erhalten.

Ich glaube, dieser Auftrag wird von unserer Patientenombudsfrau, von Frau Mag. Skledar, hervorragend wahrgenommen und umgesetzt.

Diese Akzeptanz oder ihre Akzeptanz, die Akzeptanz ihrer Arbeit mit ihrem Team spiegelt sich nicht zuletzt auch in der großen Anmeldezahl wider, der Anmeldezahl zur Tagung am 4. Oktober. Am 4. Oktober findet eine große Festveranstaltung statt anlässlich zehn Jahre Patientenvertretung in der Steiermark.

Hiezu darf noch vermerkt werden, dass diese Tagung mit hochkarätigen Experten aus dem Gesamtgesundheitsbereich aus dem In- und Ausland besetzt ist und in dieser Form auch erstmalig in Österreich durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren, eine der wesentlichen Aufgaben der Patientenvertretung ist die Begleitung der Antragsteller zu den Schlichtungsstellen. Gab es im Jahre 1997 insgesamt 115 solcher Anträge, so waren es 2000 bereits 173 und im Vorjahr, 2001, – wenn auch etwas rückläufig – immerhin noch 160.

Auch die Geschäftsfälle sind rückläufig. Im Jahr 2000 gab es 1098 solcher Fälle und im Jahr 2001 1070. Das mag auch für die Qualität der Spitäler sprechen.

Durch die unbefriedigende Personalsituation – auf die ja hier im Landtag immer wieder hingewiesen wurde, es ist heute ja auch schon eine entsprechende Anfrage von Landesrat Dörflinger diesbezüglich beantwortet worden – musste Anfang März 2001 die Begleitung der Antragsteller zu den Schlichtungsstellen eingestellt werden. Erst durch einen Rückgang der Anträge war es dann wieder ab September möglich, diese Aufgabe in vollem Umfang wahrzunehmen.

Erfreulicherweise, und auch das ist ja heute schon beantwortet worden, darf an dieser Stelle auch angemerkt werden – wir wollen ja nicht nur kritisieren, wir wollen ja auch erfreuliche Sachverhalte hier anmerken –, dass es in der Zwischenzeit, seit 1. Jänner 2002, zu einer Personalaufstockung gekommen ist mit einer fachlich qualifizierten Person in der Patientenvertretung, so dass eben in diesem Jahr, 2002, alle Schlichtungssitzungen von der Patientenvertretung wieder besucht werden konnten und können.

In diesem Zusammenhang muss aber auch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass eine mögliche Ausweitung und Aufstockung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung durch die Betreuung des gesamten Pflegeheimbereiches eine personelle Aufrüstung unbedingt erforderlich ist, nicht nur um die Qualität der Arbeit der Patientenvertretung aufrechtzuerhalten und den Patienten und Hilfesuchenden optimale Hilfe zu gewähren, sondern auch – und das geht auch aus dem Bericht hervor – psychische und physische Anforderungen der Mitarbeiter in der Patientenvertretung in einem vertretbaren Ausmaß zu belassen.

Wenn ich kurz auf diesen Entschließungsantrag der Grünen eingehe, der ja dann auch eingebracht wird, darf ich dazu sagen, dass wir gerne diesen Entschließungsantrag geteilt hätten, das heißt eine gesplittete Abstimmung.

Wir würden dem ersten Teil eher nicht zustimmen, nämlich dass die KAGES-Schlichtungsstelle rechts-trägerfrei zu besetzen sei. Wir meinen, dass eben KAGES-Vertreter schon auch in der Schlichtungsstelle ver-treten sein sollten, weil wir meinen, dass eben beide Parteien – quasi Kläger und Beklagter – durchaus in dieser Stelle drinnen sitzen sollten. Wir meinen, das macht durchaus Sinn.

Auf der anderen Seite meinen wir, zum Punkt zwei, die Patientenvertretung sollte verbindlich in die Schlich-tungsstelle aufgenommen werden. Also die Schlichtungsstelle sollte eine verbindliche Teilnahme der Patienten-vertretung vorsehen. Wir verbinden aber damit die Forderung, wenn schon die Patientenombudsfrau verbindlich teilnehmen muss an den Schlichtungssitzungen, dass ein entsprechendes Personal vorhanden sein muss. Es kann nicht sein, dass die Patientenvertretung an den Sitzungen dann nicht teilnehmen kann, weil Mangel an Personal herrscht. Also das muss schon einhergehen, verbindliche Teilnahme an den Schlichtungsstellensitzungen, aber es muss dafür gesorgt sein, dass das Personal entsprechend vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, wir haben in der letzten Sitzung im Sommer, bei der Budgetlandtagssitzung, auch das Gesetz über die Patientenentschädigung, über die verschuldensunabhängige Patientenentschädigung beschlossen, die auch im KALG verankert ist, beschlossen zwar eineinhalb Jahre später als es möglich war, aber immerhin, es wurde im Sommer beschlossen. Das heißt, verhaltensunabhängige Patientenentschädigung, dass in jedem Bundesland ein Fonds eingerichtet wurde, der von den Spitalsbetten ja selbst gespeist wird – ist zwar auch etwas absurd – und aus dem die Patienten, die schwer nachweisbare Schäden bei Spitalsbehandlungen erlitten haben, einfacher entschädigt werden.

Damit stehen dem Patienten, der zu Schaden gekommen ist, also auch hier in der Steiermark drei Wege offen, nämlich der Weg zur Schlichtungsstelle der Ärztekammer, der Weg zum Entschädigungsfonds des Landes und natürlich der Weg zum Gericht. Also diese drei Wege.

Landesrat Dörflinger hat sich ja vor der Beschlussfassung dieses Patientenentschädigungsgesetzes auch sehr bemüht, auch wir im Unterausschuss haben uns sehr bemüht, indem wir alle beteiligten Personen zu Ge-sprächen geladen haben, Schlichtungsstelle und Fonds zusammenzuführen, personell und institutionell, um den Patienten bürokratische und institutionelle Hürden auf dem Weg zu seinem Recht aus dem Weg zu räumen. Aber auch natürlich, um dem Land finanzielle Aufwände zu ersparen. Auch die Patientenombudsfrau weist ja in ihrem Bericht auf die Sinnhaftigkeit einer gemeinsamen Schlichtungs- und Entschädigungsstelle hin, die in einem Verfahren Verschulden und Kausalität des Schadens und damit eine Haftung des Krankenhausrechtsträgers fest-stellen könnte beziehungsweise nur die Kausalität und Schaden und kein Verschulden, wofür aber eben dann der Entschädigungsfonds zuständig wäre. Wir sind zwar in einem letzten Gespräch unter anderem mit Vertretern der Ärztekammer diesem Ziel, so meine ich, der Zusammenführung ein wenig näher gerückt, aber es bedarf, glaube ich, doch noch einiger Überzeugungsarbeit, um dieses Ziel auch wirklich zu erreichen. Ich bitte von die-ser Stelle aus, nachdem sich ja die Spitalssprecher aller Fraktionen hier – Entschuldigung, ich habe den Hans Bacher angeschaut, Herr Primarius, natürlich sind Sie der Spitalssprecher – für die Zusammenführung dieser beiden Stellen ausgesprochen haben, bitte ich weiterhin daran zu arbeiten, dass eben Schlichtungsstelle und Fonds vielleicht wirklich zusammengelegt werden können im Sinne einer patientenfreundlichen, aber auf der anderen Seite auch kostenbewussten Regelung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schleich. Ich darf es dir erteilen.

Abg. Schleich (14.06 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzter Landesrat, geschätzte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf eine Feststellung zum Tagesordnungspunkt 3 machen, wo es um die Raumordnung gegangen ist, dann zu Punkt 5. Aber es ist, glaube ich, für alle ganz klar, es hat ja deshalb diesen Tagesordnungspunkt 5 ge-gaben, weil hier diese Punkte, denen wir nicht zustimmen konnten, nicht oben waren und selbstverständlich waren wir da dafür und beim nächsten Tagesordnungspunkt dagegen. Wenn das jemand anders verstanden hat, möchte ich das hiermit berichtigen, dass das dem entspricht, danke. (Abg. Bittmann: „Habt ihr falsch abge-stimmt?“ – Abg. Riebenbauer: „Mich habt ihr verhöhnt, als ich falsch abgestimmt habe, dass du dich nur erinnern kannst!“) Danke! (14.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

An die Herren der ÖVP: Wichtig ist, dass Sie dem jetzt folgenden Antrag richtig zustimmen!

Herr Kollege Erlitz hat ja praktisch meinen Antrag zum Teil schon vorgestellt. Ich möchte allerdings damit beginnen, der Patientenombudsschaft und damit meine ich die Frau Mag. Skledar und ihr gesamtes Team, meine Gratulation auszudrücken und auch auszudrücken, dass ich glaube, dass sie ihre Arbeit sehr, sehr gut macht, dass ihr Bericht Aufschluss gibt darüber, dass es sich um eine sehr komplexe und schwierige Aufgabe handelt. Wenn die Rede von über tausend Fällen ist, die im letzten Jahr zu bearbeiten waren, dann muss man sich über-legen, dass das nicht Einzelpersonen sind, die einmal für fünf Minuten hereinschneien, sondern dass es da immer um das Zusammenwirken verschiedener Personen, verschiedener Institutionen geht. Die Fallbeispiele und das ist eine Darstellung, die mir sehr gut gefallen hat, die Fallbeispiele, die Frau Mag. Skledar in ihrem Bericht auf-

zeigt, zeigen ja auch, dass eine Vielzahl von Interventionen von ihrer Seite bewirken, dass es gar nicht zur Arbeit in der Schlichtungsstelle kommt und schon gar nicht zu einem Gerichtsverfahren und das kann man nicht hoch genug schätzen. Oft genug geht es im Wesentlichen darum, die Mängel in der Kommunikation zwischen den Personen und Institutionen, die miteinander zu tun haben, zu kompensieren und das schafft sie auf eine vorbildliche Art und Weise.

Was es zu ändern gibt, liegt für uns auch ganz klar und deutlich auf der Hand. Es gibt zwei Schlichtungskommissionen, eine für die privaten Krankenanstalten und eine für die KAGES, die beide sicher gute Arbeit leisten. Ich bin jedoch nicht damit zufrieden, dass die Schlichtungskommission der KAGES auch Rechtsträger enthält, weil ich glaube, dass es dem Gebot der Objektivität, dem eine solche Stelle unterliegt, widerspricht. Ich glaube, dass es notwendig ist, dass man hier die Schlichtungsstelle der KAGES auf dasselbe Niveau bringt wie die Schlichtungsstelle für die privaten Krankenanstalten und das bedeutet, diese Schlichtungsstelle rechts-trägerfrei zu gestalten. Das Zweite ist auch schon angesprochen worden, es ist natürlich wichtig, dass die Patientenombudsfrau, soll sie ihrer Aufgabe nachkommen können, verbindliche Informationen darüber bekommen muss, was ansteht, was die Tagesordnung ist und auch alle Möglichkeiten haben muss, die einem Sitz, einer echten Teilnahme entsprechen, nämlich dem Antragsrecht, der Akteneinsicht und der verbindlichen Einladung.

Ich möchte Ihnen deswegen unseren Entschließungsantrag noch einmal in Kürze vorstellen.

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die KAGES-Schlichtungsstelle rechtsträgerfrei zu besetzen und zweitens die Patienten-/Patientinnenvertretung in die Schlichtungsstelle aufzunehmen – Antragsrecht, Einladung zu Verhandlungen und Akteneinsicht. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 14.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bacher. Sie sind am Wort.

Abg. Bacher (14.11 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich auch einstimmen in die Lobesworte meiner Vorrednerinnen und Vorredner. Ich halte diesen Bericht auch für lesenswert und er berichtet natürlich auch über den Zeitraum 2001. Wie geht es einer Patientenvertretung bei uns in der Steiermark? Wir haben ja, glaube ich, 1993 diese Vertretung im Sinne der Patienten eingeführt. Es war letzten Endes auch die ÖVP-Fraktion, die gebeten hat, diesen Bericht ins Hohe Haus zu bringen, dass man ihn auch da diskutieren kann und heute diskutieren wir diesen Bericht. Ich mache nur aufmerksam, dass in den steirischen Spitälern, den Landesspitälern und insgesamt in den Privatspitälern und auch bei den niedergelassenen Ärzten weit über eine halbe Millionen Patienten jahraus, jahrein behandelt werden. Wenn man den Bericht ganz genau durchliest, dann sind es im Jahre 2001 800 neue Anträge, die bei der Patienten-anwaltschaft eingegangen sind. Daher muss man auch in dem Zusammenhang den im Krankenhaus und in den ärztlichen Einrichtungen tätigen Kräften ein herzliches Danke sagen dafür, wie sie mit den Patienten umgehen, wie sie zu den Patienten hingehen und ich glaube, dass das auch eine sehr positive Entwicklung ist.

Es ist interessant, dass mir in diesem Bericht drei Zahlen aufgefallen sind. Die eine ist, dass es in erster Linie natürlich um medizinische Probleme geht bei der Patienten-anwaltschaft, dass es im zweiten Bereich, der am meisten immer wieder gefragt wird, um Information und Aufklärung geht. Das heißt, der Patient kommt ins Krankenhaus und weiß manchmal gar nicht, was mit ihm geschieht, warum er eigentlich diese und jene Behandlung bekommt und dass an dritter Stelle, laut Auflistung der Frau Skledar, die Unhöflichkeit steht. Das heißt, Dinge, die man eigentlich sofort vor Ort bereinigen könnte. Wie gehe ich mit dem Patienten um und wie verhalte ich mich gegenüber Patienten, die bei uns in den Spitälern versorgt werden. Das ist der eine Bereich und ich glaube, dass wir in dieser Richtung durch mehr Information, durch mehr Aufklärung, auch von den Ärzten her, vieles erreichen könnten, ohne großen Aufwand und ohne großes zusätzliches Personal, sondern das sollte vor Ort passieren. Ich glaube, da ist die KAGES auch auf einem guten Weg, durch interne Veranstaltungen, durch internes Informieren, durch interne Qualitätssicherung diesen Kriterien gerecht zu werden und zu sagen, wir müssen einfach mehr mit unseren Patienten in den steirischen Spitälern reden und sie mehr aufklären.

Ich denke, Primarius Forenbacher wird einer Meinung mit mir sein, dass es natürlich manchmal für einen Patienten eh wirklich unbegreiflich ist, was passiert jetzt mit mir, wenn ich plötzlich eingeliefert werde und alle Schläuche und Apparate werden bei mir angehängt und ich möchte eine Information haben, bin möglicherweise auch beeinflusst durch Medienberichte, durch Zeitungsberichte, durch Gespräche vor Ort draußen und der Arzt hat keine Zeit für mich, mit mir zu reden, er steht natürlich auch unter Druck, weil unsere Krankenhäuser natürlich immer wieder auch zu wenig Personal teilweise haben und unter wahnsinnigem Stress leiden, aber trotzdem der Patient für sich beansprucht, dass der Arzt wenigstens ein paar Minuten sich Zeit nimmt und mit ihm redet. Und ich denke, dass es wie immer darum geht, wie gehe ich auf die Patienten zu, wie viel Zeit nehme ich mir mit ihm zu reden und aufzuklären, möglicherweise auch öfter, noch dazu, wenn die Altersstruktur auch in unseren Häusern immer höher wird.

Es hat möglicherweise jeder auch ein Erlebnis in dem Zusammenhang, wenn von ihm jemand ins Krankenhaus eingeliefert wird und man ruft dorthin an und möchte eine Auskunft haben, dann dauert es mitunter sehr lange, bis man jemanden findet, der einem auch sagen kann, was jetzt mit seiner Mutter, mit seinem Vater, mit seinem Kind, wem immer auch, passiert ist.

Daher glaube ich, dass da auch die KAGES, unsere Spitäler und vor allem auch im niedergelassenen Bereich die Ärzte sich selber mehr bemühen müssten mit dem Patienten mehr zu reden. Das ist der entscheidende Punkt, wie viel Zeit nehme ich mir, mit dem Patienten zu reden. Und die Sozialversicherung hat ja nicht zuletzt sogar eine Honorarnote eingeführt „Gespräch mit dem Patienten“. Es bedarf nämlich auch einer prophylaktischen und vor allem auch einer nachbetreuerischen Maßnahme, dass der Patient weiß, worum es geht und wie es zustande gekommen ist.

Der zweite Teil: Es ist heute schon angesprochen worden das Thema der Schlichtungskommission. Ich möchte das hier noch einmal vorführen. Ich glaube, unsere Meinungen sind nicht so weit auseinander. Wir wollen eine effiziente Patientenentschädigung im Sinne des Betroffenen, nämlich die rasch und unbürokratisch und möglichst viel an Abgeltung leisten kann, wenn der Patient betroffen ist.

Jetzt hat seinerzeit, und Gott sei Dank sage ich, die KAGES mit der Ärztekammer einen privatrechtlichen Vertrag vereinbart und hat gesagt, wir machen in der Steiermark eine Schlichtungsstelle, aber dann nicht nur für die steirischen Krankenanstalten, sondern auch für die Privatspitäler, für den niedergelassenen Bereich und auch für die Mund- und Zahnchirurgie und für die Zahnheilkunde. Ich glaube, dass das ein positiver Schritt war im Sinne der betroffenen Patienten, die durch irgendeinen Zusammenhang ein Missgeschick in einer ärztlichen Versorgung erlitten haben.

Diese Schlichtungskommission, diese Schlichtungsstelle hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob das effizient war. Aber sie haben sehr positiv im Sinne der Betroffenen gearbeitet. Es ist auch interessant, dass die Zahlen sogar ein bisschen rückläufig sind.

Wenn hier ausgeführt wird, dass diese Kommission natürlich auch finanziell etwas kostet, dann glaube ich das auch, weil das kostet an Aufwendungen, das kostet an Zeit, das kostet auch an Gutachten und dergleichen mehr.

In der Zwischenzeit hat die Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel auch eine sehr wichtige Maßnahme gesetzt, nämlich den Patientenentschädigungsfonds, der so quasi im Umlageverfahren sich selber das finanziert durch einen Beitrag. Dass es auch diese Entschädigungskommission gibt, ist ja bei uns im Landtag vor kurzem auch beschlossen worden. Sie gibt es übrigens seit 2001. Und die steht jetzt den Patienten zur Verfügung, unabhängig, ob ein Verschulden vorliegt oder nicht. Und es ist auch nach oben hin in der Summe limitiert, nämlich, glaube ich, mit 21.800 Euro.

Daher gibt es zwei Einrichtungen. Es gibt in Wahrheit auch eine dritte. Jeder kann unabhängig davon zum Gericht gehen und sagen, ich klage jetzt diese Einrichtung, diese Institution, die mir einen Fehler angetan hat beziehungsweise wo ein Fehler passiert ist.

Daher ist jetzt die Frage – und da haben wir sehr ausführlich und sehr lange darüber diskutiert –, sollte man diese zwei Stellen zusammenführen? Wo geht der Patient als Erstes hin? Wir wollen ja nicht, dass der Patient im Kreis rennt und nicht weiß, wo er mit seinem Problem hingehen sollte. Daher haben wir gesagt, in der letzten Sitzung auch, nachdem es Probleme gibt, dass ich hier einen privatwirtschaftlichen Vertrag habe und hier ein Gesetz und beides nicht kompatibel ist, dass man sagt, in erster Linie sollte der Patient zum Patientenentschädigungsfonds gehen und dort relativ rasch und unbürokratisch festgestellt werden, ob er aus diesem Topf, aus diesem Fonds eine finanzielle Abgeltung kriegen sollte oder nicht. Passiert das nicht, wird dieses Problem weitergereicht an die Schlichtungsstelle, wo mehr Maßnahmen und wo auch Folgeerkrankungen finanzierbar und möglich sind, daher ein längeres Verfahren voraussetzt und daher der Patient dann bei der Schlichtungsstelle quasi begutachtet und dort festgestellt wird, ob er nach diesem Fonds abgegolten wird. Und dann steht ihm immer noch der privat- und zivilrechtliche Weg offen.

Daher haben wir im Sommer vereinbart, dass wir gesagt haben, wir schauen uns das jetzt einmal an, was passiert, weil es die Schlichtungskommission bereits gibt, aber die Entschädigungskommission noch nicht, die muss inzwischen erst gegründet werden, und nach einigen Monaten wird man sehen, inwieweit die zusammenarbeiten und inwieweit es da Probleme und Troubles gibt.

Daher glaube ich, man sollte das mit einer gewissen Ruhe auch abwarten, wie sich das entwickelt. Ich gehe davon aus – und da ist von allen Seiten die Bereitschaft –, dass diese beiden Kommissionen auch sehr eng zusammenarbeiten. Natürlich kommt auch der Patientenanzwaltschaft eine große Aufgabe zu. Sie soll letzten Endes auch versuchen, diese Probleme auszugleichen, zu schauen, dass es hier möglichst wenig Reibungsverluste gibt in der Zusammenarbeit des betroffenen Patienten und der Schlichtungskommission. Daher glaube ich, dass diese Einrichtungen auch im Sinne des Patienten optimal genutzt werden.

Zum Entschließungsantrag der Grünen sage ich bitte, es steht nicht im Entschädigungsfonds drinnen, dass die Patientenanzwaltschaft verpflichtend in der Kommission sitzen muss. Ich bin der Meinung, wenn es ein privatwirtschaftlicher Vertrag ist, dann sollten sich die KAGES und die Ärztekammer das gemeinsam ausmachen. Einerseits hat ja bei der KAGES der Herr Landesrat ohnehin ein Durchgriffsrecht, indem er der KAGES sagt, bitte, setzen Sie die Frau Skledar dort hinein. Soweit ich informiert bin, geht das auch aus dem Bericht hervor, dass sie ohnehin mit dabei ist. Sie ist ohnehin mit dabei. Ich glaube, dass das auch so im Sinne des Patienten ist. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Dietrich.

Abg. Dietrich (14.22 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Für die meisten Menschen bedeutet die Überweisung oder Einlieferung in ein Krankenhaus einen Zustand der Ungewissheit, einen Zustand der Angst und einen Zustand der Hilflosigkeit. Und da ist es wichtig und das wurde in den letzten Jahren vermehrt betrieben, dass die Patienten aufgeklärt werden über die notwendigen Behandlungen, dass sich die Ärzte die Zeit nehmen mit ihnen zu sprechen und ihnen zu erklären, warum welche Behandlung gemacht werden muss und dass sie aber auch über ihre Rechte informiert werden.

Wir sind sehr froh, dass wir in der Steiermark eine Patientenvertretung haben. Die hat auch wichtige Kompetenzen: Beratung der Patienten, Entgegennahme von Beschwerden und Wahrnehmung von Missständen. In diesem Zusammenhang ist es ganz wichtig, dass diese Patientenombudsfrau weisungsfrei ist und dass sie die Möglichkeit hat, zu allen notwendigen Informationen zu kommen.

Herr Kollege Bacher hat schon angeführt, was so die Vorsprechungsgründe sind und er hat alle negativen Gründe herausgenommen. Mich hat es verwundert, 0,12 Prozent der Patienten sind gekommen, um Lob auszusprechen. Da sieht man, positive Erfahrungen sind selbstverständlich, wenn etwas nicht klappt, dann regt man sich auf. Es wäre auch erfreulich, wenn die Patienten einmal ein positives Echo an die Krankenanstalten, an die Ärzte weitergeben würden, weil ich glaube, auch das wäre wichtig für die zukünftige Arbeit.

Wenn man den Bericht so durchliest, sind mir einige Zahlen aufgefallen – zum Beispiel Daten über die Krankenhausinanspruchnahme. Der Herr Landesrat wird vielleicht dazu noch etwas sagen. Auf 100 Einwohner haben wir 1990 22,3 Fälle gehabt, 1999 28,1. Das heißt, wir haben eine stark steigende Tendenz. Anscheinend suchen die Einwohner immer öfter die Krankenhäuser auf. Ob das mit der Altersentwicklung zusammenhängt? Da werden wir sicher eine Auskunft bekommen.

Der zweite Punkt, der mir auch aufgefallen ist, nämlich wie viele Patienten auf einen Krankenhausangestellten kommen. Da sind wir in Österreich nahezu Spitzenreiter. Bei uns kommen auf einen Angestellten 20,9 Patienten, wir werden nur von Finnland übertroffen, die haben 21,5 Patienten, aber in der Schweiz und in den Niederlanden, da sind es nur 7,1 Patienten pro Krankenhausangestellten. Auch hier hätte ich gerne eine Information, ob die vielleicht ein anderes System haben bezüglich Verweildauer oder ob dort die Rehabilitation getrennt und ausgegliedert ist. Das würde mich interessieren.

Sicher ist, dass uns die demographische Entwicklung Probleme bereiten wird, dass die Kosten explodieren werden und dass mit einer Zunahme der demenziellen Erkrankungen zu rechnen ist. In Summe gesprochen glaube ich, dass der Bericht der Patientenombudsfrau ein sehr positiver ist, sie hat den Patienten in den letzten Jahren eine Stimme verliehen, sie ist das Sprachrohr der Patienten und im Sinne der Patienten wünsche ich Frau Mag. Skledar, dass sie kein Nationalratsmandat bekommt und ihrer Arbeit weiterhin so zufriedenstellend nachkommt. (Beifall bei der FPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zum Schluss erteile ich dem zuständigen politischen Referenten das Wort. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dörflinger (14.27 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Zuerst einmal einen herzlichen Dank für die Debattenbeiträge. Es ist für den zuständigen Referenten immer sehr angenehm, wenn es sehr viel Lob gibt und sehr viel Positives gesagt wird. Ich möchte auf die Fragen, die aufgeworfen sind, eingehen und ein paar Gedanken aus meiner Sicht dazugeben.

Der erste Punkt, der sehr konkret jetzt bei der Abstimmung nach dieser Diskussion eine Rolle spielen wird, der für mich durchaus nicht so eindeutig zu beantworten ist, ist der Antrag der Grünen Fraktion, rechtsträgerfreie Schlichtungsstelle. Vom Prinzip her etwas, wo ich durchaus ja sagen kann, was ich durchaus auch unterstützen kann, wenn man sozusagen die Praxis dort nicht kennt. Weil natürlich die Frage, dass ich auf der einen Seite ein Gremium habe, das darüber entscheidet, ob dort ein Fehler gemacht wurde oder nicht und dort sitzt der Vertreter stimmberechtigt drinnen, eine komische Optik entwickeln kann. Aber eines – und ich bitte Sie, das nicht als Antiamerikanismus dann gleich darzustellen – amerikanische Zustände hätte ich bei uns nicht gerne. Wenn Sie sich die Arbeit der Schlichtungsstelle anschauen, da sitzt kein böser Lobbyist der KAGES drinnen und sagt, bitte, nur nicht zahlen, nur nicht zahlen, sondern da sitzt einer drinnen, der durchaus die Topinformationen aus dem Unternehmen heraus von den Krankenhäusern hat und somit auch dazu beitragen kann, dass die Sachen ge-rechter, schneller und ordentlich abgewickelt werden. Weil eines – und das muss uns allen klar sein – ist auch das gestiegene Anspruchsverhalten der Patienten. Dort können wir nicht jedem, der glaubt, dass ihm etwas passiert ist, recht tun. Es gibt viele und ich sage das ganz offen, denen wirklich Schaden zugefügt wurde, es gibt viele, die echte Probleme gehabt haben, es gibt aber auch viele, die – ich würde nicht sagen Querulanten sind – aber glauben, es ist etwas passiert und in Wirklichkeit ist gar nichts geschehen. Man muss hier wahnsinnig aufpassen, dass man nicht das Pendel in die andere Richtung ausschlagen lässt, dass man nämlich sagt, vor ein paar Jahren hat der Patient überhaupt kein Recht gehabt und jetzt machen wir Amerika, dass ohne Videokamera keine Behandlung mehr durchgeführt wird, ohne Videokamera keine Geburt mehr durchgeführt wird, weil sich jeder Arzt zu Tode fürchten muss, wenn irgend eine Kleinigkeit passiert, dass ihn das sofort den Kopf kostet oder das Krankenhaus mit Millionenforderungen konfrontiert wird. Ich halte die Arbeit der Schlichtungsstelle – ich sage das wirklich dazu – für eine hervorragende. Sie machen das gut und ein wesentlicher Punkt ist auch, dass der Vertreter der KAGES, der ja mehr als 90 Prozent der Fälle sozusagen insgesamt, weil auch die Verteilung bei uns

so ist, zu behandeln hat, drinnen sitzt und dass man mit dem einfach normal reden kann. Ich glaube nicht, dass der als Lobbyist verhindert, dass jemandem eine ihm zustehende Sache vorenthalten wird. Deswegen bin ich der Meinung, es auch so zu belassen und es soll auch so drinnen sein.

Der zweite Punkt, Echo Lob. Ich glaube, dass es weniger ein Problem der Patienten ist. Ich meine, es ist logisch, dass ich nicht zur Patientenombudsfrau gehe und sage, danke, das war alles super bei mir. Aber ich würde Sie bitten, lesen Sie aufmerksam die Zeitungen und schauen Sie sich an, es kommt alle 14 Tage so ein kleiner Absatz, acht oder zehn Zeilen bei den Leserbriefen, wo drinnen steht: „Bei der Abteilung Chirurgie bedankt sich Herr Maier für das gute Service, bedankt sich Frau Huber in der Neurologie“ und so weiter. Nur, eine gute Geschichte ist es allemal nicht. Ich war selbst Journalist. Ich glaube, man muss auch fair sein, eine Zeitung, wo über drei Seiten drinnen steht, wie toll die Krankenhäuser gearbeitet haben, mag für die Krankenhäuser toll, für die Betroffenen auch super, für mich auch klasse, aber für den Zeitungsherausgeber nicht spannend sein, weil die Zeitung kauft keiner und die liest keiner. Ich glaube aber auch, dass man relativieren sollte, wenn einmal wirklich irgendwo ein Problem ist und dass man da auch nicht zu hysterisch überreagiert, sondern sich anschaut, was es wiegt, das hat es und das drüberbringt.

Ein sehr offenes Wort über die Frage Gespräche, Zeit. Ich bin der Frau Abgeordneten Dietrich sehr dankbar, dass sie die Zahl erwähnt hat. Auf einen Angestellten 20 Patienten! Meine Damen und Herren, mit Fug und Recht können wir sagen, dass die Personalausstattung in den Spitälern eine sehr, sehr gute ist. Deswegen tut es mir ein bisschen weh, wenn ich vorigen Sonntag dann lese, wie überarbeitet die Ärzte sind, wie wenig Zeit sie haben, wie furchtbar das alles ist. Ein ganz ehrliches Wort, meine Damen und Herren. Diese jetzt bestehende Arbeitszeitregelung ist eins zu eins die Übernahme dessen, was die Vertreter der Ärzte vor fünf oder sechs Jahren gefordert haben. Genau das, genau das haben die Ärzte gewollt, genau gegen das sind wir als Politiker aufgetreten, weil wir gesagt haben, Freunde, überlegt euch das, was das heißt. Ich stehe nicht an, das auch offen zu sagen, man kann niemanden 32 Stunden durcharbeiten lassen. Das geht nicht. Versuchen Sie das einmal! Man kann 32 Stunden nicht durcharbeiten! Wenn ich 32 Stunden nicht durcharbeite, kann ich auch nicht 32 Stunden so bezahlt werden, als ob ich arbeiten würde. Und dann einen Vorschlag zu machen, ich gehe dann nach zehn Stunden heim, wenn ich müde bin, bekomme aber 32 Stunden bezahlt, ist aus Vertretersicht der Ärzte durchaus legitim, aber ich würde jeden Politiker doch ein bisschen komisch anschauen, der sagt, das ist eine gute Forderung. Weil, Freunde, das wird nie funktionieren. Da müssen wir auch, wenn in zwei Monaten eine Wahl ansteht und man vielleicht hofft, ein paar Stimmen auf die richtige Seite zu bringen, den Leuten auch sagen, Freunde, das wird nicht gehen. Ich bin jederzeit dazu bereit, mit den Ärzten über neue Regelungen zu diskutieren, aber auf einer fairen Ebene. Das heißt, wenn sie im Spital sind und arbeiten, werden sie bezahlt und man kann sie dort nicht überfordern. Aber zu sagen, wir zahlen auch, wenn sie nicht dort sind, das wird nicht gehen.

Eines ist auch interessant – und Herr Primarius Forenbacher wird mir das bestätigen –, für mich ist es schon ein Warnsignal, dass gerade junge Ärzte, die hierarchiemäßig weiter unten stehen, ein Problem mit diesen Regelungen haben, während arrivierte Ärzte, die sozusagen auch in anderen Positionen sind, damit weniger Probleme haben. Das wird auch eine Aufgabe sein, die wir uns anschauen. Weil, was heißt das? Dass offensichtlich die Verteilung innerhalb der Ärzteschaft eine nicht sehr homogene ist oder eine nicht sehr gerade ist. Das wird eine Aufgabe sein, dass wir uns das anschauen.

Insgesamt sage ich nur dazu, jeder, der heute verspricht, wir werden in Zukunft viel mehr Ärzte haben, weckt Hoffnungen, die man nicht teilen kann. Worüber wir reden können, ist eine Frage, wie teilen wir die Dienste der Ärzte ein? Ist es bitte wirklich notwendig – und das war ja vor fünf Jahren die große Diskussion –, dass in jedem Fach rund um die Uhr der Facharzt anwesend sein muss oder gibt es nicht Bereiche, wo Rufbereitschaften ausreichen, wo man das anders organisieren kann? Gibt es nicht die Möglichkeit Raddienste, Schichtdienste einzuführen, wo man das besser aufteilen kann und dass wir vielleicht auch zustande bringen, dass die vorhandene Arbeit auf mehr Personen verteilt wird? Aber der Vorschlag, ich sage es ehrlich, da fährt bei mir die Eisenbahn drüber, für 32 Stunden bezahlt zu bekommen und zehn Stunden zu arbeiten, das wird im Jahre 2002, wo rundherum Leute um ihren Job bangen und Angst haben, dass sie hinausfliegen und keinen Job finden, kaum möglich sein.

Über die Dienstzeiten zu reden, über andere Formen zu reden, über andere Modelle zu reden, bitte, danke, jederzeit, gerne, machen wir immer.

Ich bedanke mich bei Renate Skledar, die mittlerweile da ist, für ihre Arbeit. Ich glaube, dass es toll ist, wenn alle Fraktionen eine gute Arbeit bestätigen. Ich glaube auch, dass diese Konzeption gut ist, wie wir sie mit der Patientenvertretung haben, dass nicht nur die konkreten Fälle bearbeitet werden, sondern dass wir aus den konkreten Fällen versuchen, Systemmängel herauszuschälen, zu sagen, schauen wir, dass wir irgendwas überhaupt umdrehen, anders machen, das wäre auch eine gute Sache und ich glaube, das funktioniert. Danke dafür.

Bitte auch um eines und das ist wie eine tibetanische Gebetsmühle, jedes Mal, wenn wir über die Patientenombudsschaft reden, dass wir die entsprechende personelle Ausstattung sicherstellen, weil es geht halt nicht an – und die Zahlen sprechen ja für sich –, wenn ich bei der Schlichtungsstelle 100, 200 Fälle habe, ein Fall bei der Schlichtungsstelle drei oder vier Stunden dauert, muss ich 100 mit drei oder vier multiplizieren, dann kann ich mir ausrechnen, wie viel Leute ich dazu brauche, dass sie dort sind, weil die ja vorher das sich auch anschauen müssen. Wenn er effektiv den Patienten vertritt, kann er nicht zur Schlichtungsstelle hingehen, sich hinsetzen, einen Akt mit 600 Seiten in die Hand gedrückt kriegen und dann dort irgendetwas Gescheites machen, sondern er muss sich einarbeiten, muss sich vorbereiten, muss das tun.

Der letzte Punkt und das ist, glaube ich, einer der Wesentlichsten und auch der Sinn von Politik, dass wir gemeinsam mit Vertretern der Fakultät, gemeinsam mit Vertretern der Ärzteschaft ganz einfach einen Schritt weitergekommen sind. Ich sage, nur einen Schritt weiter. Das ist dieses Gespräch zwischen Patienten und Arzt – eines der Hauptprobleme überhaupt. Was passiert mit mir? Was macht ihr mit mir? Wie geht ihr mit mir um?

Da darf man sich auch nicht wundern. Beim bisherigen Medizinstudium – und die Mediziner unter uns mögen mich kritisieren oder mich korrigieren, wenn es nicht stimmt – der erste Patient, der einem Medizinstudenten zurückredet, kommt ihm im siebenten oder achten Semester unter. Vorher hat er nur mit Patiententeilen zu tun oder mit sonst irgendetwas. Wie sollen die das lernen? Wie sollen die wissen, wie man das tut?

Da gehört das ganze Medizinstudium wirklich verändert, umgekrempelt, da gehört auch der direkte Kontakt hineingegeben, weil das sage ich schon dazu, dass der Arzt nur für die medizinische Versorgung zuständig ist und die Krankenschwester oder Psychologen oder alle anderen für den Menschen, der drinnen liegt, das wird es auch nicht spielen. Da müssen auch bitte die Ärzte ans Bett, da müssen auch die Ärzte entsprechend arbeiten und da müssen sie auch entsprechend ausgebildet werden.

Der erste Schritt dazu ist gemacht, vielleicht werden dem nächste folgen. Aber mit der neuen Ausbildung für die Mediziner, glaube ich, dass wir hier, zumindestens für die kommenden Generationen, eine Verbesserung geschaffen haben.

Danke an die Renate Skledar. Ich hoffe, dass wir noch viele so positive Berichte diskutieren können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich erteile Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek noch das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.38 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Zwei Bemerkungen zu den letzten Wortmeldungen.

Zuerst zum Abgeordneten Bacher. Mein Wunsch beziehungsweise meine Forderung war, der Patientenombudsfrau nichts anderes zu geben als Sitz und Stimme in einer der beiden Schlichtungsstellen.

Wenn Sie dann sagen, das sollen sie sich miteinander ausmachen, die KAGES, die Ärztekammer und die Patientenvertretung, denke ich mir, so viel Zurückhaltung wäre manchmal geboten, wenn es um hohe Jobs in der Verwaltung geht oder um die Besetzung eines Primariates. Es ist erstaunlich, wo Parteien glauben eingreifen zu müssen und es ist erstaunlich, wo Parteien glauben, das sollen sich die Leute, die Betroffenen halt irgendwie ausmachen.

Zum Zweiten: Herr Landesrat, wenn Sie sagen, dieser Ansatz, da sitzt einem ja niemand Böser gegenüber, ein Mitglied der KAGES ist Teil dieser Schlichtungsstelle, das kann man sich nur wünschen oder auf diese Idee kommt man, wenn man die Verhältnisse nicht kennt, möchte ich Sie hinweisen auf den Bericht, den wir hier gerade diskutiert haben, Seite 8. Auch hier stellt die Patientenombudsfrau selbst fest, dass aus Gründen der Objektivität und des Gleichgewichts der Chancen es nicht vertretbar ist, wenn der Schlichtungskommission Rechtsträgervertreter angehören, die bei Haftungsfragen betreffend die Institution, die sie selbst auf Grund ihrer dienstrechtlichen Position zu vertreten haben, stimmberechtigt sind, ein In-sich-Geschäft.

So viel dazu. (Beifall bei den Grünen. – 14.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Schlichtungsstelle, wird punktuell abgestimmt.

Die Damen und Herren, die dem Punkt eins dieses Entschließungsantrages, „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die KAGES-Schlichtungsstelle rechtsträgerfrei zu besetzen“, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Punkt zwei des Entschließungsantrages, „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die PatientInnenvertretung in die Schlichtungsstelle aufzunehmen – Antragsrecht, Einladung zu Verhandlungen, Akteneinsicht“, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

7. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 555/1, der Abgeordneten Wicher und Hammerl, betreffend Gesundheits-Armbanduhr für alte, kranke und behinderte Menschen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Günther Köberl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Köberl (14.41 Uhr): Danke. Frau Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 555/1, der Abgeordneten Wicher und Hammerl, betreffend Gesundheits-Armbanduhr für alte, kranke und behinderte Menschen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 6. November 2001 und 10. September 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Die Abgeordneten Wicher und Hammerl haben am 29. September 2001 einen Antrag, betreffend Gesundheits-Armbanduhr für alte, kranke und behinderte Menschen, eingebracht. Dieser Antrag wurde der Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt.

Die Fachabteilung 8B – Gesundheitswesen berichtet zu diesem Antrag wie folgt: Zusammenfassend geht es um technische Verbesserungen. Es geht auch darum – in einer Anmerkung des Roten Kreuzes – um die Häufigkeit von Fehlalarmen, die durch eine technische Verbesserung in Zukunft ausgeschaltet werden sollten.

Zusammenfassend wird gesagt, dass das Projekt sowohl aus Sicht des Gesundheitswesens wie auch der Altenbetreuung förderungswürdig ist. Beim derzeitigen Entwicklungsstand ist allerdings erst die Initiierung von Pilotstudien in Zusammenarbeit mit Betreuungs- und Rettungsdiensten zu empfehlen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zur Einl.-Zahl 555/1 der Abgeordneten Wicher und Hammerl, betreffend Gesundheits-Armbanduhr für alte, kranke und behinderte Menschen, wird zur Kenntnis genommen. (14.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke!

Als Erstes zu Wort gemeldet zu diesem Thema hat sich Frau Abgeordnete Wicher. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Wicher (14.43 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Im Mittelpunkt dieses unseres Antrages stand und steht das EU-weite Projekt SILC – Supporting Independently Living Citizens. Ich würde es frei übersetzen mit Unterstützung für selbstständig und selbstbestimmt lebende Bürger. Menschen werden immer älter und die Anzahl der Singlehaushalte – seien sie gewollt oder aufgezwungen, was es ja auch gibt – steigt ständig an. Ich denke, meine sehr geschätzten Damen und Herren, jeder von Ihnen – ich betone das ausdrücklich, jeder von Ihnen – möchte im Alter, bei Krankheit oder im Falle einer Behinderung möglichst lange in der gewohnten Umgebung, in den eigenen vier Wänden bleiben können.

Und das ist auch der Wunsch vieler unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen dieses Landes. Durch Inanspruchnahme Mobiler Hilfsdienste, verbunden mit der Anwendung dieser so genannten Gesundheits-Armbanduhr könnten diese Wünsche erfüllt und diese Ziele erreicht werden. Die zurzeit auf dem Markt befindlichen Notrufarmbänder funktionieren auf Knopfdruck und führen häufig zu Fehlalarmen, wobei ich sagen möchte, besser mehrere Fehlalarme als ein Alarm, der nicht ausgelöst wird, weil das kann dann wirklich für den Betroffenen fatale Folgen haben. Dank einer so genannten telemetrischen Überwachung kann die Alarmierung bei Eintritt einer kritischen Situation erfolgen. So sollen Puls, Körpertemperatur, EKG und in weiterer Entwicklung sogar der Blutzucker kontrolliert werden. Besonders interessant erscheint mir, dass es einen auf Beschleunigung ansprechenden Sensor – übrigens dieser Sensor ist eine Entwicklung unseres Joanneum Research, darauf möchte ich ganz besonders hinweisen – gelingen kann, Stürze und von der Norm abweichende oder fehlende Bewegungen erkennen. Um einen besonderen Anreiz zum ständigen Tragen zu bieten, sollen zusätzliche Funktionen eingebaut werden. Man höre, Mobiltelefon, Kalenderfunktion, Fernbedienung von Haushaltsgeräten oder Erinnerung zur Einnahme von Medikamenten. Sie werden mir jetzt sicherlich zustimmen, wenn ich behaupte, dass der Wunsch und der Traum von einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben und Wohnen auch im fortgeschrittenen Alter bei Krankheit oder einer Behinderung durch diese bahnbrechende Erfindung wahr werden könnte.

Ich bitte Sie im Hinblick darauf, den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend Initiierung von Pilotstudien zur Entwicklung der Gesundheits-Armbanduhr für alte, kranke und behinderte Menschen, zu unterstützen.

Zur kurzen Erläuterung:

Das EU-weite Projekt SILC zur Entwicklung, an dem Joanneum Research mitwirkt, wird den Prototyp eines Sensors für die Gesundheitsarmbanduhr bis Ende 2003 fertig stellen und validieren. Da beim derzeitigen Entwicklungsstand noch eine Reihe von Fehlalarmen ausgelöst werden, sollten Pilotstudien in Zusammenarbeit mit Betreuungs- und Rettungsdiensten initiiert werden, damit ein möglichst effizientes Funktionieren der Gesundheits-Armbanduhr gewährleistet werden kann. Diesbezügliche Pilotstudien sollten daher durch einen Beitrag des Landes gefördert werden.

Nur kurz eine Anmerkung: Die Fachabteilung 8B hat das auch ausdrücklich befürwortet in der Stellungnahme.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Pilotstudien zur Entwicklung der Gesundheits-Armbanduhr in Zusammenarbeit mit Betreuungs- und Rettungsdiensten zu initiieren und mit einem Beitrag des Landes zu fördern. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.49 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Initiierung und Förderung von Pilotstudien zur Entwicklung der Gesundheits-Armbanduhr für alte, kranke und behinderte Menschen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 554/2, zum Beschluss Nr. 389 des Steiermärkischen Landtages vom 20. November 2001 zum Antrag der Abgeordneten Purr, Dr. Forenbacher und Bacher, betreffend spezielle Verrechnungsbefugnis der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Graz mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Friedrich Kreisl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kreisl (14.50 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zufolge des Landtagsbeschlusses Nr. 389, Einl.-Zahl 554/1, wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse in Verhandlung zu treten um zu erwirken, dass die Steiermärkische Gebietskrankenkasse neuerlich mit der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Graz Verträge zur Verrechnungsbefugnis für mikrobiologische, serologische und klinisch-chemische Patientenproben schließt.

Zu diesem Landtagsbeschluss ist die Steiermärkische Gebietskrankenkasse angehört worden und hat der Geschäftsausschuss der Steiermärkischen Krankenversicherungsträger bekannt gegeben, dass dieser in seiner Sitzung vom 25. Februar 2002 beschlossen hat, vorerst einen befristeten Vertrag bis 2004 mit der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Graz entsprechend dem erbrachten Angebot von Dr. Berghold mit Wirksamkeit vom 1. April 2002 abzuschließen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 24. Juni 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 389 des Steiermärkischen Landtages vom 20. November 2001 zum Antrag der Abgeordneten Purr, Dr. Forenbacher und Bacher, betreffend spezielle Verrechnungsbefugnis der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Graz mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (14.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (14.52 Uhr): Vor rund zehn Monaten haben wir uns hier mit diesem Faktum beschäftigt. Die Situation war so, dass nach der Pensionierung des ehemaligen Leiters dieser Anstalt die Verrechnungsbefugnis mit der Gebietskrankenkasse ausgelaufen ist. Auf Grund der Tarifvorstellung des neuen Leiters konnte es zu keinem neuen Vertrag kommen. Es bestand also ein vertragsloser Zustand. Damit war zu einem gewissen Maß diesem Institut die finanzielle Basis entzogen, was zu möglichen Entlassungen geführt hätte und ein zweiter ganz essenzieller Grund war, dass dadurch auch die Qualität gefährdet war, weil die Routineuntersuchungen nicht mehr vorhanden waren.

Diese Untersuchungsanstalt hat aber auch wesentliche gesundheitspolitische Aufgaben zu erfüllen, sie ist unter anderem Referenzzentrum für Salmonellen, für Meningokokken und ist auch wesentlich in der Tuberkulosedagnostik beschäftigt.

Obwohl die Landesregierung, Herr Landesrat Dörflinger hat ja darauf hingewiesen, wenig Durchgriffsmöglichkeiten auf die Sozialversicherung hat, ist es dennoch wieder zu Gesprächen gekommen und es konnte schließlich ein Vertrag abgeschlossen werden, mit dem – und das haben mir beide Seiten vor wenigen Tagen versichert – beide Seiten gut leben können.

Ich möchte also diesen Antrag nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern ich möchte allen, die daran beteiligt waren, dass Gespräche wieder in Gang gekommen sind – ich denke da auch an den Kollegen Gennaro – und dass es zu einem positiven Abschluss gekommen ist, recht herzlich danken. Das trägt sicher auch zur guten gesundheitlichen Versorgung in unserem Bundesland bei. (Beifall bei der ÖVP. – 14.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 932/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Aufrechterhaltung des Gentechnik-Moratoriums.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (14.55 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Aufrechterhaltung des Gentechnik-Moratoriums.

Seit Mitte 1999 gibt es in der Europäischen Union ein Moratorium bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen, wonach alle Genehmigungen für das Züchten, den Anbau und das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen ausgesetzt werden, solange nicht klare Regelungen über Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit festgelegt wurden. Österreich hat sich diesem Moratorium angeschlossen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten mit der Aufforderung, sich mit aller Kraft für eine Verlängerung des Moratoriums bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU einzusetzen; zur Unterstützung der Aufrechterhaltung des Moratoriums bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen Studien in Auftrag zu geben, in welchen gesundheitliche, technische, rechtliche, wirtschaftliche und auch ökologische Fragen in diesem Zusammenhang zu klären sind und alle Möglichkeiten der Einrichtung gentechnikfreier Regionen in Österreich zu evaluieren sind sowie insbesondere im Bereich der Haftung bei unbeabsichtigter Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen die offenen Rechtsfragen bis Ende 2002 zu klären. Ich bitte um Annahme. (14.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Berichterstatterin Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (14.57 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Seit drei Jahren dürfen in der EU keine neuen gentechnisch veränderten Pflanzen zugelassen werden und das haben wir fünf Ländern zu verdanken. Es sind dies Frankreich, Italien, Griechenland, Dänemark und Luxemburg. Sie haben nämlich im Umweltministerrat in Luxemburg einen Zulassungsstopp bewirkt. Die Gründe, warum sie das gemacht haben, sind vielfältig. Es sind Sorgen bezüglich mangelnder Kennzeichnung. Es sind fehlende Bestimmungen bei der Rückverfolgung. Und es sind auch ungenügende Haftungsregelungen. Deshalb haben sie ihre Sperrminorität genutzt und Neuzulassungen blockiert.

In diesem Bereich hat sich für kurze Zeit die gentechnisch kritische Linie in der EU durchgesetzt. Aber der Druck seitens der EU, seitens der USA und der Kommission ist natürlich immer größer geworden. Jetzt schaut es so aus, dass mit In-Kraft-Treten der neuen EU-Freisetzungsrichtlinie der Zulassungsstopp aufgelassen wird.

Österreich hat sich im Mai für die Fortsetzung des Moratoriums eingesetzt und in Österreich ist auch ein enormer Widerstand gegen die Gentechnik vorhanden. Denken wir daran, 700 Bürgermeister haben unterschrieben und sie stehen dafür gerade, dass in ihren Gemeinden keine gentechnisch veränderten Pflanzen ausgesetzt oder gesät werden dürfen. Und drei Landtage, nämlich Salzburg, Burgenland und die Steiermark, haben sich auch für eine gentechnikfreie Zone ausgesprochen.

Ursprünglich belächelt von vielen hier im Landtag, wurde unser Antrag dennoch angenommen. Wie man sieht, war es nicht so unklug, sondern in weiser Voraussicht.

In Oberösterreich hat die zuständige Landesrätin eine Studie in Auftrag gegeben und hat damit hinterfragt, wie ist denn das mit gentechnikfreier Zone, ist das überhaupt möglich in einem Bundesland?

Und Dr. Werner Müller hat drei Szenarien durchgespielt. Erstens einmal hat er gesagt, Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ohne irgendwelche Richtlinien. Da ist er zu dem Schluss gekommen, dass das unheimliche wirtschaftliche Einbußen für sämtliche Biobetriebe auf Jahrzehnte hinaus bedeuten würde.

Das zweite Szenario, man könnte ja mittel- und kleinräumige Zonen schaffen, die gentechnikfrei sind und wie würde es sich da verhalten? Da hat er festgestellt, dass man mindestens eine vier Kilometer breite Pufferzone bräuchte, um eben die Auswirkungen durch den Pollenflug hintanzuhalten. Also das heißt, eine vier Kilometer breite Zone, um die gentechnikfreie Zone von der herkömmlich bewirtschafteten Landwirtschaft zu trennen, damit es keinerlei negative Auswirkungen gibt.

Die dritte Variante, die er sich angeschaut hat, das wäre ganz Österreich als gentechnikfreie Zone. Und hier sieht er riesige Chancen, riesige Marktchancen, weil wir wären die Ersten, die einen gentechnikfreien Markt hätten und die wirklich dann unsere Produkte glaubwürdig verkaufen und vermarkten könnten.

Man sieht auf Grund dieser Studie, ein Nebeneinander ist nur schwer, wenn nicht überhaupt gar nicht möglich.

Hört man die Stimmen aus dem Ausland – da habe ich mir eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Wickert in Hildesheim angeschaut. In Deutschland wurden 1031 Landwirte befragt, wie sie es denn gerne hätten, ob sie gentechnisch verändertes Saatgut anbauen würden. 72 Prozent lehnen das strikt ab. Sie sagen, sie wollen weder gentechnisch verändertes Futtermittel noch das Saatgut. Aber sie wollen auf jeden Fall Entschädigung, falls es durch Pollenflug zu Einkreuzungen kommt.

Und genau diese Entschädigungsforderungen gibt es schon in Kanada, wo kanadische Biobauern sich gegen die Konzerne Monsanto und Bayer bereits mittels Klagen durchsetzen wollen. Die sagen, wir wollen das nicht hinnehmen, dass wir Genrapeseinkreuzungen auf unseren Feldern haben.

Interessant ist auch die Studie eines schottischen Biologen, der behauptet, dass es bei Ratten, wenn sie gentechnisch verändertes Getreide bekommen, zu Wachstumsstörungen und auch zur Schädigung des Immunsystems kommen sollte. Witzigerweise und eigenartigerweise wurde dieser Biologe aus Aberdeen sofort suspendiert und sogar pensioniert, weil man gemeint hat, der ist ja nicht mehr ganz dicht, wenn er solche Thesen aufstellt. Es wurde dort auch am Institut verboten, weiter in diese Richtung zu forschen.

Aber eine Biologin aus Freiburg, Beatrix Tappeser, hat gemeinsam mit 23 Wissenschaftlern aus 19 Ländern festgestellt, dass der begründete Verdacht besteht, dass der Verzehr von transgenen Pflanzen bei Säugetieren erhebliche gesundheitliche Folgen hat.

Also es heißt, dass sehr wohl nachgewiesen wird, dass die gentechnisch veränderten Pflanzen nicht so ungefährlich sind, wie sie für viele, die ihr Geschäft damit wittern, erscheinen.

Meine geschätzten Damen und Herren, setzen wir alles daran, dass die gentechnikfreie Zone Steiermark und Österreich nicht nur ein leeres Schlagwort ist, sondern mit Leben erfüllt wird. (Beifall bei der FPÖ. – 15.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (15.04 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat!

Dieses Moratorium sagt, dass alle Genehmigungen für das Züchten, den Anbau und das In-Verkehr-Bringen von gentechnisch veränderten Organismen ausgesetzt wird, solange nicht klare Regelungen über Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit festgelegt wurden.

Wir haben im Ausschuss gesagt, es ist wichtig, dass dieses Stück heute in den Landtag kommt und dass wir heute im Landtag darüber sprechen können und dass wir es heute im Landtag beschließen.

Die ÖVP wollte eine Stellungnahme. Das wäre aber sehr schlecht gewesen, denn wichtig ist es, weil das Moratorium, betreffend Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen, bis Oktober 2002 befristet ist. Der 17. Oktober 2002 stellt nämlich die Frist für die Umsetzung der neuen Freisetzungsrichtlinie dar.

Es ist mir bewusst, dass eine Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums nur von den europäischen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden kann, aber Österreich muss alles in seiner Macht Stehende unternehmen, damit dem Wunsch der österreichischen Bevölkerung – und es waren immerhin 1,3 Millionen Österreicherinnen und Österreicher, die den Wunsch geäußert haben mit ihrer Unterschrift beim Gentechnikvolksbegehren – entsprochen wird. Natürlich freut es mich, dass die österreichische Bundesregierung bereits im Mai für eine Verlängerung dieses Moratoriums eingetreten ist, aber es bleibt jetzt zu hoffen, dass sich die noch im Amt befindliche Bundesregierung – sie ist ja noch im Amt – nicht auf Grund der Wahlkampfsituation von diesem Thema verabschiedet, sondern den Auftrag der österreichischen Bevölkerung mit aller Vehemenz in den entsprechenden Gremien der Europäischen Union vertritt. Es geht jedoch nicht nur darum, die österreichische Bundesregierung aufzufordern, es geht auch darum, die Spielräume, die dem Land Steiermark selbst offen stehen, entsprechend zu nützen.

Wir als Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass bereits im Jahre 1993 im Steiermärkischen Tierzuchtgesetz eine Bestimmung durchgesetzt worden ist, ein Paragraph, der besagt, dass gentechnische Eingriffe nicht zulässig sind. Wir als Sozialdemokraten werden auch weiterhin alle Spielräume nutzen, damit unserem Leitbild „biologische Landwirtschaft“ Rechnung getragen werden kann. Ich darf vielleicht noch daran erinnern, unser Leitbild „biologische Landwirtschaft in der Steiermark“ wurde abgelehnt. ÖVP und FPÖ wollten nicht, dass ein Leitbild geschaffen wird. Es freut mich, dass sie sehr wohl für die Verlängerung dieses Moratoriums sind und es freut mich auch, dass die FPÖ für eine gentechnikfreie Zone in der Steiermark ist. Nur, diesen Worten müssen Taten folgen! Es nützt nichts, wenn wir populistische Anträge schreiben und wenn es dann darum geht, diese in Gesetze zu fassen, wenn dann der Rückzug angetreten wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir nämlich wirklich wollen, dass die Steiermark eine gentechnikfreie Zone wird, dann müssen wir das im Naturschutzgesetz festschreiben, nämlich im Paragraphen 4, der das Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen in geschützten Gebieten ausnahmslos verbietet und außerhalb dieser geschützten Gebiete eine Bewilligungspflicht vorsieht. Liebe Kollegin Dietrich, es nützt uns nichts, wenn, wie schon gesagt, Sie hier sagen, wir wollen eine gentechnikfreie Zone und dann diesem Naturschutzgesetz, das eigentlich der einzige Weg ist, um diese gentechnikfreie Zone Steiermark zu schaffen, nicht zugestimmt wird. Wir Sozialdemokraten

haben ein Naturschutzgesetz, eine komplett neue Fassung, in dem wir dieses festschreiben wollen. Leider habt ihr über dieses Gesetz nicht einmal diskutiert, sondern es einfach abgelehnt. Viele Studien bestätigen, dass es nicht richtig ist zu behaupten, dass den Ländern keine Spielräume offen stehen. Es gibt eine Reihe von Experten, die diese Spielräume sehr wohl sehen und sehr wohl auch aufzeigen.

Die alte, aber auch die neue Freisetzungsrichtlinie der Europäischen Union muss erst in innerstaatliches Recht umgesetzt werden. Hier gibt es für den Bundes-, aber auch Landesgesetzgeber Handlungsspielräume, welche genutzt werden müssen. EU-Landwirtschaftskommissar Franz Fischler spricht immer von einer Wahlfreiheit hinsichtlich konventioneller und biologischer Landwirtschaft. Das Ziel einer biologischen Landwirtschaft kann nur dann erreicht werden, wenn die Böden nicht mit gentechnisch veränderten Organismen kontaminiert sind. Hier muss auch auf die sich in Vorbereitung befindende EG-ÖKO-Verordnung oder kurz die Bio-Verordnung hingewiesen werden, welche für die Mitgliedsstaaten unmittelbar wirksam sein wird und gegenüber der Freisetzungsrichtlinie als Maßnahme gleichen Rechtes anzusehen ist.

Es ist also falsch zu behaupten, dass die EU uns zwingt, gentechnisch veränderte Organismen freizusetzen. Es ist davon auszugehen, dass es zwischen der EG-ÖKO-Verordnung und der Freisetzungsrichtlinie Zielkonflikte gibt, welche erst vom Europäischen Gerichtshof endgültig zu klären sind.

Ich möchte zusammenfassend sagen, es muss trotz des Wahlkampfes die noch bestehende Bundesregierung mit allem Nachdruck für eine Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums bei den zuständigen EU-Stellen eintreten und daher ist dieser Beschluss, den wir heute fassen, sehr wichtig. Aber auch das Land Steiermark kann sich seiner Verantwortung nicht entziehen, all jene Bereiche, in denen rechtliche Möglichkeiten zur Schaffung von gentechnikfreien Zonen bestehen, auch tatsächlich in Angriff zu nehmen. Ich darf noch einmal daran erinnern, im Steiermärkischen Naturschutzgesetz, das sich zurzeit im Unterausschuss befindet und verhandelt wird, wäre es möglich, das Ziel, die Steiermark als eine gentechnikfreie Zone zu erklären, zu verwirklichen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (15.10 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat!

Zuerst einmal finde ich es schade, dass der fachlich zuständige Landesrat Pörtl nicht anwesend ist. Ich denke, einen ziemlichen Teil der Debatte betrifft einfach seine Ressortverantwortung, Punkt eins. (Abg. Majcen: „Dörflinger ist zuständig!“ – Landesrat Dörflinger: „Wofür ich heute schon alles zuständig bin. Ich nehme die Zuständigkeiten dann auch gerne, wenn ich sie brauche. Nur dann, wenn ich Personal brauche, bin ich nicht zuständig, wenn ich für die Krankenversicherungen verhandeln soll, bin ich schon zuständig. Jetzt bin ich für die Gentechnik zuständig. Kann man das festhalten, Herr Hofrat? Wenn sich das irgendwie mit der Rechtsauffassung deckt, nehme ich alles!“ – Abg. Majcen: „Du hast gesagt, du wärst glücklich!“ – Landesrat Dörflinger: „Glaubst du, dass du mich mit Zuständigkeiten glücklich machen kannst, ist das dein Problem?“ – Abg. Majcen: „Aber du hast gesagt, du wärest glücklich!“ – Landesrat Dörflinger: „Nein, ich nehme sie, habe ich gesagt!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, dass ich meine Redezeit mit Vergnügen dem Landesrat Dörflinger zur Verfügung gestellt habe, nachdem ich in diesem Landtag möglicherweise ein bisschen länger noch reden kann als er, nachdem wir wissen, dass Sie sich in eine andere Sphäre des Aktiveins zurückziehen werden. (Abg. Gennaro: „Tut's aufpassen, es sind schon andere gegangen worden!“)

Ich möchte jetzt wieder zurückkommen auf die Frage Gentechnik. Ich möchte anfangen mit einer internationalen Dimension, nämlich Forschungen im Bereich der Folgen, wenn man sehr breit die Landwirtschaft auf gentechnisch veränderte Pflanzen abstellt. (Abg. Gennaro: „Warum in die Ferne schweifen, denn das Gute ist so nah!“) Ja, ja, Herr Kollege Gennaro. Es gibt dazu in den USA und in Kanada Studien und für mich ist bei der Gentechnikdebatte inzwischen der Umwelt- und Konsumentenschutzbereich schon auch interessant, aber mich interessiert einfach die soziale und die arbeitsmarktpolitische Auswirkung. Diese Langzeitstudien in Ländern, die einfach gezwungenermaßen viel Gentechnikerfahrung haben, gehen einerseits in die Richtung, dass es massiv gerichtliche Auseinandersetzungen gibt, weil bei allem Bemühen um klare Gesetze es im Umgang mit einer Risikotechnologie, wie es die Gentechnologie ist, einen sehr großen Spielraum gibt. Und wenn man sich ansieht, wie viele gerichtliche Auseinandersetzungen über Patentschutz, über Haftung, Umwelthaftung beziehungsweise Risikoabschätzungen in dem anglophonen Bereich laufen, dann sieht man einfach, dass es nicht möglich ist, eine per se so riskante Technologie wie die Gentechnologie da wirklich in den Griff zu kriegen. Das ist der Punkt eins.

Der zweite Punkt ist, Ertragssteigerungen und somit auch Gewinne für die Landwirte und Landwirtinnen hat es über weite Strecken nachweislich nicht gegeben. Das Einzige und das ist jetzt die soziale Komponente, die zustande gekommen ist, dass Pharmafirmen und große Saatgutanbieter speziell im Bereich Herbizidresistenz und Pestizidresistenz es geschafft haben, ihre Marktmonopole zu stärken, kleine Anbieter vom Markt wegzupusten mit der Folge, dass die Landwirte und die Landwirtinnen einfach immer mehr einem monopolisierten Saatgutmarkt gegenüberstehen und immer mehr auch der Preisdiktatur dieses Marktes ausgeliefert sind. Das sind agrarpolitische Entwicklungen, die natürlich auch soziale und landwirtschaftspolitische Folgewirkungen haben, und zwar 100 Prozent zu Ungunsten der Landwirte und Landwirtinnen, für die, wie gesagt, unter Garantie finanziell nichts besser herauschaut als vorher mit traditionellem Saatgut und Pflanzen und auch zu Ungunsten der Konsumenten und Konsumentinnen. Monika Kaufmann beziehungsweise Waltraud Dietrich haben in die Richtung ja auch schon bereits argumentiert.

Zweite Ebene: Ich möchte mich anschließen, Monika Kaufmann, bei dem, was du gesagt hast. Dieses Gentechnikmoratorium werden natürlich die Grünen auch mit unterstützen. Ich finde es gut, wenn möglichst viele Initiativen in diese Richtung, internationaler Druck, im Landtag gestartet werden. Aber authentisch und nachvollziehbar und auch argumentierbar gegenüber den 1,2 Millionen Leuten, die das Gentechnikvolksbegehren im Jahr 1997 unterschrieben haben, werden der Steiermärkische Landtag und die Landespolitik erst, wenn wir in unserem eigenen Haus alle Spielräume ausreizen, die es in dem Bereich gibt.

Ein ganz konkreter Spielraum sind die Verhandlungen zum Naturschutzgesetz. Dieser Tage kann jede Fraktion im Haus an den ÖVP-Klub ihre Stellungnahme, ihre Positionierung zum Gesetz schicken. Und unter Garantie werden die Grünen da hineinschreiben, unbedingt den Paragraph beibehalten, der da sagt, laut Regierungsentwurf, das Aussetzen oder Aussäen gentechnisch veränderter Organismen in der Natur ist verboten.

Ich mache darauf aufmerksam, dass das ein Gesetzesvorschlag ist, den wir im Jahr 1997 eingebracht haben, der einige Jahre dann sozusagen in diversen Regierungsbüros zwischengelagert wurde und der im Februar 2001 von der steirischen Initiative „Natur statt Gentechnik“ Ernteverband, Hochschülerschaft und Greenpeace wieder eingebracht wurde.

Wir glauben, dass das eine sehr konkrete Möglichkeit ist, in der Steiermark aktiv zu werden und dieses Thema nicht nur auf der Ebene der Gemeinden und der EU zu diskutieren beziehungsweise des Bundes – Hauptverantwortliche sind einfach Haupt und Molterer, zumindest noch zwei Monate – zu diskutieren, sondern auch in der Steiermark da entsprechende Akzente für eine gentechnikfreie Steiermark zu setzen.

Ein letzter Punkt noch – das kann ich mir jetzt einfach nicht ersparen, auch wenn der Herr Landesrat Pörtl immer noch nicht anwesend ist –, gerade die Frage Gentechnik ist hoch interessant. Wenn es um attraktive Öffentlichkeitsarbeit geht, hat man Bilder von Persönlichkeiten aus der Regierung in allen Medien gesehen, die gesagt haben, wir unterstützen Teile des Gentechnikvolksbegehrens, wir sind gegen die Patentierung von Lebewesen.

Wie dann vor ein, eineinhalb Jahren auf einmal auf steirischen Feldern gentechnisch verunreinigtes Saatgut ausgebracht wurde, konkret Mais und der Herr Minister Haupt dann eine Rückholaktion starten hat müssen, wo über zig steirische Hektar man angefangen hat, das gerade ausgebrachte Saatgut wieder herauszuholen, zu dem Zeitpunkt hat es hohe Unklarheit gegeben, wer eigentlich im Land für den Bereich zuständig ist. Und da hat es ein wunderbares Doppelpassspiel gegeben, Pörtl sagte Dörflinger, Dörflinger sagte Pörtl. Der eine hat gesagt, du bist für den Konsumentenschutz zuständig, der andere hat gesagt, aber du für die Umwelt und für die Landwirtschaft.

Ich denke einfach, dass es tatsächlich so ist, dass bei Auseinandersetzungen mit dem Thema die Hauptverantwortung beim Landesrat Pörtl, aber sehr wohl fachspezifisch, wenn es um Elemente des Konsumentenschutzes geht, da auch Leute einbezogen werden sollten aus dem bisherigen Gesundheits- und Konsumentenschutzressort.

Ich möchte darauf aufmerksam machen – als allerletzter Punkt –, dieses Moratorium, das wir jetzt im Landtag gemeinsam annehmen, das hat nämlich draußen in der Bevölkerung eine sehr breite Unterstützung. Da waren Leute aus Teilen der katholischen und der evangelischen Kirche aktiv. Da waren Biobäuerinnen aktiv. Da war die Arbeiterkammer sehr aktiv. Und da waren auch Leute sehr aktiv, denen einfach ganz klassisch Umweltschutz ein Anliegen ist. Ich denke, dieser sehr breit gehaltenen Koalition sollte die Steiermark weiterhin unbedingt den Status einer gentechnikfreien Zone haben. Wir haben das im Frühjahr 1997 ja auch gemeinsam – glaube ich, damals alle Landtagsparteien – beschlossen.

Um das zu konkretisieren: Die erste Nagelprobe für diese große Ansage ist die Novelle zu diesem Naturschutzgesetz. Da, denke ich, dass die Art, wie die ÖVP und die Freiheitlichen sich da positionieren, einfach zeigen wird, wie ernsthaft sie die Steiermark tatsächlich als gentechnikfreie Zone haben wollen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 15.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 9 liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich komme daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 10 und 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 677/2, zum Beschluss Nr. 442 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Dr. Bleckmann, betreffend Paragraph 29 ASVG und folgende – Novellierung Zuerkennung der Ausgleichszulage von Amts wegen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (15.20 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Dr. Bleckmann, betreffend Zuerkennung der Ausgleichszulage von Amts wegen, liegt Ihnen vor.

Dieser Beschluss basiert auf dem Antrag der oben angeführten Abgeordneten, der wie folgt begründet wurde:

„Der Anspruch auf Ausgleichszulage zu Pensionen aus der Pensionsversicherung soll von Amts wegen erfolgen. Es ist daher anzustreben, dass diese Ausgleichszulage bei entsprechenden Pensionsbeiträgen von der pensionsausbezahlenden Stelle von Amts wegen veranlasst wird beziehungsweise hier automatisch ein entsprechendes Erhebungsverfahren eingeleitet wird.“

Zu diesem Antrag erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht:

Die gegenständliche Angelegenheit ist Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung. Die ressortzuständige Fachabteilung ist daher im Sinne des vorangeführten Antrages und Landtagsbeschlusses an die Österreichische Bundesregierung mit Schreiben vom 14. März dieses Jahres herangetreten.

In seinem Antwortschreiben teilt das Bundeskanzleramt Folgendes mit:

„In der Pensionsversicherung gilt das Antragsprinzip. Jede Leistung muss vom Versicherten beantragt werden. Auch wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, darf der Sozialversicherungsträger eine Pension, eine Ausgleichszulage, einen Zuschuss und Ähnliches nur dann zuerkennen, wenn sie vom Versicherten verlangt wurde.

Der Oberste Gerichtshof als höchste Instanz hat bereits in mehreren Entscheidungen aus grundsätzlicher Sicht zum Antragsprinzip Stellung genommen und dabei hingewiesen:

Die Sozialversicherungsträger haben Betreuungspflichten. Es muss daher durch entsprechende Informationen, Belehrungen und gezielte Auskünfte auf die Notwendigkeit einer Antragstellung hingewiesen werden.

Den Ausführungen, wonach die Antragstellung auf Ausgleichszulage zeitlich, aber auch finanziell sehr aufwendig sei, kann nicht gefolgt werden, da dazu lediglich eine formlose schriftliche Antragstellung beim zuständigen Pensionsversicherungsträger ausreicht.

Im Übrigen kann der Antrag bei jedem Sozialversicherungsträger sowie bei jeder Behörde der allgemeinen staatlichen Verwaltung, zum Beispiel Bezirkshauptmannschaft, oder einer Gemeinde eingebracht werden.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 24. Juni 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 442 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Lafer und Bleckmann wird zur Kenntnis genommen. (15.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 669/2, zum Beschluss Nr. 441 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Dietrich und Lafer, betreffend Bonus bei Sozialversicherungen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.24 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag betreffend Bonus bei Sozialversicherungen.

Dazu teilt das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen mit, dass bereits im Rahmen der 50. Novelle zum ASVG mit Wirksamkeit 1. Jänner 1992 die Gesundheitsförderung als Pflichtausgabe der sozialen Krankenversicherung verankert wurde.

Das Angebot an Präventionsmaßnahmen im österreichischen Sozialversicherungsrecht ist umfangreich und deckt praktisch alle Risikofaktoren ab. Die Forderung nach einem Sozialversicherungsbonus für Versicherte, die vermehrt Vorsorgemaßnahmen in Anspruch nehmen, wurde bereits des Öfteren gestellt, konnte bis jetzt aber noch nicht verwirklicht werden. Ein Grund dafür ist sicherlich der erhebliche administrative Aufwand.

Das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen wird jedoch den Vorschlag der Abgeordneten Dietrich und Lafer weiterhin in Evidenz halten und nach Möglichkeit bei sich bietender Gelegenheit in allfälligen Diskussionen über das Kapitel Gesundheitsvorsorge in Österreich einbringen. Ich stelle demzufolge den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 441 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Jänner 2002 über den Antrag der Abgeordneten Dietrich und Lafer, betreffend Bonus bei Sozialversicherungen, wird zur Kenntnis genommen. (15.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zu den beiden Tagesordnungspunkten 10 und 11 liegt mir keine Wortmeldung vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 677/2, Tagesordnungspunkt 10 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 669/2 zu Tagesordnungspunkt 11 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 676/1, der Abgeordneten Graf und Dr. Bleckmann, betreffend Betreuungseinrichtungen für Volksschüler.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte über den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag der Abgeordneten Graf, Dr. Bleckmann, betreffend Betreuungseinrichtung für Volksschüler, es ist dies die Einl.-Zahl 676/1.

Sie haben mit Sicherheit alle den sehr umfangreichen Bericht gelesen. Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 676/1, der Abgeordneten Graf und Dr. Bleckmann, betreffend Betreuungseinrichtung für Volksschüler, wird zur Kenntnis genommen. (15.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihr.

Abg. Graf (15.28 Uhr): Herr Präsident, werte Herren Landesräte, meine Damen und Herren!

Sie alle kennen, denke ich, den ursprünglichen Antrag, der sich mit diesem Kärntner Betreuungsmodell für Volksschüler beschäftigt hat. Dieses Betreuungsmodell bietet Möglichkeiten für Eltern. Es öffnet und bietet Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist ja das Ziel, Beruf und Familie zu vereinbaren. Ich denke doch, dass wir wissen, dass beim Kindergeld diese Möglichkeit geschaffen wurde. Mit dem Betreuungsgeld von 436 Euro wurde den jungen Müttern und Vätern der Freiraum gegeben und mit der Zuverdienstgrenze von 14.600, Euro oder 200.000 Schilling wird Ihnen auch die Möglichkeit gegeben Beruf und Familie zu vereinbaren. So denke ich, wäre es auch im Volksschulbereich ein Anliegen. Es gibt ja einige Betreuungseinrichtungen, wie beispielsweise Horte, diese gibt es aber nicht überall. Ich spreche auch davon, wir haben einmal in einem Antrag bei einer der letzten Sitzungen davon gesprochen, dass es oft Probleme gibt, wenn Volksschüler nur bis zwölf Uhr Schule haben und die Eltern aber zu einem späteren Zeitpunkt von der Arbeit kommen und die Kinder erst später abholen können und eben für diesen Zeitraum schwer eine Betreuungsmöglichkeit finden. Wir denken, hier wäre es sehr sinnvoll, diese Betreuungseinrichtung für Volksschüler zu ermöglichen.

Wir haben in dieser Stellungnahme mitgeteilt bekommen, dass im Paragraph 16 des Steiermärkischen Kinderbetreuungsgesetzes für alle Betreuungseinrichtungen das vorgesehene Personal taxativ aufgezählt ist und dass der Einsatz von arbeitslosen Lehrern, wie das eben in diesem Modell in Kärnten vorgesehen ist und auch der Einsatz von Arbeit suchenden Frauen, die dazu geeignet sind, möglich wäre. Das wäre für die Frauen auch im Hinblick auf die Möglichkeit einer Ausbildung als Tagesmutter zielfördernd. Ich denke, das wäre eine sehr gute Sache.

Wir stellen daher den Unselbstständigen Entschließungsantrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Paragraphen 16 des Steiermärkischen Kinderbetreuungsgesetzes dahin gehend zu ändern, dass auch Arbeit suchende Lehrkräfte aus dem Volksschul-, Hauptschul- und AHS-Bereich für die qualitative Lern- und Hausübungsbetreuung und geeignete Arbeit suchende Frauen für die sinnvolle Freizeitgestaltung von Schülern herangezogen werden können. Vorbild sollte der Kärntner gemeinnützige Verein BÜM sein.

Es gibt dann auch noch einen zweiten Entschließungsantrag von unserer Seite, der sich mit den schulautonomen Tagen beschäftigt. Es ist ja möglich, im Rahmen dieser schulautonomen Tage fünf Tage für schulfrei zu erklären und da gibt es auch oft Probleme für berufstätige Eltern. Wenn sie Kinder in verschiedenen Schulen haben und diese schulautonomen Tage von Schule zu Schule verschieden sind, dann können sie nicht gleichzeitig eine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder suchen, weil es eben fünf Tage in dieser Schule und andere fünf Tage in der anderen Schule sind und eine einheitliche Festlegung dieser Tage wurde ja abgelehnt.

Wenn man sich dann überlegt, ich könnte ja in dieser Zeit auf Urlaub fahren, gibt es eben auch die gleichen Probleme, wenn ich mehrere Kinder habe, wenn ich nur eines habe, ist das Problem vielleicht nicht so groß. Aber auch hier wäre es sehr schön, wenn es eine Lösung dafür gäbe und daher unser Entschließungsantrag.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Landesschulrat dafür zu sorgen, dass in Pflichtschulen während der schulautonomen Tage ein Notbetrieb installiert wird, um Familien bei Aufsichtsproblemen, die durch die schulautonomen Tage auftreten, zu entlasten.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie werden diesen beiden Anträgen zustimmen, da Sie sich ja wirklich mit den Problemen von vielen Familien beschäftigen und dass wir Ihnen bei diesen Problemen Hilfestellungen und Lösungen anbieten. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 15.32 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröpfil (15.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich sehe bei diesen Anträgen immer wieder den lustigen Zusammenhang zwischen dem, was an und für sich notwendig ist und auf der anderen Seite vergessen Sie immer wieder, dass gerade diese Bundesregierung im schulischen Bereich sehr viele Möglichkeiten nimmt. Mit der Kürzung der Kontingente kommen wir ohnedies schon nicht mehr rundherum und jetzt kommen Sie mit Forderungen wie bei den schulautonomen Tagen mit einem Notprogramm. Da frage ich mich schon, wer soll dieses Notprogramm machen, sollen das die Lehrer machen oder wie stellen Sie sich das vor in diesem Bereich? Ich kann Ihnen nur sagen, die Möglichkeit besteht ja, es gibt in den schulischen Bereichen im Zuge der Autonomie sehr, sehr viele Möglichkeiten, wo Eltern aktiv werden können, wo Elternvereine bestehen, wo man in Zusammenarbeit mit der Schule solche Modelle erstellen kann. Dort haben Sie keine Initiative in diesem Bereich, weil Sie Ihre Zeit mit der Bürgerwehr verschwenden, statt sie sinnvoll da hier einzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und die zweite Sache, Frau Graf. Ich darf Ihnen da noch etwas sagen. Das Wort Autonomie sagt alles, schulautonome Tage sind schulautonome zu gestalten in Zusammenarbeit mit den Eltern, die ja im Gremium vertreten sind, mit den Schülervertretern, dort, wo sie notwendig und bereit sind mitzutun und in Ansprache mit den Bezirksschulinspektoren. Ich glaube, das läuft ja sehr gut. Dass es da und dort immer wieder Probleme geben wird, dass manche Familien keine Betreuung für diese Zeit haben, das streite ich nicht ab. Aber dazu die schulautonomen Tage aufzugeben und zu sagen, ja, das muss jetzt alles geregelt werden oder gar, wie Sie da jetzt feststellen, ein Notprogramm, das irgendwer betreiben soll, wer weiß man nicht genau, die Lehrer können es nicht machen, weil sie in den Stundenkontingenten nicht drinnen sind, weil wir die nicht haben.

Also muss ich sagen, bitte, ergreifen Sie die Initiative in Richtung Eltern. Dort wäre das gewünscht, diese Zusammenarbeit mit den Schulen.

Und zum ersten Antrag, den Sie gebracht haben – Betreuungseinrichtung für Volksschüler, auch da muss ich sagen, das Modell in Kärnten dürfte ja dort oder da funktionieren, aber es wäre viel gescheiter, wenn wir noch mehr Geld in die Betreuung, überhaupt in Kinderhäuser stecken würden. Wenn wir das ausbauen, dann haben nämlich wirklich alle die Möglichkeit, ihre Kinder den ganzen Tag über zu betreuen und nicht nur die Volksschüler und nicht nur eine ganz bestimmte Gruppe.

Auch da muss ich sagen, können wir mit dem Antrag leider nicht mitgehen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Betreuungseinrichtung für Volksschüler, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend schulautonome Tage, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 616/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Prattes, betreffend Erhaltung der steirischen Wanderwege und Erstellung eines Steirischen Wanderwegekonzeptes.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (15.36 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Einl.-Zahl 616/1 der Abgeordneten Schrittwieser und Prattes, betreffend Erhaltung der steirischen Wanderwege und Erstellung eines Steirischen Wanderwegekonzeptes.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 4. Dezember 2001 und 10. September 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es liegt nun eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird berichtet, dass eine umfassende und umfangreiche Erhebung der gegenwärtigen Gegebenheiten auf dem Gebiet des Wanderwegewesens und der diesbezüglichen Beschilderungskonzepte durchgeführt wurde. Es wird weiters festgehalten, dass für die Steiermark – wie in anderen Bundesländern auch – ein einheitliches Wegeleitsystem, Qualitätsstandards und professionelle Planung und Umsetzungsschritte notwendig sind. Die Umsetzung des Konzeptes soll nach Möglichkeit durch Förderungen unterstützt und sichergestellt werden.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 616/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Prattes, betreffend Erhaltung der steirischen Wanderwege und Erstellung eines Steirischen Wanderwegekonzeptes, wird zur Kenntnis genommen. (15.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (15.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich hoffe, Sie haben alle einen schönen Sommer verbracht und auch die Möglichkeit gehabt und Gelegenheit genommen, in unserem schönen Bundesland zu wandern. Dort werden Sie festgestellt haben, dass wir nicht nur eine schöne Landschaft haben, dass wir auch ein sehr breit und weit gefächertes Wanderwegenetz haben, welches durch viele ehrenamtliche Menschen erhalten, gepflegt und betreut wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht zu Unrecht sagt die Steiermark-Werbung „die wanderbare Steiermark“. Es kommen viele Menschen aus dem In- und Ausland in die Steiermark, um hier zu wandern.

Ich meine, wenn wir schon mit diesen landschaftlichen Schönheiten – zu Recht, sage ich – prahlen, wenn wir eine Infrastruktur haben, die sehr weitläufig ist, dann heißt das aber auch, dass das Land die entsprechende Verpflichtung hat, dieses Wegenetz zu erhalten für die Menschen hier in der Steiermark und für unsere vielen Gäste.

Und ich meine, wenn man die Stellungnahme der Landesregierung hernimmt, hier möchte man sich sehr höflich und klass verabschieden, denn es ist nicht hinzunehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir einen Budgetansatz von 5000 Euro für ein derartig großes Wegenetz haben und wenn man darauf baut, dass alle touristischen Vereinigungen – die Erhaltung durchführen. Ich bedanke mich ausdrücklich namens meiner Fraktion bei allen Mitarbeitern, die sich das angelegen sein lassen. Es ist nicht hinzunehmen, dass man das abschiebt, dass man dann einfach sagt, 5000 Euro stellen wir bereit. Es wird dies zwar von uns durchaus nicht abgelehnt, ich finde es aber schon ein bisschen komisch, wenn man auf einmal Sponsoring hernimmt. Wenn ich mir vorstelle, dass bei jedem Baum irgendein anderes Firmenschild hängt, ist das nicht unbedingt schön. Wir reden ja auch alle miteinander sehr von Landschaftsschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus diesem kurz gefassten Einleitungsstatement leitet sich nunmehr der Unselbstständige Entschließungsantrag ab, den ich namens unserer Fraktion einbringen darf. In einem von den Abgeordneten Prattes und Schrittwieser eingebrachten Antrag lautet der Beschlusstext:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam und im Einvernehmen mit den alpinen Vereinen Steiermarks den vorliegenden Entwurf eines Steirischen Wanderwegekonzeptes zu überarbeiten und raschest fertig zu stellen.“

Dieser Stellungnahme ist zu entnehmen, dass das Land Steiermark die Einrichtung einer Koordinations- und Lenkungsstelle für den Zeitraum von 2002 bis 2004 mit einem jährlichen Förderungsbeitrag von 5000 Euro unterstützt.

Dies ist für eine kontinuierliche, qualitativ hochwertige Umsetzung und Weiterentwicklung eines Wanderwegekonzeptes völlig unzureichend. Eine höhere, dem wirklichen Bedarf angepasste und dauerhafte Förderung der Entwicklung dieser für die Steiermark wichtigen Tourismussparte ist dringend erforderlich.

Auch das kann im Interesse der touristischen Entwicklung und im Interesse der Sicherheit der Wanderer, unserer Gäste in der Steiermark, so nicht akzeptiert werden. Gut erhaltene, gut ausgebaute und gut gesicherte Wanderwege sind eine Grundvoraussetzung für den Tourismus in ländlichen Regionen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Koordinations- und Lenkungsstelle mit einem Betrag, der eine optimale Umsetzung und Betreuung des Wanderwegekonzeptes auf Dauer und nicht nur befristet ermöglicht, zu fördern sowie zweitens den für die Erhaltung, den Ausbau und die Betreuung der Wanderwege zuständigen Organisationen Förderungsmittel in jener Höhe zur Verfügung zu stellen, die einen sicheren und attraktiven Zustand der Wanderwege auf Dauer gewährleisten. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der SPÖ. – 15.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 13 liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Erhaltung der steirischen Wanderwege und Erstellung eines steirischen Wanderwegekonzeptes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest. (Abg. Majcen: „Mehrheitlich kann nicht stimmen!“)

Herr Abgeordneter Majcen, wenn Sie das Wort wünschen, darf ich Sie ans Rednerpult bitten.

Abg. Majcen (15.44 Uhr): Es ist ganz eindeutig, dass bei dieser Abstimmung nicht die mehrheitliche Annahme gegeben war und ich bitte – und ich habe sofort aufgezeigt – um Nachzählung der Stimmen. Danke! (15.44 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Bei der Abstimmung des Entschließungsantrages haben die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Fraktion, der Grünen Fraktion und der Freiheitlichen Fraktion ihre Hand gehoben. Infolgedessen ist der Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen. (Beifall bei der SPÖ.)

14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 946/1, betreffend Wirtschaftsbericht 2001.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (15.45 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich komme zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Wirtschaftsbericht 2001, Einl.-Zahl 946/1.

Gemäß dem Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz 2001 Paragraf 9 Absatz 5 ist jährlich vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung der Steirische Wirtschaftsbericht zu erstellen. Dieser ist bis spätestens 30. April des jeweiligen Folgejahres dem Beirat zur Begutachtung vorzulegen. Nach Begutachtung durch den Beirat ist der Bericht mit der Empfehlung des Beirates vom zuständigen Mitglied der Landesregierung der Landesregierung vorzulegen und von dieser dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

In der Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates vom 8. Mai 2002 wurde dieser Wirtschaftsbericht für das Jahr 2001 vom Beirat positiv begutachtet.

Der Wirtschaftsbericht 2001 gewährt einen umfassenden Einblick in die drei Bereiche „Wirtschaft und Beschäftigung“, „Wirtschaftsförderung“ und „Wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzungen in der Steiermark“.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge des Beschlusses vom 10. Juni 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Wirtschaftsbericht 2001 wird zur Kenntnis genommen. (15.46 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (15.47 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Was würden Sie über eine Ärztin sagen, die feststellt, dass Sie ein Magengeschwür haben, Ihnen aber sagt, „alles in Ordnung, für Ihr Alter sind Sie erstaunlich gut beinander“. (Abg. Majcen: „Kommt darauf an!“)

Was würden Sie über einen Lehrer sagen, der feststellt, dass Ihr Kind enorme Defizite in manchen Bereichen hat und das Klassenziel sicher nicht erreichen wird und der Ihnen sagt: „Alles in Ordnung, funktioniert hervorragend, das Kind ist auf dem besten Weg!“ Ist das verantwortungsbewusst?

Wir kennen die Aussage von Finanz- und Wirtschaftslandesrat Paierl, dass es sein Ziel ist, dass die Steiermark zu den 25 besten Regionen beziehungsweise Standorten europaweit gehören soll. Wir kennen auch die Aussage beziehungsweise die Feststellung der deutschen Wirtschaftswoche, dass das Ranking der europäischen Regionen die Steiermark an einem ganz schlechten Platz ausweist, und zwar am schlechtesten Platz der österreichischen Regionen. Wenn wir das Ranking anschauen, auf das sich der Herr Landesrat gerne bezieht, befinden wir uns dort derzeit nicht auf Platz 25, sondern auf Platz 53 oder 54. Wenn man noch einmal genauer hinschaut, sieht man, dass es natürlich gewisse Kriterien gibt, nach denen so eine Einschätzung vorgenommen wird und dass das Kriterium der Erreichbarkeit, das Kriterium der Verkehrsinfrastruktur das ist, das uns wirklich enorm hinunterreißt. Dort sind wir die negativen Ausreißer, dort sind wir auf Platz 179. (Abg. Majcen: „Da müssen wir etwas bauen, nicht verhindern!“) Ja, Herr Kollege Majcen, da müssen wir etwas bauen. Sagen Sie das bitte auch dem Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schöggl, sagen Sie das auch Ihrer Landeshauptfrau, die das mitnehmen soll in die Landeshauptleutekonferenz, die das mitnehmen soll in die Verhandlung mit den Herren und Damen der ÖVP auf Bundesebene. (Abg. Majcen: „Immer sagen bauen und alles verhindern!“) Die Selbstbeweihräucherung der ÖVP, die Selbstbeweihräucherung des Wirtschaftslandesrates ist nicht nur unnötig, sie ist auch voll und ganz unangebracht, wenn man den Blick dorthin wirft.

Herr Landeshauptfraustellvertreter Voves hat, wie ich gehört habe, heute zu Mittag ein Pressegespräch gemacht. Ich hoffe, dass er uns die Freude macht, auch hier einmal zu einer Frage Stellung zu nehmen, auch hier einmal politisch Position zu beziehen und möchte bei dieser Gelegenheit auch sagen, ich empfinde es wirklich kontraproduktiv, zur selben Zeit, wo eine Landtagssitzung stattfindet, ein Pressegespräch abzuhalten. Das zieht die Aufmerksamkeit ab, das zieht die Abgeordneten ab, das zieht die Medien ab, das war wirklich nicht notwendig. Ich würde mir in Hinkunft das anders wünschen und vor allem möchte ich gerne heute einmal hier herinnen von Ihnen hören, was Sie der Presse zu sagen hatten, und das nicht morgen in der Zeitung lesen. (Beifall bei den Grünen.)

Zurück zum Herrn Wirtschaftslandesrat, um den es ja auch sehr wesentlich geht, um die Einschätzung seiner Arbeit, um die Bewertung seiner Arbeit, wenn wir über einen Wirtschaftsbericht reden. Wie hat er reagiert darauf, dass es geheißen hat, die Steiermark steht gar nicht so gut da? Wie hat er reagiert darauf, dass ein steirischer Landespolitiker gesagt hat, das ist überhaupt nicht wahr, dass die Steiermark das Wirtschaftswunderland ist? Er hat von „Vernadern“ gesprochen, er hat von „Kreditschädigung“ gesprochen. Jetzt ist es aber nicht so, dass der Herr Landesrat Paierl Chef ist oder Teil einer Chefetage in einem Produktionsbetrieb, wo man entschei-

det, welches Inserat man in den „Kulmblick“ oder in die „Kleine Zeitung“ gibt, was da drauf steht, sondern er ist Wirtschaftspolitiker. Und er ist nicht nur irgendein Wirtschaftspolitiker, er ist Wirtschaftslandesrat. (Abg. Majcen: „Ein sehr guter!“) Ich denke, dass er als Wirtschaftslandesrat es nicht nur aushalten muss, dass öffentlich darüber diskutiert wird, wo es in der Steiermark hingehen soll in der Wirtschaftspolitik, was unsere Ziele sind und was wir alle glauben, dass die geeigneten Maßnahmen sind und was wir alle glauben hier herinnen, was zu tun ist. Das muss er sogar herbeiführen, meine Damen und Herren. Das ist nämlich der Unterschied von der Chefetage einer kleinen Privatfirma zum Wirtschaftslandesrat. (Abg. Bittmann: „Sie haben eine Ahnung!“) Das ist auch ein Grundproblem, das sich in diesem Wirtschaftsbericht des Jahres 2001 spiegelt. Ich vermisse ganz eindeutig, dass dort Ziele definiert sind, dass Ziele ausgewiesen sind. Wenn Sie sich anschauen, was genannt wird, im Bezug auf die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung in der Steiermark bei Punkt vier heißt es „Europäischer Top-25-Standort zu werden, um den Erfolg der steirischen Wirtschaft zu quantifizieren“, dann muss ich Sie natürlich fragen: Und wie bitte? Darüber gibt der Wirtschaftsbericht keine Auskunft. Darüber soll auch offensichtlich überhaupt nicht diskutiert werden. Einen Nachteil gibt es noch dazu, wenn man so agiert. Man ist natürlich in seinen Handlungen nicht bewertbar. Für uns, die wir hier sitzen, ist nicht nachvollziehbar, welche Ziele angestrebt werden und schon gar nicht ist nachvollziehbar, mit welchen Mitteln, mit welchen Maßnahmen diese Ziele erreicht werden sollen. Dadurch können wir auch nicht einschätzen, wie erfolgreich unser Wirtschaftsressort die Wirtschaftspolitik dieses Landes betreibt. Das ist sicher nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. Denn ich denke, eine gute Nachbetrachtung würde uns auch zeigen, haben Investitionen, die Firmen zum Beispiel im Jahre 1995 bekommen haben, die Wirtschaftslage verändert? Haben sie die Wirtschaftslage dieser Firma verändert und wie? Haben sie etwas gebracht oder nicht? Darauf verzichten wir, wenn darüber nicht gesprochen werden darf und wenn das im Wirtschaftsbericht nicht ausgewiesen wird, meine Damen und Herren!

Welchen Effekt hat es gehabt, wenn ein Magna-Werk großartig gefördert worden ist und andere überhaupt nicht? Darüber muss man doch bitte laut nachdenken dürfen und dafür braucht man auch Daten und darüber muss man offen reden dürfen. Ich glaube, dass das unsere Verpflichtung ist und ich glaube, dass wir das deswegen auch von der Regierung einfordern müssen.

Ein kurzer Word-Rap darüber, wo wir uns befinden. Die Steiermark ist nicht eine Insel der Seligen oder Unseligen, auf jeden Fall in wirtschaftlicher Hinsicht nicht alleine auf der Welt. Sie haben am Ende des Sommers sicher davon gelesen, dass die EU eine klare Rüge ausgesprochen hat über die österreichische schwarz-blaue Beschäftigungspolitik. Österreich hat keine zusätzlichen Maßnahmen getroffen, die Beschäftigungsraten zu steigern. Es gab Kritik am Kindergeld, weil es Anreize bieten konnte (Unverständlicher Zwischenruf.) – darüber rede ich noch, Herr Kollege Kasic, kein Problem, ich rede gerne darüber – für Frauen auf Beschäftigung zu verzichten.

Der EU-Bericht hat natürlich auch kritisiert, dass die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern nicht verringert wurden. Ich darf Ihnen mitteilen, die ganz neuen statistischen Berichte der Steiermärkischen Landesregierung weisen wiederum ein Auseinandergehen der Schere um 2 Prozent auf. Die EU hat moniert, dass Österreich über eine der niedrigsten Beschäftigungsraten bei Menschen über 55 verfügt. Die EU hat festgestellt, dass in Österreich eine Gesamtstrategie in der Beschäftigungspolitik fehlt, als Grundübel.

Auch in der Armutsbekämpfung schaut es ganz schlecht aus. Und in Wirklichkeit schaut es dort noch schlechter aus als in der Beschäftigungspolitik. Brüssel stellt fest – und das ist nicht egal, denn dort werden die verschiedenen Länder mit ihren Strategien angeschaut und verglichen –, dass Österreich nicht einmal Instrumente vorweisen kann, mit denen es eine Armutsbekämpfung glaubhaft in Angriff nehmen könnte.

Es gibt große Mängel bei der Verankerung des Zieles „lebenslangen Lernens“. Das ist fatal, meine Damen und Herren. Wir alle wissen, dass Bildung nicht zu Ende ist, wenn man einen Schulabschluss oder einen Lehrabschluss hinter sich hat. Und die Situation sei – aus der Sicht von Brüssel – auch dadurch gekennzeichnet, dass diese schwarz-blaue Regierung das und die Diagnose überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, sich den Bericht des Sozialministers Haupt zur Armutsbekämpfung angeschaut haben, dann werden Sie gesehen haben, dass das ein wilder und ungeordneter Cocktail war von Dingen, von Maßnahmen, die schon längst existieren, die in keinen Zusammenhang gesetzt worden sind, wo überhaupt nicht ausgewiesen ist, was genau die Zielsetzung ist und wie man diese Ziele erreichen will.

Und Sie alle oder viele von Ihnen werden vermutlich Caritas-Präsident Küberl gehört haben am Sonntagvormittag in der Pressestunde, der davon gesprochen hat, dass in unserer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit so ansteigt, es eine bessere Absicherung braucht. Und ich sage Ihnen, das ist das Modell der Grünen – Grundsicherung. Er hat genau diese 360 Euro genannt, die unser Modell der Grünen „Grundsicherung“ enthält. Für ihn ist es klar, dass es ein Mindesteinkommen braucht, für uns auch.

Wir alle wissen, dass durch die Mc Jobs es zwar einen hohen Beschäftigungsstand in Österreich und in der Steiermark gibt. Minister Bartenstein sagt immer, wir haben den höchsten Beschäftigungsstand. Ja, super, aber wir haben auch die höchste Arbeitslosigkeit. Und worauf ist dieser höchste Beschäftigungsstand zurückzuführen? Auf die Mc Jobs, auf die Tatsache, dass es immer mehr freie DienstnehmerInnen gibt, immer mehr geringfügig Beschäftigte, immer mehr Teilzeitbeschäftigte und LeiharbeiterInnen. Und wozu führt das? Dazu, dass die Absicherung der einzelnen Personen nicht mehr gegeben ist und dass sie sich auch nicht mehr dadurch erhalten können, dass sie ein oder zwei solche Jobs annehmen. Und besonders viele Frauen sind davon betroffen. (Abg. Wiedner: „Es ist furchtbar, wenn man zwei Jobs hat!“) Der Herr Kollege Wiedner sagt, es ist furchtbar, wenn einer zwei Jobs hat. Herr Kollege Wiedner, wenn Sie zwei oder drei Jobs annehmen müssen, um Ihren Lebensunterhalt zu verdienen und diese Jobs nicht am selben Ort sind und Sie vielleicht auch noch Be-

treuungspflichten haben, dann möchte ich mir einmal anschauen, wie Sie das machen, erstens. Und zweitens fasse ich das als Respektlosigkeit gegenüber den Personen auf, die sich in dieser Lebenslage befinden. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zur Steiermark. Die Struktur der steirischen Wirtschaft ist – und das ist uns allen klar – nicht auf einer so breiten Basis situiert, wie zum Beispiel das in Salzburg, Oberösterreich oder Wien der Fall ist. Wir haben es mit einer Zuspitzung im Bereich des Automobilclusters zu tun, der viele Arbeitsplätze bringt, aber zur gleichen Zeit auch eine große Abhängigkeit von diesem Wirtschaftszweig bedeutet und auch Krisenanfälligkeit.

Und was, das frage ich jetzt den Herrn Wirtschaftslandesrat, wird dagegen getan, dass es diese Zuspitzung gibt, die uns ja nicht sehr viel Sicherheit bietet und die eine große Krisenanfälligkeit bewirkt? (Abg. Bittmann: „Sie haben keine Ahnung!“)

Die Sachgüterproduktion ist anteilmäßig in der Steiermark – (Abg. Bittmann: „Sie haben keine Ahnung. Das ist in keinster Weise richtig!“)

Ich würde vorschlagen, Herr Kollege, Sie melden sich nach mir zu Wort, okay.

Die Sachgüterproduktion in der Steiermark ist anteilmäßig über dem Durchschnitt. (Abg. Bittmann: „So ein Blödsinn!“) Dass man den Anteil der Dienstleistungen erhöhen muss, ist nicht nur Tatbestand in der Steiermark, sondern ist EU-Trend. Wir könnten in dieser und auch in anderer Hinsicht einen geografischen Vorteil durch die Nachbarschaft zu den Reformländern lukrieren, wenn wir, und ich bin wieder bei derselben Stelle angelangt, von der Infrastruktur, von der Verkehrsinfrastruktur her in der Lage wären. (Abg. Bittmann: „Keine Ahnung!“)

Meine Damen und Herren, es gibt eine Dynamik an Beschlüssen und an Entscheidungen, die fallen oder nicht fallen, im Infrastrukturbereich. Gute Entscheidungen oder schlechte Entscheidungen, sie entfalten ihre Wirkung. (Abg. Majcen: „Nicht immer verhindern!“)

Und wenn heute die Länder rund um uns in den Ausbau der Bahn investieren, dann entfaltet das seine Wirkung, dann entscheiden sich Firmen, dorthin zu gehen. Und die wissen genau, dass Österreich und die Steiermark nicht innerhalb eines halben Jahres diese Infrastruktur hinstellen kann.

Das ist eine Verantwortung, die sehr nachhaltig ist, meine Damen und Herren, machen Sie sich das bitte bewusst.

Dritte Frage: Der Wirtschaftsbericht weist eine geringe Innovationsintensität aus und stellt fest – und ich zitiere – „Aufholendenzen sind kaum beobachtbar“. Herr Wirtschaftslandesrat, was wird dagegen getan? Ich kann das aus diesem Bericht nicht entnehmen.

Viertes Thema – Gender Mainstreaming: Ich habe bereits gesagt, die Einkommensschere, Männer-Frauen-Einkommen, geht weiter auseinander. Was sind die Maßnahmen der Frauenbeschäftigung? Dieses kleine Abschnittchen, das da dem Gender Mainstreaming gewidmet ist im Wirtschaftsbericht, ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben ist. Da steht gar nichts drinnen. Ich erwarte mir hier Aussagen von Ihnen, wie man die Beschäftigung von Frauen so unterstützen kann, dass sie auch davon leben können und Karrierechancen vorfinden.

Und zum Abschluss: Ich denke, wohl alle hier in diesem Raum werden sich freuen, dass Grün und Rot in Deutschland gewonnen haben, wenn ich Ihnen Folgendes sage:

Auf Grund der Neuorientierung der Energiepolitik und der Einführung der Ökosteuern in Deutschland ist es zu einem außerordentlichen Wachstum gekommen im Bereich der Biomasseheizungen, zu großer Nachfrage.

Der Großteil dieser Anlagen wird aus Österreich geliefert und hier im Speziellen aus der Steiermark. Das große Investment der grün-roten Regierung in Deutschland in Richtung öffentlicher Verkehr, in Richtung Bahn hat bewirkt, dass VOEST-Alpine und SGP mit Aufträgen wirklich ganz zufrieden und gut und satt dastehen. Das sind Arbeitsplätze in der Steiermark. Ich bin mir sicher, Sie freuen sich mit mir. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 16.02 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (16.02 Uhr): Ich habe nicht verschlafen, aber ich habe es nicht verstanden, anscheinend, weil das, was vorher an massiven Vorwürfen gekommen ist, nicht unbedingt das gesamte Stimmungsbild der steirischen Wirtschaft widerspiegelt.

Frau Klubobfrau, können Sie es verantworten, dass man alles negativ darstellen muss, und ein einseitiges Ranking jetzt alles bestimmt, was an positiven Dingen in der Steiermark sonst noch so passiert? Wäre es nicht manchmal besser, wir würden gemeinsam Maßnahmen setzen und nicht nur dagegen wettern und nicht nur dagegen reden?

Es ist ein Vergangenheitsbericht, dieser Wirtschaftsbericht. Wir setzen seit Jahren Akzente und ich habe für meinen Teil hier den Bereich der „Frau in der Wirtschaft“ herausgegriffen. Auch Sie werden sicherlich gesehen haben, dass die Frauenbeteiligung am Arbeitsmarkt sehr wohl im Steigen begriffen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Dies sowohl bei Sachgüterproduktionen, aber natürlich vor allem jetzt im Bereich des Dienstleistungssektors.

Nicht verhehlen möchte ich natürlich zum Teil auch, dass die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse steigen. Aber auch hier ist es nicht immer, wie Sie es immer ganz gerne sehen würden, reine Notwendigkeit oder eh klar, eine Frau kriegt nichts Besseres, sondern man sollte auch sehen, dass sehr wohl viele Frauen es genau so wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und da sei jetzt auch positiv das Kindergeld erwähnt, denn genau das ist eine Unterstützung für Frauen, die sich dafür entscheiden wollen beim Kind zu bleiben und so sehr wohl bei ihrem Kind bleiben können.

Sie werden auch wahrscheinlich, oder vielleicht auch nicht, gelesen haben, dass die Gesamtbeschäftigung sehr wohl gestiegen ist. Natürlich – Sie erwähnten –, wir sind nicht das Land der Seligen. Auch wir blieben von der Konjunkturschwäche nicht ganz verschont. Aber derzeit sind 180.000 Frauen im Wirtschaftsalltag beschäftigt und das ist doch nicht so eine schlechte Zahl.

Die Wachstumsrate diesbezüglich seit 1997 zeigt 2,3 Prozentpunkte an, besonders, wie gesagt, natürlich am Dienstleistungssektor, aber auch Versicherungssektor und vor allem im Verwaltungsbereich. Man kann jetzt sagen, es kommt nichts Besseres. Wir bemühen uns aber mit unserem Landesrat sehr wohl, die steirische Wirtschaft immer weiter anzukurbeln. Und da muss ich Ihnen leider jetzt schon Recht geben, denn gerade im Bereich der Einkommensschere klappt das Verhältnis zwischen Männern und Frauen aber noch auseinander. Ich darf Sie erinnern, dass es jahrzehntelang eine SPÖ-Regierung gegeben hat. Ich nehme schon an, dass das sehr wohl bekannt war. Es ist absolut nichts auf Bundesebene passiert, um diese Einkommensschere etwas zu verbessern. (Abg. Kröpfel: „Hat die SPÖ die Alleinregierung gehabt?“) Ich wusste, dass das jetzt kommt, dass zwei Jahre ÖVP-Politik passiert sind. Genau, aber jetzt gibt es Maßnahmen und Tatsachen, dass sehr wohl etwas gemacht wird. Ich darf Sie auch daran erinnern, dass eine konsequente Bildungspolitik betrieben wird, dass wir hier in der Steiermark gezielte Förderungsmaßnahmen setzen und auch Qualifizierungsmaßnahmen, Qualifizierungen besonders auch für Frauen. Dies müsste auch aufgefallen sein, wenn man sich jetzt die Einkommensschere anschaut Mann/Frau mit einer guten Ausbildung, sei es jetzt auf universitärer Ebene oder auf Ebene eines Fachabschlusses. Die Schere ist da bei weitem nicht mehr so groß. Darum hat unser Wirtschaftslandesrat rund 34 Millionen Euro für direkte Wirtschaftsförderungen eingesetzt und für Qualifizierungsbeschäftigungsprogramme 12,3 Millionen und davon 13 Prozent ausschließlich für reine frauenspezifische Maßnahmen. Auch hier beweisen wir, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir uns sehr wohl, im Gegensatz zu Ihnen, bemühen, diese Schere auch einzudämmen. Bezüglich der Arbeitslosigkeit zeigt sich bei den Frauen auch eine gewisse positive Tendenz, dass im Jahr 2001 die Arbeitslosigkeit um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Ich weiß, jede Arbeitslose ist zu viel. Wenn wir gemeinsam den Weg weiter beschreiten und Sie nicht nur schimpfen oder alles schlecht machen würden, könnten wir Stärke beweisen und könnten unseren erfolgreichen Weg, die Steiermark als Wirtschaftsstandort der hellen Köpfe, erfolgreich weiterführen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (16.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte eingangs meiner Vorrednerin etwas sagen: Wenn jemand glaubt, dass man stolz sein kann oder mit Freude die so genannte „Schönwetterpolitik“ täglich betreibt, denn jede Medaille hat auch eine zweite Seite, dann sind wir gezwungen das aufzuzeigen. Ich rate Ihnen, einmal mit offenen Augen durch das Land zu fahren, denn die Arbeitslosen in der Steiermark, ob das 28.000 oder noch ein paar dazu sind, ob das 200.000 in Österreich sind, haben nichts von einer Schönwetterpolitik. Sie machen sich Sorgen, weil sie ihre Existenz nicht halten können, weil sie keinen Job finden, meine Damen und Herren. Die Politik hat daher dringenden Handlungsbedarf. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sprechen von der Teilzeitbeschäftigung und den vielen Jobs, meine Damen und Herren. Wir haben darüber schon einige Male diskutiert und Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek hat es auch angeschnitten. Es hat einen Arbeitsgipfel mit dem AMS gegeben, wo ganz klar und deutlich festgestellt wurde, dass die so genannten Geringfügigkeits- und Teilzeitjobs sich deshalb vermehren, weil – wie bereits ausgeführt – Leute zwei und drei Jobs haben müssen. Auf das so genannte amerikanische und holländische Wunder können wir verzichten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Menschen brauchen Vollzeitjobs, und nicht zwei, drei Jobs, damit sie eine lebensfähige Existenz haben. Niemandem ist bewusst, welche Auswirkungen eine Teilzeitbeschäftigung hat. Das ist ein großer Unterschied. Hier gebe ich Ihnen Recht, ob man Teilzeit freiwillig machen möchte, wenn man sagt, ich arbeite nur ein paar Jahre, die Kinder gehen in die Schule, vielleicht bekomme ich am Vormittag einen Job. Anschaffungen sind auch da, ich gehe etwas dazuverdienen. Hier gibt es überhaupt keinen Widerspruch. Jeder, der das selbst will, soll es machen, weil die Möglichkeit hat er. Ich glaube, Sie haben genau mitverfolgt, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt hat – die „Kronenzeitung“ ist kein sozialdemokratisches Blatt. Es hat eine Enquete gegeben. Vielleicht ist Ihnen das entgangen. Die Sorge wird auch von Experten bestätigt, dass es in zirka zehn Jahren überwiegend nur mehr atypische Beschäftigungen geben wird, das heißt Teilzeit, Leiharbeit und geringfügig Beschäftigte. Wenn das die Zukunft ist, können wir uns das Sozialsystem auch abschminken, meine Damen und Herren. Dieses ist aufgebaut auf Vollbeschäftigung. (Beifall bei der SPÖ.)

McJobs bedeuten weniger Verdienst und Probleme im Sozialversicherungssystem. Wenn eine Frau, die sich den Job nicht aussuchen kann und die Betriebe es sich auch in irgendeiner Form leichter machen und sagen, sie können bei uns teilzeitbeschäftigt sein, bis zu ihrer Pension das Pech hat, in Teilzeitbeschäftigung zu sein, dann

hat sie keine lebensfähige Pension und sie ist wieder vom Staat abhängig und wir produzieren heute die Ausgleichsempfänger von morgen, meine Damen und Herren. Daher sollte man darüber nachdenken, wenn man über derartige Dinge spricht. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt aber zum Wirtschaftsbericht, Herr Landesrat: Zunächst möchte ich mich bei allen Beteiligten, die diesen Bericht verfasst haben und der auch gut aufgemacht ist, bedanken. Ich frage mich aber, ist das ein Adler oder ein Geier? Vielleicht könnte man ein anderes Bild hinaufgeben, weil es schaut so nach „Pleitegeier“ aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben schon einmal erlebt, als alle Betriebe das Staatswappen bekommen haben. Man hat gelästert und hat gesagt, das ist das erste Zeichen für den „Pleitegeier“ und so war es ja manches Mal. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist Ihr permanenter Pessimismus!“)

Man kann darüber denken wie man will. Es war ein Beispiel dafür. Ich werde Ihnen gleich die Antwort darauf geben, Herr Landesrat. Wenn man den Wirtschaftsbericht anschaut, wird man gleich mit der Feststellung begrüßt, und das hat für das Jahr 2001 – so fair sind wir ja immer – seine Berechtigung, dass die Wirtschaft trotz Konjunkturabschwung in der Steiermark im Vergleich zu Österreich besser gestanden ist. Das ist überhaupt keine Frage und wir brauchen es nicht wegzudiskutieren. (Beifall von Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.)

Ich danke für den Applaus. Niemand in dem Haus wird Tatsachen anders darstellen. Ich war heute Vormittag bei einer Betriebsversammlung in Spielberg in der Obersteiermark. Daher konnte ich bei der Anfragebeantwortung auch nicht dabei sein, als Sie das mit den 16.000 neuen Jobs gesagt haben. Es sind inzwischen neun Monate vergangen, als der Betrieb von Herrn Dr. Kowats übernommen wurde. Bereits heute kann eine positive Bilanz gezogen werden. Es waren wieder einmal die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihr entscheidendes Scherflein dazu beigetragen haben. Wir haben immer gesagt, wir wollen diesen Betrieb endlich wieder in österreichische Hände bekommen. Dr. Kowats hat das bewiesen. Ich stehe nicht an, das zu sagen. Vielleicht sind Sie aufgerufen mehr zu motivieren in der Wirtschaftskammer, dass österreichische Unternehmer unternehmen statt unterlassen und ein Risiko eingehen, natürlich mit Unterstützung des Landes. Das sollte man unterstützen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn festgestellt wird, dass das Jahr 2001 positiv war, Herr Landesrat, dann hat es mir die Bänder aus den Schuhen ausgezogen. Ich kaufe mir jetzt nur mehr Schlüpfer, weil damit komme ich leichter zurecht. Wenn ich dann in der Zeitung lesen muss, dass Sie offiziell unserem Landeshauptmannstellvertreter unterstellen, er macht die Steiermark herunter, es sei alles „Miesmacherei“, weil er eine Studie zitiert, wo Sie, Herr Landesrat Paierl, die gleiche Studie aus dem Jahr 1998, wo wir an 53. Stelle waren, nicht einmal gehustet haben, sondern nur gegrinst haben über das ganze Gesicht, dann frage ich Sie, was hat sich von 1998 bis heute bei den Beurteilungskriterien verändert, dass wir vom 53. auf den 142. Platz heruntergekommen sind? Das sind die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und teilweise die des Landes, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Wirtschaftsbericht – auch nachzulesen – werden jüngere und ältere Frauen als Randgruppen bezeichnet. Ich meine, das ist eine Wortwahl, die sehr diskriminierend ist und nicht beschreibend wirkt. Wir haben hier schon einige Sträube gemeinsam ausgefochten, auch Positives erlebt, aber bei der Jugendarbeitslosigkeit wissen wir genau, wo der Hase im Pfeffer liegt. Und die Bundesregierung hat jetzt schnell vor dem Wahlkampf noch eine Aktion beschlossen, das so genannte Konjunkturpaket mit 600 Millionen, wo man mit der Gießkanne wieder 1000 Euro über den streut, der einen Lehrling aufnimmt. Jetzt frage ich Sie, was bekommen die, die bis jetzt im September schon einen Lehrling aufgenommen haben? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Dasselbe!“) Das steht noch nicht fest in der Form. Aber, Herr Landesrat Paierl, wir haben das schon einmal gehabt. Sie haben so eine Aktion in der Steiermark gemacht. Was war der Erfolg? Ich sage Ihnen dazu etwas. Grundsätzlich haben wir – ich stehe zu der Forderung – immer wieder gesagt, wir wollen einen Lastenausgleich für Lehrlinge. Der Landesrat Schützenhöfer, heute ist er nicht da und ich nehme an, so gut kenne ich ihn, dass der das damals ernst gemeint hat, dass er gesagt hat, jawohl, er begrüßt, weil auch die Unternehmer, das kennen Sie, 64 Prozent in einer Studie zugegeben haben, dass sie für einen Lastenausgleich sind. Es steht alles in der Zeitung. Sie haben gesagt, wie viele Tausend nur ausbilden, wie viele Möglichkeiten hätten, auszubilden. Und jetzt muss ich hergehen und sagen, auch nicht diskriminierend, aber wenn wir wissen, dass 70.000 Arbeitslose eine Lehre abgeschlossen haben, dass 38 neue Berufsbilder installiert wurden auf Forderung der Wirtschaft, dass aber nicht ausgebildet wird in den Berufen und dass man jetzt 1000 Euro mit der Kanne drüberstreicht, ich sage einen Vergleich. Ich habe schon etwas dagegen, wenn ein Friseur einen Lehrling aufnimmt, den er die drei Jahre gut verwendet für Haare waschen, für Hilfsarbeiten und, und, weniger Aufwand hat, der bekommt 1000 Euro. Wenn der fertig ist, bekommt er keinen Job mehr, dann findet man ihn bei Steyr-Magna, bei Puch, dann findet man ihn in den anderen Bereichen, am Fließband. Das heißt, diese 70.000 Arbeitslosen sind falsch ausgebildet. Man muss daran gehen, branchenweise zu fördern. Und ein Betrieb, der Lehrlinge gut ausbildet – ich kann es nur aus meiner Branche ganz spezifisch sagen –, der hat mehr gekostet als 1000 Euro, weil ein Lehrling kostet im Jahr rund 260.000 noch in Schilling, ich habe es nicht umgerechnet. Das sollte man stärker fördern, weil das sind auch Berufe, wo die Leute dann verwendet werden können. Nicht eine Greencard zu machen, dass man sagt, wir haben zu wenig Facharbeiter, die müssen wir aus dem Ausland reinholen. Wo sind wir denn? Es ist ja eine Schande in Österreich, dass jeder, der will, studieren kann. Aber der, der einen Beruf erlernen will, der hat keine Chance, weil ihn keiner nimmt trotz finanzieller Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ.)

Und die Arbeitslosenstatistik, Herr Landesrat, die gibt mir natürlich schon Sorgen auf, dass das so ist, dass man nur alles schlecht macht und so weiter. Jeder einzelne Arbeitslose, meine Damen und Herren – ich glaube, da sind wir uns einig, da brauchen wir nicht darüber zu reden – ist zu viel. Jetzt frage ich Sie aber im Wissen, dass

wir im letzten Budget, im letzten Jahr sogar noch, für die Winterbauoffensive für die Bauarbeiter 30 Millionen oder so beschlossen haben, wenn ich es richtig im Kopf habe. Und heute habe ich nur zufällig bei der Pressekonferenz eine Anfrage gehört, was vorher passiert wäre, weil wir jetzt angeblich alles kritisieren. Ja, meine Damen und Herren, habt ihr schon alles vergessen? Mit 300 Millionen auf sozialdemokratischer Initiative für die Bauwirtschaft sind 3,3 Milliarden Investitionen locker gemacht und durchgeführt worden. Wir haben Berufsschulen saniert, wir haben Spitäler gebaut. Da ist auch etwas weitergegangen. Wir haben Fachhochschulen gebaut. Das ist Zukunft und Arbeitschaffen. Und wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist, dann brauchen wir uns nicht zu rühmen. Die Kritik von der EU, die ist berechtigt. Wenn der Private nicht investiert, dann hat der Staat einzugreifen, um diese Arbeitslosigkeit zu verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Und meine Bitte geht dahin, Herr Landesrat: Nicht warten bis November, bis wir vielleicht die Summen für die so genannte Winterbauoffensive drüberbringen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „So war das mit der Gewerkschaft ausgemacht!“) Herr Landesrat, der Herr Landessekretär Peppo Muchitsch, ein guter Freund von mir, hat Ihnen gesagt, er zweifelt an Ihren Aussagen, weil Sie wissen ganz genau, und das ist nicht von der Gewerkschaft, und Sie wissen, dass gerade in der Baugewerkschaft, jetzt haben Sie sich selber ins Knie geschossen, die Unternehmer und die Gewerkschaft an einem Strang ziehen, weil sie beide wissen, welche Probleme wir haben, die Wirtschaft für die Beschäftigten. Und wir wissen als Gewerkschaft, wenn die Bauunternehmer rechtzeitig ihre Aufträge bekommen, ihre Zusagen, ihre Subventionen, dann müssen sie sich vorbereiten, weil eine gewisse Vorlaufzeit brauchen wir. Wir können nicht im Dezember dann kommen und sagen, um Gottes willen, jetzt sind schon wieder 12.000 Bauarbeiter arbeitslos, jetzt müssen wir etwas tun. Dann ist es zu spät, weil die Bauwirtschaft sagt, wir brauchen eine gewisse Vorlaufzeit. Und es ist bewiesen, das anerkenne ich als Gewerkschafter, dass die Bauwirtschaft, wenn sie gewusst hat, sie hat Aufträge, die Leute nicht heimgeschickt hat und nicht entlassen hat im Winter. Weil die Leute waren die Ärmsten, die haben nie ein durchgängiges Beschäftigungsverhältnis gehabt. Das ist die Initiative, Herr Landesrat, die wir setzen müssen. Und ich billige Ihnen eines zu: Schön langsam, oder so zwischendurch einmal kommen Sie heraus und anerkennen es auch, dass es Probleme gibt. Nur halt dann, wenn es irgendwo einen gibt, der das aufzeigt, dann fühlen Sie sich gleich auf den Schlips getreten und dann machen Sie solche Aussagen wie vernadern und verniedlichen, das lassen Sie sich nicht gefallen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Herr Gennaro ...!“) Ich habe nur eine kurze Redezeit, Sie können so lange reden wie Sie wollen. Bei Ihnen läutet der Präsident nicht, bei mir schon. Wir haben die Emplacement-Stiftung gemacht für kleine und mittlere Unternehmen. Grundsätzlich haben wir zugestimmt, kein Problem, aber wir werden das genau beobachten, meine Damen und Herren. Wenn es darum geht, dass mit dieser Stiftung die Lehrlingsausbildung untergraben wird, dass man sagt, da mache ich einen Schnellsiederkurs, da brauche ich keine Lehrlinge mehr, dann ist es ein Facharbeiter, dann wird es sicherlich Probleme geben. Wir haben auch zusätzlich in der Steiermark jetzt die Emplacement Stiftung auf Grund der älteren Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, die arbeitslos sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Geht ganz gut!“)

Ich sage Ihnen eines, ich bin dankbar und stolz, dass unser Landeshauptmannstellvertreter, weil die Medien auch immer sagen, er ist so ruhig und jetzt wird er erst ein bisschen lauter, er ist ein Typ, der sich zuerst überzeugt und dann redet. Er hat den Sommer genützt, wo viele andere weg waren, dass er in die Betriebe gegangen ist, mit den Leuten, wo es Probleme gegeben hat, gesprochen hat und deshalb sicher ist, weil er die Sorgen in den Betrieben von den Beschäftigten kennt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wir müssen uns auch um die Qualität der Ausbildung kümmern. Da gibt es gute Ansätze, aber leider, wie der Landesrat Schützenhöfer gesagt hat, das ist eine Strafsteuer, haben sofort die Gespräche mit der Wirtschaftskammer – was ich sehr bedaure – sich als beendet erklärt. Und immer wieder wird gefragt, Herr Landesrat, kann die Politik Arbeit schaffen? Die Politik an und für sich nicht, aber sie kann indirekt Arbeit schaffen. Und das wissen Sie genauso gut wie ich, indem man Voraussetzungen schafft, indem man Infrastrukturprojekte vorzieht, indem man die Rahmenbedingungen macht.

Und wir haben sehr oft schon die Wirtschaftsförderung novelliert. Wir werden es auch wieder machen müssen, denn, Herr Landesrat, die Förderungen – und wir haben uns beide gefreut, vorige Woche, am Freitag war es glaube ich (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ohne Förderung?“), ohne Förderung, wie es geheißen hat, okay, der Chrysler wird bis 2009 bei uns produziert. Heute war ich in der Obersteiermark, da haben sie gesagt, wie schaut denn das bei uns da heroben aus? Könnt ihr nicht irgendwann einmal etwas tun, dass auch Arbeitsplätze zu uns raufkommen? Ich weiß schon, dass man ein Automobilwerk nicht rauftransferieren kann, aber ich weiß und bin mir sicher, dass es Möglichkeiten gibt für Zulieferbetriebe, wenn man eine ordentliche regionale Betriebsansiedlung macht, dort in der Region Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn ich in der Veitsch drinnen höre, Herr Landesrat, dass Mitarbeiter mir sagen, wir überlegen, ob wir überhaupt noch da herinnen bleiben, wir haben ja nur mehr diesen einen Betrieb, aber die Infrastruktur, die Rahmenbedingungen so schlecht sind, dass um 17 Uhr die Jugend nicht mehr von Mitterdorf nach Veitsch hineinfahren kann, weil durch die Privatisierung der Post- und der Buslinien der Private nicht mehr hineinfährt, weil nicht ein ganzer Bus voll, ein großer, fährt, dann sollte man dort auch eingreifen und sagen, lieber Herr Unternehmer, wenn das schon nicht geht, fahre mindestens mit einem kleinen Bus, weil die Schul- und Schülerfreifahrten wären so bezahlt. Aber nicht, dass die Leute schauen müssen, wie sie ihre Kinder holen und dann sagen, was soll ich in der Region noch, meine Damen und Herren? Das ist auch eine Arbeitsmarktpolitik, die Leute dort zu belassen und zu beschäftigen, wo sie daheim sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist schon festgestellt worden bezüglich Wirtschaftsförderung, Marktneuheiten und so weiter, man muss dann sicher umdenken und ich glaube, die Leute in der Wirtschaftsförderung sind eh drauf. Aber ich weiß es selber aus eigener Erfahrung, wenn wir oft diskutiert haben, auch im Tourismus, mir ist das völlig klar, dass in

manchen Bereichen die Tourismusförderung stärker greifen soll. Und wenn ich aus den Sitzungen weiß, dass man halt eine Küchenmaschine für ein Hotelrestaurant fördert oder zwei Schlafzimmer in einem Berggasthof, dann muss ich fragen, ob das sinnvoll ist. Ob nicht wirklich strukturmäßig, ich habe mit dem Herrn Kübeck heute gesprochen – das kann ich ja sagen – ob in Eisenerz, wo man den Tourismus erst aufbauen muss, weil man muss ja auch manchmal bedenken, dass gewisse Industrieregionen nicht auf Knopfdruck von einem Tag auf den anderen umzustellen sind, meine Damen und Herren. Da gehört ja auch ein bisschen Vorbereitung dazu. Dann muss man das Ganze überdenken und nicht nur immer bei den Großen das Geld hineinhauen. Und die Wirtschaftsförderung hat im Jahre 2001 – das geht aus dem Bericht hervor – nämlich 1050 Wirtschaftsförderungsfälle abgewickelt. Und das Förderungsvolumen erreichte im Jahr 2000 nicht einmal 2500 Euro pro Fall. Die Gesamtsummen lassen sich vergleichen: Im Jahr 2000 waren es noch 3,3 Milliarden Schilling, im Jahr 2001 waren es nur mehr 228 Millionen Schilling, sprich 16,6 Millionen Euro an Förderungen. Ich habe kein Problem damit. Es gibt zum Beispiel eine kreuz- und quergaloppierende Gründerförderung, ich formuliere es salopp steirisch, dass man ein Bräunungsstudio fördert, dass man ein Fitnesscenter bis hin zum Maschinenverleiher fördert. Die Frau Mag. Koller hat von den hellen Köpfen gesprochen. Ich glaube, diese Förderungen sind nicht gerade eine wirtschaftspolitische Großtat von hellen Köpfen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das sind KMUs!“)

Für uns, meine Damen und Herren, ist die Entwicklung nicht akzeptabel und wir müssen überlegen, wie wir die Lebensfähigkeit unserer Regionen erhalten können. Welche Anreize haben denn die Regionen und die Menschen, wenn die Regionen entleert werden, wenn alles zugesperrt wird, wenn die Infrastruktur verschlechtert wird: Postämter und Gendarmerieposten werden geschlossen, und, und, und? Ich weiß, dass euch das weh tut. Die Betriebsansiedlungen sind teilweise nicht mehr möglich. Die Standortentscheidungen haben für viele Betriebe einige Kriterien. Wenn diese nicht erfüllt werden können, wird er seinen Standort nicht verlegen. Wenn dann im Umfeld nichts passiert, dann wird es Probleme geben. Mit der Politik der Entleerung, meine Damen und Herren, werden wir das Umfeld vernichten. Wir steirischen Sozialdemokraten sind zuversichtlich. Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir die Steiermark krank jammern. Im Gegenteil: Wir sollten alle gemeinsam uns bekennen, dass es auch Regentage gibt – heute ist zum Beispiel kein Schönwettertag. Mir kommt das in etwa so vor, wenn du zu mir sagst: „Gennaro, schau beim Fenster hinaus. Heute scheint die Sonne!“ Dabei regnet es schon seit in der Früh, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr müsst einmal die Realität erkennen. Wir werden uns den Anforderungen als Sozialdemokraten stellen und werden nicht müde werden aufzuzeigen, wenn nur vom Schönwetter gesprochen wird und Gewitterwolken im Anzug sind. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (16.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte!

Es ist schon merkwürdig, dass man nach so einer Beschimpfung der Steiermark auch noch viel Applaus bekommt. Ich gratuliere den Herren SPÖ-Abgeordneten. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wurde die Steiermark beschimpft, es wurden die Unternehmer beschimpft, es wurden auch die Mitarbeiter der Unternehmen beschimpft. (Abg. Schrittwieser: „Eure Politik wurde beschimpft!“) Ich bin selbst Unternehmer und ich weiß, was es heißt, Risiko einzugehen, Herr Gennaro, weil du das erwähnt hast. Die Unternehmer gehen jeden Tag genug Risiko ein und scheuen sich nicht davor. Ich habe 40 Mitarbeiter und von diesen 40 Mitarbeitern sind fünf auf eigenen Wunsch teilzeitbeschäftigt. Auch wenn du jetzt in deiner Tasche herumkramst, so würde ich meinen mir zuzuhören, weil du könntest etwas davon lernen. Ich bin Unternehmer und weiß, wovon ich spreche. Ich habe immer schon Lehrlinge ausgebildet und werde es auch in Zukunft tun. Ich bin Bundeskanzler Schüssel und seinem Team sehr dankbar, dass er drei wichtige Punkte beschlossen hat, nämlich eine 1000-Euro-Lehrlingsförderung, ein Vorsorgemodell für Unternehmer und einen Kostenersatz für Betriebe bis zu 50 Mitarbeitern bei Freizeit- und Arbeitsunfällen. Danke Wolfgang Schüssel! (Beifall bei der ÖVP.)

Damit hilft man der Wirtschaft, und nicht mit Krankjammern und nicht mit Schimpfen. Denn Jammern und Schimpfen hilft niemandem, nicht den Unternehmen und nicht den Mitarbeitern, die in diesen Unternehmen tätig sind. Wir haben Gott sei Dank, wie uns auch von internationaler Seite bestätigt wird, hoch ausgebildete Mitarbeiter, die es fertig bringen Güter zu fertigen, die von sehr hoher Qualität sind. Wenn Belinda Stronach gesagt hat, der neu abgeschlossene Vertrag ist der Ausdruck für die hohe Qualität aus Graz, dann spricht das für den Wirtschaftsstandort Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Vertrag läuft von 2004 bis 2009 für den Jeep Grand Cherokee und es werden zirka 330 Stück pro Tag gefertigt, insgesamt an die 200.000. Das ist ein Erfolg und das ist zu erwähnen und nicht irgendein Vogel, der auf einem Wirtschaftsbericht oben ist. Das ist lächerlich und dazu ist das Thema Wirtschaft zu ernst, um auf irgendeinen Vogel auf dem Titelbild eines Berichtes einzugehen. Leute, die etwas von der Wirtschaft verstehen, sind sicher auch Industrierepräsentanten. Es hat in der Industriellenvereinigung Steiermark vor dem Sommer eine Umfrage der Industrierepräsentanten gegeben und diese sind nicht da aus Freundschaft oder weil es hier schön ist oder weil irgendwer lieb zu ihnen ist, sondern diese sind da, weil sie hier Güter produzieren, die sie weltweit verkaufen müssen. 93 Prozent dieser Industrierepräsentanten sind zufrieden oder sehr zufrieden mit dem Wirtschaftsstandort Steiermark. 94 Prozent sind zufrieden oder sehr zufrieden mit der Wirtschaftspolitik der Landesregierung. Das wäre zu erwähnen und nicht herumzuschimpfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Voves, ich weiß nicht, was Sie gestochen hat, nach monatelangem Schweigen auf einmal mit einer dubiosen Studie zu kommen. Ich weiß nicht, was Sie da gestochen hat. Ich habe Sie bisher für einen verantwortungsvollen Menschen gehalten. Ich habe Sie geschätzt und habe mir gedacht, Sie meinen es ernst mit der Zusammenarbeit. Ein Blödsinn: Sie kommen mit einer dubiosen Studie, wo Parameter einfließen, wie Wetter, Lufttemperatur, Regentage und Sonnenschein. (Abg. Stöhrmann: „Diese Studie ist seit drei Monaten im Internet!“) Was sagen Sie heute? Heute haben wir keinen Sonnenschein. Herr Voves, was ist Ihnen bitte hier eingefallen? Es wird hier mit EUROSTAT-Daten operiert, die es noch gar nicht gibt. Es gibt Schätzungen. Ich könnte genauso hier den Kugelschreiber rollen lassen. Wenn er weit rollt, dann sind die Daten gut für den Wirtschaftsstandort Steiermark. Weil aber die Klammer oben ist, rollt er nicht so weit und die Daten sind schlecht. Das ist ja lachhaft. Sie machen sich, wenn Sie mit so einer Studie an die Öffentlichkeit gehen, lächerlich. Hier sind Bocksprünge drinnen, wie es ärger nicht mehr geht. Ich weiß wirklich nicht, wie Sie darauf gekommen sind. Zuerst sprechen Sie von Zusammenarbeit und dann gehen Sie mit irgendeiner komischen Studie an die Öffentlichkeit, ohne mit irgendjemandem zu sprechen. Vielleicht hätten Sie den Herrn Wirtschaftslandesrat gefragt. Er hätte Ihnen vieles erklären können. Er kennt sich nämlich aus zum Unterschied offensichtlich von Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin sehr froh, dass du, Herbert Paieryl, Wirtschafts- und Finanzlandesrat bist und nicht einer von der Hälfte hier, die nur schimpfen können und denen nichts anderes einfällt, als mit unrichtigen Sachen zu operieren. Man steht halt einmal in der Zeitung. Gratuliere. Es ist Ihnen gelungen, Herr Voves. (Abg. Stöhrmann: „Tiefer geht es wirklich nicht mehr. Wo kommen wir da noch hin!“) Es gibt in keiner Weise, Frau Lechner-Sonnek, eine Zuspitzung auf den Automobilcluster. Wir sind sehr froh, dass wir ihn haben. Ich habe Ihnen schon mehrmals gesagt, dass es in der steirischen Industrie Gott sei Dank nicht nur den Automobilcluster gibt. Wir haben Elektro- und Elektronikindustrie, Bergbauindustrie, die größte von ganz Österreich, Maschinenbauindustrie. Das Feld ist breit gestreut. Gott sei Dank. Wenn Sie sagen, es haben sich alle gefreut über die Wahl, dann merke ich an, dass sich die Börse nicht gefreut hat. Sie ist mit 5 Prozent zurückgegangen. (Abg. Schrittwieser: „Das legt sich wieder!“)

Herr Gennaro, du hast gesagt, niemand im Haus wird Tatsachen anders darstellen. Ich nehme für mich mit, dass von den Abgeordneten hier im Haus niemand Tatsachen anders darstellen wird. Für Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves gilt es auf Grund der getätigten Aussagen, nämlich diese dubiose Studie, auf alle Fälle nicht. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 16.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (16.34 Uhr): Ich weiß nicht, Herr Kollege Bittmann, ob Sie hier eine Vorwärtsstrategie anwenden, wenn Sie sagen, Angriff ist die beste Verteidigung. Ihnen fällt zu diesen Daten anscheinend nichts anderes ein. Das ist sehr bedauerlich! (Abg. List: „Sprechen Sie zum Kollegen Gennaro, bitte!“)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sie können sich auch zu Wort melden, Herr Kollege List! Das ist ein ernstes Thema. (Allgemeine Unruhe.)

Ich habe nur zehn Minuten Zeit, darf ich Sie bitten, mich beginnen zu lassen, Herr Präsident?

Wenn heute der Wirtschaftsbericht und die Arbeitsmarktlage diskutiert werden, dann möchte ich ein paar Worte über die Beschäftigungssituation der Frauen verlieren. Wie bereits erwähnt, haben wir horrenden Arbeitslosenzahlen und es werden heuer 230.000 Menschen ohne Arbeit sein. Wir hatten mit Stand Ende August 2002 in der Steiermark eine Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent, das ist österreichweit die drittletzte Stelle. (Abg. Tasch: Unverständlicher Zwischenruf!) Ja, zu dem komme ich noch, wenn ihr immer sagt, die Erwerbsquote ist gestiegen. Zu dem komme ich noch. Tatsache ist, dass wir 6 Prozent Frauenarbeitslosenquote in der Steiermark haben und das ist der dritt schlechteste Platz. Nur Burgenland und Wien sind noch schlechter.

In Zahlen ausgedrückt sind das 14.109 arbeitslose Frauen – um 1143 mehr als im Vorjahr. In meinem Bezirk Bruck ist die Arbeitslosenquote bei Frauen sogar 9 Prozent und in Knittelfeld erschreckende 10 Prozent. (Abg. List: „Das sind alles rote Bezirke!“) Wahrscheinlich hat Ihre blau-schwarze Regierung viel zu wenig auf diese Region geschaut, weil sie dort anscheinend keine Wählerstimmen gewinnen kann. (Beifall bei der SPÖ.) Und diese Regionen hungert ihr aus, das macht ihr bewusst.

Wenn man sich nun die Situation der in Beschäftigung stehenden Frauen ansieht, dann ist das alles anders als erfreulich, meine Damen und Herren. 23.568 geringfügig beschäftigte Frauen in der Steiermark. Hier handelt es sich um ein Einkommen bis zu 301,54 Euro. Das ist ein Verdienst, von dem man nicht leben kann und der keinerlei soziale Absicherung mit sich bringt. Man kann sich zwar selbst pensions- und krankenversichern, aber das kostet noch einmal 42,54 Euro. Was bleibt dann noch übrig? (Abg. Majcen: „Das ist ja ein Dazuverdienst!“) Ja, ja, das ist immer eure Ausrede, das kennen wir schon.

Von den ArbeitnehmerInnen wird immer mehr Flexibilität gefordert, meine Damen und Herren. Jeder dritte Arbeitnehmer wechselt einmal pro Jahr den Job. Viele müssen zwei Jobs ausüben – und Kollege Gennaro hat es schon gesagt – um überleben zu können. Immer mehr ArbeitnehmerInnen landen in atypischen Arbeitsverhältnissen, wie die schon erwähnte Geringfügigkeit, Teilzeit, freie Dienstnehmer, Leiharbeit und so weiter. Das muss deshalb gesagt werden – und da komme ich jetzt zu dem, was Sie gemeint haben, Herr Kollege, weil immer wieder erwähnt wird, wir hätten einen so hohen Beschäftigungsstand. Aber atypische Beschäftigungsverhältnisse bedeuten weniger Einkommen, schlechtere Karrierechancen und ist oft nicht freiwillig, wie wir wissen. Ein

Anstieg der Frauenerwerbsquote auf Kosten der Bezahlung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist abzulehnen und nützt nur den Unternehmern, die sich dadurch Sozialabgaben ersparen. Das ist die Wahrheit. (Beifall bei der SPÖ.) Immer mehr Frauen werden in Teilzeit abgedrängt. Das ist die Wahrheit, Herr Kollege! Das ist kein Klassenkampf, das sind Fakten! Das ist nachzulesen, bitte! Zurzeit arbeiten 60.000 Menschen in der Steiermark weniger als 34 Stunden pro Woche. 90 Prozent davon sind Frauen. Ein Drittel aller beschäftigten Frauen leisten Teilzeitarbeit, vor allem im Handel bei schlechter Bezahlung.

Und jetzt hören Sie bitte gut zu! Der Kollektivvertrag für Handelsangestellte bei Vollbeschäftigung – das sind 38,5 Stunden pro Woche – beträgt netto 808,13 Euro monatlich. Das sind sage und schreibe 11.120,11 Schilling – bei Vollzeitbeschäftigung, bitte. Sie können sich also vorstellen, wie wenig man dann verdient, wenn man nur auf Teilzeitbasis arbeitet. Unregelmäßige Arbeitszeiten kommen hinzu. Und da fällt eurem Minister Bartenstein nichts Besseres ein, als die Ladenöffnungszeiten von 66 auf 72 Stunden auszudehnen. Und er nimmt dabei überhaupt keine Rücksicht auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es müssten viel mehr Mittel zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Wir bräuchten auch viel mehr Betriebskindergärten. Und es wurde schon von Herrn Landesrat Flecker gesagt, wir haben nur zwei Betriebskindergärten in der Steiermark. Das wäre auch ein Appell an die Wirtschaft, sehr geehrter Herr Landesrat Paierl. Diese Regierung hingegen beschließt ein milliardenteures Kindergeld und verdrängt damit die Frauen vom Arbeitsmarkt. Und wie kann eine Frau, die mehrere Jahre zu Hause war, im Arbeitsleben wieder Fuß fassen, meine Damen und Herren, in der heutigen schnelllebigem Zeit, wo sich alles nur der Gewinnmaximierung der Unternehmen unterzuordnen hat und der Mensch auf der Strecke bleibt und oft nur als Kostenfaktor auf zwei Beinen angesehen wird? Ich spreche hier aus Erfahrung. Ich arbeite in der Arbeiterkammer und ich kann Ihnen sagen, ich bin tagtäglich mit diesen Problemen konfrontiert. Die ArbeitnehmerInnen werden heute immer mehr ausgebeutet und sie sind von ihrem Einkommen abhängig, daher sind sie auch erpressbar. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. (Abg. Wiedner: „Welche Erfahrung haben Sie, haben Sie schon einmal einen Betrieb geführt?“) Ich habe schon gesagt, Frauen verdienen viel zu wenig, ein Drittel weniger als Männer. Ein niedriges Einkommen – und Kollege Gennaro hat es schon gesagt – bringt auch niedrigere Pensionen und die Wirtschaft von heute produziert somit die Ausgleichszulagenbezieherinnen von morgen, meine Damen und Herren. Und das in einem Staat, der zu den reichsten der Erde zählt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ist es wirklich notwendig, alles kaputtzusparen und beispielsweise aus dem Topf der Arbeitslosenversicherung Milliarden zu entnehmen, um Budgetlöcher zu stopfen?

Meine Damen und Herren von ÖVP und FPÖ, wir haben in den letzten Jahrzehnten unter sozialdemokratischer Regierung den Sozialstaat Österreich aufgebaut, haben Sie das vergessen, dass das Geld gekostet hat? (Beifall bei der SPÖ.)

Und was macht diese Regierung? Budgetlöcher stopfen sagt sie. In Wirklichkeit gibt sie dieses Geld für Kampfbomber aus, meine Damen und Herren. Eine sinnlose Investition zum Abbau des Sozialstaates. (Abg. Graf: „Wer hat denn die beschlossen?“) Aber nicht die teuren Eurofighter, meine Damen und Herren. Das ist doch wirklich nicht das, was wir in Österreich brauchen. Was ist das für eine Politik, die diese blau-schwarze Regierung hier macht? Anstelle die Wirtschaft anzukurbeln und mehr Geld in Qualifizierungs- und Ausbildungs-offensiven zu investieren, was insbesondere auch den arbeitslosen Frauen helfen würde, führt diese Regierung zum Beispiel Studiengebühren ein und versperrt auf diese Weise finanzschwachen Menschen den Zugang zu guter Bildung und besseren Berufschancen. Das ist die Realität.

Meine Damen und Herren, nun zum Schluss:

Leider sind die zehn Minuten Redezeit vorbei, ich hätte noch sehr, sehr vieles zu diesem Thema zu sagen. (Unruhe bei der FPÖ.) Ich frage mich nur, warum Sie sich so aufregen! Das sind Fakten, die ich hier nenne. Der Wirtschaftsbericht ist eine Schönfärberei. Die Steuer- und Abgabenquote liegt auf einem Rekordniveau. Die Bundesregierung hat diesbezüglich versagt. Der Beginn einer neuen Ära, meine Damen und Herren, in der wieder soziale Gerechtigkeit vorherrscht, ist bitter notwendig. Merken Sie sich das bitte! (Beifall bei der SPÖ. – 16.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (16.43 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung! Meine Damen und Herren!

Ich hoffe, ich zitiere ihn richtig, Herr Präsident Purr – ich kann mich noch erinnern – hat vor langer Zeit einmal gesagt: „Über Wirtschaftspolitik soll der reden, der schon über längere Zeit Löhne gezahlt hat!“ (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Normalerweise sollte man oder kann man dem fast nichts mehr hinzufügen.

Herr Kollege Erlitz, du bist ja auch ein ganz begnadeter Wirtschaftspolitiker. Ich komme aber zu etwas anderem zurück: Kollege Gennaro hat in vielen Punkten Recht gehabt. Er hat unter anderem auch über die McJobs gesprochen und vieles andere mehr. Vieles, was gesagt wurde, ist richtig. Wo sind aber die Rezepte der SPÖ gegen diese Probleme? Wo sind die Rezepte? Liebe Freunde, wir stopfen heute noch die Löcher eurer Wirtschaftspolitik. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Mag. Erlitz: „Ihr seid in der Regierung!“) Herr Kollege, ich bitte dich, pass einmal auf. Ich schätze deine Kompetenz im Schulbereich, aber ich schätze sie nicht im Wirtschaftsbereich.

Ihr geht im Endeffekt her und macht Vorschläge in einer billigen Wahlkampfretorik, weil jetzt in zwei Monaten eine Wahl ansteht. Es werden Dinge auf den Tisch gelegt, die einfach nicht stimmen, die nicht richtig sind. Liebe Freunde, schauen wir zur rot-grünen Regierung nach Deutschland. Wie viele Arbeitslose gibt es denn dort? (Abg. Dietrich: „4 Millionen!“) Es gibt so viele wie noch nie: Über 4 Millionen Arbeitslose in Deutschland bei der rot-grünen Regierung. Jetzt geht ihr her und präsentiert Lösungsmöglichkeiten, die euch keiner glaubt, Freunde. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Das glaubt euch keiner. Ein weiteres Beispiel: Was passiert denn in Frankreich? Alle Dinge, die die Roten eingeführt haben, werden in Frankreich zurückgenommen. So kann es nicht funktionieren (Abg. Kröpfel: „Was passiert in der Steiermark?“) und so geht das nicht. Kollegin Bachmaier-Geltewa: Nächstes Mal, wenn Sie so traurige Sachen sagen, dürfen Sie nicht lachen darüber. Ihre Wundwinkel gehen bei ihrer Geschichte immer hinauf. (Abg. Kröpfel: „Das ist ja eine Frechheit!“) Sie haben zitiert: „Wien liegt hinter der Steiermark!“ Sie haben zitiert: „Burgenland liegt hinter der Steiermark!“ Welche Regierungen gibt es denn in Wien und im Burgenland? So viel ich weiß sind es Sozialistische. Wo sind Ihre Lösungskonzepte in der Arbeitsmarktpolitik? Das ist Schaumschlägerei, die Sie hier betreiben. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich freue mich darüber, dass Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves die Sommerferien genutzt hat und in die Betriebe gegangen ist. Ich hoffe, es dauert nicht nur zwei Monate lang, dass Herr Landeshauptmannstellvertreter in die Betriebe geht und sich die anderen zehn Monate auch um die Betriebe kümmert. Speziell wir, die wir selbst Betriebe haben und für die Angestellten die Verantwortung tragen, wissen, was in den Betrieben los ist. Daher können wir auch entsprechend handeln. Wir betreiben jedoch keinen Klassenkampf, der absolut abzulehnen ist, weil es in zwei Monaten eine Wahl gibt. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Weil Sie die Wahrheit nicht hören können!“) Weil Sie die Wahrheit nicht verstehen, Frau Kollegin. Das ist es. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie müssen aber auch eines in der ganzen Angelegenheit sehen und die Zahlen sind bei Gott nicht so, dass man glücklich sein kann darüber: Ich habe manches Mal das Gefühl, speziell heute, als ich die Zeitung aufgeschlagen habe, es gibt hier einige, die sich diebisch darüber freuen, dass es momentan nicht so gut geht. (Abg. Gennaro: „Das ist eine Unterstellung, das ist eine Frechheit!“) Ich habe niemandem etwas unterstellt. Ich habe nur manches Mal das Gefühl, dass sich manche diebisch darüber freuen, dass es momentan nicht so gut geht. Jetzt haben wir endlich ein Thema, weil es in zwei Monaten eine Wahl gibt. Jetzt können wir wieder die böse blau-schwarze Regierung in den Topf schmeißen. Freunde, was diese blau-schwarze Regierung in diesen zweieinhalb Jahren geleistet hat, dafür waren Sie 30 Jahre nicht fähig. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Noch etwas, weil ihr von den Arbeitnehmern redet: Über wie viele Jahre wurde von euch über die Abfertigung diskutiert, Kollege Gennaro? Wer hat denn die „Abfertigung neu“ geschafft? Wer hat denn für drei Viertel der Arbeitnehmer eine Besserstellung geschafft? Das war die blau-schwarze Regierung unter maßgeblicher Beteiligung der Blauen. (Beifall bei der FPÖ.)

Jetzt herzugehen und zu sagen, in Österreich ist alles so schlecht, ist sehr einfach. Für österreichische Verhältnisse, und das ist richtig, haben wir eine sehr hohe Arbeitslosenquote, was aber wirklich keinen freut. Im Europavergleich steht Österreich allerdings sehr gut da. Und daher halte ich auch von den ganzen Studien nichts, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, wo ein paar europäische Bürokraten sagen, wie schlecht wir sind. Diese sollten auf ihren eigenen Mist schauen und dann erst über die anderen schimpfen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben Schwächen in vielen Bereichen – das ist vollkommen richtig. Wir sind in vielen Bereichen dazu angehalten umzudenken und andere Dinge zu machen. Wenn ich mir anschau, welche Vorschläge es dazu gibt, speziell im Finale des deutschen Wahlkampfes, was von der so genannten „Hartz-Kommission“ gekommen ist, dann fangen mir die Ohren zu schlackern an, was hier alles gefordert und was alles gemacht werden soll. Ich glaube daher, das wollen wir alle zusammen nicht, was hier passiert ist. (Abg. Gennaro: „Da habt ihr aber nicht gut ausgesehen!“)

Vieles wurde heute lächerlich gemacht. Ich kann dabei nicht mitspielen, wenn lächerlich gemacht wird, dass diese Regierung noch einmal 600 Millionen Euro in ein Konjunkturpaket investiert, das notwendig ist. Ich verstehe, dass ihr natürlich jetzt Probleme damit habt und sagt, Jesus Maria, das nimmt uns jetzt Themen für den Wahlkampf weg. Es hat euch ja nicht gepasst und ich verstehe das auch vollkommen. Diese Regierung hat jetzt noch einmal einen Kraftakt gesetzt. Wisst ihr, warum die Regierung das überhaupt tun kann? Sie kann es deshalb tun, weil sie die letzten zwei Jahre gut gewirtschaftet und ein Geld auf der Kante hat. Bei euch würde das ohnehin nicht gehen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Den Sozialtopf habt ihr aber ausgeleert!“)

Es würde deshalb nicht gehen, weil aus diversen Löchern, die Sie aufgerissen haben, kann man nichts mehr herausholen. Es war daher möglich, jetzt 600 Millionen Euro in Maßnahmen zu investieren, die sinnvoll und wichtig sind, speziell mit dem Schwergewicht der Jugendbeschäftigung. Ich glaube, das Thema „Jugendbeschäftigung“ ist ein ganz ernstes. Wenn unsere Jugend keine Arbeit mehr hat, dann frage ich mich, wie es mit der Zukunft unseres Landes aussieht. Ich glaube daher, hier sollte man investieren und hier ist es notwendig, auch Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Kurt Gennaro hat vollkommen Recht und dabei unterstütze ich ihn voll (Abg. Kröpfel: „Der Gennaro hat immer Recht!“), er hat nicht immer Recht, aber in vielen Dingen hat er nicht Unrecht, wenn er sagt, dass jeder sich einen Studienplatz ergattern kann und jener, der einen Lehrplatz haben will, hat keine Chance. Das kann es sicherlich nicht sein. Es muss jeder eine Chance haben. Wir haben schon vor vielen Jahren eine Initiative gestartet – ich erinnere an unseren Antrag „Ausbildung für alle“. Es muss jeder die Chance haben eine Ausbildung zu bekommen. Wenn er eine qualifizierte Ausbildung hat, dann ist die Chance auf einen Arbeitsplatz auch eine bessere. Wir stehen zu diesem Paket und wir stehen auch dazu, dass wir für unsere Jugend, aber auch für unsere älteren Arbeitnehmer ein Qualifizierungspaket schnüren, um am Arbeits-

markt bestehen zu können. Nur das ist die Voraussetzung dafür, um in der Zukunft bessere Beschäftigungswerte zu haben. Es geht dabei speziell um die Lehrlinge, um die 1000-Euro-Prämie. Kurtl, jetzt kannst du schimpfen so viel du willst, aber ich glaube, es ist eine große Hilfe für die Betriebe. Ich weiß nicht, ob das die Lösung ist, Kurt, dass du oder die Gewerkschaft schon jahre- und jahrzehntelang den Lastenausgleich einfordert. Wir sind gegen eine weitere Besteuerung beziehungsweise Bestrafung von Betrieben. Wir sind dafür, dass man Betriebe, die ausbilden und unserer Jugend eine Chance geben, belohnt dafür. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Wir sollten Betriebe, die aus verschiedensten Gründen nicht ausbilden können, nicht weiter bestrafen und nicht weiter belasten. So bitte nicht mit uns – auf keinen Fall. Das ist nicht der richtige Weg, den wir gehen müssen. Vieles ist auch wichtig in der Umschulungsphase. Weil wir gerade in der Lohndiskussion sind: Es sind vollkommen richtig die Ansätze. Sind wir nicht alle selbst an dieser Teufelsspirale schuld, dass die Löhne sinken? Jeder von uns will günstig einkaufen. Jeder von uns will günstige Produkte haben. Günstige Produkte heißt günstige Produktionsbedingungen. Und das heißt im Endeffekt bei den Personalkosten etwas zu machen. Das ist ein Teufelskreis, Freunde, aus dem kommen wir nicht raus. Weil zu sagen, ich kaufe was Hochpreisiges und ich will haben, dass es hochpreisig ist und dann geht er aber doch wieder zum billigen Lebensmitteldiskonter und kauft ein. Damit wird der Selbstvermarkter im Ort Y nicht überleben können. Da müssen wir uns schon selber an der Nase nehmen, aus diesem Teufelskreis kommen wir so schnell sicherlich nicht heraus. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von Vollbeschäftigung zu sprechen ist ein schwieriges Thema. Aber wir haben sehr viel getan dazu. Es ist die „Abfertigung neu“ eine ganz wichtige Sache. Und auch das Kindergeld – bitte –, das ist für viele Familien, für viele Mütter eine ganz wichtige Einführung. Ich glaube, ihr kennt sogar die Ansichten eurer großen politischen Hoffnung, des Gusenbauer, nicht, der sogar gesagt hat, das würde er nicht mehr abschaffen. Das kann er nicht mehr abschaffen, weil es einfach eine gute Einrichtung ist, das wieder auf Blau-Schwarz zurückzuführen ist, damit Sie wissen, wo es herkommt und auch die Leute das wissen, wo es wirklich herkommt.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsbericht hat leider ein Problem. Er ist immer die Aufarbeitung von Zeitgeschichte. Aber das ist leider bei Berichten so, wenn man ein Jahr später über etwas schreibt, was eigentlich schon passiert ist. Wichtiger ist es, in die Zukunft zu schauen. Und da ist es wichtig zusammenzustehen, zusammenzuhalten, gemeinsam für unser Land zu arbeiten und sich nicht darüber zu freuen, wenn es uns schlecht geht. (Beifall bei der FPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (16.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Kolleginnen und Kollegen! Geschätztes Publikum!

Herr Kollege Bittmann, Sie sagen, an der Börse sind die Kurse um 5 Prozent gefallen. Das ist ja schrecklich. Jetzt stehe ich da im Landtag und höre von Ihnen, dass ich in der Zwischenzeit völlig verarmt bin. (Beifall bei den Grünen, der SPÖ und der FPÖ.) Ich bin ja kein großer Börsenexperte. Wissen Sie, aber ab und zu blättere ich da zwangsläufig auch einmal drüber und drehe den Radio nicht rechtzeitig ab, bevor die Kurse durchgegeben werden und da bekomme ich mit, dass in der letzten Zeit ab und zu Schwankungen waren, mehr als 5 Prozent. Aber Sie verstehen von diesen Dingen – keine Frage – viel mehr als ich. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Zum Herrn Kollegen Wiedner: Die Stimme der kleinen Leute, Herr Kollege Wiedner, habe ich heute schon zweimal vernommen. Einmal wie Sie sich über die McJobs lächerlich machten und einmal, wie Sie sagten, über Wirtschaftspolitik darf nur der reden, der Arbeitgeber ist. Eindrucksvoll! Eine Pirouette mehr, passen Sie nur auf, dass bei den neuen Sesseln, die dann da reinkommen, nicht irgendetwas eingebaut ist unterhalb und schauen Sie gut, wer den Knopf hat, der diesen Mechanismus dann auslösen wird. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.) Zu Ihrer Anmerkung – Fasching – (Abg. Wiedner: „Fasching!“) – richtig – wenn ich Freiheitlicher wäre, würde ich das Wort „Fasching“ nicht in den Mund nehmen. Ich kann Ihnen das natürlich nicht verbieten. Ich wiederhole das nur für das Protokoll. Zu Ihrer Bemerkung, diese Regierung habe mehr geleistet denn je. Sie ahnen es, das stimmt natürlich, in der Tat. In der Tat muss ich zwei Sachen sagen: Das Erste natürlich, eine derartige Regierungskrise hat es seit 1945 nicht gegeben, das ist das Erste. Das Zweite, das muss man auch dazusagen, es hat auch in dieser Periode Gesetze und gar nicht so wenige gegeben, die auch im Parlament so wie auch hier und heute gemeinsam – das heißt von allen vier Parteien, das heißt mit der Zustimmung auch der Grünen – beschlossen wurden. Selbstverständlich ist es so, damit wir uns bloß nicht missverstehen, dass alles, was diese Bundesregierung gemacht hat, einfach schlecht ist, das ist nicht der Fall. Da brauchen wir gar nicht streiten. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber die Bilanz ist trotzdem beängstigend, und zwar aus zwei Gründen: Das eine habe ich schon gesagt, nicht zuletzt betrifft es dann auch die Arbeitsmarktpolitik. Ich gehe noch auf das dann kurz ein. Und das andere, damit das ja nicht unter den Tisch fällt, wissen Sie, das Theater, die richtigen Worte dafür zu finden, ist inzwischen ja gar nicht möglich. Das ist auch ein Verdienst des einfachen Parteimitgliedes aus Kärnten. Haben Sie übrigens heute schon die Nachrichten gehört? Ich habe mir das angewöhnt, jetzt so alle halben Stunden einmal ins Internet hineinzuschauen. Und zwischendurch war ich gerade im Büro und habe wieder hineingeschaut und es hat sich der Herr Kollege, der zitierte aus Kärnten, ja doch schon wieder entschlossen zurückzukehren. Die Überschrift lautet noch: „Reichhold: Ich bin der Chef.“ Und unten im Text liest man dann davon, dass er gar nichts gewusst hat davon, dass sein einfaches Parteimitglied kandidieren wird in Kärnten. Deswegen ist es dazu

eigentlich nicht mehr möglich, irgendwelche Worte zu finden. Das hat die FPÖ zweifellos geschafft. Deswegen möchte ich etwas anderes sagen an dieser Stelle, nämlich nicht das Theater und diese Purzelbäume des Herrn Haider sind alleine das Problem, sondern das eigentlich Ernste nach meiner tiefen Überzeugung ist das, dass hier eine politische Gruppierung die Verantwortung trägt, überall im Lande nicht in der Lage ist, Persönlichkeiten aufzubieten, die eine eigene Meinung haben und durchtragen, das heißt, Verantwortung übernehmen können, schlicht und ergreifend. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Stellen Sie sich vor, wir hätten jetzt nicht relativ ruhige Zeiten, wären eingebettet in eine Europäische Union, die uns auch ein bisschen etwas abnimmt, nicht nur die Bürokratie, Herr Kollege Wiedner. Nicht nur dieses, stellen Sie sich das vor, und wir agieren mit diesen Personen, die so agieren, wie Sie agieren. Und da ergibt dann ein schiefes Wort das andere. Übrigens im Sinne einer ausgewogeneren Betrachtung dieser Dinge, in der Tat hat also Rot-Grün in Deutschland auch nicht alles so hingekriegt und ist nicht alles dort eitel Wonne und was da geschehen ist. Zum Beispiel schauen Sie sich die Passagen an von Herrn Kollegen Stoiber, wo er sich über Haider äußert, das sowieso, und schauen Sie sich aber auch durchaus die Passagen an, mit welcher Intensität und Ernsthaftigkeit genau die Rolle Deutschlands vor dem internationalen Hintergrund jetzt diskutiert wird. Übrigens ein Grund, dass der Kollege Fischer so viele Stimmen gemacht hat, weil er dann immer noch ein offensichtlich hohes Vertrauen hat in Deutschland. Aber schauen Sie sich das an. Ich sage das jetzt als Österreicher mit Absicht. Und es ist auch differenziert zu betrachten und mit Schmunzeln kann man sich das ja nur anschauen, wie hier argumentiert wird von Seiten der Freiheitlichen Partei, mit Schmunzeln, wenn also die Konjunktur, die herbeizitiert wird jetzt und die Arbeitslosenraten. Wissen Sie, der Schröder hat in der Tat den Mund zu voll genommen und hat gesagt, er wird die 4 Millionen halbieren und hat deswegen auch die Wahl verloren nicht zuletzt. Aber sie haben vergessen dazuzusagen, von wem er die 4 Millionen geerbt hat. Das war dieses schwarz-blaue Experiment, das seinerzeit schon abgewählt wurde in Deutschland und jetzt nicht bestätigt, falls Ihnen das entgangen sein sollte.

Und jetzt zum Bericht, der vorliegt. Ich möchte noch auch hier darauf hinweisen, dass hier einiges Positives festgehalten ist, ein Aufholprozess der Steiermark ausdrücklich. Es wird aber auch festgehalten, dass natürlich angesichts dieses Rückstandes, den wir haben im Innovationsbereich dieser Aufholprozess einfach noch nicht dazu geführt hat, dass man sagen könnte, wir sind großartig, wir sind über dem Durchschnitt, schaut uns an. Das Problem haben wir, wir haben einen großen Rückstand aufzuholen. Und in diesem Zusammenhang auch, weil es heute das Thema war, Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat das schon gebracht, die Sache mit dem Ranking. Ich komme auf das noch einmal zum Abschluss zurück, weil ja hier in dem Bericht ausdrücklich davon die Rede ist, dass auch unsere Exporte in die EU unterdurchschnittlich sind beziehungsweise dass einige Bereiche wie Innovation oder wirtschaftsnahe Dienstleistungen so besonders unterdurchschnittlich ausgeprägt sind. Das hat hauptsächlich mit unserer verkehrsmäßigen Randlage zu tun – dort ist der Punkt. Das „vergisst“ Herr Landesrat Paiarl ganz gerne, wenn er davon redet, dass wir unter die Top 25 kommen. Wie schon gesagt, das „vergisst“ er ganz gerne, weil da sind die Verantwortlichen schneller festgemacht als ihm wahrscheinlich lieb ist. Das weiß auch die Industriellenvereinigung, Herr Kollege Bittmann. Ich brauche Ihnen nicht zum 150. Male das Positionspapier der Industriellenvereinigung zitieren, die lauthals seit vielen Jahren genau das beklagt, wie insbesondere die Bahnverbindungen in der Steiermark ausschauen. Damit komme ich zum Abschluss:

Nicht die Straßen, wohl was die Position der IV anbelangt. Die Steiermark hat von allen europäischen Regionen die größte Dichte pro Einwohner, die größte Dichte Europas, was Hochleistungsstraßen anbelangt. Wir bauen die besten und die modernsten Bahnen Europas in Graz, in Zeltweg und selber haben wir die Langsamsten – das ist der Punkt. In Deutschland, mitten im rot-grünen Chaos, fährt der Eilzug doppelt so schnell als bei uns der Intercity – das ist der Punkt. Zum Abschluss, weil meine Redezeit vorbei ist, möchte ich einen Entschließungsantrag einbringen. Ich hoffe nicht zuletzt auf die Unterstützung der Rebellinnen aus Knittelfeld, geht es hier doch um die Abfangjäger. Ich erspare mir die Begründung und komme gleich zum Antragstext. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, keine Abfangjäger zu kaufen und statt dessen eine Steuerreform zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen in die Wege zu leiten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (17.07 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass die Aufmerksamkeit, wenn ich zum Rednerpult gehe, so groß ist. Sie können daher ordentlich hören, was ich zu sagen habe.

Vielleicht ist auch einiges dabei, meine Damen und Herren, was Sie ein wenig zum Nachdenken bringt. Kollege Bittmann und Kollege Wiedner, wenn Sie unseren Landeshauptmannstellvertreter Voves in einer Form heruntermachen und persönlich beleidigen und wenn Sie sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves würde das, was er hier gemeint hat, nicht so verstehen, dann kann ich Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, dann fragen Sie Ihren Finanzreferenten bei der ÖVP, dann fragen Sie die Wirtschaftskapitäne Österreichs, die sich in der Wirtschaft auskennen. Diese werden Ihnen bestätigen, dass Landeshauptmannstellvertreter Voves in der Wirtschaft 14 Jahre als Finanzvorstandsdirektor gearbeitet hat und dort Bilanzen gelegt hat, die sich sehen lassen konnten. Wo das Unternehmen Fortschritte gemacht hat und wo 1000 Mitarbeiter beschäftigt sind und wo es

nicht darum gegangen ist, Worthülsen zu verbreiten, sondern Taten zu setzen. Ihnen steht es überhaupt nicht zu, meine Damen und Herren, in dieser Form Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves zu kritisieren und zu beleidigen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich entschuldigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Was hier passiert, meine Damen und Herren, ist unterste Schublade.

Ich weiß, dass Sie jetzt nervös werden, weil Landeshauptmannstellvertreter Voves an der Spitze unserer Partei steht. Das verstehe ich vollkommen, weil Sie bereits mitbekommen haben, dass Kollege Voves das neue Miteinander für unser Land ernst meint, dass er es lebt, dass er, wenn er Sorge hat um die Arbeitsplätze, wenn er Sorge hat, dass es den Menschen schlecht geht, sein Wort erhebt. Das ist für ihn selbstverständlich. Allerdings mit einem Unterschied: Er meint es ernst und Sie sprechen nur davon, meine Damen und Herren. Und das werden die Leute in diesem Land mitbekommen (Abg. Majcen: „Darum habt ihr verloren!“) und das werden die Menschen in diesem Land auch das nächste Mal honorieren. Die Sorge um den Arbeitsplatz hat auch in Deutschland eine große Rolle gespielt hat und auch dort traut man den Sozialdemokraten eher zu, Arbeitsplätze zu sichern und Menschen zu beschäftigen – auch wenn es schwierig ist. Das hat die deutsche Wahl, meine Damen und Herren, gezeigt. Ihr habt dabei aber einen Fehler gemacht: Ihr habt zu früh gefeiert und wie immer den Mund zu voll genommen. Ihr geht hinaus, feiert und nachher ist etwas anderes Realität, meine Damen und Herren. Wenn Sie sagen, bei der Börse ist alles gefallen, ein Wort dazu: Das Wahlergebnis ist geblieben und das war den Deutschen wichtig, meine Damen und Herren, auch wenn es euch nicht passt. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ihr hergeht und Kollegin Bachmaier-Geltewa kritisiert, die täglich in der Arbeiterkammer zig Menschen empfängt, die Sorgen haben, weil sie mit 50, 55 Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren und keinen mehr bekommen, weil die Wirtschaft sagt, wenn du 45 oder 50 Jahre alt bist, bist du ohnehin schon für alles zu alt (Abg. Bittmann: „Was heißt die Wirtschaft?“), dann meine ich, dass ihr verantwortlich seid, meine Damen und Herren. Ihr beruft euch ja ständig darauf, dass ihr die Wirtschaftskompetenz habt. Es ist eure Wirtschaft, die 50-Jährige für alt abstempelt, aus den Betrieben hinausstellt. Eure Regierung hat sie dann in die Arbeitslose, in den Notstand und in die Sozialhilfe geschickt, meine Damen und Herren. Leute, die 40 Jahre ihre Beiträge bezahlt haben, müssen heute oft mit 50, 55 Jahren bis 61,5 mit Sozialhilfe und Notstand auskommen. Man schickt diese Personen in ein Schicksal, welches sich keiner von uns vorstellen kann. Das ist euch aber anscheinend egal, weil wichtig ist euch nur ein Nulldefizit, das ihr ohnehin nicht zusammengebracht habt. Dass sich diese Regierung aufgelöst hat, meine Damen und Herren, ist für keinen, der sich mit Politik befasst, eine Überraschung. Ihr hättet auf uns hören sollen. Wir haben Wolfgang Schüssel gesagt, mit dieser FPÖ, mit dieser Haider-FPÖ ist kein Staat zu machen. Ihr habt es ja nicht geglaubt. Wolfgang Schüssel hat ein Türschild gebraucht, auf dem „Bundeskanzler Schüssel“ drauf steht. Das Türschild hat er gehabt, aber was er in den zweieinhalb Jahren den Österreicherinnen und Österreichern angetan hat, dass dieses Land einen Rückschritt genommen hat wie nie zuvor, das ist diese Last, die wir alle zu tragen haben, alle, die ihren Arbeitsplatz verlieren, alle, die ein geringes Einkommen haben, alle, die Ambulanzgebühren bezahlen müssen, alle, die Studiengebühren bezahlen müssen, meine Damen und Herren. Das sind diejenigen, die darunter leiden, dass es diese Regierung gegeben hat, nur weil Schüssel geglaubt hat, er muss Bundeskanzler werden. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Wahlkampf!“) Mit dem Wahlkampf haben Sie angefangen, nicht ich. Wenn ich mir die Kollegen Wiedner und Bittmann angehört habe, dann frage ich Sie, was war denn das anderes? Lassen Sie mich zur Untersuchung noch etwas sagen: Wir waren immer sehr froh, wenn seinerzeit uns Landesrat Ressel und auch Landesrat Paierl erklärt haben, dass die Steiermark gut dasteht. Nämlich mit der gleichen Studie, die heute aufliegt. Wenn uns Landesrat Paierl erklärt hat, wir sind von 140, 150 auf 53 vorgerückt. Ich meine, das war auch ein gemeinsames Bemühen, dass es so gekommen ist. In den letzten Jahren hat Kollege Paierl bei jeder Gelegenheit erklärt, wie gut wir sind und wie gut die Faktoren sind und wie gut die Werte sind. Wir freuen uns auch, wenn es so ist. Frau Landeshauptmann hat bei vielen Reden ebenfalls erklärt, dass wir bei diesem Ranking in der EU so weit vorgerückt sind. Und irgendwo habe ich auch schon gehört, unser Ziel muss es sein, unter die 30 Topregionen zu kommen. Jawohl, das muss es sein. Wenn dann der Herr Landeshauptmannstellvertreter hergeht, wenn eine Studie erscheint, die folgende Daten zeigt, meine Damen und Herren, dann akzeptieren Sie das. (Abg. Bittmann: „Falsche Studie!“) Hören Sie mir bitte zu, weil ihr habt es nicht angeschaut. Es wurden folgende Basisdaten, liebe Freunde, zugrunde gelegt: Die Qualifikation, Wirtschaft und Beschäftigung, Marktpotenzial und Kaufkraft, Kommunikation und Infrastruktur. Meine Damen und Herren, wenn ich mir den Generalverkehrsplan anschau, bei dem die Steiermark massiv benachteiligt wird, dass Niederösterreich 75 Prozent der Infrastruktur bis 2011 bekommt und wir kommen dort nicht einmal mit einem Stückerl vor, dann wundert es mich nicht, dass wir beim Ranking so weit zurückgefallen sind. Und der Verkehrsreferent und die Frau Landeshauptmann sagen noch immer, es ist ein guter Generalverkehrsplan. Wenn internationale Beobachter schon zur Auffassung gelangen, dass wir benachteiligt werden, dann müssen wir alles tun, dass wir das wieder verändern. Lieber Kollege Paierl, es geht halt nicht allein mit Studien, sondern man muss den Studien auch Taten folgen lassen. Und wenn ich mir im Bundesländervergleich anschau, dass die Steiermark wieder einmal – und das sagt diese Studie – von allen Bundesländern am schlechtesten gestellt ist und dass das international festgestellt wurde, dann kann da irgendetwas nicht stimmen. Und ich sage Ihnen, was hier nicht stimmt: Politik ist eine Frage der Gestaltung und nicht ein Frage der Verwaltung. Ich glaube, dass die Politik in den letzten zweieinhalb Jahren in Österreich nur verwaltet hat und nicht gestaltet hat und das ist das Ergebnis davon. (Beifall bei der SPÖ.)

Und die steirische ÖVP und die Freiheitliche Partei haben dieser Bundesregierung stets die Mauer gemacht und damit das alles mitzuverantworten. Sie haben nämlich immer gesagt, es ist ihre Lieblingsregierung. Nur um zu erreichen, dass ein schwarzer Bundeskanzler namens Schüssel, der in Wirklichkeit dieses Chaos verursacht

hat, an der Spitze dieses Staates steht, haben Sie den Österreichern das alles aufgebürdet. Aber das werden die Österreicherinnen und Österreicher wohl wissen. Und ich glaube, die Zeit des Märchenerzählens ist mit dieser Studie vorbei. Ich würde um noch etwas bitten, meine Damen und Herren, es gibt einen Regierungsbeschluss, wo Selbstdarstellung mit Namen und Fotos absolut nicht zulässig ist. Der Regierungsbeschluss ist vom 5. Februar 2001. Ich sage Folgendes: Bitte mehr Taten wie Selbstdarstellung. Es hat im „Trend Spezial“ im September eine Sonderbeilage der Steiermark gegeben. Und es ist ja insofern gut, dass man die Steiermark darstellt, aber es war in Wirklichkeit nur eine Darstellung der ÖVP-Politiker. Weil unter dem Titel, auch dort, wo Werbung steht, wo die Steuerzahler der Steiermark das bezahlt haben, gibt es von Landeshauptmann Klasnic sechs Nennungen, Landesrat Paierl drei Fotos (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Haben Sie mitgezählt?“), 21 Nennungen, davon im Werbungsteil neun Nennungen auf einer Seite, Pörtl, Hirschmann, alle ÖVP-Mitglieder haben auf Kosten der Steuerzahler eine Selbstdarstellung ihrer eigenen ÖVP-Meinung hier niedergeschrieben. Ich sage, meine Damen und Herren, für was fasst ihr diese Beschlüsse überhaupt? Ihr habt ja die Mehrheit dazu, diese nicht zu fassen, wenn sich ohnehin keiner dran hält. Ich würde mir schon erwarten, dass der Machtrausch nicht so weit geht, dass ich jeden Beschluss, den ich fasse, am nächsten Tag schon wieder breche. Ich bitte dich, Herr Landesrat, dass du diese Daten, die hier vorliegen, ernst nimmst, dass du diese Warnung, die der Herr Landeshauptmannstellvertreter ausgesprochen hat, ernst nimmst. Und wenn du wirklich nicht weiter weißt, er wird dir sicher weiterhelfen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.17 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Drexler. Ich erteile ihm das Wort. Danach der Herr Abgeordnete List, bitte, in Vorbereitung. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Mag. Drexler (17.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist hier schon einiges gesagt worden. Im Grunde genommen war das, was wir gestern erlebt haben, ein Anschlag auf den Wirtschaftsstandort Steiermark. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich frage Sie, wie wollen Sie in diesem Land neue Unternehmungen ansiedeln, wenn Sie ihnen vorher erklären, dass es hier furchtbar und schleißig ist und sie ja nicht kommen sollen? (Landesrat Dr. Flecker: „Wenn es der Paierl so weit gebracht hat. Man kann sie ja nicht anlügen!“) Wie groß muss die Ratlosigkeit bei Ihnen und Ihrem Regierungsteam, aber auch beim Landtagsklub sein angesichts der erfolgreichen Wirtschaftspolitik von Waltraud Klasnic und ihrem Team und insbesondere der erfolgreichen Wirtschaftspolitik von Herbert Paierl? Wie groß muss da die Ratlosigkeit sein, wenn Sie jeden Strohalm, den Sie finden können (Landesrat Dr. Flecker: „90 Plätze hinunter, das ist kein Strohalm, das ist Sache“), etwas Negatives über dieses Land zu sagen, begierig aufgreifen, um dieses Land schlecht zu machen? (Beifall bei der ÖVP.)

Es fehlt Ihnen offensichtlich an Konzepten. Es mag sehr schön sein, wenn du vorhin erklärt hast, dass der Sommer dazu genützt wurde Gespräche zu führen. Es hat nämlich schon etwas Positives, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bin zum ersten Mal seit der Erklärung Ihrer Wahl, dass Sie das Sozialstaatsvolksbegehren unterstützen und auch andere einladen, es zu unterstützen, in den Genuss einer politischen Äußerung von Ihnen gekommen. Das ist die positive Seite dieser Medaille. Aber wenn das so aussieht, dass Sie hergehen und dieses Land schlecht machen (Landesrat Dr. Flecker: „Das Land wird durch die schlecht gemacht, die runterwirtschaften!“) und damit den Boden dafür bereiten, dass es keine gedeihliche Entwicklung gibt, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, dann war das kein – (Landesrat Dr. Flecker: „Das ist die Bundesregierung und so Typen wie Sie!“) Schauen Sie, der Herr Klubobmann Schrittwieser hat vorhin erklärt, Landeshauptmannstellvertreter hat eine umfangreiche Erfahrung in der Versicherungswirtschaft. Stellen Sie sich vor, Sie sind noch Vorstandsdirektor in einer Versicherung, dann wollen Sie wahrscheinlich den Leuten möglichst viele Versicherungen verkaufen und wollen möglichst viele Versicherungsnehmer haben. Und dann präsentieren Sie nebenbei eine Studie, in der Sie den Leuten sagen, aber passt auf, kauft die Versicherung nicht, weil mit 65, wo ihr die Krankenversicherung brauchen werdet, könnt ihr sie euch nicht mehr leisten. Das ist die Logik Ihres Vorgehens dieses gestrigen Tages. Ich glaube, das ist nicht sonderlich positiv. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Landesrat Paierl wird – glaube ich – noch einiges über die Qualität dieser Studie und die Kriterien und das, was eingefordert worden ist, sagen. Ich kann Ihnen aber schon eines sagen. Irgendwann einmal ist es zu wenig. Wir erleben das, seitdem die Bundesregierung im Feber 2000 ihr Amt übernommen hat. (Abg. Schrittwieser: „Nur mehr zwei Monate!“) Ich kenne das insbesondere von der Arbeiterkammer, insofern hat mich der Kurt Gennaro nicht sonderlich überrascht. Alles ist schlecht, alles ist grauslich, alles ist furchtbar! Ja, um Himmels willen, was ist denn das für ein Konzept? (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt sage ich dir einmal was, Kurt! Ich gestehe dir etwas: Vor der Landtagswahl 2000 haben wir ja alle miteinander reihenweise auch Konzepte und Broschüren und dergleichen mehr geschrieben. Und da haben wir unter anderem in Broschüren, die wir auch regional mutiert haben, den Satz drinnen gehabt, dass sich die Arbeitslosigkeitsentwicklung in der Steiermark positiv entwickelt hat, weniger Arbeitslose, die Arbeitslosenquote sich zunehmend an die österreichische angleicht. Und wir haben den Satz hineingeschrieben: „Wenn sich diese Entwicklung fortschreiben lässt, werden sich diese beiden Kurven einmal kreuzen und die Arbeitslosenquote in der Steiermark geringer sein als im Österreichschnitt!“ Und ich gestehe dir Kurt, ich habe das nicht wirklich geglaubt, dass das passieren wird. Aber jetzt, in den von dir angesprochenen furchtbarsten und grauenhaftesten Zeiten haben sich diese beiden Kurven heuer zwei Monate, drei Monate lang geschnitten und ich stehe nicht an, dass es jetzt ein Zehntel Prozentpunkt im August wieder anders war. Nur, bitte, wer hätte sich denn das vorstellen können, dass wir eine geringere Arbeitslosigkeit in der Steiermark haben als im Österreichschnitt in den glorreichen Zeiten, als sozialdemokratische Wirtschaftspolitik noch zum Kollaps der verstaatlichten Industrie

geführt hat? (Abg. Gross: „Aber den höchsten Anstieg!“) Den höchsten Anstieg? (Abg. Gross: „Höher als der Durchschnitt von Österreich!“) Wie soll sich das ausgeben mathematisch, wenn der Anstieg bei uns am höchsten ist, aber wir dennoch unter den Schnitt gefallen sind? Das besprechen wir nachher extra. Das kommt mir insgesamt ein bisschen eigenartig vor. (Abg. Schrittwieser: „Du brauchst diese Regierung nur mehr zwei Monate verteidigen!“) Leidenschaftlich werde ich diese Regierung auch weiterhin verteidigen. Diese Regierung hat, glaube ich, Großartiges geleistet. Es ist jetzt ein bisschen unübersichtlich geworden in den letzten Wochen. Aber ich gehe davon aus, dass auch in Zukunft eine Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel für geordnete Verhältnisse in diesem Land sorgen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich sage, Gott behüte uns vor rot-grüner Wirtschaftspolitik in diesem Lande. (Abg. Hagenauer: „Wer wird der Vize?“) Bitte, Herr Kollege Hagenauer? (Abg. Hagenauer: „Wer ist denn der Vize?“) Das werden wir sehen. Sie können ja dem Wähler nicht vorgeifen und die Wahlen im Vorhinein schon wegdiskutieren, indem wir hier schon die einzelnen Positionen vergeben. Ich gehe aber schon davon aus, dass es nach dem Kabinett „Schüssel 1“ auch ein Kabinett „Schüssel 2“ geben wird. Davon ist relativ sicher auszugehen. Der Van der Bellen hat sich ja auch selbst aus dem Rennen genommen. Jedenfalls das Entscheidende zu diesem Wirtschaftsbericht ist – und das ist ja heute schon wortreich beschrieben worden –, dass hier eine positive Entwicklung der Steiermark beschrieben wird, auch und gerade vor dem Hintergrund schwieriger konjunktureller Ereignisse in den letzten eineinhalb, zwei Jahren. Und genau das ist das Bemerkenswerte, das wir auch angesichts einer schlechteren Konjunktur im weltweiten Vergleich – und das werdet ihr ja auch nicht glauben, dass wir die jetzt mir nichts dir nichts ändern können und sozusagen alles, was jetzt hier an einzelnen Zahlen in der Statistik auftaucht und was vielleicht konjunkturell begründet ist, dass wir das jetzt hier mit einem Handstrich lösen können. Tatsächlich ist es aber so, dass sich vor dem Hintergrund dieser schwierigen Bedingungen die Steiermark exzellent bewährt hat. Und genau diese erfolgreiche Politik, genau dieses exzellente Bewähren vor einem schwierigen konjunkturellen und weltwirtschaftlichen Hintergrund dürfte das Motiv dafür sein, dass euch überhaupt nichts mehr anderes einfällt, als unter welchen Gründen oder unter Herbeiziehen welcher Argumente immer dieses Land schlecht zu machen und damit die Stimmung vermeintlich aufzubereiten für einen Wechsel im Bund, im Land, wo immer. Ich glaube, die Steirerinnen und Steirer wissen, wie die wirtschaftliche Situation in diesem Land aussieht und dieser Bericht hat sie exzellent dargestellt. Ich glaube, dass wir keinerlei Schlechtmache – von wem auch immer – brauchen. Noch einmal und abschließend gesagt: Ich hoffe, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Wer den Standort Steiermark schlecht macht, verhindert Beschäftigung und verhindert Arbeit in diesem Land. Ich glaube nicht, dass das das Ziel der Sozialdemokratie sein kann. Ich appelliere daher an Sie, lassen wir das. Es war zwar positiv, dass wir einmal eine politische Meldung gehört haben, aber vielleicht suchen wir uns jene Berater, die eine positivere Linie führen könnten. Herzugehen und alles schlecht zu machen, das zeigt nur die Ratlosigkeit gegenüber der erfolgreichen Politik, die in diesem Land geführt wird. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 17.26 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Er ist am Wort. Herr Abgeordneter, Sie haben zehn Minuten Redezeit maximal.

Abg. List (17.26 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Herren Landeshauptmannstellvertreter, werde Regierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Anfänglich muss ich eine Aussage des Kollegen der Grünen, Herrn Abgeordneten Hagenauer, entschieden zurückweisen! Er hat den einen oder anderen unserer freiheitlichen Kollegen im Landtag als Rebellen oder Putschler bezeichnet. Das, Herr Kollege Hagenauer, ist eine Kriminalisierung von Abgeordneten in diesem Haus. (Beifall bei der FPÖ.)

Diese Damen und Herren, die das Papier in Knittelfeld unterzeichnet haben, haben ihr demokratisches Recht in Anspruch genommen, nämlich Statuten zu gebrauchen. Auf Grund ihrer Sorgen um dieses Land haben sie diese auch eingesetzt. Ich verwehre mich daher gegen diese Aussage. Jeder von diesen Herren und Damen ist weit mehr Demokrat als Sie. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein weiterer Punkt, Herr Kollege Hagenauer, der mir die Galle ein wenig hochkommen ließ: Es war wieder einer ihrer schwachen Versuche, hier eine Diskussion über den Landeshauptmann und Ex-Parteiboss, das Mitglied unserer Partei Dr. Jörg Haider zu initiieren. Ich finde es hervorragend, wenn der Kärntner Landeshauptmann für die kommende Nationalratswahl als Landeshauptmann, als freiheitliches Mitglied auf einer Liste an letzter Stelle steht. Das zeigt Solidarität, das zeigt Geschlossenheit und nicht das, was Sie wollen. (Beifall bei der FPÖ.)

Das zeigt, dass wir jetzt gemeinsam arbeiten und für neue Taten gerüstet sind. Ich habe mich jetzt mit Ihnen zwei Minuten beschäftigt und das war schon zu viel.

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, jetzt werde ich zum Wesentlichen kommen, nämlich zur Schuld, warum wir heute so diskutieren und dass das Land sich in diesem Zustand befindet: Die Schuld und die Ursachen für diese Situation sind 30 Jahre unverantwortliche Verschwendungspolitik der SPÖ-Finanzminister. (Beifall bei der FPÖ.)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie hätten sich informieren müssen oder sollen mir zuhören: 30 Jahre unverantwortliche Verschwendungspolitik. Wenn das nicht gewesen wäre, dann bräuchten wir heute nicht diskutieren und könnten in Ruhe für das Land arbeiten. Jeder Arbeitnehmer hätte monatlich 500 Euro mehr im Geldbörsel, das sind in etwa 7000 Schilling, wenn die Sozialdemokraten dieses Desaster nicht hinterlassen hätten. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun zum Klubobmannstellvertreter, zu dir, Kurtl Gennaro: Du hast anscheinend alles vergessen. Du redest nur noch von der Gegenwart. Auch deine Kollegin Bachmaier-Geltewa hat alles vergessen. Sie hat nur schlechte Beispiele und Verfehlungen in eigener Verantwortung dargestellt. Zum Beispiel in Bruck, in Kapfenberg, draußen in Wien, also dort, wo es in eurer Verantwortung Probleme gibt. Das ist alles sozialdemokratische Verantwortung. Die Milliardengräber, die die Sozialdemokraten hinterlassen haben, sind diese vergessen? Die Milliardengräber in der Verstaatlichten, die Konsumpleite. Ist das alles vergessen? Ich bitte daher, schon vor der eigenen Tür zu kehren, Herr Kollege und Klubobmann. (Abg. Schrittwieser: „Hast du die alte CD erwischt?“) Kannst du dich noch an die 350 Millionen Schilling Schulden in der eigenen, eurer Parteikasse erinnern? Ihr wart nicht mehr Herr der Lage. Vielleicht kann das der neue Finanzminister, falls ihr in die Regierung kommt, regeln. (Abg. Gennaro: „Erinnert euch an eure Täter!“) Die rote Karte für die Sozialdemokraten und für die Grünen. In der heutigen Diskussion in diesem Haus tritt eines ans Tageslicht: Sie wollen zurück in die Regierung. Wenn Ihnen der Wähler das Vertrauen gibt, dann ist es in Ordnung. Der Wähler muss aber wissen, dass es ein schwerer Rückfall sein wird. Wir werden wieder in die Verschuldung kommen, wie es in den letzten 30 Jahren schon der Fall war. Die Arbeitslosigkeit wird steigen und wir werden uns an das Niveau Deutschlands anpassen. Wir werden nicht 200.000 Arbeitslose, sondern 400.000 Arbeitslose haben und viele andere Probleme mehr haben. Dann haben wir das Niveau, das Rot und Grün zusammenbringen werden: Einen Bundeskanzler Gusenbauer und einen Vizekanzler Van der Bellen. Ich glaube, das Team wird am 24. November dieses Jahres eine Abfuhr bekommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich gehe jetzt nicht her und werde den Finanzlandesrat verteidigen. Er kann sich selbst wehren. Für mich geht es darum, dass wir auf keinen Fall zulassen dürfen, dass Rot und Grün in die Regierung kommen. Wir müssen daher weiterarbeiten! Wir haben einige Fehler gemacht und diese auch eingestanden. Wir Freiheitlichen haben uns am letzten Samstag in Oberwart konsolidiert und sind für künftige Taten bereit. Wenn uns die Bürger haben wollen, dann werden wir das auch schaffen. Wir werden auch wiederum eine Regierungsbeteiligung anstreben. (Beifall bei der FPÖ.)

Vielleicht nicht mehr mit 27 Prozent, aber wir werden versuchen, jeden einzelnen Wähler zurückzugewinnen! Damit werden wir sicherlich Rot-Grün verhindern!

Jetzt zurück zu den Problemen, die eigentlich die Sozialdemokratie zu verantworten hat: Klubobmannstellvertreter Kollege Gennaro hat von Rahmenbedingungen gesprochen. Wo sind sie? Die Sozialdemokraten haben in den letzten 30 Jahren keine Rahmenbedingungen geschaffen. (Abg. Gennaro: „Du warst bis jetzt immer in einem sicheren Job!“) Sie haben keine Rahmenbedingungen geschaffen, als es um den EU-Beitritt gegangen ist. Sie sind ohne Wenn und Aber in die Europäische Union geflüchtet, haben Österreich und damit die Steiermark um einen Pappenstiel an Europa verkauft. Dabei nicht seriös verhandelt, nicht für Österreich gekämpft und nicht die Interessen der Steiermark wahrgenommen. Das war einfach zu wenig! Jetzt haben wir die Situation, dass wir uns Sorgen um die Arbeitsplätze machen müssen. Das Problem der EU-Osterweiterung steht in Bälde an. Daher verstecken wir uns als Freiheitliche nicht hinter einem Brief, sondern stehen zu dem Brief von der Frau Landeshauptmann an den Herrn Bundeskanzler, in dem sie sich ernstlich Sorgen um die Steiermark macht. Insbesondere weil auf dem Gebiet der Landwirtschaft Probleme auftreten können, weil Verdrängungen auf dem Arbeitsmarkt passieren, weil die hereindrängenden Arbeitskräfte um 30 Prozent des Lohnniveaus arbeiten werden und vieles andere mehr Angst macht. Ich darf Sie, Frau Landeshauptmann, im Namen unserer Fraktion bitten, dass dieser Brief, der abgeschickt wurde, nicht nur abgeschickt wurde, sondern dass Sie den Inhalt dieses Schreiben einfordern werden. Sie werden verlangen, dass die Interessen der Steiermark auch von Bundeskanzler Schüssel und allen Verhandlern mit der Europäischen Union ernst genommen und nicht nur als einfache Lippenbekenntnisse dargestellt werden. Das darf ich und dürfen wir als Steiermärkischer Landtag von Ihnen, Frau Landeshauptmann, erwarten. Sie müssen darauf drängen, dass dieser Brief wirklich dorthin kommt, wo er hingesandt wurde und dass Sie auch die Anliegen vehement für die Steiermark einfordern werden. Damit Sie auch sehen, dass die Freiheitlichen arbeiten und wir uns sehr viele Sorgen um die Grenzbezirke der Steiermark machen, haben wir eine Grenzlandkonferenz durchgeführt. Dort viele Dinge erarbeitet, die für die Steiermark, für die Grenzregion, die Bezirke Feldbach, Fürstenfeld, Radkersburg, Leibnitz und Deutschlandsberg interessant sind. Als Ergebnis dieser Beratungen darf ich jetzt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, der sich mit der Verbesserung der Infrastruktur des steirischen Grenzlandes befasst. Aus zeitökonomischen Gründen verzichte ich auf die Begründung und beschränke mich auf die Antragsformulierung. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, nachstehende Forderungen umzusetzen beziehungsweise in ihrem eigenen Wirkungsbereich durchzuführen:

Erstens: Für die Bevölkerung des Grenzlandes sind geeignete Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu schaffen. Bisher besteht nur ein Fachhochschullehrgang im Grenzland Bad Gleichenberg. Es besteht Aufholbedarf. (Präsident: „Ich ersuche um Einhaltung der Redezeit!“)

Ich bin schon beim Entschließungsantrag.

Zweitens: Ausbau und Erweiterung der Höheren Technischen Bundeslehranstalt Kaindorf.

Drittens: Errichtung einer Höheren Technischen Lehranstalt für EDV und Maschinenbau im Bezirk Deutschlandsberg.

Viertens: Umsetzung der von der Bundesregierung für das Grenzland versprochenen Grenzlandmilliarde.

Fünftens: Weitere Unterstützung von Investitionen im steirischen Thermenland, damit Arbeitsplätze im Bereich Wellnesserholung, der ohne Zweifel ein Wirtschaftszweig mit Zukunft ist, gesichert und geschaffen werden.

Sechstens: Sinnvolle effiziente Nutzung aller im steirischen Thermenland vorhandenen Ressourcen und Tourismusangebote und verstärkte gemeinsame Vermarktung der steirischen Thermen. Das steirische Thermenland soll ein Begriff werden, der europaweit für Wellness, Erholung und intakte Naturlandschaft steht.

Siebtens: Schwerpunktsetzung bei der Vergabe der Bedarfszuweisungen zur Umsetzung von Leitprojekten mit größter regionaler Bedeutung zur Strukturverbesserung.

Achtens: Anbinden des steirischen Grenzlandes an die europäischen Verkehrsnetze durch den raschestmöglichen Bau der Koralmbahn.

Neuntens: Stärkung der Infrastruktur der Grenzlandregion, um eine gute Erreichbarkeit der Region sowie eine Anbindung an die neuen EU-Staaten Slowenien und Ungarn zu gewährleisten. Eine verbesserte Infrastruktur ist eine unerlässliche Notwendigkeit für zukünftige Betriebsansiedlungen.

Zehntens: Ausbau von Südbahn und Ostbahn zu leistungsfähigen Verkehrswegen zu den neuen EU-Mitgliedsländern Slowenien und Ungarn.

Ich darf Sie bitten, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, dass wir geschlossen hinter diesen Forderungen stehen und darf Sie ersuchen, diesem Unselbstständigen Entschließungsantrag zuzustimmen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.36 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gennaro. Ich ersuche um Einhaltung der Redezeit, nachdem die ersten 20 Minuten schon weg sind.

Abg. Gennaro (17.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte noch einmal betonen, dass das keine – wie immer unterstellt wird – Art ist, dass wir das Land schlecht machen, sondern die Politik machen wir schlecht, meine Damen und Herren. Und es wird unser Recht sein, dass wir aufzeigen – (Abg. Bittmann: „Was denn dann?“) Kollege Bittmann, bitte höre zu, du hast noch viel Nachholbedarf zu lernen, du sprichst über Dinge, über die du wirklich nicht Bescheid weißt.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, in aller Kürze, wenn der Kollege Wiedner herausgeht und sagt, von der Wirtschaft darf nur einer reden, der ein Unternehmer ist, dann darf ich dir sagen, ich will das auch nicht abwerten, du bist ein Gasthausbesitzer, ist auch in Ordnung, aber ein Gasthaus mit einem Wirtschaftsbetrieb zu vergleichen ist auch ein bisschen überheblich. Aber da soll man nicht auf andere hinweisen, denn nachweislich gibt es Leute, die sehr wohl von Wirtschaft was verstehen. Und wenn du genau zugehört hättest, dann wäre dir etwas eingefallen.

Und noch etwas, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Partei! Der Abgeordnete Hagenauer hat gesagt „Fasching“. Ich bin dem Grundsatz nach ein seriöser Mensch.

Wenn jemand am Boden liegt, steigt man nicht drauf. Aber wenn jemand bis da her, bis zum Mund im Dreck steckt, dann soll er ihn nicht so weit aufreißen. Denn eines steht fest: Wenn ihr da die Regierung jetzt so lobt, wie gut das war, dann darf ich eines sagen. Ich habe mich am letzten Tag im Parlament noch ein bisschen umgeschaut. So wie ihr eure Vizekanzlerin und euern Finanzminister dort im Regen stehen habt lassen, eure Fraktion, das war zum Angreifen. Kein Mensch hat sich am Tisch dazugesetzt, kein Mensch hat mit ihnen geredet. Und wisst ihr, was sie gemacht haben in Wahrheit? Darum hat auch die Vizekanzlerin von allen Fraktionen in irgendeiner Form lobende Worte gehört. Die haben in Wahrheit das durchgezogen, was der Haider in der Regierungserklärung mit dem Schlüssel, wie er sich in seinen Porsche hineingehaut hat und herübergegrinst hat, dass er mitfahren darf, dass sie das vereinbart haben. Und plötzlich hat der Barentaler gemerkt, weil er nur ein einfaches Parteimitglied ist, dass die FPÖ bei allen Wahlen immer mehr im Sinkflug begriffen ist. Und ihr selber, meine Damen und Herren, habt die Regierung gesprengt und kein anderer. Und jetzt stellt ihr euch her, dass es eine gute Politik wäre. Ihr müsst euch ja schämen. Auf der einen Seite haut ihr die Leute hinaus, die eure Dinge umgesetzt haben. Aber warm ist es euch geworden unterm Hintern, um das steirisch zu sagen, deswegen hat die Regierung gehen müssen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch einen Satz zur Arbeitsmarktsituation, einen Satz, ich werde meine Redezeit sicher einhalten.

Und das hat es früher auch gegeben, dazu bekenne ich mich. Wenn wir heute von Arbeitslosigkeit geredet haben, unterstelle ich jedem – und das ist eine Riesenschweinerei, ich sage das so, auch wenn ich einen Ordnungsruf bekomme – zu unterstellen, dass sich jemand im Land von unserer Fraktion freut, weil es schlechter ist. Im Gegenteil – und ich stehe nicht an zu sagen, ich muss es wiederholen, weil es sitzen jetzt wieder andere Leute hinten im Zuschauerraum. Wir haben auch anerkannt, wenn in der Steiermark eine positive Entwicklung war. Wir haben einen Aufschwung gehabt, es ist da im Haus – und es ist nachlesbar in den Protokollen – von allen bekundet worden. Aber ihr werdet uns auch zugestehen müssen, wenn es schlechter wird, dass wir aufmerksam machen, Freunde, Gefahr in Verzug, man muss was tun. Und wenn ihr euch die Arbeitslosenzahlen genau anschaut, dann müsstet ihr draufkommen, wie viel noch versteckte Zahlen an Arbeitslosigkeit, die nicht offiziell ausgewiesen werden, ich sage euch nur schnell, Leute, die keinen Anspruch auf ein Arbeitslosengeld haben, die nicht als Arbeit suchend gemeldet sind, aber gern arbeiten wollen, die Kindergeld beziehen und nebenbei arbeiten wollen oder müssen, meine Damen und Herren. Personen, die keinen Anspruch mehr auf Notstandshilfe

haben, die werden nicht registriert, die keine Arbeitsbewilligung erhalten. Wenn man alle diese Bereiche zusammenzählt, wäre bedauerlicherweise die Arbeitslosenrate über 10 Prozent, meine Damen und Herren. Das will ich zur Klarstellung sagen.

Und zu den Entschließungsanträgen der Freiheitlichen und der Grünen, wir werden unsere Zustimmung als Fraktion geben. Nur darf ich euch eines sagen zum Entschließungsantrag, was die Verbesserung des Angebots an Ausbildungsmöglichkeiten ist. Wenn man ihn genau anschaut, habt ihr in Punkt drei und vier einen Widerspruch drinnen. Ihr sagt auf der einen Seite, es müssen geeignete Lenkungsmaßnahmen her und auf der anderen Seite fordert ihr einen generellen Freibetrag. Wenn man Lenkungsmaßnahmen – und ich hoffe, ihr werdet das auch verstehen und auch die Unternehmer, die wissen, um was es da geht –, wenn man Lenkungsmaßnahmen einsetzen will, dann muss man branchenmäßig unterstützen, wie ich es früher gesagt habe, und nicht auf der einen Seite sagen, Lenkung, und auf der anderen Seite wieder die Gießkanne. Aber weil uns der Antrag und die Situation so wichtig ist, werden wir zustimmen.

Und, meine Damen und Herren, ich darf noch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen auf Grund dessen, dass heute diese so genannte Empirica-Studie als dubios und unseriös hingestellt wird. Das sage ich auch noch einmal: Ja, bedenken wir bitte, was heißt hier dubios, was heißt da unseriös, weil Fakten aufgezählt werden? Das wird wohl noch nicht verboten sein, dass man das sagt. Ich verweise noch einmal darauf, dass niemand die gleichen Beurteilungskriterien kritisiert hat, wie im 98er Jahr die Position so war, dass wir gut und vorne gelegen sind. Und ich gestehe ein, dass allgemein Österreich, die einzelnen Bundesländer im so genannten Ranking etwas weiter zurückgefallen sind, nur die Steiermark am weitesten. Daher glaube ich, dass es so rasch wie möglich am wirtschaftspolitischen Aktionsplan zu arbeiten gilt und umzusetzen, damit in der Studie der aufgezeigten Entwicklung entgegengetreten werden kann.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, auf Basis der Empirica-Studie 2002 raschestmöglich einen wirtschaftspolitischen Aktionsplan zu erarbeiten, mit dem den in der Studie aufgezeigten Entwicklungen entgegengewirkt werden kann. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 17.43 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich. Danach Hagenauer, bitte. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort. Herr Abgeordneter Hagenauer, bitte in Vorbereitung. Redezeit: begrenzt zehn Minuten.

Abg. Dietrich (17.43 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich melde mich zu Wort, weil ich noch einen Entschließungsantrag einbringen möchte. Aber vorher möchte ich zum Verlauf der Sitzung bisher Stellung beziehen:

Mir kommt das so vor und Sie kennen das alle, den Vergleich mit dem halb vollen Wasserglas. Wie die SPÖ noch in der Regierung war, da war das Glas immer halb voll, da war alles in Ordnung, egal welche Zahlen und Daten wir vorgefunden haben, egal wie viel Schulden sie gemacht haben, 100.000 Schilling in der Sekunde 30 Jahre lang. Das war alles positiv zu sehen. Und jetzt, plötzlich, weil eben eine andere Regierung ist, da ist das Wasserglas wieder halb leer, da wird alles nur negativ gesehen. Aber glauben Sie, der Wähler durchschaut Ihr Spiel und der Wähler weiß genau, welche List dahintersteckt. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie uns als FPÖ vorwerfen, dass wir vielleicht nicht immer eine Linie haben, dann erinnere ich daran, was Sie zum Nulldefizit aufgeführt haben. Nulldefizit furchtbar, Nulldefizit in die Verfassung, Fetisch – Nulldefizit. Wer soll sich bitte da noch auskennen? Das ist überhaupt keine Linie. Ich würde der SPÖ anraten, so wie es in der Werbung gezeigt wird, eine „Nichtraunzerzone“ einzuführen und die Dinge einmal positiver zu betrachten. (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Herrn Kollegen Hagenauer, wenn Sie von Menschen Ihrer Gesinnung sprechen: Menschen unserer Gesinnung waren es nicht, die mit Straßensteinen jeden Donnerstag herumgeworfen haben, die Sachschäden hervorgerufen haben, die bei Regierungsbeginn die Kabel herausgerissen haben, die Festplatten gelöscht haben. Das alles waren nicht Menschen unserer Gesinnung. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich halte es da mit einem alten Sprichwort, das sagt: „Wenn man selbst im Glashaus sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen!“ (Abg. Gross: „Merk dir das bitte!“) Nun zum Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner und List, betreffend Verbesserung des Angebotes an Ausbildungsmöglichkeiten: Eines der bedeutendsten Ziele unserer politischen Arbeit muss es sein, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass möglichst viele Menschen, und hier besonders die Jugend, Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten. Die schlechte Konjunktur hat im letzten Jahr auch auf die Steiermark Auswirkungen gehabt. Mittlerweile sind mehr als 28.000 Personen in der Steiermark ohne Beschäftigung. Das ergibt für die Steiermark eine Arbeitslosenquote von 6 Prozent. Das ist zwar geringer als die Arbeitslosenquote von Wien (8,4 Prozent) und Burgenland (6,5 Prozent), jedoch schlechter als der österreichische Durchschnitt, der bei 5,8 Prozent liegt. Besonders alarmierend ist die Situation bei den Lehrstellensuchenden. Mittlerweile beträgt die Anzahl der vorgemerkten Lehrstellensuchenden in der Steiermark 1414 Personen. Daher ist es wichtig, dass das Land Steiermark im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel seine Aktivitäten im Bereich des Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammes optimiert. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung folgende Maßnahmen umzusetzen:

Erstens: Das eigene steirische beziehungsweise österreichische Arbeitskräftepotenzial voll auszuschöpfen und durch verstärkte Umschulungs- und Ausbildungs-, aber auch Lenkungsmaßnahmen künftige Facharbeiter für jene Branchen zu qualifizieren, in denen es das größte Arbeitskräftedefizit gibt.

Zweitens: In der Erwachsenenbildung verstärkt jene Schulungsangebote zu platzieren und zu fördern, die für die Menschen in unserem Land echte Arbeitsplatzchancen eröffnen. Ausbildungsangebote mit geringen Chancen am Arbeitsmarkt sind zurückzunehmen, das gilt auch für Beratungs- und Förderungsmaßnahmen.

Die Punkte drei und vier sind in einem Zusammenhang zu sehen.

Drittens: Die Ausbildung unserer Jugend muss zielgerichteter erfolgen. Es sind daher geeignete Lenkungsmaßnahmen einzuleiten, damit nach der Absolvierung der Pflichtschulausbildung in der Oberstufe beziehungsweise in der Lehrlingsausbildung verstärkt in jenen Berufssparten ausgebildet wird, die Chancen für eine künftige Berufsausübung eröffnen.

Viertens: Analog zum Forschungsfreibetrag soll ein Lehrlingsfreibetrag für alle Wirtschaftstreibenden, die Lehrlinge ausbilden, gewährt werden. Die Höhe dieses Lehrlingsfreibetrages soll die Lohnsumme der auszubildenden Lehrlinge multipliziert mit dem Faktor 1,2 betragen. Ich bitte um Annahme.

Nun noch zum Antrag der Abgeordneten Gennaro und Schrittwieser: Wenn man die Begründung durchliest, müssten wir eigentlich sagen, nein. Ich glaube, ihr hättet das gar nicht notwendig, auf diesem Niveau zu diskutieren oder in dieser Art die Begründung zu schreiben. Uns geht es dabei aber um die Sache und deshalb werden wir dem Antrag zustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.49 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Hagenauer. Damit kann ich die Rednerliste der Abgeordneten schließen.

Abg. Hagenauer (17.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Ich bin angesprochen worden, weil ich den Begriff Rebellen beziehungsweise Putschisten im Zusammenhang mit dieser Parteiversammlung der Freiheitlichen Partei in Knittelfeld verwendet habe. Ich nehme zur Kenntnis, dass die FPÖ die Sensibilität auf ihre alten Tage entdeckt hat und ich werde in Zukunft nur mehr den Begriff demokratische Rechte und ihre Ausübung verwenden. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass Sie in Ausübung der demokratischen Rechte die Bundesregierung in einer Art und Weise gestürzt haben, wie es seit 1945 noch nie der Fall war. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn das demokratische Rechte sind, dann gute Nacht – damit hier kein Missverständnis aufkommt. Ein Zweites, was ich noch kurz anbringen möchte und was mir sehr ernst ist: Vielleicht war es ein Zufall, vielleicht nicht, aber ich habe geschaut, wie Herr Landesrat Paierl, die Frau Landeshauptfrau und Herr Landesrat Schützenhöfer reagiert haben bei der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten List, insbesondere bei jenen Passagen, wo er zur Europäischen Union Stellung genommen hat. Wo er Begriffe verwendet hatte, dass die Sozialdemokratie Österreich verkauft hätte, ich weiß zwar nicht wieso, weil ich habe mir immer gedacht, Herr Außenminister Mock war der Held von Brüssel. Weil die ÖVP war nicht dabei, das ist ja die Spezialdisziplin, dass sie nicht dabei ist in der alten Regierung, bei der jetzigen auch nicht, dass Österreich für einen Pappentstiel verkauft worden wäre bei diesen Verhandlungen in Brüssel. Wenn das die neue Sensibilität der Freiheitlichen Partei ist, dann appelliere ich an Sie nicht, aber sehr wohl und in voller Absicht an die ÖVP, weil, Herr Kollege Drexler, wenn Sie schon davon reden, dass man die Steiermark nicht schlecht machen müsste, dann gestatten Sie mir genau diese zwei Anmerkungen: Die Erste, und ich denke, dass von Regierungsseite auch hier und heute dazu noch eine Stellungnahme kommt, wie die ÖVP gedenkt, mit dem Thema EU-Erweiterung umzugehen angesichts dieser Töne der Freiheitlichen Partei (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.), denn da geht es in der Tat um die steirischen Interessen. Es geht in der Tat um etwas, wo man vorsichtig sein sollte in der Tonlage, und zwar was das Projekt der EU-Erweiterung anbelangt als solches, wenn man denkt, dass es hier natürlich erhebliche Wirtschaftsinteressen – Gott sei Dank – gibt in dem Zusammenhang. Der Standort Steiermark hat ja genau hier einen seiner großen optimistischen, zukunftssträchtigen Bereiche, Herr Kollege Drexler, wenn Sie den Optimismus einfordern, ich tue das auch genau an der Stelle. Und da erwarte ich mir von der ÖVP eine glasklare Position und nicht irgendwie eine Beschwörung des Magnolienbaumes, Frau Landeshauptfrau. Bitte nicht wieder irgendwelche Geschichten aus dem täglichen Leben gegriffen, sondern ausnahmsweise einmal eine klare Antwort – wenn es leicht geht. Mit der Antwort des Herrn Landesrates Paierl wäre ich allerdings auch zufrieden – zur Not, wenn ich das in der gebotenen Bescheidenheit anmerken darf. Wir werden dem Entschließungsantrag der Sozialdemokratie zustimmen, einem Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei, der die Bildung betrifft und jenem, der die Infrastruktur ebenfalls der FPÖ betrifft, nicht, weil wir es genau hier und da anders mit der Praxis des Begründungstextes halten und weil genau hier im Begründungstext wieder diese offensichtliche Anti-EU- und Wahlkampfmasche aufgelegt wird, die unverantwortlich ist. Da sind wieder die Benes- bis Avnoj-dekrete drinnen, wo man glaubt, irgendwie in der untersten Schublade Stimmung machen zu können, um dann noch die paar Stimmen zusammenzufangen, die, wie Sie hoffen, Ihnen Ihren Machterhalt in der Regierung sichern sollen.

Und zum Abschluss noch einmal zurück zu Ihrer Gefühlslage, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ebenfalls heute habe ich den Medien entnommen, dass die ÖVP Niederösterreich ein Sorgentelefon für Freiheitliche eingerichtet hat. Das ist jetzt kein Entschließungsantrag der Grünen, sondern nur eine Anregung, vielleicht

richtet man das in der Steiermark auch ein. Die ÖVP könnte einmal bei ihrem Kollegen Pröll, den sie ohnehin über alles schätzt, einen kleinen Anruf riskieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.55 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer. Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter.

Abg. Lafer: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Regierung! Hohes Haus!

Ich möchte kurz zu zwei Anträgen nochmal Stellung beziehen. Und zwar zum Antrag der Grünen: Dem können wir nicht die Zustimmung geben, und zwar insofern nicht, weil man hier gewisse Dinge einfach verwechselt. Eine Steuerreform zu vergleichen und anstatt dessen die Abfangjäger zu kaufen, da fehlt der komplette sachliche Inhalt, der Zusammenhang und so weiter. Dem können wir nicht nachkommen. Wir würden den Grünen empfehlen, einmal hier sich die Unterlagen genau anzuschauen, wenn man beide Dinge schon vergleicht, damit man auch diesen Vergleich halten kann.

Zum Antrag der SPÖ darf ich sagen, dass es hier bei uns zumindest ein Kommunikationsproblem gegeben hat. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, weil die Begründung für uns undiskutabel ist. Das möge hier einmal gesagt werden. Sollte sich ein Antrag der SPÖ einmal auf einem Niveau bewegen, wo wir sagen, dass die Begründung mit dem Inhalt ident ist und dass das auch vernünftig ist und auch umsetzbar ist und auch für alle anderen begreiflich ist, dann ja. Aber in diesem Fall nein. Deshalb werden wir beiden Anträgen nicht zustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.57 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hammerl, in aller Kürze, bitte.

Abg. Hammerl (17.57 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich habe soeben von einem Kollegen vom Internet eine Aussage von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves bekommen, wo es unter anderem auch vom Herrn Kollegen Gennaro geheißen hat, dass wir der Wirtschaft in unserem Land nicht schaden wollen. Und in diesen Aussagen beziehungsweise Letters vom Internet heißt es hier: Voves: „Mehr Wirtschaftsförderung für die steirischen Regionen. ÖVP will schlechte Studie über die Steiermark verschweigen. SPÖ-Antrag fordert wirtschaftlichen Aktionsplan, umgehend Zweiklassenmedizin, Gesundheit für alle!“ Und auf der letzten Seite, meine Damen und Herren, und das finde ich schon ein bisschen – und ich bitte auch, das Wort ist gefallen, dass man das eigentlich nicht mehr machen sollte – steht noch der Spruch des Tages für die Pressekonferenz: SPÖ-Gesundheitspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Blauschwarze Gesundheitspolitik sieht den Menschen als lästigen Kostenfaktor und gefährdet die soziale Zusammenarbeit!“

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen eines sagen. (Abg. Flecker: „Lesen lernen!“) Das ist unerhört! (Präsident Purr: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Hammerl, bitte!“) Das geht ja weiter. Da gibt es noch den Spruch des Tages: „Die Senkung der Kosten für den Lohn ist für Beschuldigte ein Hohn. Denn gesenkte Lohnnebenkosten gehen stets auf unsere Kosten“, sagt der Puck, das Maskottchen von Franz Voves.

Jetzt muss ich Ihnen eines sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben in der obersten Etage in der Merkurversicherung gearbeitet. Und Sie haben dort eine gute Position gehabt. Meine Frage ist heute an Ihre Person: Ich habe das Gefühl, in Ihrem Vorstandsbereich ist nur mit der Zeichensprache gearbeitet worden und Sie haben dort ganz eigene Zeichen gehabt. Hier im Haus haben Sie noch nichts gesagt und in der Presseausendung haben Sie das hier sehr wohl öffentlich gesagt. Und da möchte ich eines sagen, das ist unerhört.

Und das Zweite ist, die Merkurversicherung – keine Frage – kann sehr gut auf gute Zahlen schreiben. Sie können ohne weiteres gute Zahlen schreiben, denn der kleine Arbeiter, der kleine Pensionist und der kleine Gewerbetreibende kann sich eine Merkurzusatzversicherung nicht leisten. Auch dort waren Sie im Vorstand an der obersten Etage tätig. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dipl.-Ing Paierl (18.00 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren! Werte Regierungskollegen!

Ich bin jetzt auch im siebenten Jahr hier in dem Haus und habe zirka 20 Wirtschaftsdebatten miterlebt und muss sagen, es war eigentlich immer sehr heftig bis turbulent und auch sehr abwechslungsreich. Und eines war auch festzustellen, dass selbstverständlich dieses Thema „Arbeit, Wirtschaft, Beschäftigung, Arbeitsplatz“ vor Wahlen, vor Wahlgängen ein bisschen hochgekommen ist. Das ist auch nichts Außergewöhnliches in einer Demokratie und ich würde das letztlich von der Warte aus überhaupt nicht negativ beurteilen. Nur, ich sage auch und ich verschweige meine persönliche Betroffenheit nach diesen sieben Jahren auch nicht, dass gestern etwas passiert ist, wo ich auch die ganze Nacht überlegt habe. Die letzte Nacht, bin ich jetzt weinerlich oder bin ich jetzt zimperlich geworden (Landesrat Dr. Flecker: „Nur Mimose, sonst nichts!“) in dieser Zeit oder ist wirklich etwas vorgefallen, wo ich meine und wo ich noch immer meine, dass man es zwar inhaltlich in der ganzen Frage der Auseinandersetzung, des Methodenstreits und auch der Wortwahl durchaus so halten soll, wie wir es gehalten haben. Und niemand hat dem Anderen diesbezüglich Vorschriften zu machen. Ich tu das auch nicht. Nur, wenn es darum geht, meine Damen und Herren, und ich bringe es gleich auf den Punkt, nicht meine, nicht die

Leistungskraft einzelner Personen, Reputierlichkeit, Positionierung in einem ganz schwierigen Feld des Wettbewerbes, des Wettkampfes aufs Spiel zu setzen, ich sage ja nicht, dass es ruiniert ist, aber aufs Spiel zu setzen, dann, meine Damen und Herren, dann muss man bitte aufjaulen. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Dr. Flecker: „Mehr als ein Jaulen war das auch nicht!“) Und ich sage jetzt da auch etwas sehr Persönliches, es war leider noch nicht die Möglichkeit. Ich hoffe, der Klubobmann hat es getan, dass er sozusagen eine indirekte Einladung ausgesprochen hat für das, was es eigentlich in den letzten Monaten zumindest bis zum Sommer gegeben hat, aber es hat vielleicht auch einen Personalwechsel gegeben in der Umgebung und jetzt wurden hier eben andere Strategien entwickelt. Nämlich, dass man, wenn man auf Problemfelder stößt im Lande, im Interesse des Landes und der Menschen versucht, gemeinsam auszuloten, können wir da miteinander, es muss ja nicht sein. Es kommt immer wieder vor und es wird auch vorkommen in Zukunft – auch in der Vergangenheit schon –, dass man dann unterschiedliche Positionen hat. Aber die neue Qualität, dachte ich mir, in der Nachfolge auf der SPÖ-Seite im Parteivorsitz und auch in der Regierung wäre – ich formuliere es noch in der Wahrscheinlichkeitsform – und bleibt vielleicht auch, dass man solche Dinge dann eben doch einigermaßen überlegt und vorsichtig im Interesse der Sache ausdiskutieren kann und dann durchaus auch unterschiedliche Positionen bezieht. Ich komme nämlich auf die Details, soweit sie mir bis heute bekannt sind. Vielleicht, ich habe da einige Redner gehört, aber okay, das ist auch diese Schwarz-Weiß-Methode, dann die sagen, sie wissen was da drinnen steht und sie wissen sowieso alles. Ich weiß es noch nicht. Wir sind dabei mit meinen Mitarbeitern und ich habe auch externe Experten herangezogen, die uns Gott sei Dank zur Verfügung stehen, keine eingekauften, unabhängige, zu schauen, was ist da passiert. Denn, bitte, meine Damen und Herren, diesen Aufholprozess, diesen Wandel, diese Neupositionierung der modernen Steiermark aufs Spiel zu setzen, das ist ein bisschen zu viel. Und das dürfen wir mit einer Geschichte nach der Regierungssitzung, nicht in der Regierungssitzung – wissen Sie, das wäre auch eine Möglichkeit gewesen – in der Regierungssitzung, um außerordentlichen Teil zu sagen: Pass auf, wisst ihr das eigentlich schon? Ist das bekannt? Da gibt es eine Studie, da gibt es was, was der Steiermark wehtun könnte! Nicht den Politikern, bitte, Herr Kollege Gennaro, bei aller Würdigung auch Ihres Kämpferherzes. Da ist schon ein Unterschied zwischen dem, was man in der Politik macht und dem, was man in Unternehmungen macht. Darauf bestehe ich! In Unternehmungen kommt so etwas nicht vor und da beziehe ich mich eben auf ein gewisses Ethos auch der Redlichkeit und das werden wir auch vollziehen. Ich werde Ihnen, wenn Sie wollen, auch in der Regierung am Montag, soweit es mir vorliegt, ausführlich über das, was wir jetzt jeden Tag untersuchen und herausbringen, Bericht erstatten, und zwar genauso wie in dem Bericht. Im Übrigen, Gennaro, Hagenauer, jetzt zukünftig Lechner-Sonnek: Sie sind Mitglieder des Wirtschaftsförderungsbeirates – ein Expertenbeirat, ein politisch beschickter Expertenbeirat, einstimmiger Beschluss. Wenn es Kritik hinsichtlich der Formulierung gibt, was Sie semantisch aufgezeigt haben, Herr Gennaro, bitte dort sagen. Jetzt ist es zu spät. Ich nehme das gerne hinein. Es gibt aber genug Kritik auch drinnen. (Abg. Gennaro: „Den Bericht habe ich nicht kritisiert!“) Man müsste es nicht einmal ganz lesen, aber in der Zusammenfassung steht drinnen, verbleibende Schwächen dürfen nicht übersehen werden. Dazu stehe ich – kein Schönwetterbericht, selbstverständlich. Konjunkturprobleme, Strukturschwächen, noch immer, daran arbeiten wir ja. Ich nehme auch Powerpläne, ich nehme auch Leuchtturmkonzepte sofort auf, wenn es eine realistische Umsetzung gibt. Wir haben auch bei Artesyn in Kindberg überhaupt kein Problem. Wenn Parteisekretäre das sozusagen ausleben wollen, dann ist das ein anderes Thema. Das hat es aber immer gegeben und regt mich nicht auf. Ich mache nur eines nicht, dass gesagt wird, die einen haben keine Wirtschaftskompetenz beziehungsweise versagen und die anderen wissen es ohnehin. Bitte her damit. Ich komme jetzt, meine Damen und Herren, zu dem, was hier an Fragen gekommen ist: Ich will nicht schulmeistern oder gescheitert sein, sondern einfach versuchen, redlich Fragen zu beantworten. Die Frau Lechner-Sonnek war die erste Rednerin als Klubobfrau der grünen Fraktion und sagt, es gibt keine Zielvorstellungen da drinnen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, die Zielvorstellung, die Vision, wenn Sie so wollen, ist, wir wollen eine Topeuroparegion werden, die Zukunftsregion Europas. Was ist so schlecht daran? Wieso können Sie hergehen und sagen, die Steiermark und die steirische Landesregierung oder der Steiermärkische Landtag hat keine Zielvorstellung? Sie haben das sogar mitbeschlossen und das steht da drinnen (Abg. Lechner-Sonnek: „Genau?“), sehr genau. Ich komme auf die zweite entscheidende Frage, die ich mir notiert habe, die von Ihrem Nachredner gekommen ist, nämlich vom SPÖ-Wirtschafts- und Finanzsprecher Abgeordneten Gennaro. Er fragt nämlich, was hat sich von 1998 auf 2002 verändert? Die Studie, und das wissen wir mittlerweile, ist mit der Methodik, mit den Kriterien, mit den Parametern, wie sie jetzt angewendet wurden, nicht zu vergleichen mit 1993 und 1998. Der Fünf-Jahres-Rhythmus war konsistent und das wissen wir und das haben auch alle so akzeptiert. Es gibt die Diskussionen auch in anderen Ländern – ich komme gleich auf ein paar Beispiele: Salzburg, Wien. Das, was 2002 nicht im Fünf-Jahres-Rhythmus war – im Übrigen könnte es schon aufgefallen sein, denn 2003 ist der Fünf-Jahres-Rhythmus nach 1998, wir erwarten das auch, ist eine Art Zwischenuntersuchung, die irgendjemand, wir haben noch nicht herausfinden können, wer das beauftragt hat, also diese Periodika sind es nicht, die Fünf-Jahres-Periodika, sondern das ist eine Sonderauswertung von Kriterien, die andere sind. Insofern ist es einfach nicht richtig, es ist falsch, wenn man sagt, 1993, 1998, 2002 ist ein Kontinuum und das hat sich so verschlechtert. Es ist ja auch nicht erklärbar, meine Damen und Herren, wie diese Sprünge, nicht in der Steiermark, sondern in allen Ländern, zustande kommen, dass zum Beispiel Wien total abstürzt. Wien ist abgestürzt in der Wirtschaftskraft. Die Wirtschaftskraft der Steiermark ist stärker als die von Wien und von Niederösterreich, obwohl der Großraum Wien eine sehr starke – das wissen wir alle – Wirtschaftsmacht ist. Oder in der Lebensqualität, Salzburg, das Land vieler Träume, wo die in der Bodenpolitik zumachen müssen, damit sie nicht überschwemmt werden bei den Ansiedlungen, also alle wollen aus Europa nach Salzburg siedeln: Letzter Platz in der Lebensqualität. Da stimmt irgendetwas nicht. Und jetzt kommts und das habe ich wirklich erst vor einer halben Stunde aus dem Joanneum Research erfahren, in der Frage Technologie, Innovation, wo wir Letzter wären.

Wissen Sie, was da passiert ist? Man hat Österreich standardisiert gemessen. Deshalb ist das Burgenland, was keine Universität oder irgendetwas in die Richtung hat, vor uns. Österreich ist standardisiert gemessen worden. Es ist wurscht, ob du vier Universitäten hast, so wie wir, oder ob du jetzt ein Flächenbundesland bist mit der größten Hauptstadt von 6000 Einwohnern oder so und ohne Universität. Nicht, um die Burgenländer jetzt abzuwerten, sondern ich sage, da stimmt irgendetwas nicht. Ich habe selbst jahrelang in diesem Bereich gearbeitet und mir ist das sofort aufgefallen. Jetzt gehe ich sogar so weit und sage, ich möchte herausfinden, was stimmt denn davon? Wir werden uns damit beschäftigen, das ist überhaupt keine Frage. Ich gebe Ihnen das auch, wenn es Sie wirklich interessiert, dass beispielsweise der, der die Studie noch gemacht hat im Jahre 1998, nämlich Prof. Ulrich Pfeiffer, mit dem damals mein Vorgänger als Finanzreferent, Herr Landesrat Ing. Ressel, verhandelt hat. Ich kann mich gut erinnern, weil wir haben das abgesprochen, ob wir uns das vertiefend anschauen sollen und uns auch beschaffen sollen. Wir haben zugestimmt. Es kostet dann etwas, sozusagen eine weitere Ausarbeitung. Diesen Prof. Pfeiffer gibt es dort nicht mehr. Wir haben ihn aber erreicht und er hat gesagt, er hat unter Protest und unter Vorwurf der Unseriosität gegenüber den Mitarbeitern des Institutes das Institut verlassen. Dort gibt es einiges an Problemen. Die anderen Dinge sagte ich schon. Noch ein Schankerl dazu: Wien wäre vom neunten auf den 63. Platz abgestürzt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Michael Häupl und seine Mitstreiter, aber auch nicht der Kammerpräsident Nettig und auch nicht andere Vertreter, ein Interesse daran haben, ein großes Theater zu machen. Denn da bitte ich wirklich und ich wiederhole mich mit aller Leidenschaft und mit Herzblut, wenn es darum geht, in diesem internationalen Wettkampf, in dem Wettbewerb, wie im Sport, wie in der Wirtschaft, um die Gunst, um die Präsentation der Steiermark zu sein. Vergessen wir das eine oder andere kurzfristige parteipolitische Kleingeld. Das wäre meine Bitte an diesem Abend und auch für die Zukunft. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich möchte, weil ein paar andere Dinge auch gesagt wurden, zurückkommen auf Lechner-Sonnek: Magna-Werk – wörtliches Zitat, das ich mitgeschrieben habe – wird gefördert, andere nicht. Frau Lechner-Sonnek, Sie sind jetzt neues Mitglied des Wirtschaftsförderungsbeirates, weil sonst hätten Sie Peter Hagenauer, Ihren Nachbarn sozusagen, gefragt. Schauen Sie sich die Unterlagen an. Sie haben alle detaillierten Förderlisten, die Namen – und hierbei riskieren wir den Datenschutz, was wirklich ein Problem ist.

Frau Lechner-Sonnek, Sie sind selbst Gleisdorferin. Sie finden keinen Förderungsfall für Magna drinnen. Aber natürlich von diesen im Jahre 2001, worüber der Bericht ist, aufgezählten 1223 Förderfällen, die positiv erledigt wurden, 87 Prozent der Förderzusagen an die KMU's und das macht 70 Prozent des Volumens aus. Herr Kollege Gennaro, weil Sie immer wieder Beispiele erwähnen, wie „da wird etwas angestrichen“, ein Kaffeehaus zum Beispiel und so weiter. Entschuldigung, ich kann den aber nicht ausschließen, wenn ich ein Förderprogramm für KMU's und für Klein- und Mittelbetriebe habe. Ich kann einem Start-Up, der auch in dem Bereich sein kann, nicht sagen, du kriegst nichts. Das sind dann zum Beispiel kleine E-Business. Im Bereich von elektronischem Markt und elektronischem Verkauf haben wir Förderprogramme. Die machen dann halt nur ein paar 1000 Euro aus. Für den Betroffenen ist es ein ganz wichtiger Hinweis, dass er auf der richtigen Spur ist und dass er auch auf der Innovationsschiene etwas von uns zu erwarten hat. Eine weitere Aussage aus den Debattenreden, und zwar vom Kollegen Gennaro: Er sagt, was hat sich verändert von 1998 auf 2002? Eines habe ich schon in der Früh bei der Anfragebeantwortung dem Kollegen Wiedner gesagt und ich wiederhole es: Im gleichen Zeitraum, immer verglichen Augustwerte und nicht meine Zahlen, sondern die Zahlen des AMS, hat es in Gesamtösterreich 5000 mehr Arbeitslose gegeben, in der Steiermark um 2000 weniger. Das hat sich verändert. Es wäre verführerisch, politisch zu sagen, wer ist damals am Ballhausplatz gesessen und wer sitzt heute dort? Man könnte das gut auswälzen. Vielleicht der eine oder andere Propagandist wird es auch so übernehmen und ich wünsche ihm alles Gute dabei. Auf der anderen Seite Arbeitsplätze wiederum verglichen, weil Sie fragen, 1998/2002 plus 13.000, jetzt 444.000. Ich nehme Ihre Kritik mit, dass da Teilzeitbeschäftigung, McJob drinnen sind, nur, es hat sich das Jobpotenzial erhöht. Das ist unbestritten von allen Experten und auch von den seriösen Politikern, ist Wurscht, aus welcher Richtung sie kommen. (Abg. Gennaro: „Es wird immer mehr diese Geringfügigkeit!“) Das war ja damals auch so. Entschuldigung, es hat ja damals auch das AMS gegeben, das Schulungen gehabt hat et cetera. Also bitte, da wollen wir – nein – noch einmal, ich bin gerne bereit sachlich zu diskutieren, aber in Ordnung.

Nächstes Argument, das immer wieder auftaucht und auch jetzt aufgetaucht ist, weil offensichtlich auch für den guten Franz Voves jetzt die gleichen Ghostwriter wie für seinen Vorgänger zur Feder gegriffen haben, nämlich der Automobilcluster. Um Gottes willen und mono und es wird uns alle in die fürchterlichste Gosse reißen und außerdem ist es nur ein Grazer Thema und in der Obersteiermark ist gar nichts. Ich bitte nochmals, ich erwähne es hier vor allem vor den Damen und Herren Abgeordneten, auch nachlesbar in unseren Berichten:

Der AC Styria hat als ordentliche Mitglieder – und da gibt es also darüber hinaus auch immer wieder die, die beim AC Styria gar nicht dabei sind – im Bereich des produzierenden autonativen Sektors Mitgliedsbetriebe: VOEST-Alpine Draht in Bruck, Balzers GesmbH. in Kapfenberg, Böhlerit, Collins & Aikman in Kapfenberg, MATEC Baumgarten in Kapfenberg, Pankl Technologie, bekannt, mec com in Kindberg, Vogel & Noot, SECAR Technologie in Mürzzuschlag, AT&S-Mitglied, weil auch sehr viel in den Bereich hinein liefern und produzieren, entwickeln und forschen – Stahl Judenburg GmbH, HTB Fohnsdorf, Eltrona-RKT Rottenmann, KSS-Präzisionstechnik Eisenerz, Georg Fischer-Mössna in Altenmarkt, übrigens am letzten Wochenende eine große 200-Jahr-Feier in Birkfeld, weil die auch in Gleisdorf ein Standbein haben. Also, bitte, hören Sie auf damit, es stimmt einfach nicht, dass das autonative Thema nur ein Grazer Thema sei. Und im Übrigen, selbstverständlich gibt es – Sie wissen das auch, ich erwähne es nur da der Vollständigkeit halber noch – solche Clusterorganisationen, Netzwerkorganisationen, Impulszentren in der Steiermark am meisten. Wir sind zum Beispiel bei den Kompetenzzentren gemeinsam mit dem Ressort von Leo Schöggel, es kostet auch viel, schauen Sie rein ins Budget, ein

Drittel aller österreichischen Kompetenzzentren sind in der Steiermark. Die Impulszentren, 20 an der Zahl, die Clusterorganisationen, fünf gut aufgestellt und seriös arbeitend, nicht nur Überschriften produzierend, sondern seriös arbeitend als GesmbH. mit den Unternehmungen als Selbstträger von uns gefördert, aber sonst selbstständig unterwegs. Auch hier bitte würde ich meinen, durchaus kritisch hinterfragen, insbesondere der Opposition werfe ich das schon gar nicht vor, auf der Regierungsseite bin ich etwas kritischer, weil die ja letztlich da viel mehr Informationszugang hat und letztlich auch die Dinge mitträgt. Wie gesagt, einstimmig beschlossen alles, auch in der Regierung im Übrigen, der vorliegende Wirtschaftsförderungsbericht, der im Übrigen auch einen Ausblick beinhaltet. Na selbstverständlich steht, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, hinten drinnen im Ausblick auch Kritisches, was wir besonders schwerpunktartig weiterentwickeln wollen. Und ich lade Sie ein, ich werde auch meinen Mitspielern in der Wirtschaftsförderung empfehlen, Sie bei dem nächsten Vorwort-Award, das ist so der Technologie-Innovationspreis der Steiermark, der dann auch auf der gesamtösterreichischen Ebene vergeben wird, einzuladen, einmal dabei zu sein. Letztes Wochenende hat er stattgefunden im Bereich der TU. Die Steiermark hat so viel Einsendungen und Projekte wie ganz Österreich. Restösterreich hat weniger als die Steiermark.

Jugendpaket, ich will Sie nicht langweilen. Ich sehe, Sie interessiert es nicht mehr so, aber auf der anderen Seite regen Sie sich hier auf und sagen, das ist alles miteinander nichts. Meine Damen und Herren, es ist schon von Debattenrednern meiner Fraktion, insbesondere von Beni Bittmann auch gesagt worden, aber das muss man wirklich noch einmal festhalten. Die 1000 Euro, Herr Kollege Gennaro, die 1000 Euro sind der Ersatz für die Kosten in der Berufsschulzeit. Das sind eben diese rund 14.000 Schilling, da geht es sich in etwa aus. Das ist auch diese Lohnnebenkostensenkung, die eingefordert wurde, um dort – ich sage es ja kritisch in Richtung Wirtschaft. Jetzt bitte gibt es das Argument nicht mehr. Man wird ausbilden müssen. Die Wirtschaft schneidet sich in das eigene Fleisch, wenn sie den Nachwuchs nicht pflegt. Das ist überhaupt keine Frage. Aber nicht mit Strafen und nicht mit Regulierung, sondern mit Anreizen, mit Entlasten. Und dass wir dort ein Problem haben, wissen wir ja und deswegen haben wir uns als Land sofort beteiligt neuerdings – früher war das nicht der Fall – mit 50 Prozent an dem Jugendausbildungsgesetz. Das kostet 2,6 Millionen Euro, durch Umschichtung in meinem Ressort möglich. 2,6 zahlt das AMS, zahlt Bartenstein und wir werden damit – erkundigen Sie sich bei Faschingbauer & Co., wir werden damit nach ihren Aussagen 700 Jugendliche wegkriegen von der Straße. (Abg. Gennaro: „Das zahlt nicht der Bartenstein, das zahlen wir von Arbeitnehmerbeiträgen!“) Ja, ist klar, alle miteinander. Sie werden ja auch vom Steuerzahler bezahlt. So ist es ja nicht! Also wir werden dort möglichst rasch – ich habe heute das erst ausgehandelt mit den AMS-Verantwortlichen im Land – möglichst rasch, nicht bis zum 15. November warten, sondern jetzt schon diese Ausbildungsmöglichkeiten anbieten.

Plus Jugendliche – Problemgruppe 19- bis 25-Jährige – haben wir ein Kontingent von 1600 von den 5000 in die Steiermark gebracht, weil wir besonders gut kooperieren in dem Bereich und unsere Programme auch greifen. Und Sie wissen auch, das war ja das Thema heute am Vormittag, dass diesbezüglich Programmarbeit geleistet wird und nicht irgendwo eine Wald- und Wiesenförderung vergeben wird. Also nochmals gesagt, das funktioniert, der Lastenausgleich funktioniert indirekt auch, natürlich über diese 1000 Euro.

Winterbauoffensive: Bleiben wir beim Thema. Wir haben gesagt, alle Vorbereitungen in Richtung Anfang November sollen weiterlaufen. Das Bauforum arbeitet daran. Das weiß auch Ihr Vertreter dort – Muchitsch. Und wenn wir in einer Konferenz sehen, die wir gemeinsam am 5. November durchführen, dass die Bauarbeitslosigkeit von der übrigen Arbeitslosigkeit so wie im letzten Jahr abweicht, dann machen wir was, sonst hat es ja keinen Sinn, bitte, sonst sind wir im strukturell nicht sinnvollen Bereich.

Peter Hagenauer, also die Europapolitik hier bei uns von der Frau Landeshauptmann abwärts einzufordern, ist wirklich – ich meine, da können wir dich mit Unterlagen und mit Aussagen, auch mit politischen Konzepten eindecken – ist überhaupt keine Frage. Das ist auch meines Erachtens eine Standortqualität und eine besondere Standortattraktivität der Steiermark, dass sie europapolitisch sehr, sehr fortschrittlich agiert. Andere Regionen haben da eher Probleme, wir haben da sicherlich kein Problem damit.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Meine Damen und Herren, dieser Wirtschaftsbericht und im Übrigen ornithologisch, Herr Gennaro, ich habe mich erkundigt, es ist ein original steirischer Steinadler. Und er ist deswegen da hinaufgekommen, weil er sich auszeichnet durch besonderen Weitblick und scharfe Augen, sagen mir die Kommunikationsfachleute. Das soll uns nicht weiter irritieren. Ich glaube, dass dies ein sehr realistischer Bericht ist, der auch Problemzonen aufzeigt. Der aber auf der anderen Seite überhaupt keinen Zweifel darüber offen lässt, dass die Steiermark einen Aufholprozess erfolgreich auch im Jahr 2001 bewältigt hat, ihn auch weiter für 2002 weitertreiben wird und diesen Kurs auch beibehält und einschlägt. Und zur Empirica-Aussage von gestern oder vor allem zur Veröffentlichung, ich verspreche Ihnen nochmals, jeder, den es interessiert, kann daran teilhaben. Wir werden diesen Unterlagen, die uns hier zur Verfügung gestellt werden, bis ins Detail nachgehen und wir werden dann schauen, was wir verändern können, wenn wir es verändern können. Und sonst bitte bleibe ich bei meinem Grundsatz, wenn ich eine attraktive Standort- und damit auch Wirtschafts- und damit auch Arbeitsplatzpolitik machen will, dann muss ich gewisse Dinge auch positiv darstellen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 18.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (18.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren!

Ich bin schon glücklich, dass Kollege Landesrat Paieryl jetzt ausgeführt hat, er wird sich mit seinem Team die Parameter alle klar vor Augen führen und dort, wo wir aufgerufen sind etwas zu verändern, dort wollen wir auch etwas verändern. Jetzt zum persönlichen Stil: Ich glaube, man wird mir auf der Regierungsbank bestätigen, nachdem ich mich bei Artesyn auch sehr intensiv erkundigt habe, dass wir beide dort vor Ort erkannt haben, Kollege Paieryl, ein junges Topmanagement, das in einer bestimmten Sparte in ihrem Bereich in der Herstellung von Elektronikbauteilen überleben könnte, nämlich im medizinisch-technischen. Sie würden nur eine Startinvestition von 3 Millionen Euro brauchen, das ist businesskonzeptmäßig sehr gut nachvollziehbar. Wir haben das beide im außerordentlichen Teil der Landesregierungssitzung auch so erkannt. Diese Region braucht ihre Chance und vom Stil her, ich habe es im außerordentlichen Teil der Regierungssitzung eingebracht und habe genauso gehandelt wie es Kollege Paieryl berechtigt von einem Regierungskollegen verlangt, wenn man wirklich miteinander an der Problemlösung in den Regionen interessiert ist und ich habe keineswegs daraus eine parteipolitische Angelegenheit gemacht. Das ist mir zu wertvoll. Aber es sich jetzt so einfach zu machen und jahrelang immer, wenn es darum geht, den Wirtschaftsstandort Steiermark zu glorifizieren, überhaupt kein Problem zu haben, die Parameter dieser Empirica-Studie sehr wohl zur Kenntnis zu nehmen und jetzt einfach mit einem Wischer zu sagen, jetzt stimmen alle Parameter nicht, dann habe ich zumindest die Frage gestellt und die sei erlaubt auch an einen Regierungskollegen, welche Parameter haben sich da verändert? Denn das, was mir nach sechs Monaten landauf, landab wirklich vor Augen tritt, ist eine gewaltige Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, sehr geehrte Damen und Herren, in den Regionen vor Ort. Da habe ich schon die Aufgabe wirklich zu hinterfragen, wenn diese Studie – und ich zitiere jetzt – von Landesrat Paieryl und von Frau Landeshauptmann mehrfach zitiert wird und damit Wirtschaftsstandort definiert wird (Abg. Bittmann: „Wir reden von zwei verschiedenen Studien!“), bekundet wird, der Öffentlichkeit gesagt wird, wie erfolgreich wir sind. Paieryl am 7. August 1998: Die „Kleine Zeitung“ berichtet über die Empirica-Studie, mit der der Steiermark der Sprung vom 119. auf den 53. Platz gelungen ist. Wir zwei, Kollege Paieryl, werden uns einmal über 40 Mitarbeiter und 1000 Mitarbeiter unterhalten. Hören Sie bitte zu. Die „Kleine Zeitung“ spricht von den Experten von Empirica. Paieryl äußert sich in einem Bericht wie folgt: „Wirtschaftslandesrat Herbert Paieryl nahm die deutliche steirische Positionsverbesserung dankbar zur Kenntnis“, dieser Studie, dieser Verfasser. Frau Landeshauptmann Klasnic am 1. Mai 1999 anlässlich der Eröffnung der Grazer Frühjahrsmesse: „Dass sich die Steiermark in der Empirica-Studie hinsichtlich der Standortqualität auf den 53. Platz vorgearbeitet hat.“ Paieryl jetzt im März 2002: „Die Steiermark soll in den nächsten fünf Jahren unter die Top-25-Regionen Europas kommen.“ Am 13. März 2002 zitiert Paieryl erneut die Empirica-Forschung und gab als Ziel bekannt, die besten 25 im Ranking und so weiter zu werden und mit Stolz der Sprung vom 119. auf 53. gelungen ist. Auch der Chrysler-Geschäftsführer Cash zitiert die Empirica-Studie positiv für seine Entscheidungen, Wirtschaftsstandort da oder dort. Jetzt, meine Damen und Herren, frage ich Sie und frage ich die Öffentlichkeit: Was ist hier unseriös, wenn man diese Studie, die sehr umfangreich ist, auf den Tisch bekommt, in meiner Verantwortung, und sich gestattet, den Ressortkollegen zu fragen, was ist mit den Parametern? (Landesrat Dipl.-Paieryl: „Wann?“) Du hast zu selbstverständlich über Jahre immer diese Empirica-Studie zitiert. Es gibt in keinem Fall Zweifel, dass man sich auch jetzt daran orientieren wird. Ich sage noch einmal und formuliere es deutlich: Die SPÖ Steiermark steht voll und ganz zum Autocluster, freut sich mit allen, die hier Erfolg gehabt haben und dankt allen, die diesen Erfolg gehabt haben. Aber das darf nicht hinwegtäuschen. (Unverständlicher Zwischenruf von Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl.) Sie tun sich beim Zuhören ein bisschen schwer, im Metall- und Elektroberufsbereich einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 40,6 Prozent saldiert in der Steiermark haben. Das, was ich vor Ort, in den Regionen erkennen muss, zeigt mir sehr wohl, Kollege Paieryl, dass wir über einige Parameter sehr intensiv zu diskutieren haben und dass die Situation für die Menschen in der Steiermark, was den Arbeitsplatz anbelangt, bei weitem nicht so rosig ist wie wir das dauernd hier vernehmen müssen. Ich freue mich auf diese Analyse und die Gespräche auf Regierungsebene und hoffe, dass wir in der Artesyn-Frage wieder nicht warten bis zum Nimmerleinstag, denn am 31. März 2003 geht der Job dort verloren. Ich sage es hier an dieser Stelle: Diese 2,8 Millionen Euro treiben wir 100-prozentig auf, damit die Menschen in Kindberg weiter eine Chance haben. (Beifall bei der SPÖ. – 18.31 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung, bevor wir zur Abstimmung kommen, kommt von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (18.31 Uhr): Ich darf nochmals zwei Punkte erwähnen: Joanneum Research arbeitet mit anderen Experten auch in einer Art Task force daran, nicht um ihr Recht zu geben oder irgendwie sonstige Aussagen der Vergangenheit zu rechtfertigen, sondern draufzukommen, wie seriös diese Veröffentlichung – ich spreche bewusst nicht mehr von Studie – ist und wie aussagekräftig sie über die Standortqualität, über die Reputierlichkeit und über die Leistungskraft eines Landes und einer Region mit Menschen, die Schweres mitgemacht haben und viel Wandel in den letzten Jahren ertragen mussten, aber die auch eine Perspektive sehen müssen. Und das möchte ich gerne wissen und nichts anderes. Kein Parteienstreit, kein persönlicher Streit. Ich bin da viel zu professionell unterwegs, um auf das überhaupt einzugehen. Zweiter Punkt, Artesyn: Mir ist, außer das, was mir am 19. September in Anwesenheit auch des Abgeordneten Sepp Straßberger von dieser Task force dort übergeben wurde, nichts bekannt. Das ist ein Papier, mit dem wir auch in der Wirtschaftsförderung agieren und ein Neun-Punkte-Programm gemeinsam erarbeitet haben. Wir treten jetzt gemeinsam mit diesem Artesyn-Management an den diversesten Gelegenheiten, wie zum Beispiel auch beim

Automobilforum nächste Woche in Graz, auf und werden auch mit ihnen zu Intertech nach Vorarlberg fahren. Wir arbeiten mit ihnen zusammen und ich bin auch überzeugt, dass es möglich ist, mit dieser Mannschaft dort eine unternehmerische Tätigkeit am Standort zu sichern. (Beifall bei der ÖVP. – 18.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (18.33 Uhr): Ich frage mich nur, Kollege Paierl, ob wir dann nicht die Seriosität der Studien von 1993 und 1998 auch checken sollten, weil vielleicht wurden wir damals schon eines anderen belehrt. (Abg. Bittmann: „Schwacher Versuch, Herr Voves!“) Ich würde auch bitten, dass man die Faktoren von 1998 auch gegenüberstellt, damit wir wissen, was wir für 1998 Großartiges zu berichten haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was ist das Ziel?“ – Beifall bei der SPÖ. – 18.34 Uhr.)

Präsident: Die nunmehr letzte Wortmeldung kommt von Frau Landeshauptmann Klasnic.

Landeshauptmann Klasnic (18.34 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich gebe dem Herrn Kollegen Landeshauptmannstellvertreter Voves Recht, wenn er gesagt hat, er hat in einer der vorigen Sitzungen im außerordentlichen Teil das Thema Artesyn angesprochen. Er hat von den 2,8 beziehungsweise heute 3 Millionen Euro gesprochen, das sind 42 Millionen Schilling. Das Gespräch hat sich in der Regierung so abgespielt, dass man gespürt hat, dass der Wirtschaftsreferent sich der Sache voll und ganz annimmt und man hat es jetzt auch in den Zwiegesprächen gespürt. Ich sage sehr bewusst dazu: Wir werden nicht nur einen Fall Artesyn haben, sondern andere Fälle auch, wo wir uns voll und ganz gemeinsam darum bemühen müssen, weil das unser Auftrag ist.

Und jetzt sage ich ein Zweites: Ich will und möchte ein Wort nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir den Wirtschaftsstandort Steiermark glorifizieren. Ich glorifiziere nichts! Ich bin 32 Jahre in der Politik, das 15. Jahr in der Regierung und ich kann mich erinnern an die Jahre 1975 bis 1988, wo wir in der Mur- und Mürzfurche die Probleme gehabt haben, wo es um jeden Arbeitslosen gegangen ist. Und da ist es immer um drei- und vierstelligen Zahlen wöchentlich dazu gegangen. Und auch heute, wenn wir Arbeitslose haben, ist jeder Einzelne zu viel. Nur, was wir in diesem Land geschaffen haben, niemand hat darauf das Recht, es für sich in Anspruch zu nehmen. (Abg. Grabner: „Schlusslicht Österreichs!“) Die Menschen in diesem Land, die Wirtschaft, die Unternehmer, die Arbeitnehmer, die Jungen und die Älteren und die Politik haben Rahmenbedingungen geschaffen, dass viele sagen: das steirische Wirtschaftswunder. Und zu dem bekenne ich mich und das sind wir! (Beifall bei der ÖVP.)

Zweiter Teil: Herr Kollege Grabner, Sie haben genau so viel Anteil wie vielleicht ich, wir sitzen alle in einem Boot. (Abg. Ing. Grabner: „Mir sind 30.000 Arbeitslose nicht wurscht!“) Und wir sind die Vertreter der steirischen Bevölkerung und wir dürfen stolz und dankbar sein, was diese Bevölkerung leistet und wir dürfen sie begleiten. Wir haben das Vertrauen der Menschen, also haben wir das Vertrauen auch zu rechtfertigen und dürfen etwas arbeiten dafür. Das ist der Punkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie die Empirica-Studie des Jahres 1998 ansprechen, ich habe mich unendlich gefreut. Ich war besonders stolz als eine der Ersten, Kollege Ressel, der hier an diesem Pult bei einer der Budgetreden diese Empirica-Studie vorgestellt und das gesagt hat, was uns alle am meisten schmerzt, nämlich dass wir dort einmal auf Platz 53 sind, aber in der Infrastruktur auf Platz 165. Das haben wir auch alle erkannt und das muss unser gemeinsames Ziel sein. Weil wenn wir die Infrastruktur nicht in den Griff bekommen, und da sind wir alle gefordert und müssen auch den Kollegen Schögggl unterstützen, dann ist der Wirtschaftsstandort auf Zeit nicht mehr das, was er heute ist. Aber jetzt ist er was, nämlich jener Standort, wo jedes dritte Technologieprodukt, das aus Österreich exportiert wird, aus der Steiermark kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind ein Bildungsstandort. Und wenn wir über die jungen Leute reden, dann heißt es, dass nicht alle die Möglichkeit, aber auch persönlich nicht die Chance haben, die Universitäts- oder die Fachhochschulausbildung zu haben. Aber gerade jetzt wird wieder bewiesen, dass die Möglichkeit einer Lehre im Vordergrund stehen muss. Und wir müssen den Menschen sagen, dass mit den Händen arbeiten auch einen Stellenwert hat. Ich bin achteinhalb Jahre Wirtschaftsreferentin gewesen. Ich habe auch keine ganz einfache Zeit gehabt. Aber ich sage, im Jahr 1993 haben wir bei der Budgetdebatte keine Debatte gehabt, weil es eigentlich recht gut gegangen ist. Und dann erinnere ich mich an einen Auftritt des Kollegen Jeglitsch, der uns hier Donawitz vorgestellt hat und dann haben wir erkannt, was es bedeuten kann, wenn in der Verstaatlichten ein Schiff im Sinken ist. Das ist in anderer Form gelöst worden. Das geht in eine neue Richtung und dort wollen wir sein. Wir sind heute ein Tourismusstandort, der auch Wirtschaft bedeutet, die einen besonderen Stellenwert hat. Wir haben Arbeit in der Landwirtschaft. Schauen wir uns die Agenda 21 an, schauen wir uns die ökologische Landentwicklung an, das ist die Arbeit der Menschen dieses Landes. Und wir haben einen Ausbildungsstandort, von dem wir sagen können, wir sind jeden Tag stolz. Sei das glorifiziert – ich bin ein Landeshauptmann, der dieses Land liebt und den Menschen jeden Tag sehr, sehr dankbar ist für das, was sie tun. Und da weiß ich mich mit der Regierung einer Meinung. (Beifall bei der ÖVP.)

Und darum müssen wir vorsichtig sein, wenn es zu einer neuen Umfrage eine andere Grundlage der Fragestellungen gibt. Und wenn Sie mich vor drei Wochen oder vor fünf Wochen etwas gefragt hätten, hätte ich es vielleicht auch nicht gewusst, weil ich heute anders darüber denke. Aber dann kann ich nicht sagen, das ist zu vergleichen, meine Meinung vor fünf Wochen und meine Meinung heute in derselben Frage, wenn es um eine Grundsatzdiskussion geht. Die Regentage waren in der Empirica 98 nicht gefragt. Die fünf Jahre sind nicht um.

Und eines sage ich Ihnen, wenn es eine geordnete und den Fragen gleichgestellte Studie gibt, im Jahre 2003 nämlich, wenn die fünf Jahre um sind, dann dürfen wir uns heute schon auf die Diskussion freuen, wenn die Fragen gleich sind! Weil dann können wir nur gewonnen haben und das deshalb, weil die Menschen in dem Land etwas zusammenbringen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.40 Uhr.)

Präsident: Weitere Wortmeldung Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves.

Landeshauptmannstellvertreter Voves (18.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Ich kann Ihnen heute und in Zukunft die Liebe für die Steirerinnen und die Steirer nicht mehr alleine überlassen. Und ich glaube, alle Damen und Herren in dem Raum lieben die Steirerinnen und Steirer. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich bitte Sie um Verständnis, lieben wir die 28.000 Arbeitslosen im Besonderen und verstehen Sie daher, dass ich mich immer verpflichtet fühlen werde, dass ich auf diese 28.000 Arbeitslosen aufmerksam machen werde. Und so bitte ich auch meine Kritik an dieser Empirica-Studie zu sehen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.41 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichtstatters ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmig Annahme des Antrages fest.

Achtung, bitte, meine Damen und Herren! Es ist ein Abstimmungsvorgang noch nicht zu Ende.

Ich ersuche Sie, wenn Sie dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend einen wirtschaftspolitischen Aktionsplan, Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Verbesserung des Angebotes an Ausbildungsmöglichkeiten, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Verbesserung der Infrastruktur des steirischen Grenzlandes, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, bitte achtzugeben, ich kann eine Abstimmung nur einmal durchführen (Beifall). Es tut mir Leid, dass mein Mikrofon sich nicht noch lauter stellen lässt, um Sie zu übertönen, damit Sie wirklich alles hören.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Wirtschaftsförderung statt Abfangjäger, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt 15. Frau Präsidentin, ich ersuche um Übernahme des Vorsitzes.

Präsidentin Dr. Rieder:

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 413/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross und Prattes, betreffend die garantierte Umsetzung aller mit „PFIFF“ versprochenen Projekte.

Berichtstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (18.44 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 11. September 2001, 15. Jänner 2002, 9. April 2002 und 10. September 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 413/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross und Prattes, betreffend die garantierte Umsetzung aller mit „PFIFF“ versprochenen Projekte, liegen drei Stellungnahmen der Landesregierung vor. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 413/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross und Prattes, betreffend die garantierte Umsetzung aller mit „PFIFF“ versprochenen Projekte, wird zur Kenntnis genommen. (18.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichtstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich bitte deutlich aufzuzeigen, denn sonst muss ich Sie ersuchen aufzustehen. Gegenprobe. Herr Dr. Weiss, ich bitte Sie abzuzählen. Es ist nicht genau feststellbar, wer für und wer gegen den Antrag

stimmt. Ich wiederhole den Abstimmungsantrag und bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. Danke. Gegenprobe. Wer gegen diesen Antrag stimmt, den bitte ich aufzustehen.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 546/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Vorfinanzierung des zweiröhrigen Ausbaus des Gleinalmtunnels durch das Land Steiermark.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (18.47 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 546/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Vorfinanzierung des zweiröhrigen Ausbaues des Gleinalmtunnels durch das Land Steiermark. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 6. November 2001, 25. Juni 2002 und 10. September 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 546/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Vorfinanzierung des zweiröhrigen Ausbaues des Gleinalmtunnels durch das Land Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (18.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön. Herr Abgeordneter Stöhrmann, du hast um das Wort gebeten.

Abg. Stöhrmann (18.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kuriositäten, wie wir sie heute auch schon gehört haben, sind ja nicht nur oft das Salz in der Suppe von Journalisten, sondern sie erheitern uns auch immer im täglichen Ablauf. Warum sich heute Kollege Riebenbauer bei einer Abstimmung so erheitert hat, ist mir fremd, vor allem wenn ich zurückdenke, wie der Abstimmungsvorgang bezüglich einer Musikakademie abgegangen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt aber auch Kuriositäten, die nicht nur mündlich vorgetragen werden, sondern auch schriftlich aufliegen. Es gibt den Antrag, Einl.-Zahl 546/2 der freiheitlichen Abgeordneten, betreffend die Vorfinanzierung des zweiröhrigen Ausbaues des Gleinalmtunnels durch das Land Steiermark. Der Antrag wurde eingebracht. Sie, Frau Landeshauptmann, sind dankenswerterweise sofort dahintergestanden. Sie haben auch in der Presse publiziert, wie wichtig das ist. Sie waren positiv eingestellt, Ihr Finanzreferent war jedoch negativ eingestellt. Und kurios für mich ist, dass der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei passiv eingestellt war, denn er hat zu diesen Dingen überhaupt nichts gesagt. Weiters kurios finde ich, dass die negative Regierungsvorlage, die dann in einen Ausschussantrag gemündet hat, mit den Stimmen der Antragsteller des ursprünglichen Antrages, nämlich der Freiheitlichen Partei, angenommen wurde, also der eigene Antrag niedergestimmt wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, diese Art von Kuriositäten können wir uns gerade in der Verkehrspolitik nicht leisten. Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie positiv für diesen Antrag waren, denn wenn wir die Verkehrspolitik ernst nehmen, dann müssen wir uns um diese Dinge kümmern, und zwar nicht nur um den Gleinalmtunnel, sondern vor allem auch um den Ganzsteintunnel. Wir wissen alle, dass der Semmeringstraßentunnel vor der Fertigstellung steht. Wir wissen aber auch, dass dann das Verkehrsaufkommen durch das Mürztal noch stärker, noch vehementer und unguter wird. Wir wissen, dass der Ganzsteintunnel der in Österreich am schlechtesten ausgebaute Tunnel ist. Kollege Straßberger hat auch schon in der Presse verlauten lassen, dass er dafür sorgen wird, dass die Baumaschinen vom Semmering nicht abgezogen, sondern gleich direkt zum Ganzsteintunnel kommen werden. (Abg. Straßberger: „Du bist schlecht informiert, wenn du in Mitterdorf wohnst!“) Lieber Josef, du weißt aber auch, dass der Generalverkehrsplan mit den Stimmen deiner Fraktion angenommen wurde und der Ganzsteintunnel erst sehr viel später drankommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht lässt sich diese Finanzierung des Gleinalmtunnels doch durchführen. Vielleicht hat der Finanzreferent, um seine Landeshauptfrau nicht ganz im Regen stehen zu lassen, doch eine Möglichkeit gefunden, diese Vorfinanzierung durchzuführen. Frau Landeshauptmann, vielleicht ist es ihm gelungen, die Steuergelder der Steiermark, die wir für einen Stabilitätspakt, der seitens des Bundes nicht eingehalten wird, diese 3,5 Milliarden, zurückzubekommen. Dann wäre diese Vorfinanzierung vielleicht möglich. Wahrscheinlich wird aber auch das unter Kuriositäten fallen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (18.53 Uhr): Um das Verfahren nicht zu verlängern, zum Ganzsteintunnel einige Anmerkungen, zur Startrate zu Baubeginn 2003, die zwischenzeitlich geregelt ist: Ich freue mich, dass gerade das Mürztal verkehrstechnisch sehr gut erschlossen sein wird und wir tun, was den Lückenschluss Graz–Bruck betrifft, sehr vieles. Gerade die SPÖ-Gemeinden müssten sehr zufrieden sein. Ich wiederhole es noch einmal: Bruck–Kapfenberg–Tödling–Kreisverkehr, Lückenschluss Graz–Bruck, in Frohnleiten gehen die Verhandlungen vorwärts. Das sind jene Bereiche, bei denen der sozialdemokratische Verkehrsreferent nichts weitergebracht hat. Zeltweg–Weißkirchen, das erwähne ich noch der Vollständigkeit halber, gehen end-

lich weiter. Ich gehe aber zur Geschichte zurück: Die Frage der zweiten Gleinalmröhre ist aufgetreten angesichts des furchtbaren Unglücks im Sommer vorigen Jahres, wo wir gesagt haben, wir müssen raschestmöglich etwas tun, um die Tunnelsicherheit zu erhöhen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ordnung halber erwähne ich, dass insgesamt bis 2004 95 Millionen Euro in die Tunnelsicherheit investiert werden. Es ist vieles geschehen. Ich glaube daher, dass das einen Applaus wert ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben heuer den Erfolg gesehen. Es gibt Gott sei Dank keine Unglücke in diesem Ausmaß mehr. Aber leider ist der Mensch in diesem System eine Schwachstelle. Wenn insbesondere Urlauber übermüdet nach stundenlanger Fahrt dann Probleme bekommen und Unfälle entstehen, dann ist das furchtbar, aber der Mensch ist, wie schon gesagt, die Schwachstelle. Wir werden weiter alles tun, auch wenn es gelingt, Gelder der ASFINAG aus Einnahmen aus dem Road pricing dazu zweckzubinden, dass der Bau dieser beiden zweiten Tunnelröhren – Gleinalm und Bosruck – möglich sein wird. Nur der Information halber zwei Zahlen: Der Tunnel, die zweite Röhre Bosruck, kostet die Kleinigkeit von 58 Millionen Euro und die zweite Röhre des Gleinalmtunnels kostet 130 Millionen Euro. Das sind gewaltige Beträge. Wir werden alles tun, um diese zweiten Röhren auch im Sinne der Belebung der Bauwirtschaft raschestmöglich in Angriff nehmen zu können. Verhandlungen mit der ASFINAG werden laufend geführt. Aber im Sinne der Verkehrssicherheit und Tunnelsicherheit wurde bereits vieles bewältigt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 18.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich darf jene Damen und Herren bitten die Hand zu heben, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben wollen. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 938/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (18.56 Uhr): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Leider Gottes sitzt sonst niemand mehr auf der Regierungsbank, obwohl es hier – Frau Landeshauptmann, ich bitte um Entschuldigung, dann darf ich Sie noch begrüßen. Danke vielmals.

Es steht auch in dem, was ich jetzt zu berichten habe, der Mensch im Mittelpunkt, nicht nur in der vorhergegangenen Debatte, wo es im Speziellen um die Wirtschaft gegangen ist und um Arbeitsplätze, was natürlich die Menschen besonders betrifft. Aber auch das, was ich Ihnen jetzt berichten möchte, hat nicht nur im weiteren, sondern im engsten Sinne mit Menschen zu tun.

Ich darf Ihnen den Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten, der gleich lautend ist wie der Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, zur Kenntnis bringen.

Entsprechend der geltenden Rechtslage können nach dem Einkommensteuergesetz Beiträge an gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften sowie private Zuwendungen an begünstigte Spendenempfänger als Sonderausgaben von der Einkommensteuer abgesetzt werden. Als begünstigte Spendenempfänger gelten zum Beispiel bestimmte Forschungs- und Lehrinrichtungen und Museen von Körperschaften öffentlichen Rechts. Soziale Organisationen zählen nicht zu den begünstigten Spendenempfängern, weshalb private Zuwendungen an diese nicht von der Einkommensteuer abgesetzt werden können.

Um Spendern ein Signal zu setzen, dass ihre finanziellen Zuwendungen für den sozialen Bereich von der Gesellschaft und der Politik geschätzt werden, sollte eine steuerliche Absetzbarkeit von diesen Spenden ähnlich wie im Kultursponsoring bis zu einem bestimmten Betrag ermöglicht werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, private Zuwendungen an soziale Organisationen und eigens eingerichtete Spendenkonten nach dem Einkommensteuergesetz bis zu einem bestimmten Betrag für steuerlich absetzbar zu erklären. Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (18.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Bleibt das aufrecht?

Abg. Wicher (18.59 Uhr): Ja, es bleibt aufrecht. Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Seit Jahren bereits fordern gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen, allen voran die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation und als Dachverband aller Behindertenverbände Österreichs von der Bundesregierung beziehungsweise dem jeweiligen Finanzminister die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Zuwendungen an oben genannte Zielgruppe. Am 25. Juli dieses Jahres forderten die Außenministerin Benita Ferrero-Waldner sowie der Sozialminister Haupt Begünstigungen für Entwicklungszusammenarbeitsprojekte beziehungsweise für Soziales, dass diese im Zuge der nächsten Steuerreform zu berücksichtigen wären. Ganz aktuell meinte Caritas-Präsident Franz Küberl in der Pressestunde am vergangenen Sonntag, dass es hoch an der Zeit wäre, endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden in die Tat umzusetzen. Es ist meiner Meinung nach eine gewisse Ungleichbehandlung, wenn sowohl Private als auch Firmen Spenden an begünstigte

Organisationen, welche sich mit Forschungs- und Lehraufgaben beschäftigen, steuerlich geltend machen können, aber nicht solche Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen. Nicht, dass ich die Wichtigkeit der Ameisenforschung oder der Tierzahnheilkunde bestreiten möchte, tatsächlich werden diese explizit im Einkommensteuergesetz aufgelistet. Doch meine ich, dass man in diesem Fall doch gewisse Prioritäten setzen müsste. Ich hoffe, dass die neu zu wählende Bundesregierung ehebaldigst Schritte in diesem Bereich setzen möge, um endlich die Standards der anderen OECD-Länder, es ist lediglich noch Finnland außer Österreich, das derartig rigide Regelungen hat, dass sie diese endlich umsetzen möge, damit wir gleichziehen können mit den anderen OECD-Ländern. Daher ersuche ich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ganz herzlich, meinem Antrag zuzustimmen, was – wie ich meine – Ihnen sicherlich nicht schwer fallen kann, steht doch bei uns allen ganz selbstverständlich der Mensch im Mittelpunkt. Und ich denke, das würde keiner besonderen Betonung bedürfen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 19.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zur Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (19.03 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich nur ganz kurz zu Wort melden. Aus Gründen der Geschäftsordnung habe ich zwar im Sozial-Ausschuss bereits bekundet, dass ich auf diesen Antrag draufgehen möchte. Ich habe diesen Antrag aber dort nicht unterschrieben. Ich möchte nur begründen, dass wir diesen Antrag auf jeden Fall auch deshalb unterstützen, weil wir ihn von unserer Fraktion bereits 2001 in diesem Haus gestellt haben. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben wollen, darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 638/2, zum Beschluss Nr. 314 des Steiermärkischen Landtages vom 23. Oktober 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich, Schleich und Wiedner, betreffend Senkung der Kehrgebühren.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.04 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 638/2. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 10. September 2002 über die obgenannte Regierungsvorlage die Beratung durchgeführt. Bei der Abstimmung am 10. September 2002 wurde die Kenntnisnahme der gegenständlichen Regierungsvorlage mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Regierungsvorlage 638/2, zum Beschluss Nr. 314 des Steiermärkischen Landtages vom 23. Oktober 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich, Schleich und Wiedner, betreffend Senkung der Kehrgebühren, wird zur Kenntnis genommen. (19.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Graf (19.05 Uhr): Frau Präsidentin, werte Abgeordnete!

Ich darf dazu einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen: Im Juni 2000 wurde die Kehrordnung beschlossen. Dieser Verordnungsentwurf wurde bis knapp vor Ende der Legislaturperiode dem Landtag nicht zugeleitet. Auf Initiative der FPÖ und SPÖ am Ende der Legislaturperiode wurde die Novellierung der Kehrordnung ohne Neuregelung der Rauchfangkehrtarife beschlossen. Man wollte der Tatsache Rechnung tragen, dass die technische Entwicklung und modernen Heizeinrichtungen weniger Reinigungsaufwand und weniger Überprüfungen benötigen und daher auch eine spürbare finanzielle Entlastung für die Bürger bringen sollte. Im Dezember 2000 wurde die neue Rauchfangkehrhöchsttarifverordnung erlassen und diese Verordnung brachte jedoch das groteske Ergebnis, dass trotz weniger Kehraufwand die Gebührenbelastung für viele Konsumenten gestiegen ist. Mit Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 23. Oktober 2001 wurde die Landesregierung aufgefordert, die Rauchfangkehrhöchsttarifverordnung zu novellieren. Diese Tarifverordnung sollte sofort geändert werden. Der Landtag wolle daher beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, dass im Wege der mittelbaren Bundesverwaltung (Landeshauptmann) die Tarife der Rauchfangkehrhöchsttarifverordnung gemäß der gesetzlichen Vorgaben in der Gewerbeordnung im Sinne einer gerechteren Gebührengestaltung und unter dem Aspekt, dass ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen bei gleichzeitigem geringerem Arbeitsaufwand vermieden werden sollen, gesenkt werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Danke! (19.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger.

Abg. Dirnberger (19.07 Uhr): Frau Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Die Kehrordnung mit ihren Tarifen hat uns wieder. Ich habe mir sagen lassen, dass das so ein Thema ist, das in Regelmäßigkeit dieses Haus beschäftigt. 1999, 2000 haben wir intensiv die Kehrordnung verhandelt. Die Kehrordnung ist natürlich die Basis für den Tarif gewesen, der dann mit 1. Jänner 2001 in Kraft getreten ist. Grundlage des neuen Tarifes ist eine Studie des Beratungsunternehmens INFORA. Es wurde der Versuch gestartet, objektive Tarife zu gestalten, dabei auch noch die Rauchfangkehrerbetriebe für lebensfähig zu erhalten. Man muss auch erwähnen, dass sechs Jahre keine Erhöhung durchgeführt wurde. Der neue Tarif, den es gibt, ist sehr übersichtlich, kontrollierbar und auch nachvollziehbar. Es ist ein Höchsttarif und die Unternehmen sind in keiner Weise angehalten, diesen Tarif auch zu verrechnen. Positiv ist, dass in der Kehrordnung festgelegt ist, dass ein Rauchfangkehrerwechsel stattfinden kann. Dieser Wechsel wurde auch mit einem Tarif versehen, der sicherlich finanzierbar ist mit 250 Schilling. Das Positivste aus meiner Sicht ist, dass der 40-prozentige Entfernungszuschlag gefallen ist. Es hat vorher diese Lösung gegeben, in jenen Gemeinden, wo kein Rauchfangkehrer seinen Sitz hat, mussten 40 Prozent mehr bezahlt werden. So entsteht es natürlich, wenn man einigermaßen das neutral ausgleicht, dass in diesen Gemeinden, wo der Rauchfangkehrer jetzt seinen Sitz hat, es teurer geworden ist, aber in vielen Gemeinden es billiger geworden ist. Gerade in Richtung feste Brennstoffe wurde auch versucht, mit Augenmaß den Tarif festzusetzen. Ich glaube aber, das Allerwichtigste ist, dass vor allem die Sicherheit, und hier der Brandschutz, im Vordergrund steht. Und hier sind natürlich die Rauchfangkehrer die richtigen Ansprechpartner. Ich weiß, jeder Euro, der bezahlt werden muss und ausgegeben wird, ist zu viel. Ich möchte daher überhaupt nichts bagatellisieren. Wenn man die Tarife anschaut, so geht es bei einer Heizung mit Gas in etwa um 40 Euro im Jahr und bei den festen Brennstoffen so in etwa um 100 Euro. Ich habe meine Rechnung zu Hause angeschaut, ich habe eine Hackschnitzelheizung, da geht es um 114 Euro. Gerade bei Heizungen mit festen Brennstoffen und Hackschnitzelheizungen haben wir sehr intensiv gefightet und ich habe einige Sträuße mit den Rauchfangkehrern ausgefochten, weil ich auch der Meinung war, dass gerade bei den Hackschnitzelheizungen nicht nur die Viermalkehrungen eigentlich das Richtige oder ausreichend sind, sondern dass man selbst viel öfter kehren muss. Es ist unsinnig, wenn der Rauchfangkehrer kommt. Ich habe dann aber einsehen müssen, dass es schon gescheit ist, wenn der Rauchfangkehrer in gewissen Abständen vorbeikommt, weil es nicht alle selbstverständlich machen und eine Kontrolle wichtig ist. Man soll auch nicht vergessen, dass es auch um Arbeitsplätze geht. Wir diskutieren um jeden Arbeitsplatz. Ich meine daher, die Rauchfangkehrer sichern auch Arbeitsplätze und bilden Lehrlinge aus. In diesem Sinne ist es einigermaßen gerechtfertigt, dass diese Tarifordnung auch, so wie sie jetzt ist, umgesetzt wird. Wir werden den Entschließungsantrag der Freiheitlichen aus rein rechtlicher, formaler Sicht, aber auch den Entschließungsantrag, der jetzt von der SPÖ kommen wird, ablehnen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schleich am Wort. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Schleich (19.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zur Kehrordnung einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, möchte aber vorher noch etwas anführen und meinem Vorredner eine Antwort geben: Wir haben alle mit sehr viel Ehrgeiz, der eine mit mehr Gewicht, der andere mit weniger, damals die Kehrordnung beschlossen, um für die Bürgerinnen und Bürger einen niedrigen Preis zu erzielen. Schon damals war in den Verhandlungen der unsichere Faktor, was wird später mit der Gewerbeordnung passieren? Landesrat Paierl hat das gemacht, was befürchtet wurde. Er hat das so verändert, dass in Wirklichkeit die Leute für weniger Leistung mehr bezahlen müssen. Ich glaube, das ist ein Fall, der nicht unbedingt wünschenswert ist. Ich habe hier auch einen Brief von einer betroffenen Person, die an die Arbeiterkammer geschrieben hat. In diesem Brief – ich habe diesen von einem Abgeordnetenkollegen bekommen – wird genau aufgeführt, was er bezahlt hat und was er heute bezahlt. Die Tatsache ist bewiesen, er bezahlt in Wirklichkeit mehr. Ich glaube, so soll es nicht sein. Es stimmt schon, dass uns vieles gelungen ist, wie der Kollege sagt: Die 40-prozentige Entfernungszulage ist weggefallen. Dort, wo es nicht zutrifft, ist es etwas teurer geworden. Man darf aber trotzdem nicht übersehen, dass es für weniger Leistung teurer geworden ist. Ich glaube, das ist durch die Gewerbeordnung passiert. (Abg. Dirnberger: „Nur in den Stadtgemeinden!“) Ich weiß schon, dass ihr das nicht hören wollt und dass ihr natürlich die Rauchfangkehrer vertretet. Ich habe nichts gegen die Rauchfangkehrer, schon gar nicht wenn sie Glücksbringer sind, auch nichts gegen die Mitarbeiter. Ich glaube, eines sollte schon entscheidend sein, meine sehr geehrten Damen und Herren: Es geht um die Bürgerinnen und Bürger und es geht um die Kosten. Die Kostenwahrheit soll sehr wohl bleiben und das darf man nicht verwischen mit der Gewerbeordnung. Ich werde unseren Antrag jetzt nicht zur Gänze verlesen, sondern mich nur auf den Antrag beschränken. Der Landtag wolle beschließen: Das zuständige Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung wird aufgefordert, die Höchststarifverordnung im Rauchfangkehrerhandwerk dermaßen abzuändern, dass der Höchsttarif in jenen Bereichen gesenkt wird, wo durch die letzte Kehrordnungsnovelle von den Rauchfangkehrern eine geringere Leistung erbracht wird als vor der Novelle. Ich glaube, damit ist alles klar ausgedrückt. Ich bitte, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Wir werden auch dem Entschließungsantrag der Freiheitlichen zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich wiederhole den Abstimmungsvorgang. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein deutliches Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Senkung der Kehrgebühren, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Senkung der Kehrgebühren, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 945/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (19.16 Uhr): Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 945/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002.

Die Steiermärkische Landesregierung ist gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des L-VG 1960 bei der Besorgung des Landeshaushaltes an den Landesvoranschlag gebunden. In dringenden Fällen, wenn es das Interesse des Landes offensichtlich erfordert, kann die Landesregierung mit drei Vierteln der Gesamtzahl der Mitglieder und mit Zustimmung des Finanzreferenten die Überschreitung einer Voranschlagspost oder eine im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgabe beschließen. Über alle derartigen Beschlüsse ist dem Steiermärkischen Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt unter gleichzeitiger Antragstellung hinsichtlich der Bedeckung zu berichten. Diese Berichterstattung kann entfallen, wenn die Landesregierung die Mittel für die Überschreitung oder die nicht veranschlagte Ausgabe durch Ersparnisse bei einer andern Voranschlagspost des gleichen Gebärungszweiges oder durch Mehreinnahmen, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit dieser Ausgabe stehen, hereingebracht hat.

In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 6. Mai bis zum 3. Juni 2002 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 10,200.910,65 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Der Mehraufwand wurde durch die Bindung von Ausgabenersparungen und Mehreinnahmen bedeckt.

Beschlüsse über spezielle Angelegenheiten, die im vorliegenden Berichtszeitraum seitens der Steiermärkischen Landesregierung gefasst und dem Steiermärkischen Landtag gesondert vorgelegt wurden, sind im gegenständlichen Bericht nicht berücksichtigt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Juni 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der fünfte Bericht für das Rechnungsjahr 2002 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 10,200.910,65 Euro wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (19.19 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich danke, Herr Abgeordneter. Eine Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung und ich darf Sie bitten, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben wollen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Bei den Tagesordnungspunkten 20 bis 22 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 682/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber und Kaufmann, betreffend eine einheitliche Abwicklung von Biomasseförderungen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (19.20 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Förderung von Biomasseheizanlagen wird derzeit einerseits von der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark für alle Förderungen der ländlichen Regionen beziehungsweise der Landwirtschaft abgewickelt und andererseits von der Fachstelle Energie, Fachabteilung 13, für alle nicht landwirtschaftlichen Gesellschaften, Betriebe et cetera. Darüber hinaus wird mitgeteilt, dass aus dem steirischen Umweltlandesfonds, aus dem die Förderungsmittel des Landes gewährt werden, in den letzten Jahren für Solar- und Biomasseförderungen Förderungsmittel zur Verfügung standen. Für das Jahr 2001 3,717.869,50 Euro, für das Jahr 2002 3,308.500 Euro. Für das Jahr 2003 ist eine analoge Vorgangsweise vorgesehen.

Der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (19.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke!

21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 136/1, der Abgeordneten Halper, Kaufmann, Margarethe Gruber und Dr. Reinprecht, betreffend die Setzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen im Sinne des Kyoto-Protokolls.

Berichterstellerin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (19.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätztes Hohes Haus!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 6. März 2001, am 9. Oktober 2001 und am 10. September 2002 über den soeben erwähnten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Die Landesregierung berichtet in ihrer Stellungnahme zum Antrag, dass sie diesbezüglich an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft herangetreten ist. In der diesbezüglichen Stellungnahme des Bundesministeriums wird darauf hingewiesen, dass in mehrmonatiger intensiver Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Rahmen des Kyoto-Forums ein Entwurf für eine nationale Klimastrategie ausgearbeitet wurde, welche in den Grundsätzen die politische Zustimmung der Länder gefunden hat. Weiters wird darauf hingewiesen, dass die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls im Gleichklang mit den Mitgliedsstaaten der EU und der Gemeinschaft für das Jahr 2002 geplant ist. Der österreichische Ratifizierungsprozess wird in den nächsten Monaten, aufbauend unter anderem auf der akkordierten Klimastrategie, in Gang gesetzt werden.

In einer ergänzenden Stellungnahme der Landesregierung wird nach Einholung einer Stellungnahme des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft festgehalten, dass die zwischen Bund und Ländern akkordierte nationale Klimastrategie am 18. Juni 2002 vom Ministerrat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Mit der einstimmigen Annahme der Regierungsvorlage zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch den Nationalrat am 21. März dieses Jahres und durch den Bundesrat am 5. April 2002 hat Österreich seinen Beitrag für die gemeinsame Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch die EU und die 15 Mitgliedsstaaten bei den Vereinten Nationen in New York geleistet. Die Hinterlegung erfolgte am 31. Mai 2002.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 136/1, der Abgeordneten Halper, Kaufmann, Margarethe Gruber und Dr. Reinprecht, betreffend die Setzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen im Sinne des Kyoto-Protokolls, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen somit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 845/1, betreffend Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinde Leoben und den Abfallwirtschaftsverband Leoben (Reihe Steiermark 2002/3).

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (19.24 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 10. September 2002 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinde Leoben und den Abfallwirtschaftsverband Leoben beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinde Leoben und den Abfallwirtschaftsverband Leoben (Reihe Steiermark 2002/3) wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich darf dir das Wort erteilen.

Abg. Kaufmann (19.25 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben im Bericht gehört, dass es zwei Stellen für die Biomasseförderungen gibt. Wir haben einen Antrag gestellt, dass diese Biomasseförderungen auf eine Förderstelle zusammengeführt werden sollen. Wir haben auch den Antrag gestellt, dass die Förderungen erhöht werden sollen. Es tut mir jetzt Leid, dass Herr Landesrat Pörtl nicht anwesend ist. Wir haben im Ausschuss schon darüber diskutiert. Die Antwort, die wir bekommen haben, war alles andere als ausreichend. Es gibt, wie ich schon gesagt habe, zwei Förderstellen. Jene der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft ist für ländliche Regionen beziehungsweise für die Landwirtschaft zur Förderung von Biomasseheizungen zuständig und die zweite ist bei der Rechtsabteilung 13, die alle nicht landwirtschaftlichen Gesellschaften beziehungsweise Betriebe fördert. In beiden Fällen fördern die EU, der Bund und das Land. Was die Landwirtschaft betrifft, müssen 51 Prozent landwirtschaftliche Betreiber sein, 49 Prozent können andere sein. Im zweiten Fall können 49 Prozent landwirtschaftliche Betreiber sein und 51 Prozent müssen von woanders herkommen. Ich ärgere mich darüber, dass Biomasseheizungen sehr stark beworben werden. Es gibt dann Betreiber, seien sie jetzt aus der Landwirtschaft oder nicht aus der Landwirtschaft, die sich sehr bemühen, in ihren Ortschaften, Gemeinden Biomasseheizanlagen zu bauen. Wenn es dann um Förderungen geht, dann ist kein Geld da. Zum Beispiel nimmt die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft auf ungefähr drei Jahre nicht einmal die Anträge für Förderungen an, weil kein Geld da ist. Im vorigen Jahr wurde schon gesagt, die nächsten drei Jahre keine Anträge mehr, weil die Töpfe bis dorthin ausgeleert sind. Jetzt muss ein landwirtschaftlicher Betreiber, und das ist sehr viel Arbeit und es steckt sehr viel Risiko dahinter, eine Biomasseheizanlage zu bauen. Es müssen die Bauern hergehen und sozusagen einen Trick anwenden, das heißt, sie müssen auf 49 Prozent Landwirtschaft kommen und auf 51 Prozent andere Betreiber, damit sie zum Geld kommen und dann wieder nicht über die Landwirtschaft, sondern über die Kommunalkredit. Es klingt jetzt genauso kompliziert wie es ist. Für mich heißt das: Wenn es zwei Stellen gibt und davon aber nur die eine Geld hat, dann soll man doch bitte die beiden zusammenführen. Es ist einfach nicht einsichtig und auch aus der Stellungnahme der Landesregierung geht nicht hervor, warum zwei Stellen angeblich billiger und effizienter sein sollen als eine Stelle. Das geht aus dem Bericht auch nicht hervor. Zweiter Punkt, warum wir diesen Antrag nicht akzeptieren können: Unsere Forderung über die Fördermittel, dass diese für Biomasseheizungen erhöht werden sollen, wurde praktisch so beantwortet, dass für das Jahr 2001 3,717.000 Euro zur Verfügung stehen, für das Jahr 2003 3,308.000 Euro. Das heißt, das sind um 410.000 Euro, das sind fast 6 Millionen Schilling, weniger als im Vorjahr. Der Satz darunter: „Es wird eine analoge Vorgangsweise für die nächsten Jahre geben.“ Das heißt, für das Jahr 2003 werden weniger Mittel, um 6 Millionen Schilling, als im Vorjahr ausbezahlt werden. Ich habe mir das ausgerechnet: In acht Jahren gibt es diese Förderung gar nicht mehr. Der letzte bekannte Punkt dabei ist, dass ab 1. Oktober dieses Jahres, also in einer Woche, keine Wohnbauförderung mehr ausbezahlt wird, wenn keine Biomasseheizung betrieben wird. Wie soll denn das jetzt gehen? Ich kann mir keine Biomasseheizung bauen, weil ich keine Förderung bekomme, weil kein Geld da ist. Ich kann mein Haus nicht weiterbauen, weil ich keine Förderung bekomme, weil ich keine Biomasseheizung habe. Was denkt man sich hier dabei? Denkt man sich hier überhaupt etwas dabei?

Ich kann Ihnen eines sagen: Wir werden uns auf das Heftigste dagegen wehren, dass man die Mittel der Wohnbauförderung so vergibt, dass man das eine mit dem anderen koppelt. Ich halte das für etwas zynisch, wenn man ein Antrag stellt und man bekommt die Antwort, es gibt nicht mehr Mittel und es wird auch in Zukunft nicht mehr Mittel geben. Im Gegenteil, es wird in Zukunft weniger Mittel geben. Überall liest man die Werbung. Ich bin eine Verfechterin von Biomasseheizanlagen, denn ich habe selbst in meinem Haus eine, weil ich leider zu weit weg von der Gemeinde wohne. Ich bin in der Gemeinde Vizebürgermeisterin und dort wird im Herbst eine Biomasseheizanlage für den gesamten Ort eröffnet. Ich kenne den Weg und spreche daher als Betroffene. Ich bin diesen Weg auch selbst gegangen, den ich gerade für die Gemeinde beschrieben habe. Ich würde bitten, das nicht so hinzustellen, als wenn ich das nicht wüsste. Wir mussten als bäuerliche Betreiber den Trick anwenden, dass wir über die Kommunalkredit zu Mitteln gekommen sind. Ansonsten hätten uns die Anschlusswilligen die Liebe aufgesagt, weil es wartet niemand drei Jahre auf eine Heizung. Dieser kauft sich in der Zwischenzeit eine Ölheizung. Ich sage noch etwas: Wenn man etwas bewirbt, dann sollte man auch schauen, dass die Töpfe voll sind und dass jene Leute, die sich diesen steinigen Weg antun, dann auch Geld bekommen. Du kannst das ruhig so lächerlich hinstellen. Ich wünsche dir gar nichts, denn so böse bin ich gar nicht. Ich wünsche uns und jenen, die den Mut haben, eine Biomasseheizanlage zu machen, dass sie den Weg nicht gehen müssen, dass man schaut, dass nicht jährlich um 6 Millionen Schilling weniger drinnen sind, sondern dass mehr drinnen ist. Ich meine daher, man sollte den bürokratischen Weg ein bisschen vereinfachen. Die Landwirtschaftskammer sagt, sie will die Förderstelle gar nicht abgeben, weil die Produktion ja in bäuerlicher Hand ist. Es dreht sich immer um zwei Prozent. Bei dem einen ist es möglich, wenn 51 Prozent Landwirtschaft ist und beim anderen ist es möglich, wenn 49 Prozent Landwirtschaft ist. Ich glaube, hier geht es um ganz etwas anderes als um die Landwirtschaft. Ich weiß, um was es geht (Abg. Gödl: „Aber du sagst es nicht!“), und du weißt es auch. Ich glaube, man will in der Landwirtschaftskammer Arbeitsplätze erhalten und gar nicht daran denken, draußen für die Bauern die Arbeitsplätze zu erhalten. Um das geht es. Und deshalb gibt die Landwirtschaftskammer die Förderstelle nicht ab. Es wäre wesentlich einfacher, wenn das von einer Förderstelle abgewickelt werden würde. Jetzt hast du es gehört. (Beifall bei der SPÖ. – 19.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Abgeordneter Riebenbauer, ich bitte Sie ans Rednerpult.

Abg. Riebenbauer (19.33 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, Frau Präsidentin!

Ich muss eines klarstellen: Frau Abgeordnete Kaufmann, ich könnte stundenlang diskutieren. Die Erfahrungswerte im Bereich der Errichtung von Biomasseanlagen können wir gegenseitig austauschen. Wir haben im Jahre 1990 mit der Errichtung einer Biomassefernwärmeanlage in Pinggau begonnen, haben einen Anschlusswert von 900 Kilowatt gehabt, haben zurzeit einen Anschlusswert von 3,5 Megawatt und haben 130 Abnehmer. Du brauchst mir nicht vorzuhalten, dass ich davon nichts verstehe. Das wäre nicht fair.

Ein zweiter Punkt: In der Regierungsvorlage ist die Situation dargestellt. Vielleicht ist eine Ergänzung notwendig, und diese möchte ich jetzt klar und deutlich festhalten: Die Landwirtschaftskammer – und das müsstest du als Landeskammerrätin eigentlich wissen – hat mit dem Bund einen Fördervertrag abgeschlossen. Ein Teil dieses Fördervertrages ist eben die Regelung über die Abwicklung der landwirtschaftlichen Förderung, soweit mir bekannt ist im Artikel 33, der für diese Förderungen zuständig ist. Mit diesem Beratervertrag ist auch geregelt, dass diese Förderungen von ungefähr drei bis vier Personen abgewickelt werden, die in der gesamten Steiermark dafür zuständig sind. Von den Antragstellern, von der Zeit her, hochgerechnet, von den Bezirkskammer und zusätzlich mit jenen in der Landwirtschaftskammer wird diese Förderung gemacht. Es wird natürlich auch zusätzlich zur Förderungsabwicklung für bäuerliche Kleinbiomasseanlagen eine Beratung gemacht. Und deshalb glauben wir, dass es vernünftig ist, dass wir dieses System beibehalten, weil dieser Fördervertrag bis Ende 2005 gilt, das heißt, für diese Periode. Und in diesem Fördervertrag ist das klargestellt und wird auch vom Bund mitfinanziert. Das ist der Hauptgrund, warum wir glauben, dass das richtig ist und zusätzlich auch die Beratung. Das sind die kleinbäuerlichen Biomasseanlagen, die im Artikel 33 in der ländlichen Entwicklung eben gefördert werden.

Zum Zweiten: In nicht bäuerlichen Haushalten, das hast du auch angeschnitten, ist eben zuständig der Umweltlandesfonds mit der Fachabteilung 13. Hier werden die Kleinf Feuerungsanlagen für nicht bäuerliche Betriebe für Kleinbiomasseanlagen abgewickelt und zusätzlich für alle Betriebe, für alle Förderungsansuchen über Solaranlagen. Hier über den Umweltlandesfonds werden auch die Solaranlagen von Bauern mit abgewickelt und mit gefördert. Ich möchte an dieser Stelle dem Landesenergiebeauftragten Dipl.-Ing. Jilek und vor allem auch der Frau Kuttner recht herzlich danken für ihre Arbeit. Es ist nicht immer einfach und es ist schwierig und trotzdem hat auch der Herr Landesrat heute in der Anfragebeantwortung von der Frau Abgeordneten Dietrich klargestellt, dass die Finanzierung in Zukunft über den Landesumweltfonds sichergestellt ist und dass auch im nächsten Jahr es entsprechende Mittel geben wird, weil auch über die Wohnbauförderung finanziert wird. Und nur deshalb glauben wir, dass der Antrag auf Erhöhung der Mittel sich erübrigt, weil – und jetzt höre mich bitte an – der Bund in der vergangenen Woche bereits 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat für diese Biomasseanlagen österreichweit. Und die Steiermark hat von diesen 15 Millionen 2,5 Millionen Schilling beantragt. Und ich glaube, ich brauche das nicht übertrieben lobend erwähnen, sondern ich brauche nur ganz einfach eine Presseaussendung des Biomasseverbandes, der uns allen bekannt ist, einige Zeilen zitieren, bitte nicht ÖVP-Propaganda, sondern Presseaussendung des Biomasseverbandes. Und da lautet es folgend:

„Die Bereitstellung von Finanzmitteln in der Höhe von 15 Millionen Euro für die Finanzierung von Biomasseprojekten landwirtschaftlicher und gewerblicher Bauträger ist ein wichtiges Signal der Bundesregierung Richtung Kyoto-Vertrag. Aus der Sicht des Biomasseverbandes ist es besonders erfreulich, dass die österreichische Bundesregierung schon kurz nach Johannesburg erste Konsequenzen aus diesen internationalen Empfehlungen zeigt. Durch die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel wird es nicht nur möglich sein, gebaute Projekte auszufinanzieren, sondern auch neue Projekte zu beginnen. Durch diese zusätzlichen Investitionen wird ein Impuls für die Bauwirtschaft entstehen, der neue Arbeitsplätze schafft. Finanzielle Mittel für den Ausbau der Bioenergie schaffen aber nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern helfen auch, die Sicherheit der Energieversorgung zu erhöhen und den Kyoto-Vertrag einzuhalten. Der Biomasseverband begrüßt daher den Beschluss der Bundesregierung als Schritt in die richtige Richtung.“

Sind wir froh, dass es diesen Schritt gegeben hat und sind wir froh, dass wir es wissen, dass in der Zukunft in Hinblick darauf, das Kyoto-Ziel zu erreichen, etwas passiert. Das zu dem dazu.

Ich möchte auch ganz kurz die Wohnbauförderung anschnitten. Geschätzte Frau Kollegin, ein bisschen hast du verwechselt. Es ist so, dass in der Wohnbauförderung, in der Eigenheimförderung, wenn der Förderungsnehmer eine Energie einbaut, dass er dann zusätzlich – der Herr Kollege Gödl wird das dann genauer erläutern – zusätzlich erhöhte Zuschüsse bekommt. Also er wird nicht gestraft, sondern er bekommt zusätzlich erhöhte Zuschüsse. Du kannst das, was ab 1. Oktober wirksam ist, wirklich genau nachlesen. Und das ist auch ein Schritt zur Erreichung des Kyoto-Zieles.

Ich möchte an dieser Stelle unserem Landesrat Schützenhöfer zu diesem mutigen Schritt gratulieren. Ein ausgesprochen mutiger Schritt, der von manchem auch kritisiert wird, das wissen wir genau. Und die Öllobby hat keine Freude damit und deshalb ist – glaube ich – auch der Ölpreis jetzt ganz kurz hinuntergegangen, weil man das spürt, hoppala, da ist eine Entwicklung im Gange, die uns nicht gut tun könnte. Zu diesem mutigen Schritt möchte ich an dieser Stelle unserem Landesrat Hermann Schützenhöfer herzlich gratulieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nur aus diesen Gründen werden wir dem Entschließungsantrag nicht zustimmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstem erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Hagenauer.

Abg. Hagenauer (19.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer!

Ich fasse mich kurz. Den Umweltschutzbericht des Landes für das Jahr 2001, der uns heute zugegangen ist offiziell, hatten wir ja schon vorliegen, nachdem er schon veröffentlicht war, zum Zeitpunkt der Budgetdebatte. Und wenn Sie sich erinnern, haben wir auch damals auf den Inhalt dieses Umweltschutzberichtes, genau was die jetzt vorliegenden Tagesordnungspunkte anbelangt, nämlich Kyoto-Ziel, Klimaschutz, Biomasseheizungen Bezug genommen. In dem Bericht wird ausdrücklich und leider Gottes festgehalten, dass Österreich und die Steiermark das Kyoto-Ziel nicht erreichen, vom Toronto-Ziel ganz zu schweigen. Das Toronto-Ziel ist jenes ehrgeizigere Ziel, das sich aus der Mitgliedschaft zum Klimaszutzziel ergibt. Aber wir erreichen – wie gesagt – nicht einmal bis jetzt auch hier in der Steiermark das Kyoto-Ziel, im Gegensatz übrigens zu jener Regierung in unserem nördlichen Nachbarland, die heute schon apostrophiert worden ist. Deutschland liegt über dem Ziel, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vor allem von der ÖVP. Deutschland liegt über diesem Ziel und Österreich liegt drunter. (Abg. Gödl: „Atomenergie!“) Nein, das hat mit Atomenergie eben nichts zu tun. Das hat eben nichts damit zu tun. Abgesehen von den Maßnahmen, die sind heute schon apostrophiert worden, dass Deutschland welche im Speziellen in Richtung Energiesteuer gesetzt hat. Die Grünen haben sich dort prügeln lassen, keine Frage, Länge mal Breite, insbesondere und nicht zuletzt vom Klasnic-Spezi Stoiber prügeln lassen. Und eines der Geheimnisse dieses Wahlerfolges der Grünen war genau das. Deutschland hat sich vor Stoiber gefürchtet und zu Recht. Und mit quietschenden Reifen haben sie zum Schluss noch versucht und die Angela Merkl vorgeschickt, damit sie dies mit dem Atomausstieg doch noch irgendwie verbal hinbiegt, was der Stoiber vorher gesagt hat, dass er wieder aufkündigen wird den Ausstieg aus der Atomenergie. Ich sage das auch deswegen, weil hier der Biomasseverband zitiert worden ist und einmal mehr diese Wortwahl strapaziert wird „vom richtigen Schritt in die richtige Richtung“, Herr Kollege Riebenbauer. Es sind zwar nicht Ihre Worte, Sie haben es nur zitiert. Aber wie wir vor dem Sommer das Budget diskutiert haben und das letzte Mal zu dem Thema diskutiert haben, haben wir diese ganze Hochwasserkatastrophe in dem Land noch nicht gehabt. Wir haben trotzdem gesprochen von den Zahlen, die auch da im Umweltschutzbericht drinnen sind, von der Münchner Rückversicherung. Wir haben trotzdem davon gesprochen, dass wir jenseits aller Ideologien uns aus schieren finanziellen Gründen unter viel strapazierter Verantwortung für die nächsten Generationen das nicht leisten können so weiterzuagieren. Haben wir! Inzwischen ist dieses Katastrophenhochwasser im Sommer gekommen und was ist passiert? Die Hilfeleistungen sind im Vordergrund gestanden, bleibt auch gar nichts anderes übrig. Gott sei Dank wird den Leuten geholfen, die können auch nichts dazu in aller Regel. Aber wie geht es denn jetzt weiter? Was sind denn, frage ich Sie, die Konsequenzen aus diesem Sommer? Dass man einen Schritt in die richtige Richtung macht? Bitte, in die andere Richtung werden wir gehen? Werden wir jetzt die Biomasseförderung kürzen? Doch nicht. Der Punkt ist immer noch der in der Politik, dass man einen ausreichenden Schritt macht – das sage ich in der gebotenen Bescheidenheit. Dieser ausreichende Schritt würde bedeuten, in dem Sinn werde ich dann auch einen Entschließungsantrag einbringen, dass man die Mittel natürlich auch für den Klimaschutz in der Steiermark dramatisch erhöhen muss. Etwas noch, weil irgendwo der Wahlkampf daherdämmert: Wissen Sie, ich tue mir schwer das hier zu sagen, weil sonst kassiere ich doch noch einmal einen Ordnungsruf, Herr Kollege Gödl. Wir haben das aber nicht notwendig, weil wir können das auch sachlich diskutieren. Die ÖVP des Josef Riegler, die ÖVP der ökosozialen Marktwirtschaft hat jetzt, pünktlich zum Wahlkampfbeginn, gleich einmal sofort etwas hinausgeblasen. Wenn die Grünen in die Regierung kommen, dann geht es den Pendlern schlecht. Pendler fürchtet euch gleich einmal, wenn die Grünen in die Regierung kommen. Das ist das Erste, was Ihnen von der ÖVP eingefallen ist. Ihre Leute in den verantwortlichen Stellen kennen wahrscheinlich unser Modell der Ökosteuern. Das deckt sich übrigens weit gehend mit dem Konzept etwa eines Heinz Kopetz. Sie wissen ganz genau, dass es Möglichkeiten gibt, gerade für die Pendler Maßnahmen zu treffen, sie a) auszunehmen von so einer Besteuerung, b) ihnen ein ordentliches öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen, damit sie eben nicht auf das Auto angewiesen sind.

Das geht nicht so leicht, richtig. Je länger wir warten, desto schwerer wird es. Die ÖVP macht was? Sie greift in die unterste Schublade hinein, konsequent, reflexartig, verantwortungslos im höchsten Ausmaß und bläst gleich einmal einen Nullachtfünfzehn-Slogan hinaus, die Pendler müssen sich fürchten, wenn die Grünen kommen. So viel zu diesem Thema. Wir haben keine Angst, diese Sachen auszusprechen. Ich mache es hier und mache es auch in der Öffentlichkeit. Wenn ich zu feige bin, solche Sachen auszusprechen, dann höre ich auf mit dem Job, das sage ich Ihnen. Im Zweifelsfall kassiert man dann noch einmal eine Wahlniederlage, aber man kann sich wenigstens noch ins Gesicht schauen. Von wegen Gesichtschauen: Eine kleine Anmerkung fällt mir gerade ein, weil das habe ich heute bei der Wirtschaftsdebatte vergessen: Sollten die Grünen drittstärkste Partei werden, stellen sie ohnehin den Bundeskanzler, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Wenn wir stärkste Partei werden, gehen wir in Opposition. Es ist nicht so, dass wir nicht auch etwas von Ihrem Zampano Schüssel lernen könnten. In diesem Sinne bringe ich einen Entschließungsantrag betreffend Klimaschutz in der Steiermark ein. Begründet habe ich ihn bereits in meiner Wortmeldung, daher bringe ich nur dem Antrag ein. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Umweltlandesfonds um 3,850.000 Euro aufzustocken, um jährlich zusätzliche 10.000 Biomasseeinzelheizungen zu fördern und zweitens in der Verkehrspolitik eine Richtungsentscheidung zugunsten des öffentlichen Verkehrs und nicht motorisierten Individualverkehrs zu treffen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 19.49 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gödl. Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Abg. Gödl (19.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch im Auditorium seien alle herzlich begrüßt!

Kollege Hagenauer hat es sich schon zur Spezialität gemacht, immer auf die von hier aus gesehen rechte Hälfte dieses Raumes hinzudeuten – hinzudeuten ist vielleicht zu gelinde gesagt, hinzuhacken wäre treffender. Ich würde vorschlagen und jetzt können Sie im Verbund mit jenen gehen, die von Ihnen aus rechts sitzen, gehen Sie durch die Stadt und bleiben Sie vor jenen Plakaten stehen, wo etwas sehr wertvolles draufsteht, nämlich „Nichtraunzerzone“. Denken Sie darüber einmal nach, was Sie über unser Land, über Österreich und auch über die Steiermark verbreiten. Denken Sie einmal darüber nach, ob es hier draußen nur für Sie immer ein Thema ist, alles schlecht zu machen. Sie sollten wirklich einmal darüber nachdenken. Ich hätte mich sehr gefreut, ich habe Sie beobachtet, als mein Kollege Riebenbauer über die neue Verordnung in der Wohnbauförderung gesprochen hat, wenn zumindest ein Lächeln oder eine kleine Anerkennung von Ihnen gekommen wäre. Das wäre dann diese ehrliche Politik, die Sie von den anderen einfordern, selbst aber in keiner Weise vorleben. Das sei Ihnen am Anfang meiner Ausführungen ins Stammbuch geschrieben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Zitz: „Darf ich etwas fragen?“) Eigentlich bin ich jetzt am Wort. (Abg. Mag. Zitz: „Der Peter Hagenauer, die Ingrid Lechner-Sonnek und ich beziehen uns auf das Ökosozialsystem vom Riegler!“) Das ist völlig in Ordnung. Ich denke, wir erkennen auch eure Leistungen an und stehen nicht an anzuerkennen, wenn Sie richtig liegen. Wir stehen nicht an anzuerkennen, wenn wir etwaige Ziele, wie zum Beispiel gewisse Klimaschutzziele, nicht erreicht haben. Das ist in Ordnung. Ich würde mich aber trotzdem einmal freuen, von Ihnen eine Anerkennung zu erhalten. (Abg. Hagenauer: „Große Hochachtung, super!“) Schade, dass ich diese Anerkennung herausfordern musste. Nichtsdestotrotz zu diesem Antrag, der vorliegt. Der ursprüngliche Antrag zum Punkt 21 dieser Tagesordnung liegt schon länger zurück, Maßnahmen zum Klimaschutz – auch das könnte anerkannt werden, liebe Edith und lieber Peter Hagenauer. Es gibt mittlerweile eine Klimaschutzstrategie. Zugegeben, sie ist noch Papier und muss noch verwirklicht werden. Ich hoffe, Sie haben sie gelesen. Sie ist kein Papierlarifari, sie hat viel Inhalt, sie hat guten Inhalt, sie hat positiven Inhalt und sie behandelt genau jene Themen, die von uns allen hier eingefordert werden. Sie wurde bereits beschlossen, das Kyoto-Protokoll wurde ratifiziert, von wegen böser Regierung, die nichts weitergebracht hat, wie wir es immer gehört haben. Das heißt, die rechtlichen Voraussetzungen passen, die inhaltlichen Voraussetzungen passen. Ich glaube, dass gerade in der Steiermark durchaus sehr positive Akzente für den Klimaschutz gesetzt wurden, ganz voran – er kann heute nicht anwesend sein – Landesrat Pörtl als unermüdlicher Kämpfer, auch Frau Landeshauptmann draußen im Land, in der Stadt, ein Bekenntnis zum ländlichen Raum, ein Bekenntnis zu unserem Lebensraum. Ich möchte jetzt auf meine Vorrednerin Monika Kaufmann eingehen: Ich bitte, die Wohnbauförderung schon genau zu lesen, wie sie gedacht ist. Jeder, der eine Förderung bekommt, bekommt für eine Alternativenergieanlage einen Zuschlag von maximal 7000 Euro. Dieser Zuschlag ist rückzahlbar, das ist völlig richtig. Trotzdem möchte ich klar festhalten, dass Alternativenergieanlagen extra mit einer Förderung ausgestattet sind. Ich warte – wie schon gesagt – auch von eurer Seite auf anerkennende Worte. Wir würden uns sehr darüber freuen, wobei ich dazusage, die Verordnung wurde einstimmig in der Landesregierung von allen drei Parteien beschlossen. Ich darf nochmals auf die Bundesregierung zurückkommen: Minister Molterer hat schon im Mai dieses Jahres darauf hingewiesen, dass die Wohnbauförderung zu einem der wichtigsten Instrumente für den Klimaschutz werden könnte. Durch das Zusammenspiel von Förderung, Bausparfinanzierung und Wärmedämmung könnten vor allem am Eigenheimsektor enorme CO₂-Einsparungen erreicht werden. Genau das haben wir in der Verordnung in der Steiermark als erstes Bundesland in dieser Form eindeutig umgesetzt. Ich denke, das ist ein guter Weg, den wir in der Zukunft beschreiten sollten. Ich habe schon in meiner Budgetrede zum Thema Umwelt im vergangenen Juli die Position unserer Fraktion, der ÖVP-Fraktion, klargestellt. Es ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig, um klimarelevante Reduktionsziele zu erreichen. Es ist nicht die Eindimensionalität, über die oft gepredigt wird. Ich muss jetzt wieder Kritik an die grüne Fraktion anbringen, Kritik auch zu dem eingebrachten Entschließungsantrag: Es ist eindimensional, jetzt bei dieser Rede ausschließlich Klimaschutz und Ökologie zu sehen, bei der anderen Rede die Arbeitsplätze und dergleichen anzuprangern.

Es ist ein Netzwerk, das zu betrachten ist. Es ist keine Maßnahme, die von heute auf morgen getroffen werden kann. Ein Bündel von Maßnahmen. Dass der Verkehr eine wichtige Rolle spielt, ist richtig. Aber dass wir am Land draußen alle Radfahrer werden sollen, wie es hier quasi als Richtungsentscheidung in eurem Entschließungsantrag hochstilisiert wird, ich glaube, das ist nicht der Weg in die Zukunft. Wir werden alles brauchen, wir werden einen effizienten Individualverkehr brauchen, wir werden Straßen, Wege im ländlichen Gebiet brauchen, um diesen ländlichen Raum am Leben zu erhalten, wir werden verstärkten öffentlichen Verkehr brauchen vor allem in den Ballungsräumen. Aber wir werden auch Radwege brauchen, keine Frage. Aber es geht nicht um eine Richtungsentscheidung. Wir werden alles brauchen.

Und was den Umweltlandesfonds betrifft, auch hier hat es ja in den letzten Jahren durchaus eine signifikante Steigerung der Ausgaben gegeben und der eingesetzten Mittel seitens des Landes. Waren es im Jahr 1999 1,7 Millionen Euro, waren es bereits 2001 3,7 Millionen Euro. Und auch im heurigen Jahr, als die Mittel im Juli erschöpft waren, wurde eine Nachbedeckung seitens des zuständigen Landesrates Pörtl eingesetzt und insgesamt auf Mittel von 3,3 Millionen Euro aufgestockt. Und nach meinen Informationen aus den zuständigen Abteilungen werden diese Mittel für heuer reichen. Eines möchte ich aber auch klipp und klar als Ziel formulieren: Ziel muss es sein, dass ökoeffiziente Heizungen mit erneuerbarer Energie ohne Förderung in einer gewissen Zeit auskommen können, das muss das Ziel sein. Es ist nicht automatisch gut, was gefördert wird. Es muss so der Markt entwickelt werden, es muss so die Technik entwickelt werden, dass sie ohne Förderungen auskommen. Und wir

sind auf dem Weg dorthin. Wir sind auf dem Weg dorthin und ich weiß auch selbst, wovon ich spreche, weil genauso wie die Vorrednerin Monika Kaufmann haben auch wir in meiner Gemeinde vorbildliche Arbeit in dieser Hinsicht geleistet. Ich habe sogar die Höflichkeit gehabt, alle vier Landtagsfraktionen zur Eröffnung einzuladen. Sie sind auch gekommen und haben sich davon überzeugen können, dass wir hier nicht nur reden, sondern vor Ort auch ganz konkret handeln. So habe ich schon ausgeführt, wir werden keine Zustimmung zum Entschließungsantrag der Grünen von uns aus geben, sehr wohl Zustimmung zum durchaus positiven Ausschussbericht, durchaus die Zustimmung zur positiven Entwicklung, die die Steiermark längst eingeschlagen hat, auch wenn es nicht alle gerne sehen und anerkennen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 19.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nochmals zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (19.57 Uhr): Lieber Kollege Gödl! Sie haben gesagt, Sie warten auf anerkennende Worte von uns. Die anerkennenden Worte wird es dann geben, wenn die Förderungstöpfe aufgefüllt sind. Und wenn nicht so wie im Bericht – (Abg. Gödl: „Sind gefüllt!“) das schaue ich mir aber auch an – drinnen steht, dass pro Jahr um 6 Millionen Schilling weniger ausbezahlt wird. Vom Jahr 2001 auf 2002 um 6 Millionen Schilling weniger und für 2003 ist prognostiziert eine analoge Vorgangsweise, das heißt wieder um 6 Millionen Schilling weniger. Diese Mittel gehören erhöht. Man kann sie nicht bewerben und man kann nicht sagen, das ist so etwas Tolles, wenn einfach zu wenig Mittel da sind. Auch Mittel vom Land, Herr Kollege Riebenbauer, auch Mittel vom Land. Ich habe es eh gehört, dass vom Bund mehr kommt. Aber ich will auch vom Land mehr Mittel haben, ansonsten wird sich das nie ausgeben.

Und weil du sagst, die Förderung muss von der Landwirtschaftskammer gemacht werden, also es muss gemacht werden, egal ob es für die Bauern gut ist, egal ob es für die Gesellschaft gut ist, Hauptsache es geht der Kammer gut. Die Leute, für die die Kammer da ist, die spielen eigentlich keine Rolle, das ist da nicht so wichtig dabei. (Abg. Riebenbauer: „Wie bitte?“) In anderen Bundesländern ist die Zentralisierung, also die Fördermittel auf einer zentralen Stelle, bereits erfolgreich durchgeführt. (Abg. Riebenbauer: „Wo?“) In Oberösterreich zum Beispiel wird es von einer Stelle aus gemacht und das Land hat dort die Fördermittel erhöhen können, weil man sich für die zweite Stelle eben ein Geld eingespart hat. Das ist nachkontrollierbar, also das ist nicht einfach nur erfunden. Man braucht sich darum nur kümmern und sich erkundigen, wie es andere Bundesländer machen. Oberösterreich ist nicht das einzige Bundesland. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber was ich zuerst vergessen habe, das ist unser Entschließungsantrag. Die Begründung habe ich schon gesagt.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine einheitliche Stelle für die Bearbeitung der Förderungsanträge für Biomasseprojekte einzurichten und zweitens in diesem Zusammenhang die Fördermittel für diese Projekte zu erhöhen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 19.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Schützenhöfer.

Landesrat Schützenhöfer (19.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Es ist von einigen Rednern auch angesprochen worden die Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz 1993. Ich möchte ganz kurz ein paar Sätze dazu sagen, weil ich sozusagen in den letzten Tagen und Wochen von bestimmten Gruppierungen da ins Stahlgewitter gekommen bin.

Ich möchte erstens – wir haben heute auch schon recht harte Debatten gehabt – sagen, dass ich mich sehr darüber freue, dass wir diesen Beschluss am 8. Juli in der Landesregierung einstimmig gefasst haben.

Ich möchte zweitens etwas sehr Grundsätzliches sagen, meine Damen und Herren. Immer, wenn etwas Besonderes passiert, reden wir über den Umweltschutz. Beim letzten Hochwasser zum Beispiel reden wir darüber, ob wir auf unsere Umwelt schauen. In den Sonntagsreden – und da nehme ich keinen Politiker aus, auch mich nicht – reden wir über Klimaschutz, reden wir darüber, dass es Kyoto-Ziele gibt, kein Mensch interessiert sich im Detail dafür, und dass wir uns vorgenommen haben einiges zu tun, diese Kyotovorgaben, nämlich die Reduktion der CO₂-Emissionen um 13 Prozent bis 2012 zu erreichen. Und ich denke mir einfach, wenn nicht jeder an seiner Stelle, wo er tätig ist, sich überlegt aus seiner Verantwortung, was kann ich tun und wir immer nur auf die Globalbetrachtung kommen, werden wir diese Probleme nicht lösen. Mit dem, was wir im Wohnbau jetzt neu machen, können wir allein die Probleme nicht lösen, aber auf diesem Gebiet ist es ein Beitrag, mehr für die erneuerbare Energie und damit mehr für die Umwelt zu tun. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Und daher habe ich nach sehr vielen Gesprächen mit Fachleuten – ich mache mir das nicht leicht, denn ich kenne mich auf diesem Gebiet weniger gut aus als auf anderen Gebieten, die ich in meinen Ressorts habe – und habe mich sehr intensiv beraten. Nach langen Beratungen bin ich ganz persönlich zum Schluss gekommen, dass es gut und richtig ist, wenn wir von diesem „sowohl als auch“ abgehen und sagen, wir entscheiden uns für den ökologisch besseren Weg, das heißt, wir schließen die fossilen Brennstoffe von der Förderung aus und lassen Schlupflöcher nicht zu. Allerdings, meine Damen und Herren, und das wird von den Kritikern, die da bei mir auftauchen und mir alle möglichen Depeschen schicken, übersehen, erstens wollen wir keinen Zweig der Industrie ruinieren, wie morgen wieder in einer großen Zeitung steht, wie ich gerade gelesen habe, zweitens selbstver-

ständig in jenen Gemeinden, die etwa mit bestimmten Anlagen erschlossen sind, kann das weiter gefördert werden. Es waren die Herren etwa der Ferngas bei mir. Ja selbstverständlich, legen Sie mich jetzt bitte nicht fest, ich glaube 114 Gemeinden sind es, die diesbezügliche Anlagen haben, selbstverständlich, wenn dort ein weiteres Haus dazukommt, kann das einbezogen werden. Aber wir sind nicht bereit in Gemeinden, die neu beginnen, solche Leitungen mit Wohnbaumitteln zu fördern. Das möchte ich sehr klar festlegen. Und auch für den Häuslbauer gilt, wenn es ein entsprechendes Gebiet ist, wo andere Möglichkeiten nicht bestehen und Ausnahmekriterien erfüllt werden, gibt es diese Förderung. Ich habe einen sehr unbequemen Weg zur Sicherung auch für mich gewählt, dass die Intervention nicht von vornherein Erfolg haben kann: Es muss der Energiebeauftragte das angeschaut und mir seine Fachmeinung gesagt haben. Ich darf nochmals wiederholen, dass wir keinen Zweig der Industrie abschupfen wollen, dass wir uns aber für einen ganz bestimmten und eindeutigen Weg, nämlich der ökologischen Erneuerung, entschieden haben. Weil Frau Abgeordnete Kaufmann, ich habe ihre Wortmeldung im Büro mitverfolgt, die Frage gestellt hat, die Tagesordnung ist ja im Zusammenhang auch mit einer Biomasseförderung, aber des anderen Teiles, die Zersplitterung ist ein eigenes Thema, wer kann sich das Häusl leisten: Sie werden mir abnehmen, mit dem beschäftige ich mich ziemlich genau, damit nun ja nichts passiert. Daher darf ich auch hier im Landtag wiederholen: Der Förderbeitrag bei der Eigenheimförderung wird für Alternativenergieanlagen von 2000 Euro auf 7000 Euro erhöht. Ein Niedrigenergiehaus wird mit einem Zuschlag von 10.901 Euro und ein Superniedrigenergiehaus mit einem Zuschlag von 15.000 Euro gefördert. Meine Damen und Herren, das ist eine nie da gewesene Höhe der Förderung und bewirkt, dass sich der kleine Häuslbauer das leisten kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich war ganz begeistert, als mir Fachleute – und da hole ich mir alle an den Tisch, nicht nur der, der das immer wollte in Bezug auf diese ganzen Fragen der Wärmedämmung, gesagt haben, ich hätte mir vor Jahren nicht gedacht, dass ich mich mit diesem Thema einmal so beschäftigen darf oder muss, dass er das in zwei Jahren, was es am Anfang mehr kostet in Bezug auf das, was er dann jährlich für die Heizung braucht, leicht herinnen hat. Ich bin hier eben der Meinung, dass man einen solchen Weg dann tatsächlich auch gehen kann. Das Gleiche gilt für die kleine Sanierung. Hier wird die maximale Förderhöhe für die Durchführung von Energie sparenden Maßnahmen, zum Beispiel Wärmedämmung, Fenstererneuerung, Heizungsumstellung, Wohnungsteilung, Wohnraumbeschaffung, von bisher 25.435 Euro auf 40.000 Euro – also von 350.000 auf 550.000 Schilling – erhöht. Damit wird diese Förderung einerseits attraktiver gemacht und andererseits soll dadurch eine stärkere Ausrichtung der Förderungshöhen – ich sage es noch einmal – nach ökologischen Gesichtspunkten erreicht werden, um umweltrelevante Sanierungen zu forcieren. Meine Damen und Herren, unterstützen wir uns auf diesem Weg, damit wir einen Schritt weiterkommen. (Beifall bei der ÖVP. – 20.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 20 bis 22 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 682/1 zum Tagesordnungspunkt 20 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend einheitliche Abwicklung von Biomasseförderungen, zum Tagesordnungspunkt 20 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 136/1 zum Tagesordnungspunkt 21 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Klimaschutz in der Steiermark, zum Tagesordnungspunkt 21 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 845/1 zum Tagesordnungspunkt 22 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

23. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 953/1, betreffend die Tätigkeitsberichte 2000 bis 2001 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Anton Gangl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gangl (20.10 Uhr): Gemäß Paragraph 14 Absatz 2 des Steiermärkischen Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes 1991, LGBl. Nr. 65 in der Fassung LGBl. Nr. 103/1999 hat die Land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark über jedes abgelaufene Jahr einen Tätigkeitsbericht zu erstatten, der dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen ist. Neben dem Bericht über die Tätigkeit der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle beinhaltet der Tätigkeitsbericht im Wesentlichen auch eine Übersicht über die finan-

zielle Gebarung, über Statistiken und über Ausbildungsmethoden. Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 24. Juni 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Tätigkeitsberichte 2000 und 2001 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark werden zur Kenntnis genommen. (20.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 23 liegt nicht vor. Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 24 und 25 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidentskonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

24. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 723/1, der Abgeordneten Graf, Dietrich und Dr. Bleckmann, betreffend Europäischer Computerführerschein für alle Schüler der Pflichtschulen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (20.13 Uhr): Ich darf zu diesem Antrag, Einl.-Zahl 723/1, Folgendes berichten: Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 29. Jänner 2002 und 10. September 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es ging hier um einen Antrag unsererseits und es lag dann eine Stellungnahme des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vor, in der uns mitgeteilt wurde, dass mehrere Maßnahmen hinsichtlich der Förderung und Umsetzung des Europäischen Computerführerscheines an österreichischen Schulen gesetzt, geplant und auch weiter ausgebaut werden würden. Zusammenfassend wurde angeführt, dass dieser Europäische Computerführerschein in seiner Eigenschaft als über die schulische IT-Ausbildung hinausgehende Qualifikationsmöglichkeit einen bedeutsamen Stellenwert erlangt hat. Seitens des Ministeriums ist die Absolvierung des Computerführerscheines im schulischen Bereich empfehlenswert, jedoch nicht obligatorisch. Seitens der Fachabteilung 6B wurde mitgeteilt, dass eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz beabsichtigt ist, um in den Lehrplan der Hauptschule als Pflichtgegenstand Informations- und Kommunikationstechnologie aufzunehmen. Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 723/1, der Abgeordneten Graf, Dietrich und Dr. Bleckmann, betreffend Europäischer Computerführerschein für alle Schüler der Pflichtschulen, wird zur Kenntnis genommen. (20.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

25. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 664/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Dr. Bleckmann, Wiedner, List, Graf und Ferstl, betreffend Deutschunterricht für ausländische Schulkinder.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (20.14 Uhr): Ich darf berichten zu dem Antrag mit der Einl.-Zahl 664/1. Hier hat ebenso der Ausschuss für Generationen über den Antrag die Beratungen durchgeführt und auch hier wurde um eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und auch des Landesschulrates der Steiermark um Stellungnahme ersucht. Ich hoffe, Sie haben alle diese Stellungnahme gelesen. Ich stelle daher nur den Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 664/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Dr. Bleckmann, Wiedner, List, Graf und Ferstl betreffend Deutschunterricht für ausländische Schulkinder wird zur Kenntnis genommen. (20.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Lackner. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Lackner (20.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Wir haben uns schon des Öfteren mit ähnlich lautenden Anträgen der FPÖ befasst. Es ging einmal um den Erwerb des Computerführerscheines für steirische Schüler und Schülerinnen, dann ging es auch um die Einrichtung von IT-Klassen und heute geht es um den Erwerb der Computerführerscheinlizenz für Schüler im gesamten Bundesgebiet. Und auch wenn Sie es in Ihrem Antrag nicht schreiben, geschätzte Damen und Herren von der FPÖ, ich gehe davon aus, dass es nicht nur für Schüler möglich sein soll, diesen Computerführerschein zu erlangen, sondern auch für Schülerinnen. Sie haben nur die Schüler in Ihrem Antrag ins Auge gefasst. Der Antrag verschweigt sich eigentlich auch darüber, wo diese Zusatzqualifikation erlangt werden soll.

Der Antrag lautet nämlich lediglich, „Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund heranzutreten, um Maßnahmen zu setzen, die es ermöglichen, dass der Europäische Computerführerschein von allen Schülern der Pflichtschulen und von allen Schülern der Höheren Schulen erworben werden kann“. Es steht nirgendwo dabei, dass das an den jeweiligen Schulen der Fall sein soll, und an den Volksschulen natürlich schreiben Sie das auch, aber nicht explizit. Das nur zu Ihrem Verfassen von Anträgen, die Sie uns auch in diesem Haus vorlegen.

Sie werden nicht müde, Anträge dieser Art zu stellen. Wie eine Finanzierung möglich ist, wer die Rechnung schließlich zahlt, das wird von Ihnen in keinem dieser Anträge ausgeführt und das ist umso erstaunlicher, als ja Ihre Bundesregierung das Nulldefizit praktiziert hat genau am Puls der Bildung und der Ausbildung für jene, die Sie hier wieder in den Mittelpunkt Ihres Antrags stellen. Also eine relativ zweischneidige und unglauwbwürdige Sache.

Bedanken möchte ich mich für die Stellungnahme, die von der 6B und vom Ministerium übermittelt worden ist, aber einige Dinge sind schon noch anzumerken. Die Raumsituation an den erwähnten Schulen ist nicht überall in diesem Ausmaß vorhanden, wie es beschrieben ist. Es braucht auch neue und zusätzliche Arbeitsräume an den Hauptschulen und an den Polytechnischen Schulen. Es braucht eine Ausbildungsinitiative für Lehrerinnen und Lehrer für den IT-Bereich und man muss auch die Situation in den Schulklassen genauer anschauen, wenn es um Leistungsgruppen geht oder wenn es um inhomogene Klassen geht, die nicht über einen Kamm zu scheren sind. Außerdem kostet dieser Computerführerschein immerhin 133 Euro pro Schüler und Schülerin. Und nachdenklich muss uns auch stimmen, dass es Schultypen gibt, wo es Voraussetzung ist, dass Schüler und Schülerinnen einen Laptop haben, ansonsten werden sie an dieser Schule gar nicht aufgenommen.

Von Ihrem Antrag bleibt wenig über. Es sind wieder einmal Worte, wo die Taten eigentlich sehr fraglich sind. Auf der anderen Seite wachsen die Zweifel über die Ernsthaftigkeit solcher Anträge. Wir hatten allein heute schon zwei dieser Art im Haus, wie es um die Schulautonomie oder um die Betreuung der Volksschulkinder gegangen ist. Ich möchte hier festhalten, dass wir zu jeder Initiative zu einer bestmöglichen Ausbildung und Bildung unserer Jugend bereit sind. Aber ich möchte Sie von der FPÖ auffordern, auch Finanzierungsmodelle vorzulegen für diese Initiativen und in diesem Sinne auch Nägel mit Köpfen zu machen.

Bedanken möchte ich mich nicht nur bei der Fachabteilung, sondern auch bei jenen, die sehr, sehr viel in diese Schulen investieren. Es sind nämlich unsere Gemeinden, die in den letzten Jahren sehr viel an Geld und an Know-how in unsere Schulen investiert haben und damit auch in unsere Jugend. (Beifall bei der SPÖ.)

Und zu dem unselbstständig eingebrachten Entschließungsantrag der FPÖ muss ich sagen, wir können ihn nicht unterstützen. Er ist meinen Ausführungen zufolge zu seicht. (Beifall bei der SPÖ. – 20.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (20.21 Uhr): Herr Präsident! Werte Herren Landesräte! Liebe Abgeordnete!

Nur ganz kurz, um von dem zweischneidigen Schwert zu sprechen, das die Frau Abgeordnete Lackner angesprochen hat. Ich glaube, zweischneidig ist es, wenn Sie von Budgetpolitik sprechen, Sie von der SPÖ, die in diesem Bereich eigentlich nur vom Schuldenmachen eine Ahnung haben und von sonst sehr wenig. (Beifall bei der FPÖ.)

Nichtsdestotrotz werde ich meinen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, der den Europäischen Computerführerschein für alle Schüler der Hauptschulen betrifft.

Die Landesregierung wird hiemit aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, ehestmöglich eine Novelle des Schulorganisationsgesetzes zu erlassen, die in den Lehrplan der Hauptschule als Pflichtgegenstand „Informatik und Kommunikationstechnologie“ aufnimmt.

Und ich hoffe auf Ihre Zustimmung. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 20.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.22 Uhr): Zuerst einmal danke für die Beförderung. Aber ich bin mit der Ingrid Lechner-Sonnek sehr zufrieden, sie sitzt da hinten.

Ich möchte ebenfalls einen Entschließungsantrag einbringen betreffend Integration im Bildungswesen.

Es gibt eine Bestandsaufnahme, die heißt „Die Integration von Migrantinnen in der Steiermark – Chancen und Hemmnisse“ und beauftragt von Herrn Landesrat Flecker, möchte ich dazusagen, und in dieser Bestandsaufnahme, die im Frühjahr präsentiert wurde, befindet sich ein eigenes Kapitel „Integration im Bildungswesen“. Ich stelle deswegen einen Antrag, der auf Resultaten dieser Studie basiert. Das Kapitel, auf das ich mich jetzt beziehe, ist übrigens vom Afroasiatischen Institut bearbeitet worden, die spezialisiert sind auf dem Bereich Bildung.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass erstens ausreichend Planstellen und Werteinheiten für den besonderen Förderunterricht „Deutsch für Schüler und Schülerinnen mit nicht deutscher Muttersprache“ und im muttersprachlichen Unterricht vorgesehen werden, zweitens Kinder ohne Niederlassungsbewilligung oder Aufenthaltsgenehmigung, sprich das sind Asylwerber/Asylwerberinnen oder Kinder, die selbst allein geflüchtet

sind, Zugang zu Beihilfen für Fahrtkosten und Schulbeihilfen haben – er schaut jetzt so interessiert drein, dass er dem Antrag wahrscheinlich zustimmen wird, ich gebe jetzt noch einmal Gas in der Argumentationsschiene – drittens für die Kommunikation zwischen nicht deutschsprachigen Eltern und Schulen ausreichend Dolmetscher und Dolmetscherinnen zur Verfügung stehen, und viertens interkulturelle Jugend- und Sozialarbeit verstärkt gefördert wird.

Das sind konkrete Resultate und Bedürfnisse für den Bereich „Integration von ausländischen Kindern im Bildungswesen“ und ich bitte um Unterstützung unseres Antrags und stelle den Antrag auf eine punktuelle Abstimmung dieser vier Punkte. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 20.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (20.24 Uhr): Werter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, werde Kolleginnen und Kollegen des Landtages, werde treue Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wenn man die Anträge der blauen Fraktion durchliest und nicht im Landtag ist, dann käme man nicht hinweg, eine Anerkennung des Bemühens auszusprechen. Wenn man aber ein Pragmatiker ist, muss man dieses sofort wegstecken und das Wort Populismus darüberschreiben. Ich möchte gleich am Anfang den blauen Kolleginnen und Kollegen raten, sich ein bisschen mit Schulinsidern zusammensetzen. Das sind die Bürgermeister, die Lehrerinnen und Lehrer im Pflichtschul-, im AHS- und im BHS-Bereich und das ist der Landesschulrat, vielleicht als letzte Instanz und Hilfe. Ich sage das jetzt im Zusammenhang mit dem Computerführerschein. Wer unsere Schulgebäude kennt und ich habe das hier schon einmal ausgeführt, wird feststellen, dass diese 30, 40 und 50 Jahre alt sind und wir sind froh, dass wir die Schulautonomie haben. Wir sind froh, dass sich die Schulen im Rahmen der Schulautonomie ein eigenes Profil schaffen können. Wir, die Lehrerinnen und Lehrer, hinken jedoch dem Streben ein wenig nach, weil wir ganz einfach oft an den räumlichen Gegebenheiten scheitern. Wenn man da ein bisschen in anderen Bundesländern nachfragt, dann sind wir hier in der Steiermark mancherorts gar nicht so schlecht dran, obwohl es in vielen Gemeinde an finanziellen Zuwendungen hapert. Stichwort „Zuwendungen“, Unterstützung bei Schulbauten, Schulneubauten: In unserem Nachbarland Kärnten bekommen die Gemeinden 15 Prozent Bedarfszuweisungen bei Schulbauten beziehungsweise Umbauten. Eine Summe, die zu vergessen ist. Warum ich mich aber zu Wort gemeldet habe, ist der Tagesordnungspunkt 25, der heißt: Deutschunterricht für ausländische Schulkinder. Hier darf ich zu Recht als Pragmatiker vor Ihnen sprechen, der ich schon heuer mein 30. Dienstjahr, wenn auch reduziert, in Klassen verbringe, wo es gerade bei uns in der Oststeiermark seit über 25 Jahren immer wieder, je nachdem, wie es im Nahen oder sogar auch im Fernen Osten oder auch im Süden unseres Bundeslandes politisch aussieht und dann Wellen von Flüchtlingen gibt, die bei uns Unterschlupf finden und natürlich brauchen diese Kinder auch eine Fortbildung. Ich kann mit Überzeugung sagen, die erste Begegnung mit Kindern ist nicht die deutsche Muttersprache. Die erste Begegnung ist die Zuneigung, die erste Begegnung ist die Wertschätzung und die Zuwendung und das spürt ein Kind, auch wenn es nicht der Sprache dieses Landes mächtig ist, in das es gerade gekommen ist. Ich kann das mit Beispielen aus dem Iran, aus dem Irak, aus Indien oder aus Kroatien belegen. Das Zweite, was ich sagen möchte, ist, es sind nicht allein die Lehrer, die sich in einem wirklich gesunden kommunalen Klima um diese Leute kümmern, auch wenn in einer Klasse bis zu einem Drittel Ausländer sind. Es sind auch gewisse Institutionen, wie Sportvereine, ebenso die Feuerwehr und jüngst auch die Rettung. Das heißt, wenn es uns gelingt, zu diesen Menschen auch Mensch zu sein, dann fällt uns die Integration dieser Menschen, die für ihr Schicksal nichts dafür können, auch sehr leicht. Tragisch finde ich es, wenn sich wiederum populistisch eine Partei mit dem Thema „Vorschulklasse oder Ausländerkinder in Vorschulklassen“ befasst. Vorschulklassen sind bei uns in Österreich ein Begriff aus dem Schulrecht. Vorschulklassen sind jene Klassen, die für schulpflichtige Buben und Mädchen geschaffen sind, die eben, sei es durch Krankheit oder sei es unter anderem auch für jene, die noch nicht reif sind, in diese sehr gute Einrichtung hineinkommen. Eine mangelnde Kompetenz an Sprache ist in einem so demokratischen Land wie Österreich Gott sei Dank noch keine ausreichende Begründung, Kinder auch zu diskriminieren. Das Zweite: Wir haben im Gesetz und das kann auch Landesrat Schützenhöfer, der hinter mir sitzt, bestätigen, genügend Möglichkeiten, Kinder mit nicht deutscher Muttersprache zu integrieren. Das Bemühen – muss ich hier sagen, Herr Landesrat – der Lehrerinnen und Lehrer ist groß. Ich danke auch für diese 72 zusätzlichen Lehrerposten. Es ist ein kleiner Stein und ich würde mir viel mehr wünschen, Herr Landesrat, und es würden dir viele Lehrerinnen und Lehrer in den Volks- und Hauptschulen sehr dankbar sein, wenn es uns gelänge, dass wir gerade jene Schulen, die besonders viele Ausländerkinder haben, mit einer anderen Klassenschülerhöchstzahl betrauten. Derzeit passiert die Praxis so, dass wir in der Oststeiermark – Kollegin Beutl wird das auch kennen –, nehmen wir eine zweiklassige 5. Schulstufe her, 48 Kinder haben. In die eine Klasse gibt man, wo zwei, drei oder vier Kinder mit nicht deutscher Muttersprache sind, 20, 21 Kinder hinein, damit die Lehrer sich in allen Gegenständen vermehrt um diese Kinder kümmern können, ergo dessen hat rechnerisch dann der andere Lehrer die 27, 28, manchmal sogar 30 Kinder drinnen, damit diesen Kindern, weil eben gerade Lehrerstunden trotz dieser 72 Dienstposten fehlen, eine große Förderung, eine große Integration zuteil wird. Ich kann eines sagen: Die Bandbreite dieser Kinder mit nicht deutscher Muttersprache ist eine große. Es kann einem gelingen, nur muss das Kind halt auch viel mittun, dass du diesem Kind in kürzester Zeit in einer eineinhalbjährigen Anwesenheit in Österreich Deutsch beibringt. Ich muss nicht unbedingt unsere Schwimmerin Jukic hernehmen, die sicher ein Paradebeispiel auch was das Erlernen der deutschen Sprache betrifft ist. Aber nach eineinhalb Jahren Aufenthalt in Österreich können diese so genannten, ich rede jetzt nicht von den Fünf-, Sechs- oder den Siebenjährigen, sondern das sind

Zwölf-, 13- und 14-Jährige, Quereinsteiger dem Unterrichtsgeschehen folgen. Als dritte Möglichkeit, die aber gar nicht mehr so oft in Anspruch genommen wird, wenn es dem Kind nicht möglich ist, in irgendeinem Gegenstand, der eben in Deutsch unterrichtet wird, zu folgen, wird diesem Kind eben der Zeugnisvermerk „nicht beurteilt“ gegeben und er oder sie wird im nächsten Jahr sicher die Förderung bekommen, um positiv zu sein. Des Weiteren darf ich feststellen, wenn man ihre umfassende Stellungnahme durchliest, so findet durch viele Institutionen in Österreich, in der Steiermark Integration Gott sei Dank statt. Ich möchte aber behaupten, und jetzt bin ich am Anfang, Herr Landesrat, es könnte wirklich etwas mehr sein und schauen wir uns gemeinsam mit Hilfe der Bezirksschulinspektorinnen und Bezirksschulinspektoren jene Klassen an, schauen wir uns jene Schulen an, wo wirklich vermehrt Ausländer sind, dass diesen eine ordentliche gerechte Förderung zuteil wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 20.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zu den Tagesordnungspunkten 24 und 25 liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich komme daher zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 723/1 zum Tagesordnungspunkt 24 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Europäischer Computerführerschein für alle Schüler der Hauptschule, zum Tagesordnungspunkt 24 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 764/1 zum Tagesordnungspunkt 25 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren nun, die dem Entschließungsantrag der Grünen ihre Zustimmung geben und hier werde ich auf Grund eines Antrages der Fraktion der Grünen eine punktuelle Abstimmung machen, betreffend Integration im Bildungswesen, zum Tagesordnungspunkt 25:

Punkt eins des Entschließungsantrages lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, dass ausreichend Planstellen und Werteeinheiten für den besonderen Förderunterricht „Deutsch für Schüler und Schülerinnen mit nicht deutscher Muttersprache“ und im muttersprachlichen Unterricht vorgesehen werden.

Wer diesem Punkt eins seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des ersten Punktes fest.

Punkt zwei lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dass Kinder ohne Niederlassungsbewilligung oder Aufenthaltsgenehmigung, zum Beispiel Asylwerber/Asylwerberinnen, Zugang zu Beihilfen für Fahrtkosten und Schulbeihilfen erhalten.

Wer diesem Punkt zwei zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt drei lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dass für die Kommunikation zwischen nicht deutschsprachigen Eltern und Schulen ausreichend Dolmetscher und Dolmetscherinnen zur Verfügung stehen.

Wer diesem Punkt drei zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt drei hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Punkt vier:

Interkulturelle Jugend- und Sozialarbeit soll verstärkt gefördert werden.

Wer diesem Punkt vier zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt vier hat eine mehrheitliche Annahme.

Bei den Tagesordnungspunkten 26 bis 28 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

26. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 753/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Mag. Erlitz, betreffend Basisfinanzierung der steirischen Feuerwehren.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordneter Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (20.38 Uhr): Herr Präsident!

Ich berichte zum Stück Einl.-Zahl 753/1 der Abgeordneten Schrittwieser und Mag. Erlitz, betreffend Basisfinanzierung der steirischen Feuerwehren. Hier darf ich den Antrag unterbreiten:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 753/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Mag. Erlitz, betreffend Basisfinanzierung der steirischen Feuerwehren, wird zur Kenntnis genommen. (20.39 Uhr.)

Präsident Purr: Ich danke für die Berichterstattung. Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

27. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 541/1, der Abgeordneten Wiedner, Ferstl und List, betreffend Finanzierung der steirischen Feuerwehren.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (20.39 Uhr): Ich danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat in seinen Sitzungen am 6. November 2001 und am 9. April und 10. September dieses Jahres über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Ich weiß, dass von Ihnen alle diesen schriftlichen Bericht genau gelesen haben, daher wird vom Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 541/1, der Abgeordneten Wiedner, List und Ferstl, betreffend Finanzierung der steirischen Feuerwehren, wird zur Kenntnis genommen. (20.40 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter. Wir kommen damit gleich zum nächsten Tagesordnungspunkt

28. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 208/1, der Abgeordneten Ferstl und Wiedner, betreffend Kosten der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (20.40 Uhr): Ich danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat zu den selben Sitzungen die Beratungen durchgeführt und zum Antrag der Abgeordneten Ferstl und Wiedner, betreffend Kosten der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring, liegen drei umfangreiche Stellungnahmen der Steiermärkischen Landesregierung vor.

Auch diese haben Sie genau studiert. Daher stellt der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 208/1, der Abgeordneten Ferstl und Wiedner, betreffend die Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring, wird zur Kenntnis genommen. (20.41 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Es liegen mir Wortmeldungen vor. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Ferstl, nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz in Vorbereitung.

Abg. Ferstl (20.41 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die umfangreiche Stellungnahme der Landesregierung ist uns allen zugegangen und ich finde in diesem wirklich ausführlichen Bericht, dass von den Anträgen der Freiheitlichen Partei die Punkte der Finanzierung, die außerhalb dieser Feuerschutzsteuer ist, die immer und vor allen Dingen nicht in diesem Umfang mehr zur Verfügung stehen, nicht ausreicht. Die Belastungen der Gemeinde und Betriebe für das Feuerwehrwesen sind hoch genug, aber nun endlich auch wieder seit Dezember 2001 aus den Bedarfszuweisungen möglich mitzutragen. Wir haben hier von den Feuerwehren wirklich bewiesen, dass wir für alle diese Geldbeschaffungsmöglichkeiten selbst einen ganz großen Teil dazu beitragen, nämlich mehr als ein Viertel der Kosten, die für die Anschaffung unserer Gerätschaften und Feuerwehrgeräte und Ausbildungen notwendig sind und die Feuerwehren haben aus diesem Grunde wirklich das Recht auf eine gesicherte Unterstützung aus Mitteln, die wir aus der Feuerschutzsteuer bisher regelmäßig bekommen haben. Nachdem diese Einnahmen seit Jahren rückgängig sind, fordern wir wirklich, wie schon in unseren Anträgen einige Male betont, eine fixe Finanzierungssumme, die den Feuerwehren die Möglichkeit gibt, ihre Gerätschaften noch einmal in diesem Ausmaße, wie es notwendig ist, um der Bevölkerung dieses Servitut, möchte ich fast sagen, das sie von uns gewohnt ist, diese große Hilfeleistung gewähren zu können.

Diese Art von Geldbeschaffung, die wir selbst machen, ist wohl feuerwehrgesetzlich verankert, aber die Zeit, die den Feuerwehren für die immer mehr und mehr nötige Ausbildung und die Einsätze abverlangt wird, nicht mehr in diesem Ausmaß vorhanden ist und auch die jeweiligen Arbeitgeber den Feuerwehren nicht mehr diese Tätigkeit so ohne weiteres zulassen. Aber auch die selbstständigen Feuerwehrkameraden stehen unter beruflichem Druck, so dass wir nicht mehr die Möglichkeit haben, ein zweites Sommerfest, eine weitere Sammlung

oder einen neuen Fetzenmarkt zu machen, um die Gelder, die uns jetzt wirklich fehlen, mit der Zeit hereinzubringen. Es ist natürlich auch so, dass – wenn wir für eine Zeit nicht alle notwendigen Ergänzungen anschaffen können, die Welt nicht untergeht. Es ist kein Malheur. Wir werden sicher die Feuerwehren zum Einsatz bringen. Wenn es aber für längere Zeit für die Ersatzbeschaffung und Ausstattung eine starke Reduzierung gibt, dann wird es ein bisschen problematisch. Das würde dann der Anfang sein, den wir alle miteinander nicht wollen, nämlich der Anfang der Schwächung des wirklich für mich besten Feuerwehrsyste.ms der Welt, nämlich die freiwilligen steirischen Feuerwehren, die auch verantwortlich für die sicherste Region Europas sind. Wir könnten dann diese historischen Tätigkeiten, die die Bevölkerung von uns gewohnt ist, nicht mehr erfüllen. Es ist die vorliegende Stellungnahme verständlich dargebracht, da der Ausbau der Feuerwehr- und Zivilschutzschule und die erhaltenden Baumaßnahmen in Planung sind und das Sicherheitszentrum Steiermark, das wir sehr gefordert haben. Wir wünschen uns, dass es in Angriff genommen und fertig gestellt wird, allerdings gibt es noch keine Übersicht der Kosten, weil – wie schon gesagt – es noch in der Planung und Entstehung ist. Ich darf daher bitten, dass wir hier für die Feuerwehren mit abnehmender Feuerschutzsteuer eine Basisfinanzierung erhalten, die nicht von heute auf morgen entstehen kann. Ich weiß, die Gesetze müssen entsprechend geändert werden. Kurz- oder mittelfristig aber würde es sehr wertvoll, bedeutungsvoll und wichtig sein, damit die Feuerwehren diese Aufgaben erfüllen können, die die Bevölkerung von uns gewohnt ist. Ich möchte weiters ersuchen, beim Entschließungsantrag, den die SPÖ jetzt einbringen wird, eine punktuelle Abstimmung durchzuführen, wo wir mit zwei Punkten sicherlich einverstanden sind, zwei Punkten aber nicht zustimmen werden, weil es diese Punkte zwei und vier schon gibt. Die Schritte der Selbstverwaltung sind ja bereits Ist-Zustand und für die Maßnahmen der Wassertransporte, die zur Lebens- und Tierrettung notwendig sind, sind die Feuerwehren zuständig und es viele Möglichkeiten schon gibt, nämlich mit Ausstattung von Feuerwehrfahrzeugen. Es gibt aber auch Planungen des Landwirtschaftsreferenten für diese Feuerwehren, damit es in Zukunft möglich sein wird, alles besser gestalten zu können. Ich bitte daher, diesen Wünschen zuzustimmen und diese Wünsche zu erfüllen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 20.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.48 Uhr): Ich bringe einen Entschließungsantrag betreffend Zivildienner bei den steirischen Feuerwehren ein. Wie heute am Vormittag in der Fragestunde bereits von uns thematisiert, werden im Bezirksfeuerwehrkommando Graz-Umgebung Zivildienner zu Tätigkeiten eingesetzt, die ganz klar im Widerspruch zum Zivildienstgesetz stehen, nämlich konkret selbstständig Feuerwehreinsätze zu koordinieren beziehungsweise auch mit traumatisierten Personen umzugehen. Im Sinne eines professionellen Katastrophenschutzes gibt es Handlungsbedarf. Aus unserer Sicht kann nicht hingenommen werden, dass nicht ausgebildete Personen – wie es Zivildienner halt einmal sind – statt zu Hilfsdiensten, wie im Gesetz vorgesehen, eigenverantwortlich tatsächlich große Koordinationsprojekte im Rahmen von Feuerwehreinsätzen durchführen. Befremdend für uns war, dass der Landesfeuerwehrkommandant sich nicht klar distanziert hat und dass das Katastrophenschutzreferat sich, abgesehen von einem Briefwechsel, der von Frau Landeshauptfrau in der Früh angesprochen wurde, dazu auch noch nicht positioniert hat. Es schaut auch so aus, dass Zivildienner, die mit diesen „Arbeiterlebnissen“ an die Öffentlichkeit gegangen sind, unter Druck gesetzt beziehungsweise auch versetzt wurden. Im Sinne einer Aufklärung dieser sowohl für die Feuerwehr als auch für Zivildienner sehr schlechten Situation stellen wir den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die steirischen Feuerwehren heranzutreten und von diesen die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Beschäftigung von Zivildiennern einzufordern und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten. Ich stelle den Antrag auf Annahme unseres Antrages. (Beifall bei den Grünen. – 20.49 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Klubobmann Schrittwieser. Das ist vorläufig die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Abg. Schrittwieser (20.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir wissen um die Bedeutung der Feuerwehren und der Einsatzorganisationen. Es ist Gott sei Dank so, dass es bei dieser Gruppe von Einsatzorganisationen oft große Übereinstimmung gibt. Wir glauben aber, dass es Synergieeffekte geben kann, auch bei den Feuerwehren und beim Landesfeuerwehrverband. Daher meine ich, dass die Feuerwehren, die so viel leisten und wo es großen Einsatz gibt, nicht weiter als Bittsteller, was das Budget betrifft, hingestellt werden dürfen. Wir wissen, dass die Feuerschutzsteuer sehr stark zurückgeht – Kollege Ferstl hat es schon erwähnt – und die Feuerwehren längst nicht mehr das Auslangen finden. Wir sollten hier im Landtag eine Basisfinanzierung beschließen, dass die Feuerwehren selbstständig nach Notwendigkeiten die Mittel auch einsetzen können, natürlich unter Kontrolle des Landes, aber dass sie nicht ständig beim Land anfragen müssen, ob überhaupt gewisse Dinge möglich sind, ob sie finanziert werden können. Ich glaube, wenn wir Synergieeffekte nützen, indem wir Leistung und Anerkennung zusammenführen, dann sollte man nicht nur die Arbeit und die Leistung den Feuerwehren überlassen, sondern man sollte ihnen eine gewisse Eigenständigkeit geben. Dies müsste im Sinne aller hier in diesem Hohen Haus sein. Ich glaube auch, Frau Landeshauptmann, ich habe Ihnen auch schon oft bei Reden bei den Feuerwehren zugehört, dass Sie die Leistungen der Feuerwehren sehr schätzen. Sie haben es wesentlich in der Hand, den Feuerwehren mehr Eigenständigkeit zu geben, auch wenn es um eine Basisfinanzierung geht und darum geht, dass sie selbst darüber entscheiden können, was sie für erforderlich und notwendig halten, selbstverständlich auch in Abstimmung mit der zuständigen Referentin. Es ist

zu wenig, dass man ihnen sagt, macht, schaut, tut. Und das machen sie ja alle. Man lässt sie aber immer in der Abhängigkeit und wer will das schon. Das gilt natürlich für alle anderen Einrichtungen auch. Ein nächster Punkt: Ich glaube, dass es nicht zeitgemäß ist, bei aller Leistung der Zivilschutzschule Lebring, dass diese Schule extra geführt wird und nicht von der Feuerwehr geleitet wird. Ich glaube, hier könnte man viele Synergien nützen. Ich glaube auch, dass der Landesfeuerwehrverband genau weiß, was dort notwendig wäre. Er weiß auch, was erforderlich ist, was gebraucht wird vor Ort bei den Feuerwehren. Warum geht man nicht her und sagt, geben wir auch diese Zivilschutzschule in Lebring zur Feuerwehr, um hier Synergien zu nützen? Ich höre vom Landesfeuerwehrverband, dass es oft sehr schwierig ist, wenn Kooperationen bei Hochwasser oder anderen Einsätzen notwendig sind, dass bessere Synergien genützt werden können, wenn eine Annäherung beziehungsweise eine Zusammenführung der Zivilschutzschule möglich ist. Ein weiterer Punkt, der auch wichtig ist und deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht, ist die Schaffung einer Landesalarmzentrale. Es würde den Bezirksleitstellen vieles erleichtern, auch Kosten einsparen, weil diese Zentralen hauptamtlich besetzt sind. Mit den Wassertransporten haben wir in letzter Zeit eine Sache, wo viele Feuerwehren sehr viel geleistet haben, aber nie das, was es an Kosten gibt, hereinbekommen. Ich glaube, entweder trachten wir, dass wir eine Gesellschaft gründen, wo ein Befugter diese Wassertransporte durchführt oder wir lassen diese Transporte weiter bei den Feuerwehren. Wir müssten dann auch schauen, dass sie eine dementsprechende Abgeltung ihrer Selbstkosten, die sie haben, bekommen. Derzeit wissen wir, auch von der Feuerwehr, dass das nicht der Fall ist. Wir haben daher im Landtag diesen Antrag eingebracht. Es gibt eine Antwort der Landesregierung, die in keiner Weise für uns befriedigend ist und von uns nicht akzeptiert wird. Darum stellen wir heute folgenden Entschließungsantrag namens meiner Fraktion (Abg. Tasch: „Ist für das Auto nur ein Vorteil, wenn es gefahren wird!“): Aber du musst auch dazu, wenn es notwendig ist, Tag und Nacht die Leute haben, weil wenn wir wollen, dass die Feuerwehren, aber auch die Rettungseinsatzorganisationen immer mehr das hauptamtlich tun, weil sie von der Ausbildung her, vom Zeitaufwand her das nur hauptamtlich machen können, da müssen wir dazusagen, wie wir das bezahlen müssen. Bisher werden nur die Anforderungen immer größer, aber wir sagen nicht wirklich dazu, wer das bezahlt. Und ich höre nur, dass sich die Basisfinanzierung der Feuerwehren, lieber Kollege Tasch, in anderen Bundesländern gut bewährt hat. Und jetzt frage ich nur, warum soll man nicht Dinge, die sich anderswo bewährt haben, untersuchen, anschauen und versuchen, ob das nicht auch für uns gut ist? Wo wir draufkommen, das ist vielleicht doch nicht so gut, dann reden wir darüber. Aber das von Haus aus abzulehnen oder wegzuwischen, glaube ich, wäre nicht gut, weil wir alle Abgeordnete sind in diesem Hohen Haus, die von Fortschritt, von Weiterentwicklung, die von Zukunftschancen sprechen. Ich habe nur nicht immer das Gefühl, dass das auf der Seite so ist. Aber ich unterstelle einmal bei den Einsatzorganisationen, dass das so ist und ich hoffe, dass Sie unserem Entschließungsantrag zustimmen können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens für die steirischen Feuerwehren unabhängig von der Feuerschutzsteuer ein eigenes Budget inklusive Mittel für Förderung zu schaffen, zweitens Schritte in die Wege zu leiten, die zum Ziel haben, dass die Feuerwehr- und Zivilschutzschule Steiermark durch den Landesfeuerwehrverband übernommen wird, drittens Maßnahmen mit dem Ziel zu setzen, eine Landesalarmzentrale für die steirischen Feuerwehren zu schaffen, viertens Maßnahmen zu fördern, die geeignet sind, die Feuerwehren von zusätzlichen Dienstleistungen, wie Wassertransporten, zu entlasten, zum Beispiel durch die Gründung von Genossenschaften zur Anschaffung von Wassertransportfahrzeugen, und dort, wo dies unmöglich ist, für eine gesonderte finanzielle Abgeltung zu sorgen.

Ich bin verwundert, dass auch die FPÖ zu den Punkten zwei und vier sagt, da können wir nicht mit. Aber es wird seine Gründe haben. Wir werden uns ja noch ausreichend über diese Dinge auch im Kreise der Feuerwehren unterhalten können. Ich bitte um Annahme dieses so wichtigen Antrages. (Beifall bei der SPÖ. – 20.57 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Frau Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann Klasnic (20.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte mich sehr bedanken, weil schade ist, dass heute keine Vertreter der Einsatzorganisationen da sind, weil sie ja so gerne hören, wenn über sie und vor allem über ihre Anliegen hier in diesem Hohen Haus gesprochen wird. Wir haben ein großartiges Katastrophenschutzgesetz im vergangenen Jahr gemeinsam beschlossen. Und ich habe gestern die Gelegenheit genutzt, die Damen und Herren Bezirkshauptleute und die einzelnen Katastrophenschutzreferenten gemeinsam zu sprechen und sie haben mir ihre Anliegen, ihre Vorstellungen, ihre Möglichkeiten, aber auch ihre gemeinsamen Arbeiten mit den Einsatzorganisationen geschildert. Und ich darf sagen, dass wir stolz sein dürfen – und der Herr Hofrat Kalcher als Zuständiger der Fachabteilung ist ja im Raum, hat es miterlebt, dass diese Organisation flächendeckend nicht nur geordnet ist, sondern dass man dort das Gefühl hat, es herrscht Sicherheit. Und Sicherheit und sichere Steiermark ist unser Motto und muss unser Motto bleiben. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Zweiter Teil: Ich kann akzeptieren, wenn Sie sagen, dass die Feuerwehren unabhängig von der Feuerschutzsteuer sein sollen – das ist schon der erste Punkt. Es gibt eine Feuerschutzsteuer in der Größenordnung von 8 Prozent, der ehemalige Landeskommandant weiß das, ich habe österreichweit bei den Landeshauptleuten nach einigen Versuchen einen einstimmigen Beschluss erreicht, in nächster Runde ist der Bund am Zug, sprich das Finanzministerium, diese Feuerschutzsteuer von 8 auf 10 Prozent zu erhöhen und dann sind die Maßnahmen, die gesetzt werden können, andere.

Weil Sie sagen, die Feuerwehr soll selbst über ihre Mittel verfügen können. In meinem Bereich des Katastrophenschutzreferates habe ich das bereits und der Erste, der es gefordert hat, war im Juni 1996 der Kollege Ferstl, der hat gesagt, ich will die Selbstverwaltung. Die Feuerwehren haben jetzt die Selbstverwaltung, das heißt aber auch, sie müssen mit dem, was sie haben, gut wirtschaften. Sie tun das, sie bemühen sich, aber sie sehen auch, wie schwierig das ist. Oft ist es sehr schwierig Geld einzunehmen, aber manchmal ist es noch viel schwieriger, es gerecht auszugeben, weil die Wunschliste natürlich groß ist. Diese Wunschliste gehört begleitet und gehört überprüft. Und da sage ich auch dazu, weil wir gerade bei den Einsatzorganisationen in den letzten Jahren schon erkennen, dass man auf gemeinsame Arbeit sich einigen möchte. Das heißt, die Feuerwehr hat die Selbstverwaltung für ihre Mittel, da redet ihnen überhaupt niemand drein, nach welcher Form beschafft wird. Das wird geprüft und wird nur vom technischen Inspektor abgenommen, ob das für die zuständige Feuerwehr passt. Das ist das eine.

Das Zweite ist, sie sind ja nicht die einzigen Mittel, die Feuerschutzsteuer und die Selbstverwaltung beziehungsweise es kommen auch die Bedarfszuweisungsmittel vom Kollegen Voves und mir hinaus in die Gemeinden, wo die Häuser gebaut werden und vieles mehr, was die Gemeinden zusätzlich noch einbringen und die Eigenleistung der Kameraden draußen. Das ist auch noch anzusprechen, auch nicht wegzuleugnen, das ist großartig.

Weil Sie mich wegen der Schule ansprechen. In der Schule für Zivilschutz und Katastrophenschutz, Landesfeuerwehrschule, kurz angesprochen, hat bitte seit einem Jahr das Sagen der Landesfeuerwehrkommandant, seine beiden Stellvertreter, die Frau Abteilungsvorstand Koiner und der Hofrat Kalcher. Das heißt, die drei Feuerwehrkommandanten entscheiden über den pädagogischen Inhalt und entscheiden über die finanziellen Maßnahmen. Das heißt, sie haben dort schon das Sagen, sie sind nur nicht Besitzer des Gebäudes. Aber alle anderen Möglichkeiten haben sie schon. Das habe ich ihnen vor einem Jahr in die Hand gegeben mit viel Freude, sie haben das gerne angenommen und arbeiten sehr, sehr viel dort und ich bin dankbar für diese Aufgabe, dass sie es übernommen haben und ich kann mir nicht vorstellen, dass der Feuerwehrverband jetzt nächste Wünsche hat. Aber bitte, gerne!

Landeswarnzentrale – nächster Punkt: In einer Zeit der Vernetzung und der Technik, wo ich auf Knopfdruck alles bekomme, habe ich und wir haben eine Landeswarnzentrale und sie ist noch nie aus meiner Sicht von jemandem in Frage gestellt worden. Dort wird großartig 24 Stunden um die Uhr das ganze Jahr Dienst gemacht. Was wir aber jetzt versuchen – und dort laufen die Verhandlungen –, dass man eine bundesweite Vernetzung darstellt, das heißt, nicht nur von den Rufnummern her, sondern dass man grundsätzlich diese Landeswarnzentrale, die nicht nur für eine Einsatzorganisation, sondern für Landeswarnungen, für Katastrophen einfach da sein muss, dass wir dieses Netzwerk ausbauen und dass es natürlich einen eigenen Kanal, einen eigenen Sektor Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung und so weiter geben muss.

Ich gebe Ihnen absolut Recht, dass es bei den Wassertransporten vieles an Anliegen gibt. Unsere Bürgermeister haben aber erzählt und da geht es nicht nur um Bürgermeister einer Fraktion, dass sie mit ihren Feuerwehren nicht nur eine gute Gesprächsbasis haben, sondern dass inzwischen auch manche schon darüber nachdenken, in der Beschaffung so etwas wie Container anzuschaffen, das heißt einen abrollbaren Container, wo man einen Wassertransport hinaufgeben und damit Wasser führen kann. Das ist das eine. Das Zweite ist, wie die Feuerwehren inzwischen ohnehin überlegen, auch in der Fahrzeugbeschaffung einen neuen Weg zu gehen. Ich nehme den Bezirkskommandanten von Murau, der ein Netzwerk geschaffen hat, er hat seinen Feuerwehren erklärt, dass es gescheit ist, ein bestimmtes Fahrzeug mit einer bestimmten Ausstattung auszusprechen. Und sie haben fünf Fahrzeuge ausgeschrieben und das sechste Fahrzeug war gratis, weil sie es gemeinsam gemacht haben. Und das sind die Grundideen und ich glaube, das haben auch die Redner vor mir gemeint, wenn sie sagen, dass man Maßnahmen setzen kann, wie das Netzwerk besser funktioniert.

Zweiter Punkt, weil wir heute über das Rote Kreuz gesprochen haben. Das Rote Kreuz hat 94 Leitstellen in der Steiermark, die Feuerwehr hat 762 Wehren. 762 Wehren haben wir im ganzen Land. Da muss das Netzwerk und da muss die Struktur stimmen und da kann man auch vieles Hand in Hand erledigen. Ich nenne die Feuerwehr Admont, dort gibt es so etwas wie eine gemeinsame Aufgabe, das heißt nicht, dass einer die Uniform des anderen anziehen muss, aber dass er gemeinsame Räume nutzt und gemeinsame Geräte nutzen kann. Auch daran arbeiten die Landesverbände. Und ich bin überzeugt, dass sie dort einen Schritt weiterkommen.

Was die Wassertransporte betrifft, müssen wir uns bemühen einen Weg zu finden. Aber viel wichtiger ist noch, wir müssen schauen, dass wir kein Wasser mehr führen müssen, sondern dass die Wasserversorgung flächendeckend im Land in Ordnung ist. Das ist der Hauptauftrag und dem werden wir uns widmen. Dort sind die finanziellen Mittel anzusetzen, egal was passiert. Heute Mittag war der Herr Hofrat Saurer bei mir, man kann sagen, von der Mur nördlich ist alles mit viel Wasser versorgt, wenn man den Spiegel nimmt und südlich haben wir die Trockenheit gehabt, besonders im Gebiet von der Gleinalm bis zum Wechsel. Das sind die Probleme, dort haben wir anzusetzen und das ist eine Aufgabe für uns. Dann brauchen wir hoffentlich nicht die Transporte, sondern wir haben Wasser. Das wollte ich zu Ihren Anträgen sagen, wieweit wir hier in der Arbeit sind. Zum Antrag der Frau Kollegin Zitz möchte ich meine Fraktion ersuchen diesem Antrag zuzustimmen, weil es für mich eine Selbstverständlichkeit ist, nicht nur das, was ich am Vormittag gesagt habe, dass die Maßnahmen gesetzt sind, sondern dass ich Ihnen selbstverständlich dann auch gerne berichte. In diesem Sinne bitte ich, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 21.05 Uhr.)

Präsident: Herr Klubobmann Schrittwieser hat sich nochmals zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (21.05 Uhr): Nur ganz kurz: Es ist immer so, dass wir hier unsere Debattenbeiträge abliefern und dann steht die Frau Landeshauptmann als Referentin mit Recht auf und sagt, wie die Sache ist. Dann bleibt es so stehen und wir gehen nach Hause und sagen, so ist es. Es ist nämlich nicht so, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass Frau Landeshauptmann sich sehr um die Einsatzorganisationen bemüht, das ist keine Frage, weil in diesem Haus in dieser Frage sehr oft auch politische Übereinstimmung herrscht. Es ist heute gesagt worden, dass die Gemeinden auch bezahlen. Ich sage, die Basisfinanzierung der Feuerwehren kommt momentan von den Gemeinden. Sie geben ein Vielfaches mehr in der ganzen Steiermark aus als das Land dafür ausgibt. Das muss man ganz klar einmal sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir heute ein Feuerwehrauto anschaffen oder ein Feuerwehrdepot, ein Feuerwehrhaus errichten, dann wird geschaut, was die Gemeinden bezahlen. Mit den Bedarfszuweisungen ist das jetzt noch schwieriger geworden, weil es die Richtlinien gibt, mit denen kein Bürgermeister wirklich glücklich ist. Die Basisfinanzierung kommt von den Gemeinden. Wir wissen aber auch, dass bei den Gemeinden der Ofen auch bald aus ist. Mir ist es daher recht, dass Herr Hofrat Kalcher dort sitzt, weil ich glaube, dass er ein hervorragender Mann ist. Ich habe mit hochrangigen Feuerwehrmännern – ich war erst vor kurzem im Landesfeuerwehrkommando und habe in Gesprächen die Sorgen herausgehört – stundenlang darüber geredet. Wenn natürlich die Zuständigkeit der Feuerweherschule zum Teil beim Land und zum Teil beim Feuerwehrkommando liegt, dann kann es – wörtlich zitiert – bei Kleinigkeiten, auch wenn es um einen schnellen Einsatz geht, Stunden dauern, bis Entscheidungen getroffen werden, weil man nicht immer schnell jemanden erreicht. (Landeshauptmann Klasnic: „Der Landesfeuerwehrkommandantstellvertreter ist Schulleiter der Feuerwehr- und Zivilschutzschule, der braucht keine fünf Minuten!“) Frau Landeshauptmann, dann werde ich die nächste Gelegenheit nützen, wenn wir alle miteinander zusammentreffen, auch die hochrangigen Feuerwehrkameraden, um das auszureden. Es will keiner Herrn Hofrat Kalcher etwas Böses unterstellen. Wir wissen, wenn ein paar darüber verfügen, dann kann es, wenn es um einen raschen Einsatz geht, wo es um Minuten geht, zu Problemen kommen. (Landeshauptmann Klasnic: „Darum hat er einen Feuerwehrmann dort hingestellt!“) Frau Landeshauptmann, warum sage ich dann nicht überhaupt, da habt es und macht es? Die Landesregierung und die zuständigen Beamten, auch der Rechnungshof, werden das jährlich überprüfen und sagen, ob das ordentlich und anständig gemacht wurde. Ich habe allerdings ein anderes Gefühl: Ich glaube nämlich, dass es durchaus ein hochrangiges Interesse der zuständigen Referentin gibt, dass das nicht ausschließlich in die Führung der Feuerwehripersönlichkeiten übergeht. Ich glaube, Frau Landeshauptmann, Sie haben es nicht nötig, dass Sie hier auf irgendetwas pochen, was nicht notwendig ist. Wir reden alle, dass die Synergien genützt werden sollen. Wir reden alle, dass die Einsätze schnell sein müssen, dass wir möglichst wenige Entscheidungsträger haben. Wir haben aber noch immer zu viele Entscheidungsträger. Daher mein Wunsch, das zu tun. Meine Damen und Herren, wenn die Feuerschutzsteuer ständig zurückgeht, dann können das nicht nur ausschließlich die Gemeinden kompensieren. Wenn man hinausfährt und hört, wenn man sich bei der Referentin für die Sicherheit und für die Feuerwehren bedankt, dann frage ich meistens den Bürgermeister oder den Feuerwehrkommandanten, was jetzt das Land bezahlt hat, was an Bedarfszuweisungen gekommen ist und was die Gemeinden bezahlt haben. Meine Damen und Herren, es ist eine Kleinigkeit, was das Land bezahlt. Jetzt rede ich noch gar nicht vor Ort. Frau Landeshauptmann, wenn Sie sagen, Sie haben das Budget in eine Eigenverwaltung der Feuerwehren gegeben, dann meine ich, Sie wissen genau, dass das Geld ständig weniger wird und zurückgeht und die Aufgaben der Feuerwehren immer mehr werden. Wenn das so ist, dann müssen wir budgetär – und wir machen wieder ein Budget – dafür sorgen, wenn wir das ernst nehmen, dass diese Basisfinanzierung auch im Landesbudget niedergeschrieben wird. Das kann nicht allein eine Frage des Geldes sein, sondern das muss auch eine Frage des politischen Willens sein. Und wir haben diesen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – 21.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann Klasnic.

Landeshauptmann Klasnic (21.10 Uhr): Es ist ganz gut, wenn man sich zum selben Thema ein zweites Mal meldet. Sie sagen, dass das Geld bei den Gemeinden immer weniger wird: Kollege Mödlhammer ist Präsident des Österreichischen Gemeindebundes. Er hat uns bestätigt, dass Österreich europaweit die beste Gemeindeförderung hat und in Österreich die Steiermark. Das gilt für Kollegen Voves und für mich. Das heißt, unsere Bürgermeister sind bestens bedient. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil Sie gesagt haben, die Gemeinden haben zu wenig Geld. (Abg. Schrittwieser: „Frau Landeshauptmann, was hat das mit den Feuerwehren zu tun?“) Wenn das mit der Feuerwehr nichts zu tun hat, dann hätten Sie es nicht sagen brauchen. (Abg. Schrittwieser: „Wir reden von der Feuerwehr!“) Das ist eine Frage der Organisation, wie man das Geld einteilt.

Zweiter Teil: Eines muss ich klar sagen: Der Schulleiter der Feuerwehr- und Zivilschutzschule ist der Bezirksobmann des Bezirkes Weiz, Landeskommandantstellvertreter Haas. Das heißt, ein Feuerwehrmann, einer, der es gelernt hat und der das mit Hingabe macht und der so spontan in der Entscheidung nur sein kann, wie eben ein oberster Feuerwehrmann. Das ist großartig. So Sie anderes gehört haben, dass das so lange gedauert hat, müsste ich ihn fragen. Zum Dritten und das ist das Wichtigste: Ich bitte Sie, im Landtag auch zu bedenken, wenn ich sage, die Schule soll ein Einsatzzentrum für Katastrophenschutz werden. Katastrophenschutz ist mehr als Freiwillige Feuerwehr. (Beifall bei der ÖVP. – 21.11 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Meine Damen und Herren, ich komme daher zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 753/1 zum Tagesordnungspunkt 26 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Beim Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Finanzierung der steirischen Feuerwehren zum Tagesordnungspunkt 26 wurde eine punktuelle Abstimmung verlangt. Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur punktuellen Abstimmung.

Der Antrag lautet wie folgt: Für die steirischen Feuerwehren, unabhängig von der Feuerschutzsteuer, ist ein eigenes Budget inklusive Mittel für Förderungen zu schaffen – das ist der Punkt eins. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des ersten Punktes fest.

Punkt zwei. Schritte in die Wege zu leiten, die zum Ziel haben, dass die Feuerwehr- und Zivilschutzschule Steiermark durch den Landesfeuerwehrverband übernommen wird. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Punkt drei: „Maßnahmen mit dem Ziel zu setzen, eine Landesalarmzentrale für die steirischen Feuerwehren zu schaffen.“

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des dritten Punktes fest.

Punkt vier: „Maßnahmen zu fördern, die geeignet sind, die Feuerwehren von zusätzlichen Dienstleistungen wie Wassertransporten zu entlasten (zum Beispiel durch die Gründung von Genossenschaften zur Anschaffung von Wassertransportfahrzeugen) und dort, wo dies unmöglich ist, für eine gesonderte finanzielle Abgeltung zu sorgen.“

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe – und stelle dazu die mehrheitliche Ablehnung fest.

Damit, meine Damen und Herren, ist die punktuelle Abstimmung vorüber.

Wir kommen damit zum Entschließungsantrag der Grünen betreffend Zivildienst bei den steirischen Feuerwehren zu Tagesordnungspunkt 26. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 541/1, das ist der Tagesordnungspunkt 27, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 208/1, das ist der Tagesordnungspunkt 28, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

29. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 937/1, der Abgeordneten Rieser, Margarethe Gruber und Hamedl, betreffend Unfallversicherung für Rettungshubschrauberbesatzung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (21.16 Uhr): Hoher Landtag!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 937/1, der Abgeordneten Rieser, Margarethe Gruber und Hamedl, betreffend Unfallversicherung für Rettungshubschrauberbesatzung.

Mit diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, für Notärzte beziehungsweise die Besatzung des in Zeltweg stationierten Rettungshubschraubers eine Unfallversicherung abzuschließen, die dieselben Rahmenbedingungen umfasst wie dies bei den Fluggeräten Christophorus 12 und Christophorus 14 der Fall ist. Ich bitte um Annahme! (21.18 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Herr Abgeordneter hat sich zu Wort gemeldet und ist bereits am Wort. Herr Abgeordneter Rieser spricht zu Tagesordnungspunkt 29.

Abg. Rieser (21.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Hoher Landtag!

Nur ganz kurz dazu: Seit der ÖAMTC in der Steiermark die Flugrettung durchführt, bezahlt das Land Steiermark für die zur Verfügung stehenden Notärzte beziehungsweise die gesamte Besatzung der beiden Rettungshubschrauber Christophorus 12 und 14 für eine Prämie in eine Unfallversicherung für dauernde Invalidität für 727.000 Euro und bei Todesfall 436.000 Euro. In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, müssen wir von dieser Stelle aus den Piloten, den Notärzten, den Rettungssanitätern, den

Flugrettern und so weiter danke sagen. Seit dem Jahr 1985, meine sehr verehrten Damen und Herren, bis zum 30. Juni 2001 hat es in der Steiermark 21.512 Einsätze gegeben. Und die Gesamtkosten für Honorare für Ärzte, für Sanitäter, für Versicherungen und so weiter, Refundierungen an Krankenhäuser Graz, Rottenmann und Schladming hat das Land Steiermark 133,514.000 Schilling aufgewendet. Mit diesem Antrag will man eigentlich nur erreichen, dass Gleiches gleich ist. Dass jene Piloten, jene Notärzte und Rettungssanitäter, die von Zeltweg aus in Einsatz gehen, gleich behandelt werden wie die übrigen.

Ich bringe in diesem Zusammenhang einen Entschließungsantrag gemäß Paragraf 51 der Geschäftsordnung im Landtag der Abgeordneten Rieser und Bacher, betreffend Hubschrauberlandeplatz beim LKH Judenburg, ein.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung, das Bundesministerium für Inneres und der ÖAMTC haben eine Vereinbarung über die Stationierung beziehungsweise Finanzierung eines Rettungshubschraubers am Militärflughafen Zeltweg abgeschlossen. Gemeinsam mit den Hubschraubern Christophorus 12 und 14 ist damit die Steiermark in Hinblick auf die Flugrettung gut ausgestattet.

Bedauerlicherweise hat jedoch vor kurzem der leitende Flugrettungspilot des ÖAMTC-Christophorus-Flugrettungsvereines, Herr Heinz Stickler, mitgeteilt, dass auf Grund ungeeigneter topographischer Bedingungen der Landeplatz beim LKH Judenburg nicht mehr angefliegen werden kann. Folgende Gründe werden angeführt:

Zu geringe Abmessungen, steilste Anflugwinkel, Hindernissituation direkt am Landeplatz, im Süden vorbeiführende Hochspannungsleitung.

Da sich aber gerade in Judenburg die Abteilung für Unfallchirurgie befindet, ist es dringend erforderlich, diesen Missstand zu beseitigen und umgehend einen geeigneten Hubschrauberlandeplatz zu errichten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend alle Maßnahmen zu treffen, damit beim Landeskrankenhaus Judenburg ein geeigneter Hubschrauberlandeplatz errichtet wird. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 21.21 Uhr.)

Präsident: Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Landesrat Dörflinger. Herr Landesrat, Sie sind am Wort.

Landesrat Dörflinger (21.21 Uhr): Herr Abgeordneter!

Meine durchaus kritische Position, was die Vergabe des Rettungsflugwesens an den ÖAMTC betrifft, ist dem Haus ja bekannt. Mich würde natürlich jetzt wirklich interessieren, wieso ein Landeplatz, der seit vielen Jahren als Landesplatz akzeptiert wurde, an dem sich nichts geändert hat, weder Hochspannungsleitungen dazugekommen sind, noch Häuser gebaut wurden, noch Bäume gewachsen sind, jetzt plötzlich nicht mehr eignen sollte, weil das ja doch wieder alles mit sehr großen Kosten verbunden ist. Also ich würde schon vorschlagen, dass man sich das noch einmal genau anschaut, weil entweder war das, was man bisher gemacht hat, unverantwortlich. Dann verstehe ich nicht, warum der Hubschrauber dort gestartet und gelandet ist. Oder was hat sich verändert, weil die Kosten sind ja nicht gering für so etwas. (Beifall bei der SPÖ. – 21.22 Uhr.)

Präsident: Danke, gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Herr Abgeordneter Rieser noch ergänzend und kurz. Herr Abgeordneter, Sie sind schon am Wort. (Landesrat Dörflinger: „Kläre uns auf!“)

Abg. Rieser (21.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich mache es sehr kurz. Es gibt einen Schriftverkehr, sehr geehrter Herr Landesrat, vom ÖAMTC, dass keine Landungen unter diesen Voraussetzungen, wie sie dort gegeben sind, möglich sind und es gibt ja auch ein Schreiben an den ärztlichen Direktor Dr. Heinz Stadler vom 16. Oktober 2001, dass Judenburg nicht mehr angefliegen wird. Und das kann es bitte nicht sein! Wenn ich dort die Unfallchirurgie habe und wenn ich noch gleich in der Nähe in Zeltweg auch den Hubschrauber stationiert habe, so muss das doch irgendwie möglich sein. (21.23 Uhr.)

Präsident: Es hat sich nochmals Herr Landesrat Dörflinger gemeldet. Ich ersuche um Aufmerksamkeit.

Landesrat Dörflinger (21.23 Uhr): Mich würde nur interessieren, weil du so gut informiert bist und wirklich unzynisch gefragt, gibt es vielleicht schon ein Grundstück, das der ÖAMTC ausfindig gemacht hat, wo sie diese Landungen machen würden? (21.23 Uhr.)

Präsident: Nochmals Herr Abgeordneter Rieser, bitte.

Abg. Rieser (21.23 Uhr): Das kann ich nicht sagen. Ich werde dem Herrn Landesrat die Unterlagen zur Verfügung stellen. (Landesrat Dörflinger: „Okay!“ – 21.24 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat, ist das bereits beendet? Jawohl? Danke!

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Ich konnte nämlich schon die Rednerliste abschließen. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Hubschrauberlandeplatz beim LKH Judenburg, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Es geht schon weiter zu Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 810/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (21.25 Uhr): Ich darf zum Antrag, Einl.-Zahl 810/1, berichten, der sich mit dem Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten beschäftigt, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben. Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es wurde über eine Stellungnahme der Landesregierung beraten. Um bei Jungfamilien soziale Härten zu vermeiden, wurde mit Regierungsbeschluss vom 10. Dezember 2001 der Kinderzuschuss des Landes eingeführt. Weiters wurde in der Landesfamilienreferentinnenkonferenz der Beschluss gefasst, dass bei Mehrlingsgeburten für die Abgeltung des erhöhten Betreuungsaufwandes das Kinderbetreuungsgeld für jedes Kind zuerkannt werden soll. Der Landtag wolle deshalb beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 810/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend einen Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben, wird zur Kenntnis genommen. (21.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Ich habe zwei Wortmeldungen vorliegen, meine Damen und Herren. Frau Abgeordnete Graf ist am Wort.

Abg. Graf (21.26 Uhr): Ich darf mich zu Wort melden, weil ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen möchte, der sich mit dem Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben, befasst. Mehrlingsgeburten sind eine finanzielle Mehrbelastung und, wie Sie schon gehört haben, hat die Landesfamilienreferentinnenkonferenz im Mai den einstimmigen Beschluss gefasst, dass bei Mehrlingsgeburten für die Abgeltung des erhöhten Betreuungsaufwandes das Kinderbetreuungsgeld für jedes Kind zuerkannt werden soll. Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, bei Mehrlingsgeburten nach Ablauf des zwölfmonatigen Kinderzuschusses eine Abgeltung des erhöhten Betreuungsaufwandes für die Zeit des Bezuges des Kinderbetreuungsgeldes vorübergehend vorzunehmen sowie an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, eine dementsprechende gesetzliche Regelung dringendst zu beschließen. Ich bitte Sie um Zustimmung! (21.27 Uhr.)

Präsident: Ich danke, Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Dr. Reinprecht. Frau Abgeordnete, Sie sind schon am Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (21.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Allein dieser Antrag der Freiheitlichen zeigt, um welches Husch-Pfusch-Gesetz es sich bei diesem Kindergeld, das heute schon mehrmals als Erfolgsgeschichte gefeiert wurde, handelt. Mehrere Punkte möchte ich anführen: Das Kindergeld kann das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht lösen. Nur ein Drittel aller vormals berufstätigen Frauen schaffen einen Wiedereinstieg nach der Kinderpause. Das Kindergeld entspricht zwar der Idee einer gewissen Grundsicherung, was grundsätzlich etwas Positives ist, aber nur für höchstens drei Jahre. Dann dürfen sie sich um einen Kinderbetreuungsplatz raufen. Wie sieht das für Eltern aus, die einen dreijährigen Berufsausstieg mit der Gefahr des Verlustes des Arbeitsplatzes nicht riskieren wollen: 240.000 Kinder unter drei Jahren gibt es. Für diese Kinder gibt es 18.500 Plätze. Nur die Hälfte aller Kindergärten sind ganztätig und ganzjährig geöffnet – angesichts der immer flexibler werdenden Arbeitszeiten ein großes Manko. Außerdem wurde im Zuge der letzten Regierung die Kindergartenmilliarde eingestellt, was die Bautätigkeit natürlich auch nicht gerade fördert. Das Kindergeld verhindert gerade die Wahlfreiheit für Eltern.

Diese Wahlfreiheit wäre nur dann gegeben, wenn das Kindergeld erstens den Lebensbedarf decken würde, und zwar besonders für Alleinerzieherinnen, und andererseits genügend Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Anstatt diese Betreuungseinrichtungen auszubauen, hat die derzeitige Regierung ganz andere Pläne und ganz andere Ideen gewälzt. Von Seiten der Regierung wurden Modelle überlegt, dass bis zu 10.000 Euro pro Jahr – das sind zirka 140.000 Schilling – für Kinderbetreuung als Werbungskosten abgeschrieben werden können. Dazu ist zu sagen: Mehr als 40 Prozent der Frauen und etwa 20 Prozent der Männer verdienen weniger als 10.000 Euro netto im Jahr – diese Zahlen beziehen sich auf 1999. Das ist, um das einmal so auszudrücken, ganz offen Klassenkampf von oben, nämlich dass Leute, die so viel verdienen, die 140.000 Schilling jährlich von der Steuer absetzen können, während andere Personen das nicht einmal im Jahr verdienen. Man kann nur hoffen, dass diese Regierung abgewählt wird. Steuerberater kritisieren, dass die Zuverdienstmöglich-

keiten so kompliziert sind, dass sie prognostizieren, dass unter Umständen viele Frauen Geld zurückzahlen müssen. Der Grazer Finanzwissenschaftler Rudolf Dujmovits stellt dieses Gesetz als überhastet beschlossen oder als eine Mogelpackung hin. Der Skandal an diesem Gesetz ist auch, dass der Kündigungsschutz nur für zwei Jahre andauert, und nicht für zweieinhalb Jahre. Viele Frauen wissen das nicht, weil sie noch immer an die alten Karenzgeldregelungen gewöhnt sind und sie verlieren unter Umständen nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch den Anspruch auf Abfertigung. Um zur Ausgangsposition zurückzukommen: Dass hier jetzt wieder einmal repariert werden muss, und zwar wieder auf Kosten des Landes, weil der Bund etwas vergessen hat, nämlich Mehrlingsgeburten zu berücksichtigen, zeigt, wie überhastet und unüberlegt dieses Gesetz beschlossen wurde. (Beifall bei der SPÖ. – 21.32 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt 30:

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, dann ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

31. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 721/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (21.33 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 721/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege. Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 29. Jänner 2002 und 10. September 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 721/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor, die Sie mit Sicherheit gelesen haben. Demzufolge stellt der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 721/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege, wird zur Kenntnis genommen. (21.34 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Frau Abgeordnete Graf hat sich zu Wort gemeldet. Sie sind schon am Wort.

Abg. Graf (21.34 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat!

Ich darf dazu wieder einen Unselbstständigen Entschließungsantrag unserer Fraktion einbringen, der die Hauskrankenpflege betrifft. Seitens unserer Fraktion wurde ein Antrag eingebracht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, umgehend eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der Zugangskriterien und Kontrollmöglichkeiten für private Anbieter der Hauskrankenpflege festgeschrieben werden, um den Schutz der Patienten zu gewährleisten. Und in der Stellungnahme wird angeführt, dass der Entwurf in Ausarbeitung ist und die Bemühungen der Landesregierung noch nicht ausreichend seien und eine gesetzliche Regelung würde zur Optimierung und effektiven Steuerung dieses wachsenden Dienstzweiges führen. Es ist jedoch für uns aus der Stellungnahme nicht ersichtlich, dass die Landesregierung tatsächlich mit der gegenständlichen Forderung des Landtages an die Bundesregierung heranzutreten ist, weshalb wir diese Forderung neuerlich deponieren.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der Zugangskriterien und Kontrollmöglichkeiten für private Anbieter der Hauskrankenpflege festgeschrieben werden, um den Schutz der Patienten zu gewährleisten.

Ich hoffe auf Ihre Zustimmung. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 21.35 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag, soeben eingebracht von der FPÖ, betreffend Hauskrankenpflege, ihre Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

32. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 757/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Anerkennung der steirischen SlowenInnen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (21.36 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform. In diesem Bericht wird festgehalten, dass es verfassungsrechtlich nicht möglich ist, die steirischen Slowenen und Sloweninnen als Volksgruppe anzuerkennen. Es wird Bezug genommen, dass es in Österreich nur eine einzige slowenische Volksgruppe gibt, daher nicht von mehreren slowenischen Volksgruppen gesprochen werden kann.

Die Regelung von Volksgruppenbeiräten fällt in Gesetzgebung und Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes. Die Bundesregierung hat bei der Bestellung der Mitglieder des Volksgruppenbeirates darauf Bedacht zu nehmen, dass die in der betreffenden Volksgruppe wesentlichen politischen und weltanschaulichen Meinungen entsprechend vertreten sind.

Es wird festgehalten, dass der Volksgruppenbeirat selbstverständlich auch die Interessen der in der Steiermark beheimateten Personen, die sich als Angehörige der slowenischen Volksgruppe betrachten, vertritt.

Bezüglich der Rechtstellung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien wird berichtet, dass es in dem zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Slowenien abgeschlossenen Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, Bildung und Wissenschaft sich die Vertragsparteien verpflichtet haben, in die Programme der zu bildenden gemischten Kommissionen und in die gemeinsamen Arbeitsprogramme von Ministerien auch Projekte zugunsten der kulturellen sowie der bildungs- und wissenschaftsrelevanten Anliegen der Angehörigen der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien aufzunehmen. Damit wurde von slowenischer Seite erstmals auch offiziell anerkannt, dass es Angehörige der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien gibt.

Ich stelle im Namen des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform den Antrag auf Annahme dieses Berichtes. (21.38 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete, ich danke für die Berichterstattung. Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen. Sie sind die Erste. Frau Abgeordnete Zitz, ich erteile Ihnen das Wort. Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer in Vorbereitung.

Abg. Mag. Zitz (21.38 Uhr): Sehr geehrte Landeshauptfrau! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Es hat im Jahr 1996/97 erstmals in der Geschichte der Steiermark die Möglichkeit gegeben, dass sich ein Unterausschuss des Verfassungs-Ausschusses mit der Frage Existenz, Anerkennung und Rechte von steirischen Slowenen und Sloweninnen auseinander gesetzt hat. Ich möchte dazusagen, dieser Verfassungs-Ausschuss beziehungsweise Unterausschuss ist damals von Vertretern/Vertreterinnen aller Parteien beschickt worden unter Vorsitz von Reinhold Lopatka. Ich habe das damals sehr gut gefunden, weil wir im Rahmen dieses Treffens die Möglichkeit gehabt haben, uns mit Leuten aus der Region zu unterhalten, Bürgermeister, Gemeinderäten und Gemeinderätinnen aus den Gemeinden, wo es eine steirisch-slowenisch Minderheit gibt. Es hat die Möglichkeit gegeben, sich mit Wissenschaftlern etwa vom Institut für südosteuropäische Geschichte in Graz auseinander zu setzen, mit Verfassungsrechtlern und natürlich mit Leuten, Mitgliedern und dem damaligen Obmann Branko Lenat vom Artikel-7-Kulturverein. Ich muss leider sagen, dass diese Beziehungsqualität und diese Möglichkeit eines Austausches inzwischen in der Steiermark Geschichte ist. Wir haben bekanntlich Anfang dieses Jahres als Grüne einen Antrag gestellt, das Land Steiermark möge die steirisch-slowenische Minderheit anerkennen. Ich sage sehr bewusst „steirisch-slowenische“ Minderheit, weil das einfach Leute sind, die hoch identifiziert mit dem Land Steiermark sind, aber die einfach sagen, dass sie eine andere und eine zweite kulturelle Identität auch noch ihr Eigen nennen. Und es ist leider Tatsache, dass unser Ziel, das wir mit dem Artikel-7-Kulturverein teilen, nämlich dass es steirische Vertreter, direkt Vertreter und Vertreterinnen im Volksgruppenbeirat des Bundeskanzleramts gibt, dass das nicht realisiert worden ist. Es schaut so aus, das ist auch Teil der Regierungsvorlage, dass eine Erweiterung des Volksgruppenbeirates auf der Bundesebene nicht stattgefunden hat und der Ball eigentlich zwischen Bund und Land hin- und hergespielt wird. Wir haben unseren Antrag deswegen im Jänner gestellt mit der Aufforderung, das Land Steiermark möge sich deklarieren, möge zuerst einmal selber sagen, es gibt eine steirische Minderheit slowenischen Ursprungs in unserem Bundesland und das wäre ausreichend Aufforderung an den Bund, den Volksgruppenbeirat entsprechend zu erweitern um zwei Personen mit Sitz und Stimme. Die Argumentationslinie, es gibt nur eine slowenische Minderheit in Österreich, kann ich insofern nicht ganz teilen, als ich mir denke, auch wenn es sehr ähnliche kulturelle Traditionen gibt, gibt es einfach in Kärnten und in der Steiermark, das sind andere Bundesländer mit einem anderen Umgang mit dieser Minderheit und ich denke, gerade im Sinne es gepflegten Föderalismus müsste man da genug Respekt haben zu sagen, ja, diese steirische Minderheit hat eine andere Geschichte, hat auch andere Entwicklungen genommen und deswegen legt man von Seiten der Steiermark Wert darauf, dass der Bund zwei steirische Vertreter/Vertreterinnen in den Volksgruppenbeirat aufnimmt.

Das, was ich an Regierungsvorlage von der Frau Landeshauptfrau positiv finde, ist, dass einerseits darauf hingewiesen wird, dass der Artikel-7-Kulturverein gefördert wird auf Grund der Aktivitäten, die da im Bereich Jugend und Kultur, Vermittlung grenzüberschreitend, in sehr guter Qualität gesetzt wurden und zweitens wird

da auch festgehalten, dass es da Aktivitäten einer kulturellen Tradition von Slowenen in der Steiermark gibt. Das heißt, es ist immerhin, wenn auch immerhin indirekt, eine Zurkenntnisnahme, dass es so eine Minderheit in der Steiermark geben könnte.

Das, was ich sehr unerfreulich finde, war dieser Klimawandel, der im Verfassungs-Ausschuss vor einer Woche stattgefunden hat. Wie gesagt, im Jahr 1997 hat es sogar Podiumsdiskussionen in der Region selber gegeben mit sehr, sehr viel Beteiligung von Leuten vor Ort. Es sind damals Publikationen herausgekommen von Historikern, von Verfassungsrechtlern/Verfassungsrechtlerinnen aus unterschiedlichsten Bundesländern. Ich muss sagen, diese Dialogqualität, die es vor fünf Jahren gegeben hat, gibt es jetzt im Jahr 2002 offenbar leider nicht mehr.

Ich habe im Frühjahr dieses Jahres von Christopher Drexler eine Zusage bekommen, dass, wenn die Regierungsvorlage in den Verfassungs-Ausschuss kommt, wir uns als Unterausschuss noch einmal zusammensetzen, jetzt wahrscheinlich in einer anderen Besetzung als im Jahr 1997. Damals war der Christian Brünner vom Liberalen Forum sehr aktiv. Ich möchte das da auch noch einmal ausdrücklich deponieren, weil er sehr viel sehr engagiert in diese Richtung gemacht hat. Leider war es nicht möglich, diesen Unterausschuss einzusetzen. Es ist sozusagen von Seiten des ÖVP-Klubs anders als im Jahr 1997 damit ein Schritt in Richtung Schluss der Debatte gesetzt worden. Ich finde das sehr bedauerlich, weil ich einfach denke, dass diese Auseinandersetzung ein Jahr vor dem möglichen EU-Beitritt von Slowenien ein Signal ist, das dezidiert in die falsche Richtung geht. In der Regierungsvorlage, die ich vorher vorstellen konnte, ist inzwischen ein Teil der Realität, dass Slowenien die Existenz einer deutschsprachigen Minderheit sehr wohl anerkennt und dass das selbstverständlich Auswirkungen auf Kulturabkommen, auf Bildungspolitik und insgesamt auf ein Klima des wechselseitigen Umgehens hat. Ein letztes Wort noch: Von Seiten der Grünen werden wir sicher aktiv daran arbeiten, dass dieses Thema in der Steiermark weiterhin aktualisiert bleibt. Es ist ein Stück verdrängte Geschichte, der man sich nicht stellt. Dieses Stück Verweigerung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bringt immer in irgendeiner Form Seltsames, Skurriles oder im schlimmsten Fall sogar destruktive Blüten – das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, dass ich mir denke, dass grenzüberschreitende Projekte und Kooperationen, so wie wir es beobachten können, eigentlich immer positive Effekte für alle Beteiligten haben können. Ich habe mich auch aus diesem Zusammenhang heraus sehr gewundert, dass von der ÖVP, dem Landtagsklub, sozusagen am Schluss der Debatte im Verfassungs-Ausschuss gekommen ist, von der Freiheitlichen Partei nur Zwischenrufe in der Qualität, wie Sie es jetzt auch für das stenografische Protokoll vom Herrn Wiedner hören haben können, und die Freiheitliche Partei spricht ausreichend für sich.

Ich möchte daher den Entschließungsantrag der Freiheitlichen nicht weiter kommentieren. Das, was mich sehr wohl enttäuscht, ist, dass von der Sozialdemokratie im Verfassungs-Ausschuss zu dieser Frage keine einzige Äußerung gekommen ist. Wir werden weiterhin zu diesem Thema aktiv bleiben und hoffen, dass es Möglichkeiten gibt, leider vorerst nicht auf der Ebene des Landtages, aber in anderen Begegnungsforen, konkret im Pavelhaus in Laafeld, an diesem Thema konstruktiv weiterzuarbeiten. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 21.46 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Klubobmann Lafer. In Vorbereitung Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht.

Abg. Lafer (21.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Der Unterschied zwischen Kollegin Zitz und der FPÖ besteht darin, dass sie ewig nur davon spricht und wir die Akzente setzen. Daher bringe ich einen Entschließungsantrag ein. Der Inhalt dieses Antrags ist Ihnen bekannt. Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für die verfassungsrechtliche Anerkennung der altösterreichischen deutschsprachigen Minderheit in Slowenien einzusetzen (so wie dies der Ungarisch und Italienisch sprechenden Minderheit gewährt wird) und dem Landtag darüber binnen sechs Monaten zu berichten. Ich glaube, dahin gehend ist der erste Schritt gesetzt, dass wir von Seiten der Steiermark das dementsprechend unterstützen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 21.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Drexler.

Abg. Dr. Reinprecht (21.47 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich zitiere eingangs eine Presseaussendung des „Kulturvereins“, Artikel 7, in dem es wörtlich heißt: „Richtig ist, dass nur von einer slowenischen Volksgruppe auf österreichischem Boden gesprochen werden kann!“ Sie weisen dann des Weiteren darauf hin, dass sich aber die Situation der in der Steiermark lebenden Slowenen etwas anderes darstellt und dass sie deshalb gerne zwei Sitze im Volksgruppenbeirat hätten. Was in der Presseaussendung des „Kulturvereins“ als Forderung erhoben wird, ist aber einigermaßen ungereimt. Das Land kann nämlich keine Volksgruppe anerkennen und auch im Staatsvertrag, der im Verfassungsrang steht, ist von den Slowenen in Kärnten und in der Steiermark die Rede, und nicht von zwei verschiedenen Volksgruppen, nämlich von steirischen und kärntnerischen Slowenen. Umso weniger kann eine eigene Volksgruppe der Slowenen in der Steiermark anerkannt werden, weil es sie nach diesem Grundsatz nicht gibt, wie es der „Kulturverein“-Artikel selbst auch sagt. Er wählt dafür dann das Wort „Zuerkennen statt Anzuerkennen“. Das hilft aber nichts, wenn nicht gesagt wird, was genau damit gemeint ist. Das Hauptproblem ist, dass im Beirat der Slowenen keine Ver-

treter der steirischen Slowenen sitzen. Gemäß Bericht der Landesregierung wurde die vom Artikel-7-Verein eingereichte Verfassungsgerichtshofbeschwerde wegen der Nichtbestellung steirischer Vertreter an den Bund abgelehnt und an den Verwaltungsgerichtshof verwiesen, der diese Klage zurückgewiesen hat. Nicht darum, dass die slowenische Volksgruppe auch in der Steiermark siedelt, ist unbestritten, auch von Seiten des Landes – wie aus dem Bericht hervorgeht. Wir haben in den letzten Jahren in dieser Hinsicht einen großen Fortschritt erlangt. Niemand bestreitet mehr, dass aus Slowenien in der Steiermark siedeln, was vor einigen Jahren noch kategorisch bestritten wurde. Es wurde gesagt, es siedeln keine mehr in der Steiermark. Es geht auch nicht um Förderung. Der „Kulturverein“-Artikel 7 wird gefördert. Das Klima, ich habe mit Herrn Petrovitsch gesprochen, hat sich zugunsten des Pavelhauses und ihrer Aktivitäten sehr verbessert. Das können unter anderem auch wir uns zugute schreiben, dass wir eine Klimaverbesserung erreicht haben, aber nicht nur wir. So könnte ich mir nur eines als sinnvoll vorstellen, nämlich dass die Bundesregierung sich vielleicht doch entschließt, steirische Vertreter in den Volksgruppenbeirat zu nominieren. Ob das jetzt nach diesen verfahrensrechtlichen Entscheidungen noch geht, weiß ich nicht ganz genau. Ich müsste mich erst erkundigen. Ein neuer Ausschuss wie früher hat in meinen Augen keinen Sinn. Denn das, was heute unbestritten ist, war es damals nicht. Sollen wir wieder das Gleiche machen, nämlich die Regionen besuchen, wieder mit denselben Experten reden? Ich möchte jetzt noch über etwas sprechen, über das man offen reden muss: Auch das hat einmal jemand, der sich mit dieser Frage beschäftigt, vom Südosteuropa-Institut gesagt: Es ist ein Problem, jemandem eine Identität anzubieten, die er vielleicht gar nicht haben will und diese Erfahrungen haben wir auch in der Region gemacht. Die Leute sagen durch die Bank, wir sprechen zu Hause noch slowenisch. Wir wollen keine eigene Minderheit sein. Diese Wortmeldungen muss man ernst nehmen. Natürlich ist das auf jahrzehntelange Zwangsassimilierung und auf Druck zurückzuführen, der aber heute in dieser Form nicht mehr gegeben ist, würde ich meinen. Das ist sicher ein politisches Versäumnis und eine Schande auch für die Steiermark. Aber es ist einmal geschehen. Was die Menschen in dieser Region Leutschach, Radkersburg, Soboth unbedingt vermeiden wollen, ist eine weitere Politisierung dieses Themas. Das wollen diese Menschen selbst dort nicht. Ich denke, man sollte wenigstens darüber nachdenken und das thematisieren und das würde ich mir auch von Seiten der Grünen wünschen. Ferner würde ich meinen, auch da gebe ich dem „Kulturverein“-Artikel 7 nicht Recht, würde ich die Slowenenfrage in Österreich und in der Steiermark nicht mit der Frage der Deutschsprachigen in Slowenien junktivieren. Wir haben ein Volksgruppengesetz. Damit ist unsere Frage betreffend die Slowenen eine innerösterreichische Sache, die in keinem logischen Zusammenhang mit dieser anderen Frage steht. Ich möchte jetzt kurz auf den Antrag des Herrn Lafer eingehen: Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, und zwar deshalb nicht, weil wir nicht der Meinung sind, dass die deutschsprachigen Menschen in Slowenien dieselben Rechte haben sollten wie die Ungarn und Italiener. Allein schon die Diktion dieses Antrages ist ein Skandal. Ich lese nur den letzten Satz vor: „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für die verfassungsrechtliche Anerkennung der altösterreichischen deutschsprachigen Minderheit in Slowenien einzusetzen.“ Dazu ist Folgendes zu sagen: Ich habe ein Problem mit dem Begriff „Altösterreicher“. Das sind slowenische Staatsbürger mit deutscher Muttersprache. In diesem Sinne werden nämlich auch die Tschechen oder die slowenischsprachigen Slowenen Altösterreicher, denn sie lebten auch einmal auf österreichischem Staatsgebiet. Man sollte solche ideologischen Begriffe vermeiden. Der zweite Punkt ist der Oberskandal: Die Landesregierung soll sich an Slowenien wenden, um ihre Verfassung zu ändern. Slowenien ist ein souveräner Staat. Das kann nur die Republik Österreich und die Bundesregierung machen, und nicht die Landesregierung. Das zeigt, dass man sich noch immer nicht daran gewöhnt hat, dass Slowenien ein souveräner Staat ist und man denkt, er ist eine steirische Halbkolonie. Der dritte Punkt, nämlich zur Kollegin Zitz:

Ich habe da irgendwo meine Zettel durcheinandergebracht, eben wie gesagt zu einem Unterausschuss, einen weiteren, den halte ich nicht für sinnvoll.

Dann gibt die Frau Zitz der Presse bekannt in ihrem bekannten Populismus: Verärgert zeigte sich die Landtagsabgeordnete auch über die SPÖ, die sich im Ausschuss nicht zu Wort gemeldet habe und am Dienstag mit ÖVP und FPÖ für den Bericht, das heißt gegen die Anerkennung stimmen werde.

Wie können wir gegen etwas stimmen, was wir nicht einmal beschließen können? (Beifall bei der SPÖ. – 21.55 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung Herr Christopher Drexler. Herr Abgeordneter, bitte, Zeitlimit einhalten.

Abg. Mag. Drexler (21.55 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich möchte ganz bewusst meine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt in einen europäischen Kontext stellen, denn wir stehen am Vorabend der Nachbarschaftserweiterung der Europäischen Union. Und das sei auch bis zu einem gewissen Maße eine Antwort auf das, was der Kollege Hagenauer glaube ich im Zuge der Wirtschaftsdebatte eingemahnt hat an Bekenntnis seitens der ÖVP oder einer Erklärung seitens der ÖVP, mit wem man denn was machen möchte. Diese Erweiterung ist klarerweise ein Kernstück unserer Politik und ich möchte daher auch das Thema der Minderheiten sowohl der slowenischen Minderheit in der Steiermark als auch das einer deutschsprachigen Minderheit in Slowenien in den Kontext der Erweiterung der Europäischen Union stellen. Ich glaube, wir müssen uns einfach all diesen Fragen mit einem etwas anderen Geist nähern als in den vergangenen Jahrzehnten. Ich glaube, dass es tatsächlich so ist, dass wir froh sein können, dass wir in Österreich Minderheiten haben, dass wir zweisprachige Gebiete haben, dass wir Reste von zweisprachigen Gebieten haben, die eben nicht im 20. Jahrhundert ausradiert worden sind wie sehr viele zweisprachige Gebiete auf

diesem Kontinent. Und in diesem Bewusstsein sollten wir uns auch all diesen Fragen nähern, ohne aber hier jetzt daraus mit aller Gewalt zu versuchen, politisches Kleingeld zu schlagen. Und wenn ich mir konkret den Antrag der Grünen anschau, um den es im Verfassungs-Ausschuss am vorvergangenen Dienstag gegangen ist, so haben wir mit dem Antrag schlicht und einfach ein Problem, dass die Ablehnung dieses Antrages bundesverfassungsrechtlich geboten ist. Jetzt stelle ich die Frage, was sollen wir in einem Unterausschuss über einen Antrag diskutieren, dessen Ablehnung bundesverfassungsrechtlich geboten ist? Das erscheint mir nicht sonderlich sinnvoll. Und es erscheint mir als ein doch ziemlich überzogener Schluss, den Edith Zitz aus diesem Abstimmungsverhalten gezogen hat, dass wir ein Ende der Debatte verfügt hätten, dass über das Thema „Steirische Slowenen“ nicht mehr diskutiert werden dürfe, dass wir keine Podiumsdiskussionen mehr veranstalten dürfen, dass wir – ich weiß nicht – die Existenz slowenischsprachiger Menschen in der Steiermark leugnen wollten oder was immer. Das erscheint mir doch wirklich ein sehr überzogener Schluss, wenn es schlicht und einfach darum geht, einen Antrag, der in der Form nicht zu beschließen war, dem auch keinem Unterausschuss zuzuweisen. Und bei aller Wertschätzung für unsere Beratungen in allen Unterausschüssen, die wir haben, aber wenn die Frage der Wertschätzung und der Diskussion über slowenische Minderheiten an der Durchführung eines Unterausschusses am Steiermärkischen Landtag hängt, dann will ich, ohne despektierlich unseren eigenen Institutionen gegenüber zu sein, meinen, dann wäre es schlecht darum bestellt. (Beifall bei der ÖVP.)

Tatsächlich ist es so, dass eben aus verfassungsrechtlichen Gründen nur von einer slowenischen Minderheit oder Volksgruppe in Österreich gesprochen werden kann und das wird eben auch in dem bereits von der Kollegin Dr. Reinprecht zitiertem Schreiben oder der Aussendung des Artikel-7-Kulturvereins so dargestellt. Tatsächlich geht es um die Rolle, die steirische Slowenen oder Vertreter des Artikel-7-Kulturvereins in Hinkunft im Volksgruppenbeirat spielen sollen. Und das ist natürlich in erster Linie eine Frage, die auch innerhalb der Volksgruppe sozusagen geklärt werden muss. Und dem Vernehmen nach gibt es ja im Bundeskanzleramt durchaus Gespräche oder hat es Gespräche gegeben, die zu einem vernünftigen Modus Vivendi geführt haben.

Ich darf daher abschließend zum ersten Thema sagen, wir stehen zu unserem Abstimmungsverhalten im Ausschuss und erblicken darin keinesfalls ein Ende der Debatte und erblicken darin auch keinesfalls irgendeine unmoralische Betrachtung des Themas „Slowenen in der Steiermark“. Denn im Gegenteil, ich meine schon, dass die Reaktion, die wir seitens der Grünen dann in den Medien sowohl in einem Printmedium, zumindest habe ich es dort gesehen, und in den elektronischen Medien gesehen haben, hier in diesem Fall ein wenig stark überzogen war. Denn wenn man uns hier unterstellt, wir hätten ein Ende der Debatte verfügt, dann beweist heute schon diese Debatte, dass kein Ende der Debatte verfügt werden konnte.

Ich komme damit zum zweiten Punkt, das ist der Entschließungsantrag, der seitens des Klubobmannes Lafer eingebracht worden ist. Ich muss sagen, wir werden diesem Entschließungsantrag als ÖVP nicht die Zustimmung geben, denn genauso wie wir uns in dem Kreis, den ich vorher beschrieben habe, der Frage der slowenischen Minderheit in der Steiermark nähern wollen, gilt es auch, am Vorabend der Nachbarschaftserweiterung und damit auch des EU-Beitritts Sloweniens nicht mit Gewalt und mit bewusst gesetzten Formulierungen Sand ins Getriebe von laufenden Gesprächen, von abgeschlossenen Vereinbarungen und dergleichen mehr zu bringen. Und da können Sie mir glauben, dass das nicht aus mangelndem Bekenntnis zur deutschsprachigen Bevölkerung Sloweniens ist, keinesfalls. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass es nicht besser ist, im Rahmen der Europäischen Union mit einem Vollmitglied Slowenien alle Fragen zu diskutieren, die selbstverständlich an jedes Mitglied der Europäischen Union im Umgang mit Minderheiten zu richten sind.

Persönlich habe ich eine Reihe von Verwandten in Slowenien, manche haben sich zur deutschsprachigen Volksgruppe dort bekannt, andere nicht. Ich glaube daher, dass es nicht notwendig ist, mit geifernden Anträgen hier das Klima zu vergiften, sondern ich glaube, dass wir uns in einem europäischen Geist diesem Thema nähern sollten. Herzlichen Dank! Ich hätte, lieber Kollege Stöhrmann, noch drei Minuten, aber ich bin schon am Ende. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 22.02 Uhr.)

Präsident: Es hat sich nochmals zu Wort gemeldet – laut Aviso – sehr kurz die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (22.02 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zu drei Punkten etwas sagen:

Erstens es freut mich, dass von Seiten der SPÖ und von Seiten der ÖVP jetzt niemand mehr die Existenz von einer slowenischen Minderheit in der Steiermark in Abrede stellt. Das ist eine klare politische Aussage. Zweitens, lieber Christopher Drexler, im Unterausschuss hätten wir nicht über den grünen Antrag diskutiert, sondern selbstverständlich über die Regierungsvorlage. Und drittens ich möchte erinnern, dass ein Teil der Regierungsvorlage, übrigens auch die Frage – der Artikel-7-Verein nennt es in seiner Presseaussendung „Positive Junktimmierung“ – mit der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien besteht. Und im Unterausschuss, der im Jahr 1997 stattgefunden hat, haben wir zum Beispiel über die Situation der Gottscheer in Slowenien gesprochen.

Insgesamt das Resümee, ich finde es trotzdem bedauerlich, dass wir diese Regierungsvorlage nicht ausführlich gemeinsam besprochen haben können und ich bin sehr neugierig, welche Vorschläge die ÖVP und auch die SPÖ machen werden, dass wir im Landtag uns wieder mit diesem Thema beschäftigen. Aber ich denke, der Ball liegt jetzt eindeutig bei Ihnen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 22.03 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Und stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend verfassungsrechtliche Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. Guten Abend! (Ende der Sitzung: 22.04 Uhr.)

